B 6897F

Informationen zur politischen Bildung

281

4. Quartal 2003

bpb:

Russland

Informationen *aktuell*
Kaukasus-Region

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Russland – fremder Nachbar im Osten? 3

Raum, Ressourcen und Bevölkerung 4
Naturräumliche Gegebenheiten 4
Territorialgliederung und Bevölkerung 6

Vom Kiewer Reich bis zum Zerfall der UdSSR 8
Aufstieg zur europäischen Großmacht 8
Staat und Gesellschaft in der Sowjetzeit 10

Politisches System und politischer Prozess 16
Doppelherrschaft von Präsident und Parlament 16
Charakteristika der Verfassung 17
Russland unter Jelzin 18
„Erfindung und System" Putin 20

Aspekte der postsowjetischen Gesellschaft 23
Sozialer Wandel 23
Rechtsentwicklung und Rechtsbewusstsein 28
Stellenwert der Menschenrechte 30
Situation der Frauen 31
Verbände und Interessengruppen 33
Militär und Sicherheitsdienste 35

Kultur und Bildungswesen 37
Massenmedien 37
Identitätssuche in der Kultur 39
Religion und Kirche 42
Bildung und Wissenschaft 44

Wirtschaftssystem und ökonomische Entwicklung . . 48
Elemente des Systemwechsels 49
Wirtschaftspolitik unter Putin 51
Konjunktur und ökonomische Struktur 52

Russland und die Welt 54
Außenpolitische Konzeptionen seit 1991 54
Bemühungen um internationales Kapital 56
Handel und Kooperation 58
Einbindung in Weltwirtschaftsinstitutionen 60

Literaturhinweise und Internetadressen 62

Zu diesem Heft:

Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 beschreitet Russland den schwierigen und mühseligen Weg der Transformation von einem diktatorischen, planwirtschaftlichen Staat in eine autoritär-präsidiale Marktwirtschaft. Die Verfassung von 1993 bezeichnete Russland als demokratischen, föderalen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform und legte einen Grundrechtekatalog fest.

Während sich marktwirtschaftliche Strukturen allmählich herausbildeten und die russische Wirtschaft nach einem Einbruch 1998 heute wieder deutliche Wachstumsraten verzeichnet, stürzte die Umwandlung des Systems viele Menschen in Russland in soziale Unsicherheit und Armut, sie verloren ihre Existenzgrundlagen und alte Gewissheiten ihre Gültigkeit. Noch immer sieht sich ein Großteil der Bevölkerung auf der Verliererseite und wünscht sich deshalb eine Rückkehr zur alten Großmacht mit einem starken Staat. Ein neuer Mittelstand, der den Ausbau der Marktwirtschaft und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Organisationsformen unterstützen könnte, hat sich noch nicht entwickelt.

Die Schwäche der gerade erst entstehenden demokratischen Strukturen nutzten der Präsident und seine Administration in den letzten Jahren, um ihre Machtfülle auszuweiten. So wurden die den Regionen zugestandenen föderalen Rechte zugunsten einer Stärkung des Zentrums wieder eingedämmt, die Pressefreiheit eingeschränkt sowie oppositionelle Gruppen und Parteien in ihrer Arbeit behindert. Dies verdeutlichte auch die Wahl zum russischen Parlament im Dezember 2003, die allen den Präsidenten unterstützenden Parteien eine große Mehrheit einbrachte und vor allem jene Parteien scheitern ließ, die für mehr Demokratie und Pluralität in der russischen Gesellschaft eintreten.

Russland steht also an einem Scheideweg. Um den in der Verfassung garantierten demokratischen, föderalen Rechtsstaat zu verwirklichen, benötigt das Land gefestigte demokratische Strukturen und Institutionen, ein stabiles Parteiensystem, ein einflussreicheres Parlament, unabhängige Medien, vor allem aber zivilgesellschaftliche Organisationsformen, die der Bevölkerung die Möglichkeit geben, aktiv am politischen Leben teilzunehmen.

Die Autorinnen und Autoren dieses Heftes zeichnen die Entwicklung des nunmehr über 10-jährigen Transformationsprozesses nach und zeigen seine Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebensbereiche in Russland.

Jutta Klaeren

Russland – fremder Nachbar im Osten?

Hans-Henning Schröder

Mit dem Verstand ist Russland nicht zu fassen", schrieb der russische Diplomat und Dichter Fjodor Tjutschew im Jahre 1866. Und im Oktober 1939 bekannte Winston Churchill, damals Großbritanniens Erster Seelord, er könne die Handlungsweise der Sowjetunion nicht voraussagen, sie sei „ein Rätsel, umhüllt von einem Mysterium, verborgen in einem Geheimnis".

Beide Sätze werden noch heute gern zitiert – als Entschuldigung für die Weigerung, sich mit dem großen Land, seiner Bevölkerung, seiner Sprache und seiner Geschichte ernsthaft auseinander zu setzen. Das Wissen über Russland ist meist gering, ebenso wie das öffentliche Interesse. Berichte über Russland und die anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion finden nur noch selten Platz in den Medien. Gäbe es nicht Reportagen von Journalisten wie Klaus Bednarz, Gerd Ruge und Dirk Sager, dann würde das Bild des Landes wohl aus zufälligen Meldungen über Gipfeltreffen und Korruptionsaffären gewonnen. Das ist insofern erstaunlich, als die künstlichen Barrieren, die in der Zeit der Ost-West-Konfrontation Kontakt und Kommunikation erschwert haben, gefallen sind. Informationen aus Russland sind frei zugänglich, sofern die Sprache beherrscht wird, und Reisen können heute auch in Regionen wie Workuta, Archangelsk oder Nischnij-Nowgorod unternommen werden, die früher für ausländische Personen gesperrt waren.

Was bleibt, sind Ressentiments. In dem Stück „Verstand schafft Leiden" (1824) legt der russische Dichter Alexander Gribojedow seinem Helden den Satz in den Mund: „Neue Häuser – alte Vorurteile". Vorurteile können jedoch nur durch Annäherung und Kennenlernen überwunden werden.

Russland ist nicht rätselhafter als Frankreich, Großbritannien oder Deutschland. Es ist eine europäische Macht, ein Partner europäischer Politik. Seit dem 19. Jahrhundert hat das Land eine große Wegstrecke zurückgelegt, doch es ist auch einen schwierigen Pfad gegangen. Bauernbefreiung und nachholende Industrialisierung haben die innere Ordnung nach 1860 in Bewegung versetzt, die Revolution von 1917, die Errichtung der Sowjetmacht und Stalins forcierte Industriepolitik sprengten die Gesellschaft auseinander und brachten die Wirtschaft auf einen Kurs, der sich letztlich als Sackgasse erwies. Jetzt durchläuft Russland einen schmerzhaften Transformationsprozess, es kehrt auf den Entwicklungsweg zurück, den Westeuropa und die USA seit langem gehen.

Das Potenzial dazu ist hoch. Das lässt sich gerade an den Widersprüchen verdeutlichen, die die Situation des Landes kennzeichnen: Auf einem Territorium von der 47fachen Größe der Bundesrepublik Deutschland leben noch nicht einmal doppelt so viele Menschen. Russland verfügt über große Ressourcen – neben Saudi-Arabien ist es der größte Ölförderer, sein Anteil an der Weltproduktion von Erdgas beträgt 25 Prozent, bei Aluminium 15 Prozent, bei Nickel und Platin 20 Prozent –, doch das Bruttoinlandsprodukt liegt unter dem der Niederlande, während die deutsche Wirtschaftsleistung beinahe sechsmal größer ist als die russische.

In dieser Differenz zwischen Ressourcen und volkswirtschaftlicher Leistung liegt eine Entwicklungschance, die in der europäischen Zusammenarbeit aktiviert werden kann. Die Disparität macht aber auch deutlich, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden sind. Eine bessere Kenntnis Russlands, seiner Geschichte und seiner Potenziale erleichtert es, die Probleme des Landes zu verstehen und eine realistische Vorstellung von seinen Entwicklungsperspektiven zu erhalten.

Foto: ullsteinbild

Die Kuppel der Isaak-Kathedrale prägt die Silhouette von St. Petersburg, beliebtes Reiseziel westlicher Touristen. Andere Städte Russlands warten noch darauf, „entdeckt" zu werden.

Raum, Ressourcen und Bevölkerung

Jörg Stadelbauer

Naturräumliche Gegebenheiten

Die geographische Struktur Russlands wird vor allem durch zwei Faktoren geprägt: den geologischen Bau und das Klima.

Weite Teile des Landes, von Geologen als Russische Tafel bezeichnet, sind charakterisiert durch ausgedehnte, niedrige Höhenzüge wie den Timanrücken im Norden oder das mittelrussische Hügelland sowie durch flache, Hunderte von Kilometern breite Senken, die von Flüssen genutzt werden. Nach Süden wird das Russische Tiefland begrenzt durch den Übergang zu den Lößgebieten der Ukraine, die Flach- und Hügelländer Nordkaukasiens und die Absenkung zur Kaspischen Senke. Südlich anschließend ragt der Große Kaukasus auf (Elbrus, 5633 Meter), der im Gegensatz zu den Alpen weitgehend von moderner Erschließung ausgenommen blieb.

Nach Osten bildet der Ural eine sanfte Gebirgsschwelle. Ihr schließt sich das westsibirische Tiefland an, dessen Sedimente das Speichergestein für Erdöl- und Erdgasvorkommen sind. Östlich des Flusses Jenissej steigt das Gelände zum mittelsibirischen Bergland an, das sich sanft zum Jakutischen Becken absenkt. Darauf folgen nach Osten Gebirgszüge wie das Werchojansker, das Tscherski- oder das Kolyma-Gebirge. Nach Süden begrenzen Gebirge wie Altai und Sajan westlich des Baikalsees die Tief- und Bergländer, während östlich dieses Sees die Gebirgszüge des Stanowoi zu den steppenartigen Niederungen des Amur abfallen. Im äußersten Südosten bildet der stark bewaldete Gebirgszug Sichote-Alin am Japanischen Meer eine eigenständige Landschaftseinheit.

Bodenschätze

Die Russische Tafel ist arm an Bodenschätzen; nur im äußersten Nordosten liegen die Kohlelagerstätten von Workuta, im zentralen Teil um Kursk finden sich Eisenerze, und im Süden lagert die Kohle des Donbass, eines Kohlereviers im Grenzraum Russlands mit der Ukraine. Erze kommen insbesondere in Gebirgen wie den Chibinen auf der Kola-Halbinsel, im Ural, im Altai und im Sajan vor, Lagerstätten von Steinkohle in deren Vorsenken. Der Abbau umfangreicher Kohlevorkommen in Sibirien wie beispielsweise im Tunguska-Becken ist wegen ihrer Lage im Gebiet des Dauerfrostbodens (siehe S. 5) unter den heutigen wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen nicht möglich.

Die vergleichsweise große Entfernung von den dicht besiedelten Zentren führte dazu, dass die Erschließung zahlreicher Bodenschätze erst verhältnismäßig spät erfolgte. Entlegene Lagerstätten von Buntmetallerzen wie den Kupfer-, Kobalt- und Nickelerzen von Norilsk wurden aus strategischen Interessen wegen der relativen Seltenheit dieser Metallerze in Russland und der sicher erscheinenden kontinentalen Lage erschlossen. In den subarktischen Bergbaugebieten auf der Kola-Halbinsel, im Petschora-Becken (Workuta) und bei Norilsk ist der Bergbau mit hohen Emissionen und massiven Landschaftsschäden verbunden.

Erdöl und Erdgas finden sich in der Kaspischen Senke, im westlichen Uralvorland und in Westsibirien. Die Nutzung dieser außerordentlich umfangreichen Lagerstätten erfordert einen hohen Infrastrukturaufwand. Der Abbau lohnt sich, wenn die einzelnen Vorkommen besonders ergiebig sind. So gehören die westsibirischen Abbauregionen aufgrund der günstigen Absatzchancen zu den reichsten Gebieten des Landes mit den höchsten Durchschnittseinkommen.

Angaben, wie hoch die wirtschaftlich nutzbaren Vorräte sind, variieren sehr. Seitdem die Industrie in der Umbruchphase teilweise an Bedeutung verloren hat, hängt Russlands Wirtschaft stark von der Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen ab. An erster Stelle der Bodenschätze, die exportiert werden, stehen Erdöl aus dem mittleren und Erdgas aus dem nördlichen Westsibirien. Die Erdölförderung, die 1990 noch 516 Millionen Tonnen betragen hatte, sank bis 1998 auf 303 Millionen Tonnen, um dann bis 2002 auf lediglich 380 Millionen Tonnen anzusteigen. Die Erdgasförderung verzeichnete dagegen nur einen relativ geringen Rückgang von 601 (1990) auf 564 Milliarden Kubikmeter (1998). Seither ist ein leichter Anstieg zu vermerken (2002: 595 Milliarden Kubikmeter). Da die westeuropäische Nachfrage einen sicheren Absatzmarkt garantiert, wird die Erdgasförderung derzeit auf die Jamal-Halbinsel ausgedehnt. Allerdings sind die

Foto: dpa

Land der Gegensätze: Gebirge wie der Altai in Südrussland mit Höhen bis 4506 Meter ...

Erschließungsarbeiten im hohen Norden kostenintensiv. Daher werden die Arbeitskräfte, die in weiter südlich gelegenen Wohnsiedlungen leben, zeitlich befristet an die Einsatzorte gebracht. Dieses Modell gab es bereits zu Sowjetzeiten.

Neben den genannten Bodenschätzen haben Gold und Diamanten nach wie vor große geoökonomische Bedeutung. Die Vorkommen finden sich östlich des Jenissej in Sibirien. Die größten Diamantvorkommen gibt es in Sacha-Jakutien, das sich wichtige Mitspracherechte bei ihrer Erschließung und Vermarktung sichern konnte. Die Förderung der „klassischen" Bodenschätze für die Schwermetallurgie wie Eisenerze und Steinkohle ging dagegen zurück. Ursachen sind zum einen veränderte Marktbedingungen, aber auch die Überalterung der Förder- und Verarbeitungsstätten. Die Kohleförderung sank zwischen 1990 und 1998 von 257 auf 153 Millionen Tonnen Steinkohle bzw. von 138 auf 78,8 Millionen Tonnen Braunkohle. Die Stahlerzeugung reduzierte sich um die Hälfte von 89,6 auf 43,7 Millionen Tonnen. Auch hier besteht inzwischen wieder ein Zuwachs (2002: Kohle insgesamt 253 Millionen Tonnen, Stahl 59,8 Millionen Tonnen).

Foto: dpa

... kontrastieren mit breiten Flusstälern wie dem der Angara, einziger Abfluss des Baikalsees.

Klima

Das Klima ist in den meisten Landesteilen kontinental mit großen jahreszeitlichen Temperaturunterschieden. Das winterliche Kältehoch reicht zeitweise von der ostsibirischen Baikalregion bis Westrussland, andererseits dringen subpolare Tiefdruckgebiete vom Atlantik weit in das Innere des Landes vor und bewirken im wärmsten Monat des Sommerhalbjahrs, dass die Temperaturunterschiede zwischen der Südgrenze der Tundra und der Nordgrenze der Steppe kaum vier Grad überschreiten. In der Steppenzone des Trans-Wolga-Gebietes können allerdings auch Dürreperioden auftreten, die die Getreideernte beeinträchtigen, ebenso Spätfröste, die die Frühjahrsaussaat bedrohen.

Dauerfrostboden, eine Folge des Klimas, erstreckt sich über 47 Prozent der Landesfläche. Er beeinträchtigt im äußersten Nordrussland sowie in weiten Teilen Sibiriens und des Fernen Ostens den landwirtschaftlichen Anbau, erschwert und verteuert den Bau von Gebäuden und Verkehrswegen. Der Untergrund ist teilweise über 200 Meter tief gefroren und taut während der sommerlichen Erwärmung nur in einer dünnen Bodenschicht auf. Gebäude müssen durch Pfähle, heute meist aus Beton, tief im Untergrund verankert und gegen Wärmeleitung zwischen Gebäude und Boden geschützt werden. In den Gebieten mit Dauerfrostboden, die Tundrenvegetation oder Nadelwald aufweisen, sind die wichtigsten Wirtschaftszweige der Abbau von Bodenschätzen, die Rentierzucht und die Holzgewinnung, die bereits zu einem starken Rückgang der Nadelwälder führte.

Klimatisch bedingt beschränkt sich der landwirtschaftliche Anbau auf das so genannte Agrardreieck, das von der europäischen Westgrenze Russlands zwischen St. Petersburg und Rostow keilförmig nach Osten zur mittleren Wolga, zum südlichen Ural und in das südliche Westsibirien reicht. In den Steppen führen aber erhebliche Schwankungen der Niederschlagsverteilung und -menge von Jahr zu Jahr zu großen Unterschieden bei den Ernteerträgen. Dies trifft insbesondere die Gebiete östlich der Wolga, während in Südrussland und Nordkaukasien die Erntesicherheit etwas höher liegt. Die Spannweite und Unsicherheit der Erträge wird besonders deutlich im Vergleich der Jahre 1997 und 1998: Während 1997 die Getreideernte mit 74,5 Millionen Tonnen ausreichend ausfiel, blieb sie 1998 mit 41,9 Millionen Tonnen weit unter dem Bedarf. Deshalb versuchten einzelne Regionen sogar, die Ausfuhr von Getreide sowie weiteren landwirtschaftlichen Produkten in andere Gebiete Russlands zu verhindern, um ihre eigene Bevölkerung versorgen zu können. Seit 2000 konnten wieder ausreichende Ernten erzielt werden (2002: 86,6 Millionen Tonnen). Die unsicheren Witterungsbedingungen sind jedoch nicht der alleinige Grund für die unzureichenden landwirtschaftlichen Erträge. Zu den Ursachen gehören auch Mängel in der Agrarstruktur und in der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion sowie ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag.

Leben im Hohen Norden

[...] Das Gebiet der Ewenken ist der unbewohnteste Flecken des Planeten. Sogar in der Sahara leben mehr Leute. Polarlicht. Ewenken, die ihre Rentiere hüten. Stille wie in einem Vakuum. Die Hauptstadt des Gebietes ist Tura. [...] Zwei Straßen längs und eine quer. Der vorherrschende Baustil sieht aus wie eine Gefängnisbaracke. Auf dem Platz standen die fünf Taxifahrer des Ortes. „Sagen Sie, welche Sehenswürdigkeiten gibt es hier?" – „Keine." – „Und außerhalb des Ortes?" – „Da ist der Platz, wo der Meteorit runtergekommen ist." – „Ist das weit?" – „Nicht sehr. Mit dem Hubschrauber sieben Stunden." – „Ach. Und etwas näher?" – „Liegen die Förderanlagen von Jukos." (Russlands zweitgrößter Ölkonzern, siehe auch S. 50 – *Anm. d. Red.*) [...]

Er heißt Witalik. Jung, 25 Jahre. Russe. [...] „Hier leben gute Leute. Aber wenn man von Tunguska in die Große Welt fährt, dort sind die Leute nicht besonders, heißt es. [...] Die einzigen guten Leute, die hierher kamen, waren die von Jukos." – „Was heißt gut?" – „Sie waren kaum da, und es gab Arbeit. Weißt du, wie es früher war? Ahh ..."

Wir unterhielten uns eine ganze Weile. Ich versuchte herauszukriegen, wie viel sie bei Jukos verdienten. Stattdessen erzählte mir Witalik, dass er eigentlich kein Geld bräuchte. Beeren, Fisch, Fleisch, Heilkräuter, alles bekomme er umsonst in der Tundra. Wer arbeite und nicht trinke, werde nicht verhungern. „Aber warum arbeitest Du dann?" – „Meine Frau wollte eine Sitzecke für die Küche kaufen. Die kostet 270 Dollar. Woher sollte ich das Geld nehmen? Also ging ich arbeiten. Den ganzen Sommer, dann habe ich die Sitzecke gekauft." [...] Witalik hörte auf zu lächeln. „Früher, vor Jukos, hatten wir manchmal nicht mal Licht. Die Gegend hier ist reich. Es gibt Gas. Es gibt Öl. Es gibt Kohle. Aber trotzdem hatten wir kein Licht."

[...] Sibirische Städte wie Tura sind Unterseeboote. Winzige, hermetisch zugestöpselte Kajüten. Natürlich kann man hier leben, aber man kann nicht weglaufen. Hierher führen keine Straßen, weder Gleise noch Autobahnen. Das einzige Fortbewegungsmittel ist der Hubschrauber. Aber der kostet so viel, dass es einem Einheimischen nie gelingt wegzuziehen. Unter Stalin wollte der Staat Schienen entlang des Eismeeres verlegen. Sie bauten acht Jahre. Begruben vierzigtausend Häftlinge. Und legten ganze zwölf Kilometer Gleise. [...] Landwirtschaft gibt es nicht. Sogar Brot wird mit dem Hubschrauber herangeschafft. In den Läden kann man keine Milchprodukte kaufen, weder Kefir noch Joghurt. Obst kostet fünfmal so viel wie in Sankt Petersburg, der siebtteuersten Stadt Europas. [...]

Ilja Stogoff, „Bald essen wir wieder Hunde", in: Süddeutsche Zeitung vom 6. November 2003.

Territorialgliederung und Bevölkerung

Die Russländische Föderation übernahm die aus sowjetischer Zeit ererbte Verwaltungsgliederung der Landesfläche von 17,1 Millionen Quadratkilometern nahezu unverändert, abgesehen von der Aufteilung der vormaligen Tschetscheno-Inguschetischen ASSR (Autonome Sozialistische Sowjetrepublik) in zwei Republiken. Den territorialen Staatsaufbau auf mittlerer Ebene bilden 49 Gebiete (*oblasti*) und sechs Regionalbezirke (*kraja*), 21 Republiken (*respubliki*), das Autonome Gebiet (*avtonomnaja oblast'*) der Juden im Fernen Osten sowie zehn Autonome Bezirke (*avtonomnye okrugi*) in dünn besiedelten Gebieten mit ethnischen Minderheiten als Titularvölkern, aber in der Regel russischer Dominanz sowie die beiden Metropolitangebiete Moskau und St. Petersburg. Nach der Verfassung sind diese 89 Territorialeinheiten („Subjekte der Verfassung") gleichberechtigt. Derzeit werden Pläne diskutiert, die auf eine deutliche Reduzierung ihrer Zahl abzielen.

Im Frühjahr 2000 wurde eine neue Verwaltungsebene geschaffen. Die Gliederung Russlands in sieben Föderale Bezirke sollte der Zentrale eine bessere Kontrolle über die regionale Peripherie ermöglichen. Jeder Föderalbezirk umfasst eine bestimmte Anzahl (sechs bis 16) Föderationssubjekte. An der Spitze steht ein Bevollmächtigter des Präsidenten. Er bildet ein Gegengewicht zum Machtgewinn, den die Gouverneure in der Dezentralisierungsphase erhalten hatten. Als Folge sind bereits eine verstärkte Zentralisierung der Verwaltungsabläufe und eine Stärkung regionaler Metropolen wie Moskau, St. Petersburg, Nischnij-Nowgorod, Rostow, Jekaterinburg, Nowosibirsk und Chabarowsk zu beobachten. Dies kann in Zusammenhang mit der Transformation aber auch dazu führen, dass in diesen Zentren die Globalisierungseffekte zunehmen und der Abstand zu den übrigen Städten und vor allem zum ländlichen Raum größer wird.

Demographische Trends

Russland hatte 2003 (Fortschreibung) 143,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von nur 8,5 Personen pro Quadratkilometer. Im Vergleich der 89 „Subjekte der Verfassung" ergeben sich – abgesehen von den beiden Metropolitanregionen – große Differenzen. So leben in Tschuwaschien 74,4 Einwohner pro Quadratkilometer und im Autonomen Bezirk der Ewenken in Ostsibirien 0,03 Einwohner pro Quadratkilometer.

Die größte Bevölkerungsdichte findet sich nicht unbedingt in den landwirtschaftlich begünstigten Gebieten. Durch die massive Verstädterungspolitik der Sowjetzeit leben 73 Prozent der Bevölkerung in städtischen Siedlungen. Diese haben in großer Zahl Verwaltungsfunktionen inne und sind daher breit über das Land verteilt. Die sich daraus ergebenden relativ großen Entfernungen zwischen den Zentren führen trotz moderner Kommunikationstechnik zu Problemen. So hat die ausgeprägte Ausrichtung der Verkehrsverbindungen auf die Hauptstadt Moskau und einige wenige andere Großzentren weite Umwege zur Folge. Auch die Aufwendungen für den Ausbau der Infrastruktur liegen wesentlich höher als in dichter besiedelten Staaten.

Kennzeichen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung seit Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts sind niedrige

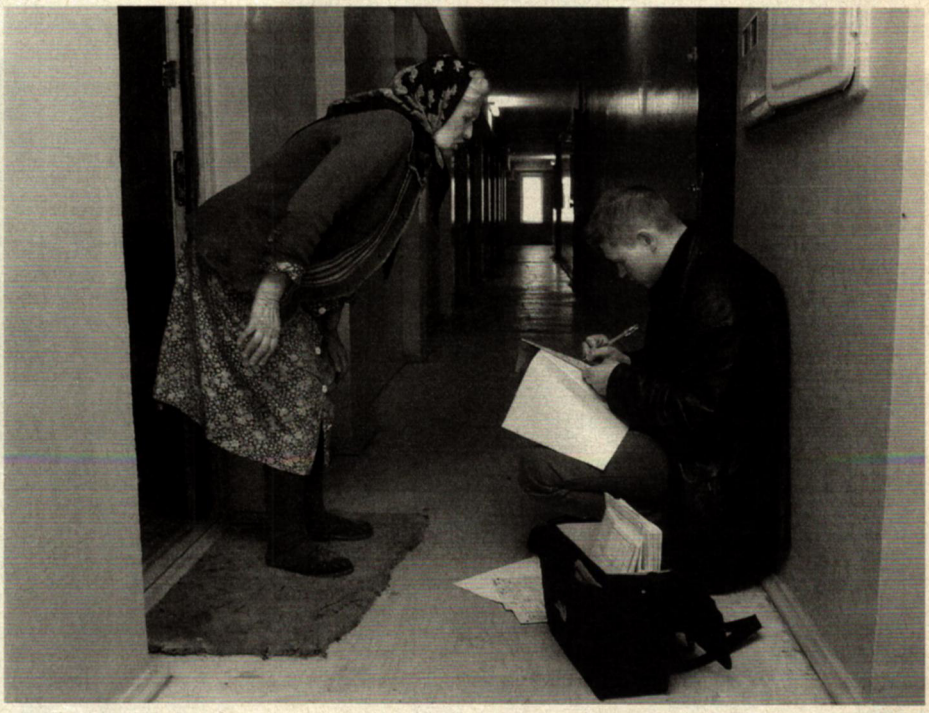


Foto: dpa

Der Seniorenanteil in der russischen Bevölkerung wächst. Befragung einer Moskauer Rentnerin im Flur vor ihrer Wohnungstür bei einer Volkszählung im Oktober 2002.

Foto: dpa

In den Tundrengebieten mit Dauerfrostboden ist die Rentierzucht ein Haupterwerbszweig. Erschwerte Lebensbedingungen verstärken die Abwanderung aus dem Hohen Norden.

Geburtenraten, steigende Sterberaten und eine gesunkene Lebenserwartung. Während 1990 13,4 Geburten je 1000 Einwohner noch 11,2 Sterbefälle gegenüberstanden, betrug 2001 die Zahl der Geburten 9,1 und die Zahl der Sterbefälle 15,6 je 1000 Einwohner. Im Altersaufbau sind die hohen Verluste der Stalinzeit und des Zweiten Weltkriegs nach wie vor spürbar, sie führten in der Folgegeneration der heute etwa 30-Jährigen zu unterdurchschnittlichen Alterskohorten. Die Nachwirkungen dieser Ausfälle werden in der Gegenwart verstärkt durch rückläufige Geburtenzahlen aufgrund der sozioökonomischen Lage. Es ist also auf absehbare Zeit mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerung zu rechnen. Davon sind die Russinnen und Russen meist mehr betroffen als die anderen Ethnien in der Russländischen Föderation.

Wanderungsbewegungen

Die Bevölkerungsverluste wurden in der Transformationsphase vor allem durch Zuwanderungen aus den nichtrussischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion etwas aufgefangen. Dies gilt auch für die Abwanderungsverluste durch die Übersiedlung von Russlanddeutschen in die Bundesrepublik Deutschland und von Juden nach Mitteleuropa oder Israel. In den Jahren 1992 bis einschließlich 1998 wurden in der Russländischen Föderation insgesamt 26 Millionen Zu- und 22,7 Millionen Fortzüge registriert (Binnen- und Außenmigration). Während bei den Wanderungen zwischen Russland und dem „Nahen Ausland" – damit sind die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die drei baltischen Länder, das heißt der ehemals sowjetische Bereich außerhalb Russlands, gemeint – sich für diesen siebenjährigen Zeitraum ein positiver Wanderungssaldo (Nettozuwanderung: 3,6 Millionen Personen; 5,5 Millionen Zuzüge, 1,9 Millionen Fortzüge) zugunsten Russlands ergab, errechnet sich für das »Ferne Ausland" ein negativer Saldo von rund 0,7 Millionen Personen. Die Zuwanderung in die Russländische Föderation beruht insbesondere auf der Rückwanderung von Russinnen und Russen.

Neben der internationalen Migration spielen auch Binnenwanderungen eine wesentliche Rolle. Deutlich wird ein Trend zur Abwanderung aus den Gebieten des Hohen Nordens, die in sowjetischer Zeit unter großem finanziellem Aufwand besiedelt wurden, vor allem in die südlich anschließenden Regionen, teilweise auch nach Zentralrussland. Im Hohen Norden verschlechterte sich zwischen 1990 und 1999 die Versorgungslage dramatisch. Gleichzeitig stiegen die Verbraucherpreise an, und die bisher gewährten finanziellen Vergünstigungen gingen verloren. Weitere Ursachen lagen in Demilitarisierungseffekten sowie Ansprüchen der dort ursprünglich ansässigen Bevölkerung auf die natürlichen Ressourcen sowie in einer Umorganisation von wirtschaftlichen Verflechtungen, die die Nordgebiete benachteiligten. Davon ausgenommen blieb der Autonome Bezirk der Jamal-Nenzen mit der Nutzung der Erdgasressourcen.

Seit Mitte der neunziger Jahre lässt sich ein Rückgang der Migrationsbewegungen beobachten. Ausschlaggebend dafür ist neben nachlassender Aufnahmebereitschaft in den Zielländern auch die sich abzeichnende ökonomische Stabilisierung. Dennoch bleiben Probleme bei der Ansiedlung und der Beschaffung von Arbeitsplätzen für die Migrantinnen und Migranten aus dem Hohen Norden sowie den kaukasischen und zentralasiatischen Nachfolgestaaten.

Einflüsse räumlicher Faktoren

Welche politischen Entwicklungen, welche wirtschaftlichen Aktivitäten und welche gesellschaftlichen Verhaltensweisen unmittelbar von den räumlichen Gegebenheiten abhängen, ist nur schwer zu bestimmen. Auch wenn die räumliche Weite heute durch Flugverkehr leichter überwunden werden kann, bleibt sie ein Hindernis, um so mehr als die Staatsführung versucht, den Zentralismus wieder zu verstärken. Dabei müssen nicht nur die entlegenen Raumzonen des Landes kostenaufwändig miteinander verbunden werden,

Foto: dpa

Die Hafenstadt Wladiwostok im äußersten Südosten Russlands liegt an der Transsibirischen Eisenbahn, einem der Verkehrsstränge, die die räumliche Weite des Landes überwinden.

sondern auch Bereiche im Landesinnern warten noch auf eine Erschließung. Bleibende Probleme ergeben sich aus den relativ weiten Entfernungen zwischen den städtischen Zentren sowie aus den starken Unterschieden zwischen Großstädten und ländlichen Gemeinden. Hinzu kommen die mangelhafte Infrastruktur, Versorgungsengpässe und die fehlende Anziehungskraft dieser entlegenen Gebiete.

Die Weitständigkeit der Siedlungen begünstigt den Erhalt ethno-kultureller Besonderheiten, erschwert jedoch die politische und gesellschaftliche Integration. Der Kontrast zwischen den nordostsibirischen Rentiernomaden und Fischern einerseits sowie der unter Globalisierungsdruck stehenden Bevölkerung Moskaus andererseits ist größer als entsprechende Unterschiede in anderen Ländern, wo die hochentwickelte Staaten kennzeichnende Modernisierung nicht in mehreren Schüben nachgeholt werden musste.

Vom Kiewer Reich bis zum Zerfall der UdSSR

Hans-Henning Schröder

Seit seinem Eintritt in die Moderne ist Russland ein europäischer Staat. In wechselnder Gestalt und unter wechselnden Namen – als Russländisches Reich, Sowjetunion und Russländische Föderation – hat dieses Land die Geschichte Europas maßgeblich mitgestaltet. Der Vielvölkerstaat, der sich über zwei Kontinente erstreckt – Europa und Asien – und sich vom lateinisch geprägten Okzident durch seine Orientierung an der byzantinischen Ostkirche unterschied, näherte sich im Verlauf der Neuzeit macht- und gesellschaftspolitisch den Kernstaaten Europas immer weiter an und trug seinen Teil zur Entfaltung europäischen Denkens und europäischer Kultur bei.

Aufstieg zur europäischen Großmacht

Eine politische und gesellschaftliche Organisation formierte sich im Raum des späteren Russland zunächst unter dem Einfluss anderer Kulturkreise. Mitte des neunten Jahrhunderts entstand entlang der Handelsrouten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ein System von bald slawisierten, verwandschaftlich verbundenen, normannisch-skandinavischen Herrschaften, die sich im Lauf der Zeit zu einer festeren politischen Organisationsform, der Kiewer Rus, entwickelten. Stützpunkte wurden städtische Siedlungen wie Kiew – der Hauptort, der dem Herrschaftsverband auch seinen Namen gab –, Wladimir oder Susdal, die zugleich als Herrschaftssitz, Festung, Tributverwaltung, kirchliches Zentrum und Fernhandelsbasis fungierten. In dieser Phase gewann das Herrschergeschlecht der Rjurikiden, dem später – bis 1598 – die russischen Zaren entstammten, die Oberhand.

Unter dem Kiewer Großfürsten Wladimir I., dem Heiligen (978–1015), setzte sich von Byzanz aus das Christentum in der Rus durch. Die Einbindung in den orthodoxen Missionierungsraum bedeutete auf lange

Foto: akg-images

Zar Ivan IV., der Schreckliche (1547–1584).

Sicht die Separation vom lateinisch-christlichen Teil Europas, der mit Reformation, Renaissance und Aufklärung eine Entwicklung nahm, die in Russland nicht mitvollzogen wurde. Der Austausch mit dem Westen kam gänzlich zum Erliegen, als die Kiewer Rus unter den Mongolenstürmen der Jahre 1223, 1237/38 und 1239/40 zerbrach und die Teilfürstentümer für anderthalb Jahrhunderte unter die Oberhoheit des westlichen Mongolenkhanats, der „Goldenen Horde" mit ihrem Sitz in Sarai an der unteren Wolga, gerieten. In dieser Phase wurde Moskau zum neuen Machtzentrum der Rus. Im Jahr 1380 war es soweit erstarkt, dass es in einer siegreichen Schlacht auf dem „Schnepfenfeld" am Don der mongolischen Oberhoheit ein Ende setzen konnte. In der Folge dehnte Moskau sein Territorium aus.

Ivan III. (1462–1505) bezeichnete sich erstmals als „russischer Großfürst und Zar" und betonte mit diesem von der Bezeichnung „Caesar" abgeleiteten Titel seinen Anspruch auf Gleichrangigkeit mit dem Kaisertum im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation". 1510 entwickelte in Pskow der Mönch Filofej die Idee von Moskau als „Drittem Rom" – als dem dritten Zentrum der Christenheit nach Rom und Byzanz.

Eine Generation später ließ sich Ivan IV. (der Schreckliche, 1547–1584) als „Zar und Selbstherrscher des ganzen großen Russland" krönen – ein Titel, der den Anspruch auf die Nachfolge der byzantinischen Kaiserwürde einschloss. Unter seiner Herrschaft wurde das Reich im Kontext imperialer Machtpolitik nach Osten und Süden ausgedehnt. Im Innern folgte einer Phase der Reformen das Schreckensregiment, die *Opritschnina*. Mit seinem Sohn Fjodor, der 1598 ohne Nachfolger starb, endete die Dynastie der Rjurikiden. Nach einer Phase der *smuta*, der Wirren, wurde 1613 mit der Wahl des Bojaren Michail Romanow (1613–1645) ein Neuanfang gemacht. Die Bojaren waren Angehörige des Hochadels in der altrussischen Geschichte. Es war dann sein Nachkomme Peter I. (1682/1689–1725), der Russland mit harter Hand modernisierte und die „Pforten nach Europa" aufstieß.

Autokratische Modernisierung

Bereits im 16. Jahrhundert war die Zarenmacht mit den europäischen Mächten in Kontakt gekommen. Mit Schweden und Polen führte sie in wechselnden Koalitionen Krieg um den Besitz der baltischen Region. Im 17. Jahrhundert gewann die Verbindung mit West- und Mitteleuropa an Bedeutung. Die russische Politik konnte die wirtschaftlichen Entwicklungen und Verschiebungen der Machtverhältnisse im westlichen Europa nicht länger ignorieren.

Zar Peter baute eine seegängige Flotte auf, vergrößerte das Heer und schulte es nach westlichen Vorbildern. Er gestaltete die Zentralverwaltung um, indem er schwedischem Vorbild folgend nach Fachaufgaben strukturierte Kollegien (Ministerien)

Foto: akg-images

Reisen nach Westeuropa gaben Peter dem Großen (1682/89–1725) Anregungen für sein Reformwerk. Das historisierende Gemälde zeigt ihn auf der Werft im englischen Deptford.

schuf, und er betrieb eine merkantilistische Wirtschaftspolitik, indem er den Handel und die heimische Produktion durch Errichtung von Manufakturen förderte. Ausländische Fachkräfte wurden ins Land geholt, Russen zum Studium ins Ausland entsandt. Zum 1. Januar 1700 ließ der Zar auch die alte byzantinische Zeitrechnung abschaffen, an deren Stelle nach dem Vorbild der protestantischen Länder der Julianische Kalender trat. (Der genauere Gregorianische Kalender, der in den katholischen Regionen galt und nach dem wir uns heute noch richten, wurde in Russland erst am 14. Februar 1918 eingeführt.)

Doch große Teile der Gesellschaft, insbesondere die Bauernschaft, blieben von dem petrinischen Modernisierungsversuch unberührt. Der Widerspruch zwischen der traditionsorientierten Bevölkerungsmehrheit und dem modern-absolutistischen Regime bestimmte bis weit ins 20. Jahrhundert das soziale und geistige Leben Russlands. Doch Peters Reformen schufen die Voraussetzungen für den Aufstieg des Landes zur europäischen Großmacht. Nach dem Sieg über die Schweden 1709 in der Schlacht bei Poltawa, Ukraine, nahm der Zar den Kaisertitel an, der von Preußen und den Generalstaaten der Niederlande sofort, von den meisten anderen europäischen Mächten im Lauf der nächsten 50 Jahre anerkannt wurde.

Im 18. und 19. Jahrhundert entwickelte sich Russland zu einem wichtigen Faktor europäischer Politik. Unter den Nachfolgern Peters dehnte sich das Reich in Kriegen mit dem Osmanischen Reich nach Süden und durch die polnischen Teilungen nach Westen aus. In den Napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts spielte das Zarenreich als Gegner des napoleonischen Frankreich, dann als Verbündeter und schließlich als Mitglied der antinapoleonischen Allianz eine entscheidende Rolle, die auch bei der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress 1815 zum Tragen kam. In den Folgejahren schloss sich Russland im Rahmen der „Heiligen Allianz" eng mit den konservativen Mächten Habsburg und Preußen zusammen und erlangte als „Gendarm Europas" eine bestimmende Rolle auf dem Kontinent. Die zarische Regierung betrieb eine restaurativ-konservative Politik und wandte sich gegen alle Freiheitsbewegungen jener Zeit.

Gesellschaftliche Spannungen

Russlands Position im Konzert der großen europäischen Mächte brachte die russischen Oberschichten in engen Kontakt mit dem geistigen und politischen Leben des Kontinents. Die Rezeption von Ideen aus der Welt der französischen Revolution und des nationalstaatlichen Erwachens in West- und Mitteleuropa führte zu einer Entfremdung zwischen Teilen der europäisierten Oberschicht und dem autokratischen Regime. Die Spannungen fanden Ausdruck in der Debatte zwischen „Westlern" und „Slawophilen". Während erstere die Öffnung gegenüber dem „Westen" guthießen und Russlands Heil vom Hineinwachsen in diesen „Westen" erwarteten, betonten die Slawophilen slawische und orthodoxe Traditionen und sahen die Zukunft des Landes in der Rückkehr zu diesen Wurzeln.

In dieser Auseinandersetzung trat erstmals eine Gruppe hervor, die den gesellschaftlichen Konflikten in Russland bis weit in

Gegensätze: Moskau – St. Petersburg

In diesem Jahr (2003 – *Anm. d. Red.*) feiert St. Petersburg den dreihundertsten Geburtstag seiner Gründung durch Peter den Großen. Die Stadt wurde von 1703 an […] mit Beizug Zehntausender von Zwangsarbeitern im sumpfigen Mündungsgebiet der Newa erbaut. Bereits 1712 übernahm das damalige Sanktpiterburch vom viel älteren Moskau die Funktion der russischen Reichshauptstadt, die in der Folge offiziell Sankt Petersburg, volkstümlich Piter, zeitweilig auch Petrograd oder Petropolis genannt wurde. […]

Als „zauberähnlicher Traum" bildete Petersburg, […] das um 1900 – mit einem Ausländeranteil von rund zwanzig Prozent – längst den Rang einer Millionenstadt hatte, von Beginn an einen scharfen, in jeder Hinsicht exemplarischen Kontrast zu Moskau, das mit seinen „vierzigmal vierzig Kirchen" dem heiligen Russland eine symbolische Mitte gab. […] Der von Peter I. programmatisch durchgesetzte Bruch mit der moskowitischen und insgesamt der frührussischen Vergangenheit wurde für die beiden ungleichen Hauptstädte – Petersburg war Regierungssitz, Moskau blieb Krönungsstadt – zum Anlass für ein lang anhaltendes Konkurrenzverhältnis, das selbst die Rückverlegung des russischen Machtzentrums in den Moskauer Kreml von 1918 überdauerte und bis heute virulent geblieben ist. […]

Schon der vergleichende Blick auf ältere Stadtpläne Moskaus und Petersburgs lässt ausgeprägte strukturelle Unterschiede erkennen – das „bodenständige" Moskau, der Topographie angepasst und organisch gewachsen, legt sich konzentrisch um seine natürliche Mitte, während das von der Wirklichkeit abgehobene Petersburg ohne Rücksicht auf seine natürliche Umgebung einem geometrischen Raster unterworfen wurde. […]

Außerdem stehen die beiden Städte für den Gegensatz von alt und neu, eigen und fremd, Mitte und Rand, Ost und West, Volk und Staat, Sein und Schein, und man unterscheidet sie auch nach so disparaten Qualitäten wie Herz/Kopf, synthetisch/analytisch, bunt/grau. So wie man Moskau für „russischer als Russland" (wenn nicht gar für „asiatisch") gehalten hat, galt für Petersburg, dass es „europäischer als Europa" sei. […]

Moskau und Petersburg scheinen kraft ihrer wechselseitigen Verspiegelung all jene Widersprüche in sich zu vereinen, die man üblicherweise dem Russentum insgesamt zuschreibt und die denn auch in die weit verbreitete Klischeevorstellung von der „breiten russischen Seele" eingegangen sind. […]

Felix Philipp Ingold, „Noch angesichts von Peitschenhieben strotzt du vor Eitelkeit", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Januar 2003.

das 20. Jahrhundert Form und Ausdruck gab – die *Intelligenzija*. Dieser Begriff bezeichnet eine Ideengemeinschaft, die ihre soziale und politische Identität aus der gemeinsamen Weltsicht gewann. Ihr Selbstverständnis stützte sich auf drei Leitgedanken: den Willen, die autokratische Zarenherrschaft zu stürzen, das Bewusstsein der Verantwortung für sozial Schwächere und den Glauben, über eine wissenschaftlich fundierte Weltanschauung zu verfügen. Aus der Intelligenzija heraus formten sich jene politischen Gruppierungen, die in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts den Kampf mit dem zarischen System aufnahmen.

Sturz der Zarenherrschaft

Im Krimkrieg (1853–1856), den Russland gegen das Osmanische Reich, Frankreich und Großbritannien führte, erwies sich das Zarenreich gegenüber den europäischen Großmächten als militärisch und wirtschaftlich hoffnungslos rückständig. Die Regierung Alexanders II. (1855–1881) nahm daher eine umfassende Reform von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Angriff. Kern der Neuordnung war die Bauernbefreiung im Jahre 1861, die die Leibeigenschaft beseitigte und von Umgestaltungen der Justiz, der Streitkräfte, des Bildungswesens und der Kommunalverfassung flankiert wurde.

Die Reformen führten nicht zu einer politischen Beruhigung im Innern. Aus der Intelligenzija heraus entwickelte sich eine politische Bewegung, die „Volkstümler", die einen Sturz des Zarismus durch Aufklärung der bäuerlichen Massen anstrebten. Einige Gruppierungen setzten auf individuellen Terror. 1881 wurde Alexander II. durch ein Bombenattentat getötet.

Die Regierung seines Nachfolgers Alexander III. (1881–1894) schränkte die Reformen teilweise wieder ein, verfolgte den Kurs wirtschaftlicher Modernisierung aber weiter. Der Ausbau der Industrie, der in den siebziger Jahren in Gang kam, gewann in den neunziger Jahren hohes Tempo. Im Gefolge der Industrialisierung wandelte sich auch die Gesellschaft. Wiewohl Russland immer noch ein Agrarstaat war und 1897 über 86 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande lebten, wuchsen die Städte rasch und wurden zu sozialen Brennpunkten. Die Einwohnerschaft Moskaus etwa stieg zwischen 1867 und 1914 von 350 000 auf 1,7 Millionen, die von St. Petersburg von 500 000 auf 2,2 Millionen.

Die Unzufriedenheit der Industriearbeiterschaft, die unter unerträglichen Bedingungen lebte und arbeitete, das wachsende Selbstbewusstsein des entstehenden Bürgertums, die verbreitete Missstimmung auf dem Dorfe, die sich aus der Landarmut und der hohen Steuerlast nährte, und nicht zuletzt wachsende nationale Spannungen im Vielvölkerstaat Russland bedrohten jedoch zunehmend die überkommene Ordnung. Das Regime erwies sich als unfähig, die auseinander strebenden Interessen der gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren und die scharf hervortretenden sozialen und nationalen Konflikte zu mildern.

Die Revolution von 1905 bis 1907, bei der sich neben dem Industrieproletariat und der Intelligenz erstmals auch große Teile der Bauernschaft gegen den Zaren wandten, war ein letztes Warnzeichen. Durch den Einsatz von Militär gelang es noch einmal, das Zarenregime zu retten. Die Einrichtung eines Parlaments, der *Duma*, mit sehr beschränkten Rechten – Max Weber sprach von einem „Scheinkonstitutionalismus" – und eine Agrarreform setzten neue Veränderungen in Gang. Der Beginn des Ersten Weltkriegs im Jahre 1914 verhinderte, dass diese Maßnahmen zur Entfaltung kamen.

1914 erwies sich rasch, dass das russische Reich allen Modernisierungsschritten zum Trotz in einem Krieg technisierter Massenheere dem Deutschen Reich nicht gewachsen war. Die russischen Armeen erlitten katastrophale Niederlagen. In Reaktion auf den Bankrott des Versorgungssystems kam es 1916 in den Städten zu Streiks und Unruhen, die an Schärfe zunahmen und schließlich im Februar 1917 in Petersburg zum Zusammenbruch der Ordnung führten. Zar Nikolaus II. dankte am 15. März 1917 ab. Mit seiner Familie wurde er nach Jekaterinburg gebracht, wo sie im Juli 1918 von den *Bolschewiki* ermordet wurden.

Die Macht ging in die Hände einer Provisorischen Regierung über, die den Krieg fortsetzte und die Lösung der Landfrage an eine noch zu wählende Verfassunggebende Versammlung verwies. Damit stellte sie sich der bäuerlichen Bevölkerung entgegen, die mehrheitlich eine Vergrößerung ihrer Bodenanteile durch eine Aufteilung der Gutsländereien forderte. Neben der Regierung entwickelte sich der Petersburger *Sowjet* – der Arbeiter- und Soldatenrat – rasch zu einer eigenständigen Kraft. In ihm gewannen die Vertreter der Bolschewiki, des radikalen Flügels der russischen Sozialdemokratie, an Bedeutung und Profil, insbesondere nachdem Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), die politische und ideologische Leitfigur dieser Gruppe, aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt war.

Die Weigerung der Provisorischen Regierung, den Boden umzuverteilen und den Krieg zu beenden, spielte ihren Gegnern in die Hände. Am 6. November 1917 (24. Oktober nach dem Julianischen Kalender) initiierte die Sowjetmehrheit unter Führung der Bolschewiki einen Umsturz, der die Provisorische Regierung beseitigte und einen Rat der Volkskommissare installierte. Indem die neue Führung Friedensverhandlungen einleitete und die Landnahme der Bauern legitimierte, verschaffte sie sich den notwendigen landesweiten Rückhalt, der es ihr erlaubte, die eben gewählte Konstituierende Versammlung am 18. Januar 1918 gewaltsam aufzulösen.

Foto: bpk

Erstürmung des Winterpalastes in St. Petersburg 1917: Diese Originalaufnahme von Iwan Kobozew wurde lange für eine Szene aus Eisensteins Film „Oktober" (1927) gehalten.

Staat und Gesellschaft in der Sowjetzeit

Das Regime, das nach dem kurzen Sommer der Demokratie an die Stelle der zarischen Autokratie trat, beherrschte die Völker des Russischen Reiches über einen Zeitraum von 74 Jahren und führte sie auf einem Pfad in die Moderne, der sich von dem der Staaten in West- und Mitteleuropa in vielen Punkten unterschied. Doch die Ideen, die diesem Weg zugrunde lagen, waren Teil einer gro-

Foto: bpk

Wladimir Iljitsch Lenin (M. im dunklen Mantel), der führende Kopf der Bolschewiki, auf einer Parade der Volksmiliztruppen in Moskau 1919.

ßen europäischen Utopie, die nun in Sowjetrussland in die Tat umgesetzt wurde.

Revolutionäre Neuordnung

Die revolutionäre Neuordnung von Staat und Gesellschaft vollzog sich allerdings unter extremen Bedingungen. Bereits im Frühjahr 1918 kam es zwischen „Weißen", Gegnern des Oktoberumsturzes, von denen manche die alte zarische Ordnung wieder herstellen wollten, und „Roten", den Bolschewiki, zu heftigen Kämpfen. Großbritannien, die USA, Japan und Frankreich entsandten Interventionstruppen, die die Weißen gegen die sowjetische Seite unterstützten.

In einer ungeheuren Kraftanstrengung organisierten die Bolschewiki den Widerstand und bauten eine mit massiver Repression verbundene, rigide Versorgungsdiktatur auf. Der „Kommunismus" der Bürgerkriegsphase mit Hochinflation und gewaltsamer Beschlagnahmung lebensnotwendiger Güter war eine überbürokratisierte Organisation des Mangels, die im ganzen Land Unzufriedenheit und Widerstand hervorrief. Die Industrieproduktion sank im Bürgerkrieg auf ein Minimum, der Schwarzmarkt blühte. In nur zwei Jahren gelang es den Bolschewiki, ihre soziale Basis zu ruinieren: Die Arbeiterschaft befand sich durch den Zerfall der Industrie im Zustand der Auflösung, die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit, ursprünglich durch das Bodendekret 1917 für die Sowjetmacht gewonnen, befand sich 1920 im Aufstand. Das System des „Kriegskommunismus" war trotz des militärischen Sieges bankrott.

In dieser Situation fand die sowjetische Führung die Kraft zu einer politischen Wende. Sie ersetzte im März 1921 die Ablieferungspflicht durch eine Naturalsteuer und gab den Handel mit Überschüssen frei. Damit öffnete sie den Weg für die Entstehung eines Agrarmarktes, der sich rasch entfaltete und zu einer deutlichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führte. Da die sowjetische Führung nach Vertreibung der Weißen und Unterdrückung aller konkurrierenden linken Parteien wie *Menschewiki* und Sozialrevolutionäre ein politisches Monopol innehatte, konnte sie sich die Verfügung über Großindustrie, Banken und Außenhandel vorbehalten und so weiterhin die Wirtschaftsentwicklung kontrollieren.

Ziel der „Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP) war einerseits die Steigerung der Wirtschaftsleistung, andererseits die Versöhnung der Gesellschaft mit dem Regime und damit die Überwindung der Folgen von Bürgerkrieg und Versorgungsdiktatur. Von 1921 bis 1928 herrschte ein fragiles soziales Einvernehmen, das es ermöglichte, die Wirtschaftsleistung der Vorkriegszeit wieder zu erreichen und die Basis für die weitere Industrialisierung des Landes zu schaffen.

An der Spitze der „Russischen Kommunistischen Partei" (der Bolschewiki) kam es indessen zu heftigen Führungskämpfen, in denen sich letztlich Generalsekretär Iosif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953) durchsetzte. Er verstand es, die emotionale Reaktion auf den Tod Lenins am 24. Januar 1924 auszunutzen und einen Lenin-Kult zu organisieren, der vom Aufbau einer bürokratischen Organisation flankiert wurde. Dieser Apparat war die Machtbasis, mit deren Hilfe Stalin nach der Ausschaltung seiner Gegner Ende der zwanziger Jahre die dominierende Figur wurde. In Fortentwicklung des Lenin-Kults wurde nun auch Stalin das Objekt kultischer Verehrung. Aus der Mythisierung seiner Person erwuchs ihm zusätzliche Macht.

Diktatur Stalins

Seine beherrschende Position erlaubte es ihm, eine Politik forcierter Industrialisierung durchzusetzen, die die Entwicklung der Konsumgüterproduktion völlig vernachlässigte. Damit wurde der Grundstein für das Missverhältnis der Industriezweige gelegt, das die sowjetische Wirtschaft bis 1991 und darüber hinaus belastete. Die Entscheidung war eine Reaktion auf die Krise der NÖP. In ihrer ideologischen Fixierung nahm die Führungsgruppe um Stalin die – am Markt orientierten – Versuche der Bauern, Höchstpreise zu erzielen, als feindseligen Schritt wahr und antwortete mit Zwangsmaßnahmen. Zwischen Juli 1929 und Juli 1932 wurden fast 15 Millionen Höfe zwangsweise „kollektiviert", das heißt mit Land, Vieh und Gerätschaften in eine kollektive Großwirtschaft überführt. Da die Bauern diese Maßnahmen, die sie als Enteignung verstanden, ablehnten, nahm die Kollektivierung bald den Charakter eines „Kriegs gegen das Dorf" an. Durch Strafmaßnahmen, Deportation, Krankheit und Hunger kamen in dieser Phase mehrere Millionen Bauern ums Leben. Die sowjetische Landwirtschaft wurde auf lange Sicht geschädigt, die verfehlte Agrarpolitik erschwerte auch die Industrialisierung.

Der erste Fünfjahrsplan (1928–1932) sah für die Wirtschaftsentwicklung exorbitante Zuwachsraten und hohe Priorität für die Produktionsgüterindustrie vor. Eine zentrale Planung, die sich im Lauf der Zeit zu einem kaum überschaubaren, hochbürokratisierten System der Wirtschaftsverwaltung entwickelte, sollte rasches Wachstum garantieren. In der Tat gelang es in einer bemerkenswerten Mischung von Massenmobilisierung, Enthusiasmus und Repression, ganz erhebliche industrielle Zuwächse zu erzielen. Die Sowjetunion verwandelte sich in dieser Phase unter großen Opfern in ein Industrieland. Die Gesellschaft geriet in Bewegung – Urbanisierungsprozesse, soziale Aufstiegsmöglichkeiten und kulturelle Fortschritte durch Alphabetisierung und Vervielfachung der Hochschulen veränderten den Charakter des Landes.

Die zerstörerische Verstaatlichung des Agrarsektors und die industrielle Mobilisierung wurden begleitet vom Ausbau eines Repressionsapparates, der bald sogar die herrschende Partei selbst marginalisierte. Die politische Polizei (bis 1934 OGPU, Allgemeine Staatliche Politische Verwaltung, dann in das NKWD, Volkskommissariat für Inneres, überführt) verschärfte die Überwachung und baute ein System von Zwangsarbeitslagern auf, das eine eigene ökonomischen Bedeutung hatte und unter Leitung der Hauptverwaltung für Lager (GULag) neben dem Personenkult zum konstitutiven Bestandteil des Stalin-Regimes wurde. Die Repression

„Memorial" – Spurensuche nach Stalins Opfern

[…] Noch immer liegen Hunderttausende Opfer des Stalinismus, Erschossene und im Gefängnis zu Tode Gefolterte, an unbekannten Orten unter Russlands Erde. Den meisten der Angehörigen ist bis heute eine Stätte der Trauer und des Andenkens verwehrt.

Irina Fliege gehört als Vorsitzende der privaten Organisation Memorial in St. Petersburg zu der winzigen Minderheit, die seit mehr als einem Jahrzehnt an dem Schutzwall aus Verdrängung, Gleichgültigkeit und Ablehnung kratzt, den die russische Gesellschaft um sich errichtet hat. In einem Land, in dem das *Schwarzbuch des Kommunismus* selbst als Ramschexemplar kaum Käufer fand, kann Memorial nur dank des Geldes ausländischer Stiftungen überleben. Grauhaarige Exdissidenten und jugendliche Aktivisten mühen sich hier, mit der Publikation von Erschießungslisten und Gedenkbüchern den Opfern ihren Namen zurückzugeben. Womöglich finden sie in den zumeist fensterlosen Räumen der Organisation auch ein wenig Erlösung von der Leugnungs- und Beschönigungskultur, die draußen herrscht. Nur: „Ohne die notwendige Selbsterkenntnis kann es in Russland keine demokratische Entwicklung geben", klagt Irina Fliege. Deshalb gräbt sie weiter nach der historischen Wahrheit, notfalls mit Georadar und Spaten.

Im Sommer vergangenen Jahres stieß die Memorial-Suchgruppe auf einem Truppenübungsplatz bei Toksowo nördlich von St. Petersburg auf menschliche Überreste. Bisher war in der Stadt der Oktoberrevolution nur der Friedhof von Lewaschowo als Gebeinstätte für die Opfer des stalinistischen Terrors bekannt. […] Etwa 24 000 Tote wurden nach Lewaschowo gekarrt, doch allein der „Säuberung" 1937 und 1938 fielen im damaligen Leningrad und in der Umgebung 40 000 Menschen zum Opfer. Grund genug, die Existenz eines weiteren Massengrabes zu vermuten. Die Suche dauerte fünf Jahre.

„Wir haben die Indizien wie ein Puzzle zusammengesetzt", berichtet Irina Fliege. Ein früherer Fahrer der Todeswagen, im Volk „schwarze Raben" genannt, sank vor einer Lichtung auf die Knie und brach in Tränen aus. Doch den Hinrichtungsort konnte er nicht mehr finden. Die Aktivisten studierten Luftbilder, die deutsche Aufklärungsflugzeuge im Zweiten Weltkrieg gemacht hatten. Auf Landkarten von 1924, deren Siegel „Nur für den Dienstgebrauch" noch heute gültig ist, ermittelten sie den Verlauf der Waldstraßen; sie untersuchten Bodenveränderungen und den Grundwasserspiegel. Im August vergangenen Jahres hatten sie endlich 50 Gruben ausfindig gemacht. Eine davon öffnete die Suchgruppe und stieß auf menschliche Überreste. Die Schädel hatten Einschusslöcher im Scheitelbein. Die ballistische Untersuchung einer Patronenhülse ergab, dass sie aus einem großkalibrigen Revolver stammte, wie er damals beim sowjetischen Geheimdienst NKWD viel benutzt wurde. „Bis zu 30 000 Leichen könnten in den Massengräbern liegen", schätzt Fliege. […]

Memorial möchte Stalins Totenfeld in diesem Jahr mit Georadar und Bodenproben untersuchen und als Gedenkstätte abgrenzen. „Die Toten sollen ihre Würde wiedererhalten", fordert Irina Fliege. Doch der Fund stößt bisher auf Desinteresse. […]

Die Arbeit von Memorial stört viele im heutigen Russland. Breites Interesse an der eigenen Geschichte schien nur zum Ende der Perestrojka auf. Unter Staatschef Michail Gorbatschow öffneten sich damals die Kellertüren der Staatsarchive und gaben einen sensationellen Blick auf die Leichen des Sowjetregimes frei. Doch die Protagonisten der alten und der neuen Politikerschar wichen jeder aufrichtigen Beschäftigung mit den kommunistischen Verbrechen aus. Forderungen aus der Bevölkerung nach einer Wahrheitskommission und einem „Nürnberger Prozess" für Moskaus Unrechtstaten verstummten vor der Springflut der freigegebenen Preise und der Angst ums Überleben. Im Chaos des Zerfalls wollte sich kaum jemand den vermeintlichen Glanz der Vergangenheit blind reden lassen. Die Archive, die den Historikern ein paar Knochen freigegeben hatten, reglementierten wieder den Zugang zum Gesamtskelett.

Was Wunder: Die Deutungshoheit über die Geschichte ist schließlich eine Machtfrage. Die Enthüllungen über sowjetische Verbrechen dienten den Antikommunisten zur Diskreditierung der ehemaligen Staatspartei. Zehn Jahre später begründete der frühere KGB-Oberstleutnant Wladimir Putin einen retrospektiven Staatsmythos, der die Kontinuität zwischen dem neuen Russland und der alten Sowjetunion wiederherstellt. Putin enthüllte eine Gedenktafel für den KGB-Chef Jurij Andropow, rehabilitierte die Stalinsche Staatshymne und gab der Armee ihr Wahrzeichen zurück, den roten Stern. Die patriotische Verklärung des alten Großreichs findet ihre Gipfelpunkte im Sieg über Hitler und in der Eroberung des Kosmos. Das Gedenken an die kollektiven Helden und Opfer befreit von der lästigen Frage nach den individuellen Henkerstaten. Die Namen derer, die Erschießungsbefehle unterschrieben, sind wieder Staatsgeheimnis. […]

Die offiziöse Geschichtsschreibung Russlands bleibt die des Staates, der den Menschen bis in den Tod in Besitz hält. Das Ausbleiben der Vergangenheitsbewältigung nährt das Unwissen und alte Stereotype. In Meinungsumfragen sehen mehr als die Hälfte der Russen Stalin ambivalent oder positiv. […]

Johannes Voswinkel, „Archäologen des Verbrechens", in: Die Zeit Nr. 10 vom 27. Februar 2003.

Foto: bpk

Stalin, Gewaltherrscher von 1924 bis 1953.

wandte sich auch gegen die Führungskader der Partei. In den großen „Säuberungsaktionen" der Jahre 1937 und 1938 wurde fast die gesamte militärische und politische Elite ausgelöscht. Eine Generation von Aufsteigern, der auch die späteren Sowjetführer Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnjew angehörten, ersetzte die liquidierten Kader.

Anfang der vierziger Jahre beherrschten Stalin und sein Repressionsapparat die Sowjetunion unangefochten. Indes hatte sich die internationale Lage alarmierend zugespitzt. In Italien und in Deutschland hatten sich mit Faschisten und Nationalsozialisten rechtsradikale Terrorregime durchgesetzt. Das Münchener Abkommen von 1938 zeigte, dass die westlichen Demokratien nicht bereit waren, Hitlers aggressiver Expansionspolitik ernsthaft Widerstand zu leisten. In dieser Situation vollzog die Stalinsche Führung im Laufe des Jahres 1939 eine außenpolitische Wende und ging eine Allianz mit dem nationalsozialistischen Deutschland ein. Der Schritt verschaffte der Sowjetunion nicht nur eine Atempause, sondern auch politische Handlungsfreiheit in Ost- und Nordeuropa. Während Deutschland durch den Angriff auf Polen einen Weltkrieg auslöste, eignete sich die UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) Teile Polens sowie die baltischen Republiken an, zwang Rumänien zur Abtretung Bessarabiens und begann einen Krieg mit Finnland.

Als sich Deutschland im Sommer 1941 gegen die Sowjetunion wandte, war die Stalinsche Führung aber letztlich doch überrascht. Die Rote Armee erlitt in den ersten Kriegsmonaten eine verheerende Niederlage, die Wehrmacht drang bis Moskau und Leningrad (das heutige St. Petersburg) vor. Erst nach vierjährigem harten Ringen konnte die UdSSR gemeinsam mit den Westalliierten das nationalsozialistische Deutschland niederwerfen. Die Unterzeichnung der Kapitulationserklärung durch die Vertreter der Wehrmacht am 9. Mai 1945 um 0.16 Uhr in Berlin-Karlshorst, dem Hauptquartier der sowjetischen

Streitkräfte in Deutschland, beendete einen Krieg, den die deutsche Seite als Rassen- und Vernichtungskrieg geführt und der die Sowjetunion über 20 Millionen Tote gekostet hatte. Die westlichen Teile des Landes waren zerstört, erhebliche Anstrengungen notwendig, um die Wirtschaftsleistung wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen. Dazu kamen in breitem Umfang auch Kriegsgefangene sowie weibliche und männliche Zwangsarbeiter aus dem GULag zum Einsatz. Bis 1948 wurde das Vorkriegsniveau erreicht, 1952 war die Gesamtproduktion doppelt so hoch wie 1940. Da der Schwerpunkt aber nach wie vor auf der Produktionsgütererzeugung lag, stieg der Lebensstandard nicht fühlbar.

Die Hoffnungen, die kollektive Leistung der Gesellschaft bei der Abwehr des deutschen Angriffs würde nach Kriegsende zu einer Liberalisierung des Stalinschen Regimes führen, erfüllten sich nicht. Die Mythisierung Stalins, der sich trotz der katastrophalen Fehlleistungen des Jahres 1941 als Urheber des Sieges feiern ließ, nahm bizarre Ausmaße an. Gestützt auf seine Privatkanzlei und den NKWD (ab 1946 MWD), dem seit 1938 Lawrentij Berija vorstand, deckte Stalin eine Reihe von „Verschwörungen" auf und lancierte neuerliche Säuberungskampagnen, denen eine Reihe hoher Parteiführer zum Opfer fielen, unter anderem Nikolaj Wosnesenskij, der während des Krieges in den Führungsgremien von Partei und Staat für die sowjetische Wirtschaft zuständig gewesen war. Diese neue Repressionswelle endete erst mit Stalins Tod am 5. März 1953.

Reformen der Chruschtschow-Jahre

In den Nachfolgekonflikten setzte sich Nikita Sergejewitsch Chruschtschow durch (1953–1964), der in den dreißiger Jahren als Parteisekretär von Moskau und der Ukraine, nach 1949 als Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, stets Spitzenstellungen innegehabt hatte. Berija wurde verhaftet und hingerichtet. Die „kollektive Führung", die das personale Regiment Stalins ablöste und in der Chruschtschow als primus inter pares agierte, stand vor der schwierigen Aufgabe, die repressiven Strukturen des Stalinistischen Systems abzulösen, ohne die Einparteiherrschaft, die zentrale Planwirtschaft und das Primat des Marxismus-Leninismus zu gefährden. Die Geheimpolizei, die unter Stalin und Berija politische Macht gewonnen hatte, wurde wieder dem Parteiapparat untergeordnet. Die Gesellschaft, tief gespalten und durch die Massenrepressionen traumatisiert, musste versöhnt und sozial integriert werden. Der politische, ökonomische und militärische Wettbewerb mit dem „Kapitalismus" – mit den Konsumgesellschaften westlichen Typs – erforderte eine Beschleunigung der Technologieentwicklung, die Restrukturierung der Wirtschaft und die Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsraten.

Charakteristika der Chruschtschow-Ära waren daher fortgesetzte, oft übereilte Reformen im Innern und international das Hervortreten der Sowjetunion als Führungsmacht des „sozialistischen Lagers", die im Rahmen der Entkolonialisierungsbewegung auch weltweit agierte. Die Integration der durch Repression, Krieg und Industrialisierung zerrissenen Gesellschaft sollten ein umfassendes Sozialprogramm sowie die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Stalin-Zeit gewährleisten. Die Kritik hatte allerdings Grenzen: Zwar wurde das Lagersystem nach 1953 verkleinert und eine große Zahl von Häftlingen entlassen, doch vermied es Chruschtschow, der Stalin in einer Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 scharf verurteilte, seine Kritik auf die Parteiführung, die Partei und den Polizeiapparat auszudehnen. Das politische System als solches wurde nicht in Frage gestellt.

In der Industriepolitik setzte die Chruschtschowsche Führung weiter auf den beschleunigten Ausbau des Produktionsgütersektors und des Rüstungsbereichs. Hier wurden beachtliche Fortschritte erzielt, und 1957 konnte die westliche Öffentlichkeit mit dem Start des ersten Erdsatelliten („Sputnik-Schock") überrascht werden. In anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere bei der Erzeugung von Konsumgütern, blieben die Leistungen aber deutlich hinter den Erwartungen zurück, und wiederholte Reformen der Industrieverwaltung führten nicht zu besseren Ergebnissen. Die radikale Reorganisation der Partei 1962/63 – der Parteiapparat wurde in einen industriellen und einen agrarischen Zweig unterteilt – provozierte im mittleren und oberen Parteimanagement Unwillen und trug nicht unwesentlich zum Sturz Chruschtschows bei. Auch die umfassende Neuordnung des Agrarbereichs und die Erschließung von Neuland in Mittelasien erbrachten letztlich keine nachhaltigen Leistungsverbesserungen.

Insgesamt hinterließ die Reformpolitik dieser Zeit einen ambivalenten Eindruck: Zwar unternahm die Führung ernsthaft den Versuch, die Schwächen der Wirtschafts- und Sozialorganisation zu überwinden, doch griffen viele der Maßnahmen zu kurz. Zudem brachte der hektische Rhythmus der Reformen immer wieder Unruhe in die Verwaltung. So wuchs innerhalb von Partei und Verwaltungsapparat allmählich die Opposition gegen die Chruschtschowsche Führung.

Auch die Bilanz der sowjetischen Außenpolitik war widersprüchlich. Zwar war es gelungen, die Regime sowjetischen Typs in Ostmitteleuropa nach den Aufständen 1953 in der DDR sowie 1956 in Ungarn und Polen zu konsolidieren und in eine straff organisierte Wirtschafts- und Militärallianz einzubinden. Doch 1960 kam es mit China, dem anderen großen sozialistischen Staat, in der „Polemik über die Generallinie" zu einem tief gehenden ideologischen Zerwürfnis.

Gegenüber den USA konnte die UdSSR ihre Position in der Phase der Entkolonialisierung ausbauen, die „Korrelation der Kräfte" in der Welt schien sich zugunsten der Sowjetunion zu verschieben. Die Gefahr eines atomaren Vernichtungskriegs gab aber Anlass, das Konzept einer „friedlichen Koexistenz" der konkurrierenden Systeme zu entwickeln, und so suchte die Chruschtschowsche Führung das Gespräch mit den USA. Die vorsichtige Annäherung wurde durch Krisen wie den U-2-Zwischenfall 1960, als ein amerikanisches Spionageflugzeug über sowjetischem Territorium abgeschossen wurde, oder den Mauerbau in Berlin 1961 immer wieder be-

Foto: dpa

Im Juni 1961 treffen sich in Wien erstmals US-Präsident John F. Kennedy (2. v. l.) und der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow (2. v. r.). Das Konzept einer „friedlichen Koexistenz" beider Supermächte wurde immer wieder von Krisen erschüttert.

lastet. Als Chruschtschow aber 1962 versuchte, im Interessenbereich der USA auf Kuba Mittelstreckenraketen zu stationieren, provozierte er scharfe Reaktionen der Kennedy-Administration und musste einen Rückzieher machen.

Die außenpolitischen Misserfolge verstärkten die Unzufriedenheit in den Führungskreisen der Partei, die durch die übereilten Reformen von Partei und Verwaltung ohnehin irritiert waren. Am 14. Oktober 1964 setzte das Zentralkomitee Chruschtschow ab und wählte Leonid Breschnjew (1964–1982) – Mitglied des Politbüros und seit 1960 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets sowjetisches Staatsoberhaupt – zu seinem Nachfolger in der Parteiführung. Die Form des Machtwechsels – durch Mehrheitsentscheidung im zuständigen Parteigremium – verdeutlicht, wie sehr sich die Sowjetunion in der Ära Chruschtschow verändert hatte. Das repressive Mobilisierungsregime der Stalin-Zeit war durch eine gefestigte Herrschaft der Monopolpartei abgelöst worden, in der politische Prozesse in regelhaften Bahnen verliefen.

Konsolidierung und Stagnation

Die neue Führung beeilte sich zunächst, die Partei- und Verwaltungsreform Chruschtschows rückgängig zu machen, und ging dann daran, die Wirtschaftsleitung neu zu ordnen. Die Stellung der Zentralbehörden, insbesondere des Staatlichen Plankomitees (*Gosplan*), wurde gestärkt, die Leitung der Industriezweige wieder bei den Ministerien zusammengefasst. Gleichzeitig erhielten jedoch die Betriebe erheblich größere Kompetenzen. In den ersten Jahren führten diese Reformen durchaus zu einer Leistungssteigerung, die jährlichen Wachstumsraten verdoppelten sich. Ab Mitte der siebziger Jahre verlangsamte sich das Wachstum aber fühlbar, die Zunahme blieb selbst nach den offiziellen Angaben noch unter der der Chruschtschow-Zeit. Auch die Agrarproduktion stieg in den siebziger Jahren nur geringfügig. Die sowjetische Volkswirtschaft stagnierte.

Ein entscheidendes Problem war, dass es auf Dauer nicht gelang, die Produktivität der Arbeitskraft nachhaltig zu steigern. Zuwächse wurden daher im Wesentlichen durch Heranziehung zusätzlicher Ressourcen (Arbeitskraft, Energie, Rohstoffe) erzielt – das sowjetische Wachstum war extensiv, nicht intensiv. Ursache war das System der Planung und Leitung, das für die Betriebe keine Anreize schuf, mit Ressourcen sparsam umzugehen und innovative Verfahren einzusetzen. Die Unfähigkeit der sowjetischen Volkswirtschaft, in der technologischen Entwicklung den Anschluss an die kapitalistischen Industriestaaten zu halten, war ein wesentlicher Faktor für ihr Scheitern.

In der Innenpolitik bedeutete der Übergang von Chruschtschow zu Breschnjew ein vorsichtiges Abrücken von der Entstalinisierung. Die kritische Auseinandersetzung mit der Stalin-Ära, die unter Chruschtschow phasenweise in einigen Literaturzeitschriften möglich gewesen war, wurde unterbunden. Bereits vor 1964 war die sowjetische Obrigkeit gegen missliebige Intellektuelle vorgegangen. 1965 initiierte der KGB, das Komitee für Staatssicherheit, einen Schauprozess gegen die Schriftsteller Julij Daniel und Andrej Sinjawskij wegen Verhöhnung des Sowjetsystems. Die Verfolgung nonkonformistischer Intellektueller, zu denen Schriftsteller wie Alexander Solschenizyn und Wissenschaftler wie Andrej Sacharow zählten, war ein Element Breschnjewscher Gesellschaftspolitik.

Außen- und sicherheitspolitisch verzeichnete die UdSSR bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre erhebliche Erfolge. Die Breschnjewsche Führung beschleunigte den Bau von Interkontinentalraketen und erreichte Ende der sechziger Jahre im Bereich strategischer Atomwaffen das Niveau der US-Rüstung. Das Abkommen über die Begrenzung der Strategischen Waffen (SALT I) bestätigte ihr im Jahr 1972 den Status als „die andere Supermacht", als gleichberechtigte Partnerin der USA.

Parallel zur Hochrüstungspolitik suchte die sowjetische Führung die Spannungen in den Ost-West-Beziehungen abzubauen. Durch die Ostverträge und das Viermächteabkommen zum Status von West-Berlin entkrampften sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Der Helsinki-Prozess, der durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 formalisiert wurde, schuf einen Rahmen für Zusammenarbeit und friedlichen Wettbewerb in Europa. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 und die Verkündung der Breschnjew-Doktrin über „die begrenzte Souveränität der sozialistischen Staaten im Falle einer Gefahr für das sozialistische Weltsystem" wurden im Westen nicht als Gefährdung des Entspannungsprozesses wahrgenommen. In der Tat begannen schon im folgenden Jahr die deutsch-sowjetischen Gespräche über Gewaltverzicht und Normalisierung, die im August 1970 erfolgreich zum Abschluss gebracht wurden. Das Verhältnis der UdSSR zu China besserte sich indes nicht. Im März 1969 kam es am Grenzfluss Ussuri sogar zu bewaffneten Zusammenstößen. Der östliche Nachbar wurde zunehmend als bedrohliche Konkurrenz empfunden.

Erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zerbrach die Politik der Entspannung, da die Sowjetunion ihre politische und militärische Präsenz in Asien und Afrika verstärkte. Der Aufbau einer Hochseeflotte, der Einmarsch in Afghanistan 1979 und die militärische Intervention in afrikanischen Krisengebieten wie Angola, Mosambik und Äthiopien provozierten westliche Gegenreaktionen ebenso wie die Stationierung von Mittelstreckenraketen, die auf Westeuropa gerichtet waren. Der Ausbau des Imperiums überforderte die wirtschaftlichen Ressourcen der UdSSR und beschleunigte die innere Krise. Zum technologischen Rückstand und zur ökonomischen Wachstumsschwäche trat Ende der siebziger Jahre eine Legitimationskrise, zu der insbesondere der „schmutzige Krieg" in Afghanistan (1979–1989) beitrug, in dem über 13 000 sowjetische Soldaten starben.

Gorbatschow und das Scheitern der Systemreform

Am Ende der Breschnjew-Ära sah sich die sowjetische Führung daher nicht nur mit einer Wirtschaftskrise und einer problematischen außenpolitischen Situation kon-

Foto: dpa

Sinnbild von Überalterung und Stagnation: Wenige Monate vor seinem Tod nimmt Leonid Breschnjew (3. v. l.) mit prominenten Sowjetpolitikern die Maiparade 1982 in Moskau ab.

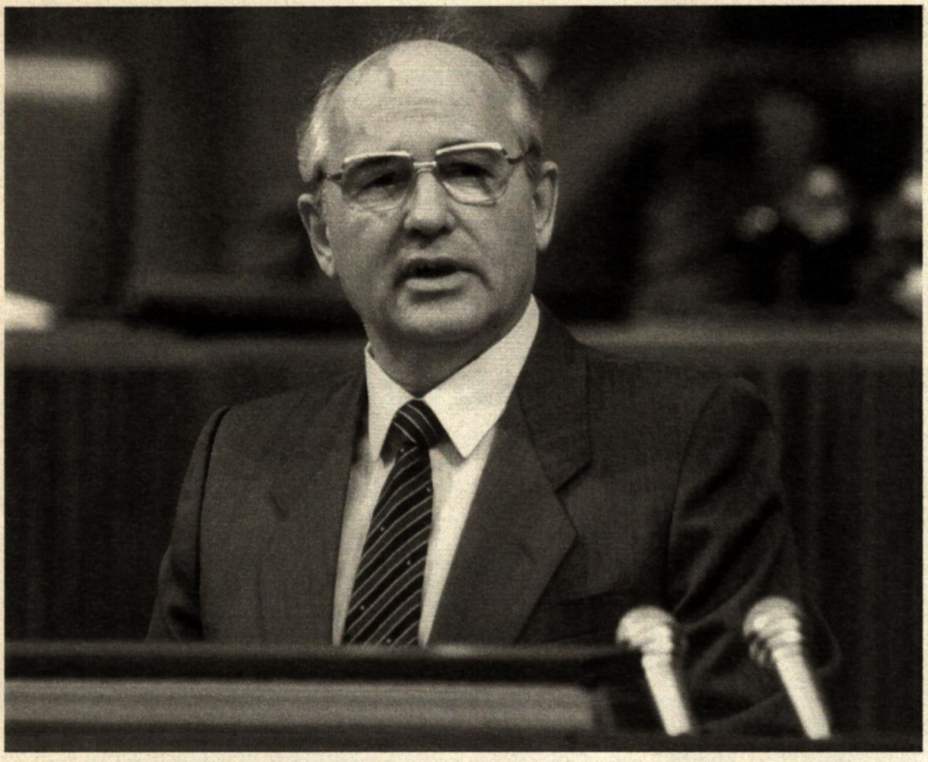


Foto: dpa

Der Reformkurs, den der neue KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow auf der 19. Parteikonferenz 1988 durchsetzte, führte letztendlich den Zerfall der Sowjetunion herbei.

frontiert, auch die innere Lage erschien prekär. Die wachsenden Probleme, die in der Spitze der Partei auch durchaus wahrgenommen wurden, veranlassten die politische Führung, im November 1982 nach dem Tode Breschnjews mit Jurij Andropow einen Generalsekretär zu wählen, von dem sie energische Schritte zur Reformierung und zur Modernisierung des Regimes erwartete. Nach Andropows vorzeitigem Tod und dem kurzen Zwischenspiel mit Konstantin Tschernenko entschied sich die Parteispitze, mit dem Andropow-Protegé Michail Gorbatschow einen Generalsekretär zu berufen, der die Konzepte seines politischen Ziehvaters fortführen und in die Tat umsetzen sollte. Tatsächlich knüpfte Gorbatschow zunächst an die Politik Andropows an und suchte die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft durch verschärfte Disziplin und „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" zu verbessern.

Im Januar 1987 schlug Gorbatschow allerdings eine neue Richtung ein: Auf dem Plenum des Zentralkomitees (ZK) kündigte er eine tief greifende Umgestaltung an, die alle Bereiche der Gesellschaft erfassen sollte – die *Perestrojka*. So wollte die Reformergruppe um Gorbatschow beispielsweise die Bedeutung der „Sowjets", der Parlamente, erhöhen, die Rechtsordnung stärken, Parteifunktionäre regelrecht wählen statt von oben bestimmte Kandidaten akklamieren zu lassen und die Gesetzgebung verbessern. Damit wurde eine Öffnung der Gesellschaft eingeleitet. Auf der 19. Parteikonferenz im Sommer 1988 setzten sich die Anhänger dieses Kurses mit ihrem Programm durch, das eine Stärkung parlamentarischer Elemente im Regierungssystem vorsah und das Monopol der Kommunistischen Partei de facto in Frage stellte. Die Wahlen zu einem Kongress der Volksdeputierten im Frühjahr 1989 stellten – auch wenn das Wahlverfahren nicht wirklich demokratischen Prinzipien entsprach – den Durchbruch zu einer demokratischen Entwicklung dar.

Die Reform der politischen Ordnung – ursprünglich eine Initiative von oben – schuf den Raum für die Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit, die mit einer vehementen Politisierung der Gesellschaft verbunden war. Die KPdSU verlor rasch an Gewicht und büßte im März 1990 ihr politisches Monopol auch offiziell ein. Die Kräfte, die nun hervortraten, waren aber keineswegs gewillt, die Reformpolitik der Gorbatschow-Gruppe zu unterstützen. Denn während es deren Ziel war, die Sowjetunion durch Umgestaltung im Innern als Weltmacht zu erhalten, bezogen die neuen politischen Bewegungen Legitimität aus ihrem – ethnisch, ökologisch, sozial oder historisch begründeten – Auftreten gegen die Politik des Zentrums. Im Kaukasus und in den baltischen Republiken setzten sich Gruppen durch, die eine stärkere Eigenständigkeit dieser Staaten anstrebten bis hin zur völligen Loslösung von der UdSSR. Insofern schuf die Öffnung der Gesellschaft keineswegs eine Basis für die Politik der Gorbatschow-Gruppe, sondern stellte die sowjetische Staatlichkeit insgesamt in Frage.

Gorbatschow und seine Mitstreiter gerieten zwischen die Fronten eines sich verschärfenden Konflikts, in dem durch Wahl legitimierte Bewegungen in Republiken und Regionen, die das alte sowjetische System entschieden ablehnten, konservativen Kräften in der Kommunistischen Par-

Ende einer Weltmacht

Der Totenschein trägt das Datum 31. Dezember 1991. Doch die Beerdigung des Leichnams hätte schon früher stattfinden müssen. Im Jahre 1990 hatten den Riesen die ersten Herzinfarkte heimgesucht: Litauen erklärte sich im März für unabhängig, im Juni und Juli ließen die Russische Sozialistische Föderale Sowjetrepublik und die Ukraine wissen, sie betrachteten sich nunmehr als souveräne Staaten. Die Rede ist vom langen Siechtum der Sowjetunion [...] – dieses Imperium fiel nicht mit einem Riesenkrach in sich zusammen. Nein, es lief einfach auseinander. [...]

Einer wollte es nicht glauben; es war derselbe, der den Untergang herbeigeführt hatte: Michail Gorbatschow. Nicht mutwillig, nicht einmal leichtsinnig hatte er die Grundfesten der Weltmacht erschüttert. Nachdem er damit begonnen hatte, die kommunistische Diktatur aufzuweichen, wofür die Schlagworte *Perestrojka* und *Glasnost* standen, geriet die gesamte Statik des Zwangssystems ins Wanken. Dass es in den Satellitenstaaten des Imperiums nicht mehr durchzusetzen war, musste aber nicht unausweichlich zur Folge haben, dass auch das Zentrum in Unordnung geriet. Gorbatschow selbst sorgte dafür, indem er [...] im Frühjahr 1990 [...] das Macht- und Entscheidungsmonopol der Kommunistischen Partei (KPdSU) [...] dahingehend abänderte, dass auch „andere politische Parteien" und gesellschaftliche Organisationen sich an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten beteiligen durften.

[...] Auch nachdem noch im August mehr als die Hälfte der Republiken den Sowjetstaat verlassen hatten, werkelte Gorbatschow weiter an einem Sowjetgehäuse für alle. Noch Mitte November glaubte er Zustimmung bei seinen Verhandlungspartnern aus den Republiken entdeckt zu haben, selbst Jelzin ließ durchblicken, die Sache werde am Ende doch noch funktionieren. Doch Gorbatschows Berater Anatolij Tschernjajew wusste: „Wenn man mit Boris Jelzin spricht, scheint alles klar zu sein. Dann geht er nach Hause, und am nächsten Tag ist alles ganz anders." So war es auch vor dem 8. Dezember 1991, dem Tag, an dem Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk (Ukraine) und Stanislaw Schuschkewitsch (Weißrussland) mit der „Minsker Erklärung" die GUS, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, gründeten. Nun führte auch für Gorbatschow kein Weg mehr an der Einsicht vorbei, dass sein Projekt einer reformierten Sowjetunion nicht mehr zu retten war. [...] Am 25. Dezember 1991 trat Michail Gorbatschow vom Amt des Staatspräsidenten der Sowjetunion zurück.

Josef Riedmüller, „Ein Imperium kommt abhanden", in: Süddeutsche Zeitung vom 22./23. Dezember 2001.

tei sowie deren Machtapparaten gegenüberstanden. Das hilflose politische Lavieren Gorbatschows in den Jahren 1990 und 1991 erklärt sich aus dieser Konstellation. Der Umsturzversuch einer „konservativen" Junta im August 1991, der vor allem am Widerstand des russischen Parlaments und der russischen Regierung scheiterte, entzog der Regierung Gorbatschow endgültig den Boden. Der Zerfall der UdSSR, zu dem der „konservative" Putsch den letzten Anstoß gegeben hatte, gab schließlich den Weg für die Transformation von politischem und Wirtschaftssystem frei.

Politisches System und politischer Prozess

Hans-Henning Schröder

Die Auflösung der Sowjetunion gab den einzelnen Unionsrepubliken die Möglichkeit, eigene Entwicklungswege zu gehen. In Russland nutzte die Reformergruppe um Präsident Boris Jelzin, zu der auch Jegor Gajdar und Anatolij Tschubajs gehörten, das Scheitern des August-Putsches und den Zerfall der Sowjetunion, um eine Politik zur Errichtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung einzuleiten. Die politischen Widerstände waren jedoch erheblich. Erst nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Parlament und Präsident konnte ein Verfassungsrahmen geschaffen werden, der den Übergang zur Marktwirtschaft und den Prozess der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums absicherte. Die politische Umgestaltung vollzog sich somit zunächst in zwei Phasen: Die Zeit vom August 1991 bis zum Oktober 1993 war durch den Konflikt zweier konkurrierender Verfassungsorgane – des Obersten Sowjets und des Präsidenten – gekennzeichnet, die folgenden Jahre standen im Zeichen einer durch den Präsidenten dominierten Verfassungsordnung. Der Wechsel von Jelzin zu Wladimir Putin Ende 1999 leitete dann eine dritte Entwicklungsphase ein, in der das politische System neue Konturen annahm.

Doppelherrschaft von Präsident und Parlament

In der russischen Teilrepublik hatten im März 1990 – zu dieser Zeit bestand die Sowjetunion noch – Wahlen zu einem Kongress der Volksdeputierten stattgefunden. Dabei gewannen mit Jelzins Radikaldemokraten und Alexander Ruzkojs „Kommunisten für Demokratie" Gruppierungen Mehrheitspositionen, die sehr viel weitergehende Vorstellungen von einer Systemreform hatten als die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow. Die neue russische Regierung schaltete sich aktiv in die Reformdiskussion ein und legte mit dem so genannten 500-Tage-Plan das Konzept für einen raschen Übergang zur Marktwirtschaft vor. Doch erst der Zusammenbruch der Zentralgewalt nach dem August-Putsch machte den Weg für ernsthafte Reformen frei. Bereits im November 1991 räumte der russische Kongress der Volksdeputierten Jelzin außerordentliche Vollmachten zur Durchführung von Wirtschaftsreformen ein und bestätigte die Berufung Jegor Gajdars als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident in einer Reformregierung, die umgehend damit begann, das Wirtschaftssystem umzugestalten. Die Auflösung der UdSSR am 31. Dezember 1991 gab endgültig den Weg frei. Die Transformation umfasste vier Komponenten:

◇ Liberalisierung (Freigabe der Preise, Schaffung eines Kapitalmarktes, Öffnung der Märkte nach außen),

◇ Institutionenentwicklung (Anpassung der Wirtschaftsgesetzgebung, Einrichtung einer Zentralbank, Aufbau von Kreditinstituten),

◇ Privatisierung (Überführung von Staatseigentum in Privateigentum) und

◇ Stabilisierung (Bekämpfung der Inflation, Konsolidierung der Staatsfinanzen).

Strittig waren nicht so sehr die einzelnen Maßnahmen als vielmehr die Frage, in welcher zeitlichen Dichte und in welcher Reihenfolge sie durchgeführt werden sollten.

Zwischen 1991 und 1993 wechselten immer wieder Phasen rascher und intensiver Reformschritte mit Stagnationsperioden ab – abhängig von dem Kräftespiel zwischen der Jelzin-Administration und dem Obersten Sowjet. Indes trieben die Reformkräfte die Privatisierung in aller Hast voran – auch mit dem Ziel, eine Klasse von Eigentümern als Rückhalt für die Jelzinsche Politik zu schaffen.

Unberührt von den politischen Konjunkturen führte die Privatisierungsbehörde unter Leitung von Anatolij Tschubajs daher ihre Tätigkeit weiter. Jeder russische Staatsangehörige erhielt Anteilscheine am zu privatisierenden Gesamtvermögen, so

Foto: dpa

Nach bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen stürmen Jelzin-treue Einheiten am 4. Oktober 1993 erfolgreich das Weiße Haus, den Sitz des Parlaments in Moskau.

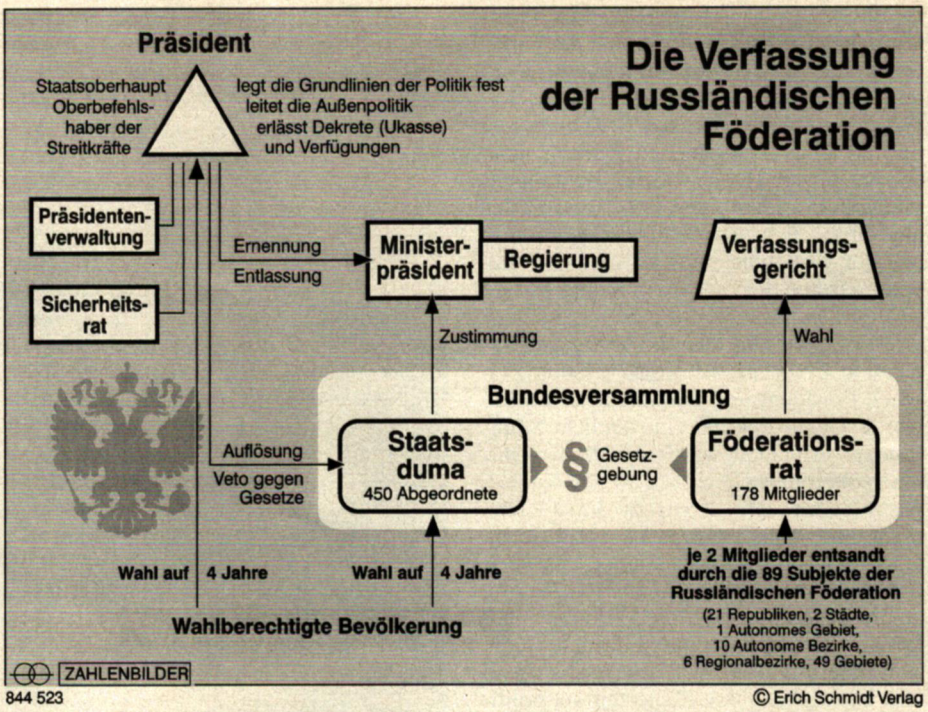
genannte Voucher. Die Ausgabe begann im Oktober und wurde im Januar 1993 abgeschlossen. In dieser Zeit bekamen 144 Millionen Personen – das heißt nahezu 97 Prozent der Berechtigten – ihre „Privatisierungsschecks", die sie gegen Aktien eintauschen sollten. Parallel wurde die Privatisierung der Betriebe eingeleitet. Bis Ende 1993 waren 70 Prozent der Kleinbetriebe in private Hand überführt und bis April 1994 80 Prozent der zur Privatisierung freigegebenen Groß- und Mittelbetriebe in Aktiengesellschaften umgewandelt. Durch die Privatisierung wurde eine neue Besitzstruktur geschaffen, die für das Funktionieren der Marktwirtschaft unabdingbar war, zugleich aber auch eine neue soziale Ordnung begründete.

Im Dezember 1992 verschärfte sich der Konflikt zwischen Präsident und Parlament. Der Versuch des Volkskongresses, Jelzin abzusetzen, scheiterte im März 1993. Der Präsident lavierte zunächst, doch schwenkte er wieder auf einen Reformkurs ein, als ein landesweites Referendum ergab, dass ihn über die Hälfte der Wählerschaft unterstützte und sogar eine Mehrheit die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung guthieß. Der Oberste Sowjet verabschiedete im August seinerseits einen Haushalt, der eine Kampfansage an eben diese Stabilisierungspolitik war.

Boris Jelzin griff schließlich zu einer radikalen Maßnahme: Am 21. September löste er per Dekret den Volkskongress und den Obersten Sowjet auf. Damit hatte er seine Kompetenzen zweifellos überschritten. Da sich das Parlament weigerte, den Anweisungen des Präsidenten Folge zu leisten, und diesen seinerseits für abgesetzt erklärte, entstand eine Pattsituation. Sie entschied sich Anfang Oktober, als das gewaltsame Vorgehen der Unterstützer des Parlaments in Moskau die militärische Führung letztlich dazu veranlasste, Partei zu nehmen und Truppen gegen den Obersten Sowjet einzusetzen. Nach der gewaltsamen Erstürmung des Parlaments verbot Jelzin alle Parteien und Bewegungen, die in die Moskauer Unruhen verwickelt waren.

Charakteristika der Verfassung

Unmittelbar nach Erstürmung des Parlamentsgebäudes am 4. Oktober 1993 beschloss die Jelzinsche Führung, rasch eine neue Verfassung zu verabschieden, die dem Präsidenten nach seinem militärischen Sieg wieder eine demokratische Legitimation verschaffen sollte. Der kurzfristig erstellte Entwurf wurde der Bevölkerung am 12. Dezember zur Abstimmung vorgelegt. 57 Prozent der Wählerschaft (31 Prozent der Wahlberechtigten) stimmten dem neuen Staatsgrundgesetz zu, das damit in Kraft trat.



Die – bis heute gültige – Verfassung definiert Russland (bzw. die Russländische Föderation – beide Bezeichnungen gelten vor dem Gesetz als gleichwertig) als einen demokratischen, föderalen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform und schreibt einen Grundrechtekatalog fest (siehe S. 30). Gemäß Verfassung besteht die Russländische Föderation aus 89 Föderationssubjekten. Diese gliedern sich in 21 Republiken, sechs Regionalbezirke, 49 Gebiete, zwei Städte von föderaler Bedeutung (Moskau und St. Petersburg), ein Autonomes Gebiet und zehn Autonome Bezirke. Jedes Föderationssubjekt verfügt über eine eigene Exekutive, an deren Spitze je nach regionaler Verfassung ein Gouverneur oder ein Präsident steht, und eine gewählte Vertretungskörperschaft.

Die politische Macht ist in der Hand des Präsidenten konzentriert, der die Richtlinien der Politik bestimmt, Russland nach außen und innen vertritt und qua Amt Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist. Seine Wahl erfolgt direkt, und seine Amtszeit beträgt vier Jahre, er darf einmal wiedergewählt werden. Der Präsident ernennt – mit Zustimmung der Duma – den Ministerpräsidenten. Lehnt das Parlament den Kandidaten des Präsidenten dreimal ab, löst dieser die Duma auf und schreibt Neuwahlen aus. Der Präsident ernennt und entlässt die Regierung, die ihm, nicht dem Parlament verantwortlich ist.

Im Falle eines Misstrauensvotums der Duma muss der Präsident innerhalb von sieben Tagen entscheiden, ob er die Regierung entlässt oder das Parlament auflöst. Er hat das Recht, Dekrete und Verordnungen zu erlassen, sofern diese nicht der Verfassung oder der Gesetzgebung widersprechen, er verfügt also de facto über eine legislative Kompetenz, die mit der der Duma in Konkurrenz treten kann. Außenpolitik ressortiert grundsätzlich beim Präsidenten, er bestätigt die russische Militärdoktrin und ernennt und entlässt die Spitzenmilitärs. Der Präsident führt und kontrolliert also die Exekutive, auf die das Parlament nur mittelbar – über Gesetzgebung und Budgetrecht – Zugriff hat. Um diese umfangreiche Aufgabe zu lösen, verfügt er über einen eigenen Leitungsapparat, die Administration des Präsidenten, und ein kollegiales Organ, den Sicherheitsrat, dem der Ministerpräsident, die wichtigsten Regierungsmitglieder und die Vorsitzenden der beiden Häuser des Parlaments angehören.

Stellung der Legislative

Gegenüber der Machtfülle des Präsidenten hat die Legislative nur beschränkte Möglichkeiten. Das Parlament – die Föderalversammlung – besteht aus zwei Häusern, der Duma und dem Föderationsrat. Die Duma mit 450 Abgeordneten wird alle vier Jahre gewählt. Die Hälfte der Abgeordneten wird direkt, die andere über Parteilisten bestimmt. Anders als in Deutschland gibt es keine Überhangmandate.

Die Duma hat außer bei der Ernennung des Ministerpräsidenten, der sie zustimmen muss, auf die Exekutive keine direkten Einflussmöglichkeiten. Sie hat aber Gesetzgebungsrecht und entscheidet über den Staatshaushalt. Das Oberhaus, der Föderationsrat, besteht aus 178 Mitgliedern – zwei aus jedem Föderationssubjekt. 1993 wurden diese direkt gewählt, ab 1996 waren jeweils das Oberhaupt der regionalen Exekutive und der Sprecher der regionalen Vertretungskörperschaft von Amts wegen im Föderationsrat vertreten. Im Jahre 2000 wurde die Vertretung per Gesetz neu geregelt. Danach entsendet heute jede Region zwei Repräsentanten, von denen der eine von der regionalen Exekutive, der andere vom örtlichen Parlament bestimmt wird.

Beide Häuser, ihre Mitglieder, der Präsident, die höchsten Gerichte und die Parlamente der Föderationssubjekte besitzen das Recht der Gesetzgebungsinitiative. Gesetze werden zunächst in der Duma verhandelt und verabschiedet. Danach müssen sie in der Regel vom Föderationsrat und vom Präsidenten bestätigt werden, der allerdings auch sein Veto einlegen kann. Mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten treten die Gesetze in Kraft.

Es ist offenkundig, dass die Verfassung unter dem Eindruck der Konfrontation zwischen Präsident und Parlament entworfen wurde. Um in Zukunft eine ähnliche Situation zu vermeiden, wurde die Position des Staatsoberhaupts rechtlich so abgesichert, dass eine wirksame Kontrolle durch Parlament und Volk kaum noch möglich ist. Nach der Auffassung des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Barrington Moore, der in seiner Demokratiedefinition nicht formale Kriterien, sondern Inhalte – die Verhinderung von Willkürherrschaft und eine Mitwirkung der Regierten am politischen Prozess – in den Vordergrund stellt, fällt es schwer, die Bestimmungen über die Position des russischen Präsidenten als Grundlegung einer demokratischen Staatsordnung zu interpretieren.

Andererseits erkennt die Verfassung von 1993 erstmals die Menschenrechte, zu denen sie auch das Recht auf Privateigentum zählt, als konstitutiven Bestandteil russischen Rechts an, sie fixiert die Unabhängigkeit der Justiz und schafft für die russische Staatlichkeit einen föderalen Ordnungsrahmen. Insofern ist das russische Staatsgrundgesetz von 1993 durchaus ambivalent. In der Praxis ermöglichte es aber die Etablierung eines Systems präsidialer Herrschaft, indem es die politische Macht in der Hand des Staatsoberhaupts konzentrierte, das seinerseits die regionalen Führungsgruppen und Teile der Finanz- und Wirtschaftseliten einband.

Russland unter Jelzin

Gleichzeitig mit dem Verfassungsreferendum am 12. Dezember 1993 wurde das neue Parlament gewählt. Präsident Jelzin selbst hingegen übte sein Amt noch weitere zweieinhalb Jahre aus und stellte sich erst im Sommer 1996 einer Neuwahl. Die Parlamentswahlen 1993 brachten eine Enttäuschung, die Wählerschaft erteilte den Reformkräften eine Abfuhr. Von einem parlamentarischen Rückhalt für die Fortsetzung der Reformpolitik konnte keine Rede sein. Im Dezember 1995 fanden abermals Dumawahlen statt, da die erste Legislaturperiode nur auf zwei Jahre angesetzt war. Sie bescherten der Jelzin-Administration und den mit ihr verbundenen Kräften abermals eine Niederlage. Stärkste Fraktion wurde die kommunistische, die über ein Drittel der Abgeordnetensitze gewann. Die Partei des Ministerpräsidenten Wiktor Tschernomyrdin, „Unser Haus Russland", errang trotz der Unterstützung durch die Mehrheit der Regionalverwaltungen und einer massiven Medienkampagne gerade zwölf Prozent der Sitze.

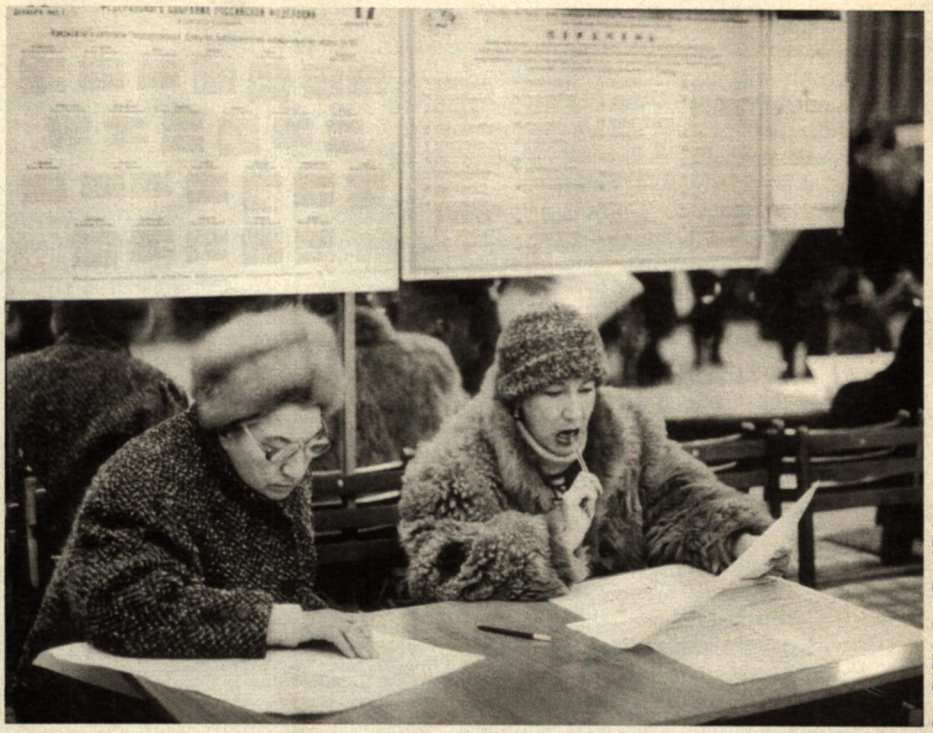


Foto: SV-Bilderdienst/Daniel Biskup

Zwei Frauen überlegen in einem Moskauer Wahllokal, welcher der 43 Parteilisten sie bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 ihre Stimme geben sollen.

So wenig die Mehrheitsverhältnisse in der Duma für die praktische Politik auch zu besagen hatten, so deutlich war die Warnung für Boris Jelzin, der bei den Präsidentenwahlen 1996 mit einer Niederlage rechnen musste. In Reaktion auf das Wahlergebnis vollzog die Jelzinsche Führung zunächst einen Rechtsschwenk. Fast alle Reformer verloren ihre Ämter. Doch angesichts der weiter bestehenden katastrophalen Umfrageergebnisse initiierten mehrere Finanzmagnaten im Februar 1996 eine Initiative zu Jelzins Wiederwahl. In einer fulminanten Kampagne, die von den großen Finanzgruppen finanziert wurde, und mit Unterstützung der Mehrheit der Gouverneure und Regionalverwaltungen, die gewissermaßen eine „Partei der Macht" bildeten, gelang es, Jelzin im ersten Wahlgang eine knappe Mehrheit zu verschaffen. In der Stichwahl setzte er sich mit 53 Prozent der Stimmen gegen den Kommunisten Gennadij Sjuganow (40 Prozent) durch. Der Präsident erlitt zwar kurz vor dem Wahltag eine Herzattacke, doch davon erfuhr die Bevölkerung nichts.

Dies war symptomatisch für ein politisches System, das breite Teile der Gesellschaft weitgehend von der Beteiligung am politischen Prozess ausschloss. Zwischen 1991 und 1999 hatten sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland fundamental verändert. Die Transformation der ökonomischen Ordnung verschob die Gewichte innerhalb der Gesellschaft und schuf eine neue Oberschicht, die aktiv an der Gestaltung der neuen Sozial- und Wirtschaftsordnung mitwirkte. Nach einer Anfangsphase, in der die Protagonisten Demokratie und Marktwirtschaft als Ziel proklamiert hatten, begannen daher bald neu hervortretende politische und ökonomische Führungsgruppen Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen und die neue Wirklichkeit mitzugestalten. Ihnen ging es nicht so sehr um die Durchsetzung demokratischer oder marktwirtschaftlicher Prinzipien, sondern um die Konsolidierung eigener Positionen.

„System Jelzin"

Sie konstituierten das „System Jelzin", das sich nach 1993 allmählich herausbildete. Sein wesentliches Kennzeichen war die Sonderrolle des präsidialen Machtzentrums. Der Präsident benötigte zur Ausübung der Kompetenzen, die ihm die Verfassung zuwies, einen Apparat, der Entscheidungen vorbereitete und durchsetzte.

In dem Maße, in dem Jelzin mit der Größe der Aufgabe konzeptionell und physisch überfordert war, gewann seine Umgebung an politischem Gewicht. Die zunächst sehr unklare Struktur der Präsidialverwaltung, in der seit 1995 der Chef des präsidialen Sicherheitsdienstes, Alexander Korschakow, beherrschenden Einfluss ausübte, wurde nach den Präsidentenwahlen 1996 und nach der Entfernung Korschakows von Tschubajs geordnet und de facto zu einer Nebenregierung ausgebaut. Während der schweren Erkrankung des Präsidenten führte Tschubajs unter Umgehung der verfassungsmäßigen Regelung, nach der der Ministerpräsident die Vertretung des amtsunfähigen Präsidenten hätte übernehmen müssen, über mehrere Monate hinweg die Staatsgeschäfte und fungierte als Quasi-Präsident.

Im März 1997 entfernte der Präsident Tschubajs jedoch aus seiner Schlüsselstellung. Die Präsidialverwaltung wurde verkleinert, die Mehrheit der alten Mitarbeiter entlassen. Entscheidungen gerieten zunehmend unter den Einfluss „der Familie", eines engen Kreises um Präsident Jelzin, in dem neben anderen seine Tochter Tatjana Djatschenko eine wichtige Rolle spielte. Da Jelzin die überwiegende Zeit physisch nicht in der Lage war, seine Amtspflichten wahrzunehmen, fungierte „die Familie" an seiner Stelle.

Gegenüber dem präsidialen Machtzentrum, das sich in einer pervertierten Form fortentwickelte, verfügte die Regierung nur über begrenzten politischen Gestaltungsspielraum und beschränkte sich in der Regel auf eine ausführende Rolle. Allerdings lag die Umsetzung von Stabilisierungspolitik und Privatisierung in der Hand der Ministerien für Finanzen, Wirtschaft und Staatseigentum, die so praktischen Einfluss auf die Herausbildung der neuen gesellschaftlichen Machtverhältnisse nehmen konnten.

Das Parlament vermochte infolge seiner beschränkten Kompetenz den politischen Kurs allenfalls mitzugestalten. Die geringe Bedeutung war freilich nicht nur den Bestimmungen der Verfassung von 1993 geschuldet. Es war den Deputierten und Parteivertretern nicht gelungen, durch verantwortungsbewusstes Auftreten und Bildung klarer Mehrheiten Glaubwürdigkeit und politisches Profil zu erlangen. Allein schon die Tatsache, dass sich 1995 43 Parteilisten zur Wahl stellten gegenüber 13 Listen 1993, verdeutlicht, dass das Parteiensystem instabil war und die Mehrzahl der Parteien kaum über Rückhalt in der Bevölkerung verfügte.

Während das Parlament im „System Jelzin" nur eine untergeordnete Rolle spielte, kam dem föderalen Element ein erheblicher Stellenwert zu. Die Gouverneure, durch Regionalwahlen legitimiert und in vielen Fällen auf den Konsens regionaler Eliten gestützt, gewannen im Lauf der Zeit ein erhebliches Gewicht. Das Zusammenwirken von regionaler und föderaler Exekutive war ein konstitutives Element des „Systems Jelzin".

Ein anderer Faktor, der wachsende Bedeutung gewann, waren die Kapitalgruppen, die sich im Laufe der neunziger Jahre formierten und auf der Zentralebene wie in den Föderationssubjekten eng mit den politischen Führungsgruppen zusammenarbeiteten. Ihr finanzieller Erfolg war oft genug eine Folge ihrer symbiotischen Beziehung zu den Machthabern im Zentrum und in den Regionen. Die Medien prägten für diese Unternehmer, die ihre Gewinne „politisch" erwirtschafteten, bald den Begriff „Oligarch". Politik – und in den Jahren der Transformation war dies zum einen vor allem Wirtschafts- und Finanzpolitik, zum andern die Ordnung der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen – wurde im Zusammenspiel von regionalen Eliten, präsidialem Zentrum und Oligarchen formuliert. Wechselnde Interessen und schwankende Kräfteverhältnisse beeinflussten den Kurs, den die Exekutive verfolgte.

Infolge der Schwäche der parlamentarischen Vertretungsorgane und des Fehlens einer organisierten Interessenvertretung war die Bevölkerung als Ganzes im „System Jelzin" kaum imstande, auf die Politik gestaltend einzuwirken. Für die Bevölkerungsmehrheit war der Übergang zur Marktwirtschaft eine rein passive Erfah-

Foto: dpa

Boris Jelzin mit seiner Tochter Tatjana Djatschenko im Moskauer Bolschoj-Theater im Jahr 2000. Sie hatte während seiner Amtszeit großen politischen Einfluss gewonnen.

Der Reichtum der Oligarchen

[…] Seinen Anfang genommen hatte alles unter Michail Gorbatschow […]. In seinem Bemühen, unternehmerische Eigeninitiative zu fördern, erlaubte er es Ende der achtziger Jahre Tausenden von Betrieben und Kombinaten, ihre Produkte selbst zu exportieren und den Außenhandel an Gosplan, der Mammutbehörde für Planwirtschaft, vorbei zu betreiben. […] Die „roten Direktoren" kauften, um zwei der lukrativsten Erzeugnisse zu nennen, in den von ihnen geleiteten Staatsunternehmen Ölprodukte und Metalle zu billigen, von der Regierung festgesetzten und kontrollierten Preisen auf, besorgten sich von willigen, weil entsprechend entlohnten Bürokraten Exportlizenzen und Quotenzuteilungen und verkauften das Ganze im Ausland zu Weltmarktpreisen. […]

Eine andere Möglichkeit, in jener wirren Übergangszeit sehr schnell sehr viel Geld zu machen, bestand für die neue russische Geschäftselite im Erwerb billiger Kredite, die ihr die Zentralbank zur Verfügung stellte. […]

Eine dritte Gelegenheit […] ergab sich Anfang der neunziger Jahre durch die staatliche Subventionierung von Nahrungsmitteleinfuhren. […] Die Importeure von Lebensmitteln – und auch das waren damals nur ganz wenige mit guten Beziehungen zur alten Nomenklatura – hatten nicht mehr als ein Prozent für den Bezug lebensnotwendiger Nahrungsmittel aus dem Ausland zu bezahlen. Dagegen konnten sie diese auf dem russischen Markt vergleichsweise frei verkaufen und somit die Subventionen einstreichen. […]

Jelzin entschloss sich Ende 1992, die Privatisierung der maroden Staatsindustrie in Angriff zu nehmen. […] Der staatliche Besitz sollte ganz einfach auf die jeweilige Belegschaft samt Management übergehen, die somit persönlichen Anteil am Erfolg ihrer Betriebe bekommen sollten. Um diesen Erfolg zu gewährleisten, sollten Aktien ausgegeben und russische Unternehmer auf diese Weise in die Lage versetzt werden, die Betriebe zu übernehmen und rentabel zu machen. […] Und da alles höchst demokratisch zugehen sollte, gab die Regierung 144 Millionen Bezugscheine aus, die nahezu jeden Bürger des Landes berechtigten, Anteile an privaten Unternehmen zu erstehen. Bei alledem wurde freilich übersehen, dass Russland noch keineswegs ein Rechtsstaat war (es ist bis heute noch keiner). Jedenfalls ließen sich die Betriebsdirektoren Anrechtsscheine ihrer Belegschaften kurzerhand abtreten, und bald schon befand sich ein Großteil des lukrativen Volksvermögens in den Händen weniger smarter Geschäftemacher. […]

Werner Adam, „Geld allein genügt ihnen nicht", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. November 2003.

Eingeschränkte Souveränität

Tatarstan hielt 1992 ein Referendum ab, bei dem mehr als sechzig Prozent der Wähler für die Souveränität der Republik stimmten, in der heute 3,7 Millionen Menschen leben, zu gleichen Teilen Tataren und Russen. [...] Statt den Föderationsvertrag zu unterschreiben, handelte Kasan (Hauptstadt Tatarstans – *Anm. d. Red.*) drei Jahre lang mit Moskau einen eigenen Vertrag aus, der Tatarstan große politische und ökonomische Sonderrechte einräumte. [...]

Doch seitdem Wladimir Putin im Kreml herrscht, weht aus Moskau ein scharfer Wind in das achthundert Kilometer östlich liegende Kasan. [...] Eine tatarische Staatsbürgerschaft will Moskau nicht mehr zulassen, den Beschluss Kasans, das Tatarische, eine Turksprache, nicht mehr mit kyrillischen, sondern mit lateinischen Buchstaben zu schreiben, hatte die Duma in Moskau schon im vergangenen Jahr (2002 – *Anm. d. Red.*) annulliert. Selbst den in der tatarischen Verfassung festgelegten Grundsatz, dass der Präsident des Landes zwei Sprachen, die russische und die tatarische, beherrschen müsse, lehnt der Kreml als Diskriminierung aller nichttatarischen Bürger ab. [...]

Das Kernstück der tatarischen Autonomie waren indes die wirtschaftlichen Sonderrechte. 75 Prozent der Einnahmen blieben in der Republik, nur ein Viertel führte man nach Moskau ab. Das Verfügungsrecht über die Bodenschätze, über das Öl der Republik, hatte sich Tatarstan vorbehalten. [...] Heute führt Tatarstan wie alle Regionen Russlands siebzig Prozent seiner Einkommen ins Zentrum ab, nur dreißig bleiben in der Republik. [...] Statt wirtschaftlicher Autonomie hat Moskau der Republik ein Fünfjahresprogramm zur sozialen und politischen Entwicklung gewährt. [...]

Von der politischen Führung gefördert, ist das tatarische Nationalbewusstsein in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Vor allem Tataren bekleiden die führenden Posten in der Republik, ohne dass es deshalb zu ethnischen Konflikten mit den Russen gekommen wäre. Der tatarische Islam ist seit jeher europäisch gemäßigt [...]. Das Russische dominiert den Alltag in Kasan zwar nach wie vor. Doch nicht nur auf den Dörfern wird Tatarisch gesprochen, auch in Schulen und Universitäten wird zum Teil in der Landessprache gelehrt, die Kindergärten in Kasan haben eine tatarische und eine russische Erzieherin, es gibt tatarisches Radio und Fernsehen. [...]

Einstweilen hat der Kreml im Kampf gegen die tatarische Souveränität eine Pause eingelegt. Zunächst will er die Tschetschenien-Frage klären. [...]

Markus Wehner, „Ein geschmeidiger Präsident im rauen Wind aus Moskau", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. August 2003.

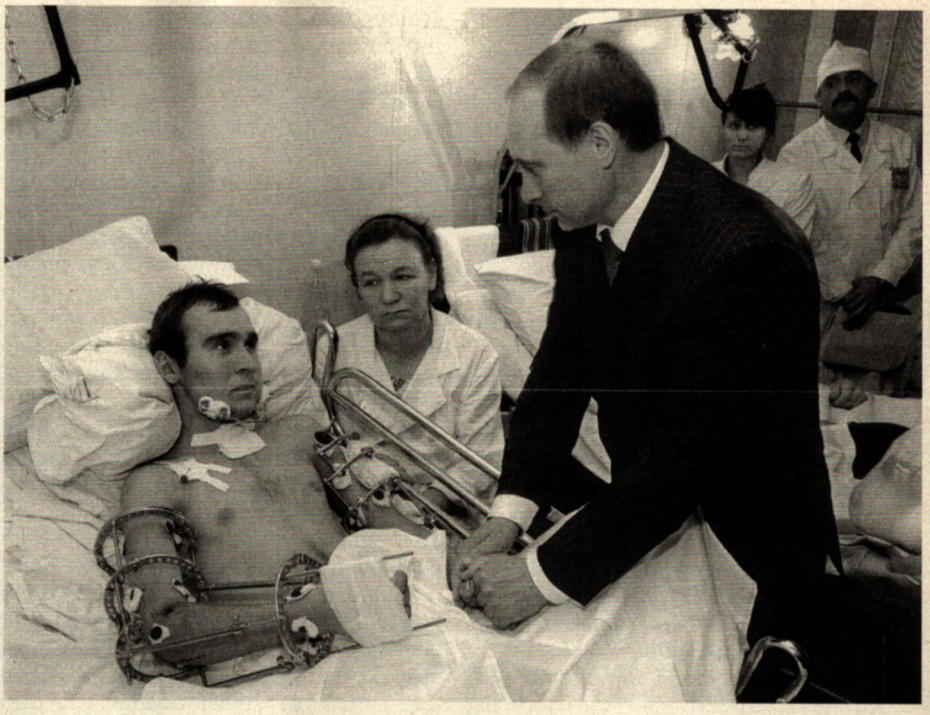


Foto: dpa

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen besucht Ministerpräsident Putin im Dezember 1999 einen in Tschetschenien verwundeten Soldaten in einem Moskauer Krankenhaus.

rung, die mit hohen persönlichen Belastungen verbunden war. Die Wirtschaftskrise im Herbst 1998 mit ihren einschneidenden Konsequenzen für das reale Einkommen hatte diese Situation noch einmal verschärft. Folglich genossen der Jelzin-Clan sowie die politischen und Finanzgruppen, die mit ihm verbunden waren, unter diesen Umständen im Lande kein großes Vertrauen.

„Erfindung und System" Putin

Das letzte Jahr der Amtszeit Jelzins war von den fieberhaften Bemühungen der „Familie" bestimmt, einen Nachfolger zu finden, der ihren sozialen Status und ihren Besitz nicht antasten würde. Sie verfielen schließlich auf den in der Öffentlichkeit bis dahin weitgehend unbekannten Geheimdienstler Wladimir Putin, der auf Verwaltungsposten in St. Petersburg und Moskau Loyalität und Kompetenz bewiesen hatte, und machten ihn im September 1999 zum Ministerpräsidenten. Nach dem Amtsantritt ließ sich ein erstaunliches Phänomen beobachten: Innerhalb von vier Monaten stiegen die Beliebtheitswerte Putins, zuletzt Chef des Inlandsgeheimdienstes und Sekretär des Sicherheitsrates, der im Juli noch in keiner Prognose aufgetaucht war, von zwei auf über 40 Prozent. Die anderen Kandidaten ließ er damit bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen weit hinter sich.

Zum Jahreswechsel trat Jelzin zurück, und Putin wurde amtierender Präsident. Am 26. März 2000 setzte er sich im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl mit 52,9 Prozent durch. Es war der Erdrutschsieg eines Kandidaten, der vor dem August 1998 nie als Politiker aufgetreten war, der über keine politische Erfahrung und keine eigene Hausmacht verfügte und dessen Name nur wenigen Spezialisten geläufig war. Mit einer massiven, intelligent konzipierten und verschwenderisch finanzierten Imagekampagne, die alle Mittel einsetzte und geschickt mit dem Feindbild Tschetschenien spielte – der russische Einmarsch in Tschetschenien im September 1999 war integraler Bestandteil der Wahlkampagne –, wurde der Masse der Wählerschaft suggeriert, dass Putin der einzig akzeptable Präsidentschaftsanwärter sei.

Hinter der Kampagne stand eine heterogene Allianz, zu der neben der „Familie" und dem Finanzmagnaten Boris Beresowskij Gruppen im Inlandsgeheimdienst FSB und eine Reihe regionaler Machthaber zählten. Diese Verbindung stellte den neu gewählten Präsidenten allerdings vor ein Dilemma: Putin war zwar eine Erfindung der „Familie" und der Oligarchen, doch diese hatten ihn mit dem Image eines ehrlichen, volksnahen, dynamischen, starken Mannes ausgestattet, der mit dem Nepotismus und der Misswirtschaft der Jelzin-Ära aufräumen würde. Zwischen den Erwartungen der Wählerinnen und Wähler sowie denen der Koalition, die ihm zum Wahlsieg verholfen hatte, bestand ein offensichtlicher Gegensatz. Insofern stand der neue Präsident bei der Entwicklung eines eigenen politischen Kurses vor einer schwierigen Aufgabe. Einerseits musste er seine Machtstellung absichern, andererseits galt es, für die vielfältigen Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft Lösungen zu finden.

Bei der Konsolidierung seiner Machtposition musste Putin sich mit jenen Kräften auseinandersetzen, die schon die Jelzin-Ära entscheidend mitgestaltet hatten. Dies waren

◇ die „Apparate", das heißt vor allem die Präsidialverwaltung und die Regierungsbürokratie. In beiden hatten die Angehörigen der „Familie" noch eine starke Position inne wie beispielsweise der Chef der Präsidialadministration Alexander Woloschin, der bis zum Oktober 2003 im Amt blieb, und Ministerpräsident Michail Kasjanow;

◇ große Kapitalgruppen wie Banken, Industriegruppen und Rohstoffexporteure, die durch die Finanzkrise 1998 zwar stark geschwächt waren, dennoch einen wichtigen Faktor russischer Politik darstellten und

◇ regionale Machthaber, die in der jeweiligen Region verwurzelt waren und von dort aus auf das Zentrum einwirkten.

Im System Jelzin hatten diese Kräfte große Freiheiten genossen und sich in einem Maße Einfluss verschafft, der die Gestaltungsmöglichkeiten des Präsidenten stark einengte. Das neue Staatsoberhaupt – agiler und aktiver als sein gesundheitlich stark angeschlagener Vorgänger – stand vor der Aufgabe, das Verhältnis von präsidialer Exekutive und Einflussgruppen neu zu bestimmen.

Föderalreform

Die ersten Schritte, die die Putin-Administration unternahm, dienten denn auch der Konsolidierung der präsidialen Machtstellung. Eine Föderalreform engte den politischen Spielraum der regionalen Machthaber auch in ihrer eigenen Region drastisch ein. Durch die Reorganisation des Föderationsrates waren sie nun nicht mehr automatisch Mitglieder des Oberhauses. Ein Präsidialerlass schuf sieben Föderalbezirke, an deren Spitze je ein bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten stand. Ihre Aufgabe war es, die Umsetzung der Politik der Zentralregierung und der präsidialen Personalpolitik in den Regionen zu kontrollieren. Der Präsident erhielt auch die Möglichkeit, regionale Vertretungskörperschaften aufzulösen, sofern die Duma diesem Vorgehen zustimmte, und das Oberhaupt der Exekutive abzusetzen, wenn dieses gegen Rechtsvorschriften verstieß. Föderale und regionale Gesetzgebung sollten harmonisiert werden. Von nun an galt der Vorrang föderalen (Bundes-)Rechts gegenüber dem regionalen Recht.

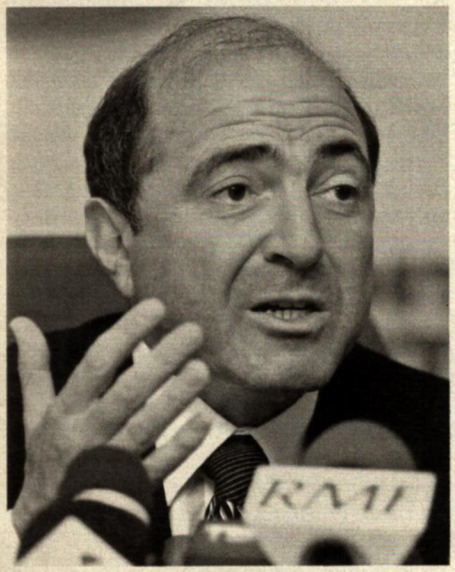
Diese Regelungen, die noch im Laufe des Jahres 2000 durchgesetzt wurden, veränderten das Verhältnis von Zentrum und Regionen gravierend. Der Einfluss der Gouverneure auf föderale Politik wurde zurückgedrängt, der des Präsidenten erheblich ausgeweitet. Allerdings gelang dies nicht überall. In mehreren Fällen scheiterte der Versuch der Präsidialadministration, bei Regionalwahlen Kandidaten durchzusetzen, die dem Präsidenten nahe standen. Oft genug erwiesen sich regionale Politiknetzwerke gegen Druck aus dem Zentrum resistent. Insofern blieb die regionale Politik trotz Schwächung ihrer politischen Einwirkungsmöglichkeiten ein wichtiger Gesprächspartner der Putin-Administration.

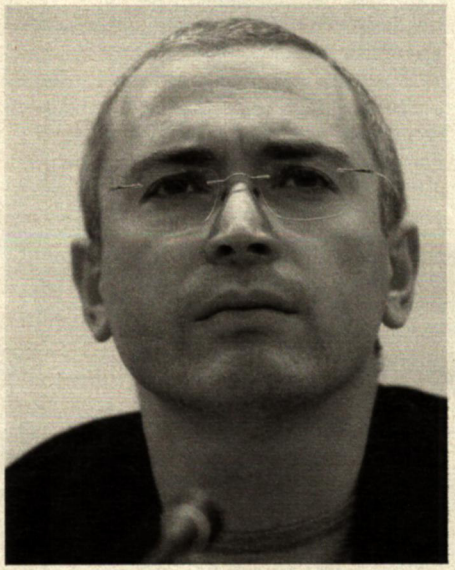
Vorgehen gegen die Oligarchen

Noch während die Putinsche Führung daran arbeitete, den Einfluss der regionalen Machthaber zu beschränken, ging sie gegen einige ausgewählte Oligarchen vor. Nach dem Sieg Putins bei den vorgezogenen Präsidentenwahlen im März 2000 wurden Untersuchungsverfahren gegen eine Reihe von Großunternehmern eingeleitet. Das rief insbesondere in Führungskreisen der Wirtschaft erhebliche Unruhe hervor. Alsbald erwies sich aber, dass Putin eine Doppelstrategie verfolgte: Während er scharf gegen einzelne „politische" Unternehmer wie Boris Beresowskij und Wladimir Gusinskij vorging, die über Massenmedien Einfluss ausübten, bezog er die Mehrheit der Unternehmer in einen fortgesetzten Dialog ein. Der Präsident suchte das Gespräch mit den großen Kapitalgruppen und wandte sich nach eigenem Bekunden allein gegen jene Personen, die versuchten, Druck auf die Politik auszuüben.

In der Tat gelang es Putin, mit Hilfe des Energiekonzerns *Gasprom*, der die gesamte russische Erdgasförderung kontrollierte und sich noch zum Teil in staatlicher Hand befand, das Medienimperium von Gusinskij zu zerschlagen und Beresowskij die Kontrolle über das russische Staatsfernsehen ORT zu entreißen. Noch im Laufe des Jahres 2000 sicherte sich die Putin-Administration so die Verfügung über die wichtigsten Fernsehsender und hatte damit die Mittel zur Meinungsmanipulation in der Hand. Das Verhältnis von Präsident und Unternehmen wurde ein zweites Mal auf die Probe gestellt, als die Staatsanwaltschaft wenige Monate vor den Dumawahlen 2003 gegen Michail Chodorkowskij vorging, der an der Spitze des Mineralölunternehmens Jukos stand. Chodorkowskij hatte eine Reihe von Parteien und Abgeordneten großzügig unterstützt, und die Presse sagte ihm nach, er habe Ambitionen für eine Präsidentschaftskandidatur. Die Strafverfahren, die gegen ihn und einige seiner Mitarbeiter eingeleitet wurden, nahm die Öffentlichkeit als Signal, dass der Präsident eine politische Rolle der Oligarchen nicht dulden werde und dass konservativ gestimmte Kreise im Umfeld Putins nun die Oberhand hatten.

Die Schwächung der Regionen und die Verdrängung der Hochfinanz aus den politischen Entscheidungsprozessen veränderten die Kräftekonstellation innerhalb der russischen Politik. Im Laufe von zwei Jahren war es dem Präsidenten gelungen, seine Machtposition zu konsolidieren. Putin war ohne eigene Hausmacht angetreten und musste sich anfangs auf ein heterogenes und daher instabiles politisches Bündnis stützen. Ende des Jahres 2001 war seine Stellung deutlich gefestigt. Bei Konflikten innerhalb der Führungsgruppe – und zwischen 2001 und 2003 waren die Spannungen zwischen den Fraktionen der Allianz hinter Putin immer wieder spürbar – verfügte der Präsident nun über eigene Machtressourcen.





Fotos: dpa

Drei politisch engagierte Oligarchen gerieten in der Amtszeit Putins mit dem Staat in Konflikt: Boris Beresowskij, Michail Chodorkowskij und Wladimir Gusinskij (v. l. n. r.). Beresowskij und Gusinskij flohen ins Ausland, Chodorkowskij kam in Untersuchungshaft.

Ende einer unabhängigen Stimme

Am Schluss waren ein paar Bier- und Cognacflaschen das Einzige, was von der Idee eines unabhängigen Fernsehsenders in Russland übrig blieb. Zwar war Jewgenij Kiseljow, Starmoderator und Chefredakteur des Fernsehsenders TWS, wie jeden Sonntagabend in das Studio im Fernsehzentrum Ostankino gekommen, aus dem jedes Wochenende das politische Magazin Itogi ausgestrahlt wird. Doch Kiseljow kam nicht, um wie geplant ein letztes Mal seine Sendung zu moderieren, sondern um sich selbst und seine Mitarbeiter zu verabschieden. Kiseljow schlug vor, ein letztes Glas miteinander zu trinken. Nachrichtensprecher Michail Osokin besorgte Bier, Moderator Andrej Tscherkisow Cognac. Dann tranken die rund 300 Journalisten, Kameramänner und Techniker traurig ein Glas auf das Ende ihres Senders.

Im Abschiednehmen haben Kiseljow und seine Mannschaft in den vergangenen zwei Jahren mehr Übung bekommen, als sie sich je gewünscht hätten. Im Frühjahr 2001 verließ das Team um Kiseljow unter Protest Russlands ersten unabhängigen Fernsehsender NTW. Putin hatte den Sender, der sich als einziges Medium von nationaler Reichweite nicht scheute, den Kreml zu kritisieren, und westlichen Vorstellungen von unabhängigem Journalismus nahe kam, vom Staatskonzern Gasprom übernehmen und den Widerstand der Journalisten von Sturmtruppen des Inlandsgeheimdienstes FSB brechen lassen. Kiseljow und andere NTW-Journalisten schlüpften bei TW-6 unter, einem Fernsehsender im Besitz des ehemals eng mit dem Kreml verbundenen, heute als erbitterter Gegner Wladimir Putins auftretenden Oligarchen Boris Beresowskij.

Die renommierten Journalisten machten TW-6 schnell zur einzigen Alternative für das gezähmte NTW und die von Kreml-Propaganda dominierten staatlichen Fernsehsender ORT und RTR. Binnen weniger Monate wurde aus dem vormaligen Nischensender der meistgesehene Informationssender Moskaus. Mit rasch steigenden Zuschauerzahlen und Werbeminuten hatte TW-6 gute Chancen, auch landesweit die Nachfolge von NTW anzutreten. Das war dem Kreml zu viel: Ende Januar 2002 ließ Presse- und Propagandaminister Michail Lesin Punkt Mitternacht das Sendesignal und die Telefonleitungen kappen. [...]

Ein neuer Fernsehsender – TWS – wurde gegründet. Neun Zehntel seiner Anteile übernahmen kremlnahe Oligarchen wie der Bankier Alexander Mamut, Aluminiummagnat Oleg Deripaska und der ehemalige Kreml-Stabschef Anatolij Tschubajs, mittlerweile Chef der staatlichen Stromwerke. Die im Juni 2002 vergebene Sendelizenz wurde nur vorläufig erteilt – und nicht an TWS selbst, sondern an die eigens gegründete Gesellschaft Media-Sozium. [...]

Die Staatliche Außenhandelsbank gab TWS einen Startkredit von 46 Millionen Dollar. Das war freilich nur ein Bruchteil der hunderte von Millionen Dollar, die nötig gewesen wären, um einen nationalen Fernsehsender aufzubauen. [...]

Auch die Werbekunden hielten sich angesichts der ungewissen Zukunft von TWS zurück. Die Wirtschaftszeitung *Wedomosti* schätzt, dass TWS seit Sendebeginn im Herbst 2002 gerade elf Millionen Dollar eingenommen habe. Vor dem Ende von TWS am vergangenen Wochenende hatten die gut 1000 TWS-Mitarbeiter seit drei Monaten kein Gehalt mehr bekommen. [...]

Dass Presseminister Lesin TWS trotz des ohnehin nahen Endes vorzeitig den Saft abdrehen ließ, lag offenbar an der Furcht des Kreml, Kiseljow werde seine letzte Itogi-Sendung zur großen Abrechnung und möglicherweise spektakulären Enthüllungen nutzen. Bei der Abschaltung griff Lesin auf das bereits beim Ende von TW-6 erprobte Muster zurück. Als TWS seine Zuschauer in der Nacht zum Sonntag mit dem Spielfilm *Reportage* unterhielt, nutzten Lesins Techniker die erste Werbepause nach Mitternacht, um das TWS-Sendesignal abzuschalten. [...]

„Das Ende von TWS zeigt, dass der Kreml jede Scham verloren hat", sagt Oleg Panfilow vom Moskauer Zentrum für Journalismus unter Druck. „Früher haben sich der Kreml und das in seinem Auftrag handelnde Presseministerium noch einen Vorwand wie angebliche wirtschaftliche Gründe einfallen lassen und sich formelle Entscheidungen eines Gerichts besorgt. Jetzt halten sie nicht einmal das mehr für notwendig. Und da bald Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anstehen, werden auch die wenigen unabhängigen Zeitungen und der Radiosender ‚Echo Moskaus' noch Probleme bekommen." [...]

Das Ende der Unabhängigkeit von NTW war noch von Protestdemonstrationen Tausender begleitet; hunderte russischer Journalisten und ausländischer Korrespondenten berichteten. Als am Sonntagabend Kiseljows Mitarbeiter Moskauer ins Fernsehzentrum Ostankino luden, kamen nicht einmal ein Dutzend Russen und vier ausländische Korrespondenten. [...]

Nur wenige Politiker wie Boris Nemzow von der zentristischen Union rechter Kräfte kritisierten das Verschwinden eines weiteren Stücks Pressefreiheit. Nach der Abschaltung von TWS werde in Russland „mehr gemordet, mehr gestohlen, und noch mehr Regionen werden (ohne Heizung) frieren. Denn solange der Kreml kein ehrliches Bild sieht, so lange sieht er auch kein Problem."

Florian Hassel, „Gute Nacht, Moskau", in: Frankfurter Rundschau vom 24. Juni 2003.

Bausteine der Machtbasis

Putins Macht basierte zunächst auf seiner verfassungsmäßigen Stellung als Präsident, die ihm immense Vollmachten verlieh. Er konnte weitgehend unabhängig vom Parlament agieren, die Regierung war ihm verantwortlich, nicht der Duma, er allein bestimmte die Außenpolitik, und der gesamte Sicherheitsapparat – Verteidigungsminister, Innenminister und die Chefs der Geheimdienste – war ihm direkt unterstellt. In gewisser Weise war seine Position die eines „gewählten Monarchen", der weder vom Parlament noch von der Gesellschaft kontrolliert wurde.

Die durch die Verfassung verliehene Amtsgewalt stützte Putin durch eine Personalpolitik ab, die nach und nach Personen seines Vertrauens in Schlüsselstellungen der Exekutive brachte, unter ihnen zahlreiche Angehörige des Inlandsgeheimdienstes FSB, mit denen Putin aus seiner früheren Tätigkeit im KGB oder seiner Zeit als FSB-Vorsitzender bekannt war und denen er offenbar Vertrauen entgegenbrachte. Die Invasion der „Petersburger" – viele von den Aufsteigern stammten aus Putins Heimatstadt – wurde in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt. Die Verbindung mit den Sicherheitsapparaten, die in diesen Stellenbesetzungen zum Ausdruck kam, war gewiss kein demokratisches Element, gab dem Präsidenten aber einen starken Rückhalt in der Auseinandersetzung mit potenziellen Gegnern.

Ein wichtiger Baustein der Putinschen Machtbasis war die Unterstützung durch den überwiegenden Teil der Unternehmer. Der Verunsicherung, die sein Vorgehen gegen die Oligarchen ausgelöst hatte, wirkte er seit dem Sommer 2000 durch einen regelmäßigen Dialog entgegen. Zudem ließ er den Kapitalgruppen bei ihren Wirtschaftsaktivitäten großen Spielraum. Beispiele wie die Expansion der Holding *Alfa-Gruppe* nach der Herbstkrise 1998, der Aufstieg der *MDM-Bank* und die Vorgänge in der Aluminiumindustrie, bei der junge Magnaten wie Oleg Deripaska regelrechte Buntmetallimperien aufbauten und den früheren Marktführer *Trans World Group* – nicht immer mit sauberen Mitteln – aus dem Geschäft drängten, vermitteln einen Eindruck von den Konzentrationsprozessen, die das russische Wirtschaftsleben in der Endphase der Ära Jelzin und in den Anfangsjahren Putins prägten. Die Zeit der großen Unternehmerkarrieren war mit dem Ende der ersten Privatisierungsphase nicht vorbei, vielmehr schuf die Finanzkrise von 1998 Raum für den Aufstieg einer neuen Generation von Wirtschaftsführern, die sich unberührt von der Putinschen Polemik gegen die Oligarchen ihre Finanz- und Industrieimperien schufen. Erst die Attacke auf den Erdölkonzern Jukos im Herbst 2003 signalisierte eine neuerliche Verschlechterung im Verhältnis zwischen Präsident und Unternehmern.

Neben der Machtressource Verfassung, dem Rückhalt in den Sicherheitsapparaten und der Verbindung zu den Kapitalgrup-

Foto: dpa

Eine wichtige Machtgrundlage ist Präsident Putins breiter Rückhalt in der Bevölkerung. Im Oktober 2001 besuchte er die Stadt Lensk, die durch Hochwasser schwer beschädigt wurde.

pen ist noch ein viertes Element zu berücksichtigen – Putins breiter Rückhalt in der Bevölkerung, sein „Bündnis mit den Massen". Seine Popularität, die in der zweiten Jahreshälfte 1999 mit Hilfe einer Imagekampagne aufgebaut worden war, ging auch nach den Wahlen nicht zurück. Aus den regelmäßigen Umfragen des Allrussischen Meinungsforschungszentrums *WZIOM* wird deutlich, dass es zwischen 2000 und 2003 keinem russischen Politiker gelang, ein auch nur annähernd so großes Vertrauen bei der Wählerschaft zu erwerben, wie es der Präsident genoss.

Dabei fand er in ganz unterschiedlichen Gruppen Unterstützung. Soldaten und Pensionäre mit eher konservativer Grundhaltung bewerteten Putins Tätigkeit ebenso positiv wie Unternehmer und geistes-

wissenschaftliche Intelligenz, die eher als Befürworter eines auf Marktwirtschaft und Demokratie ausgerichteten Kurses galten. Putins hohe Akzeptanz in der Bevölkerung ist zweifellos eine wichtige Machtbasis, ein plebiszitäres Element des „Systems Putin", das das Regime stabilisiert. Die Popularität des Präsidenten basiert auf der Kontrolle über die wichtigsten Massenmedien nach Übernahme der beiden größten Fernsehsender ORT und NTW. Dazu gehört auch die Umwandlung des bislang unabhängigen Meinungsforschungszentrums WZIOM in eine staatliche Aktiengesellschaft laut Beschluss vom August 2003. Ein weiterer Faktor ist der Wirtschaftsaufschwung seit 1999, der zwar nicht Ergebnis Putinscher Politik war, den die Öffentlichkeit aber mit seiner Amtszeit verbindet.

Im Laufe von zwei Jahren ist es dem zweiten Präsidenten der Russländischen Föderation gelungen, aus einem intelligenten Bürokraten ohne Hausmacht und politisches Profil zu einem souveränen politischen Führer mit festem Rückhalt in der Gesellschaft und in den Apparaten zu werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel wurden wohl nicht Verfassungsnormen, aber doch Grundsätze demokratischen Verhaltens verletzt. Gewiss ist Putins politische Machtstellung gegenwärtig kaum anfechtbar. Doch zahlreiche Probleme in den Bereichen Gesellschaft, Sozial- und Innenpolitik sind nach wie vor ungelöst: So steht eine Gesundheitsreform ebenso aus wie eine Reorganisation der Sozialversicherung, die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption kommt kaum voran, und die starken Einkommensunterschiede führen zu sozialen Spannungen.

Duma-Wahlen 2003

Die Dumawahlen am 7. Dezember 2003 haben gezeigt, in welchem Maße der Präsident und seine Umgebung das politische Leben im Land kontrollieren. Bei einer Wahlbeteiligung von 55 Prozent erhielt die von Putin öffentlich unterstützte Partei „Einiges Russland" 37 Prozent der Stimmen bei der Listenwahl. Die Partei „Heimat", deren Gründung von der Präsidialverwaltung mit dem Ziel angeregt worden war, Wähler von der Kommunistischen Partei abzuziehen, erreichte neun und die fremdenfeindliche, rechtsradikale LDPR, die im Lauf der letzten Legislaturperiode meist mit der Präsidentenpartei gestimmt hatte, 11,6 Prozent. Die Kommunistische Partei fiel auf 12,7 Prozent zurück, die liberalen Parteien „Union der Rechten Kräfte" und „Jabloko" scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Beobachtermission der OSZE kritisierte insbesondere den unfairen Wahlkampf, bei dem die Exekutive alle Möglichkeiten eingesetzt hatte, um oppositionellen Kräften den Einzug ins Parlament zu verwehren.

Aspekte der postsowjetischen Gesellschaft

Sozialer Wandel

Heiko Pleines

Als Präsident Putin im Jahre 2000 seine erste Rede an die Nation hielt, sprach er davon, dass „das Überleben der Nation" bedroht sei. Bezug nahm er dabei nicht auf äußere Gefährdungen, sondern auf die „alarmierende" demographische Situation. Nach russischen Prognosen wird die Bevölkerungszahl des Landes bis 2015 um 15 Prozent sinken. Zentral sind hierfür zwei Ursachen: Geburtenrückgang und geringe Lebenserwartung.

Die Geburtenrate war in Russland seit Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts wie auch in anderen Industriestaaten rückläufig. Mit der postsowjetischen Wirtschaftskrise kam es in den neunziger Jahren aber zu einem weiteren dramatischen Rückgang. Die Nettoreproduktionsrate, das heißt das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen, die Ende der achtziger Jahre noch bei etwa eins gelegen hatte, sank zur Jahrtausendwende auf gut 0,5. Dabei ist die Zahl der offiziell registrierten Abtreibungen fast doppelt so hoch wie die Geburtenzahl.

Die Lebensbedingungen der Mütter haben sich ebenfalls gewandelt. So hat sich die Anzahl der unehelich Geborenen im Laufe der neunziger Jahre verdoppelt und liegt mit knapp 30 Prozent Anfang des 21. Jahrhunderts auf dem Niveau westeuropäischer Länder. Russische Mütter sind aber mit durchschnittlich 23 Jahren zum Zeitpunkt der ersten Geburt immer noch vergleichsweise jung.

Folge des Geburtenrückgangs ist eine deutliche Zunahme des Seniorenanteils an der Bevölkerung. 2000 gab es erstmals mehr Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre als Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre. Der Anteil dieser Altersrentnerinnen und -rentner an der Bevölkerung dürfte bis 2015 auf ein Viertel steigen und wird aufgrund der veränderten Altersstruktur die russische Rentenversicherung vor erhebliche Probleme stellen.

Aids – verkanntes Problem

„Am Anfang war es einfach cool", sagt Ilja. Abends traf man sich im Hof, trank Bier, jemand brachte Haschisch mit, später war es Heroin, Ilja fing sich eine Hepatitis ein. Nach einem Bluttest erfuhr er, dass er HIV-positiv ist. […]

Ilja ist einer von tausenden HIV-Infizierten in Irkutsk und einer von Hunderttausenden in Russland, die das Virus in sich haben. Als der Eiserne Vorhang fiel, wurde das Land mit Rauschgift überschwemmt. Heroin aus Afghanistan fand seinen Weg nach Moskau und Sankt Petersburg, Kaliningrad und Irkutsk. Die 600 000-Einwohner-Stadt nahe des Baikalsees […] wurde Spitzenreiter in der traurigen Statistik der Abhängigen und Heroin, das nicht so sauber wie im Westen gehandelt wird, zur Volksdroge. Mit ihm kamen HIV und Aids nach Russland.

Anders als im Westen hat sich HIV nicht unter den Homosexuellen, sondern zunächst fast nur unter Rauschgiftsüchtigen verbreitet, die das gleiche Besteck benutzten. Die Zahl der Konsumenten harter Drogen nahm in den neunziger Jahren explosionsartig zu und wird heute offiziell auf mindestens 2,5 Millionen geschätzt. Seit Ende der Neunziger stieg die Zahl der HIV-Positiven sprunghaft an. […]

Denn HIV beschränkt sich nicht mehr auf die Gemeinde der Junkies. „Ein Viertel der von uns im vergangenen Jahr festgestellten neu Infizierten hat sich durch Geschlechtsverkehr angesteckt", berichtet Boris Zwetkow, der Leiter des „Zentrums zum Kampf mit Aids" in Irkutsk […].

Werbung für Aids-Tests oder für das Benutzen von Präservativen, wie man sie in Moskau ab und an sieht, gibt es in Irkutsk nicht. […] Noch ist die Krankheit bei wenigen Infizierten ausgebrochen […]. Aber von 2005 an muss Russland mit einer großen Zahl von Aids-Patienten rechnen. […] Die Behörden in Irkutsk […] bestreiten zwar nicht die Existenz von Aids, doch stellen sie sich dem Problem kaum. […]

Einige nichtstaatliche Initiativen in Irkutsk wollen sich mit dieser Politik nicht abfinden. […] Der Arzt und Psychiater Igor Wankon, selbst einst alkohol- und drogenabhängig, ist von Irkutsk in die nahe Ölstadt Angarsk ausgewichen und hat im einstigen Kindergarten einer Zementfabrik das Rehabilitationszentrum „Kreuzung der sieben Straßen" gegründet. Nach der „Therapie der zwölf Schritte", ursprünglich für Alkoholiker entwickelt, versuchen die Süchtigen, von der Sucht loszukommen. Immerhin ein Drittel schafft es, ein drogenfreies Leben zu beginnen. […]

Nach offiziellen Angaben gibt es bisher zehn Aids-Tote in Irkutsk. Wankon glaubt den Zahlen nicht. Viele würden einfach als Tuberkulose-Opfer registriert. […]

Markus Wehner, „Eine Generation haben wir schon verloren", in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 31. August 2003.

Foto: dpa

Momentaufnahme in Moskau 1997: Der unregulierte Übergang zur Marktwirtschaft minderte auch die Renten und stürzte so viele ältere Menschen in Obdachlosigkeit und Armut.

Neben dem Geburtenrückgang trägt insbesondere die gesunkene Lebenserwartung zu den zentralen demographischen Problemen Russlands bei. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist ein wichtiger Hinweis auf die medizinische und soziale Lage eines Landes. Während westliche Industriestaaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen deutlichen Anstieg der Lebenserwartung verzeichnen konnten, stagnierte sie in Russland seit den sechziger Jahren und ging im Verlauf der postsowjetischen Wirtschaftskrise sogar deutlich zurück. Sie sank in der ersten Hälfte der neunziger Jahre von knapp 70 auf nur noch 64 Jahre. Im Jahre 2001 lag sie in Russland bei 66,6 Jahren (Männer 60,6 und Frauen 72,9), während sie in Deutschland 78 Jahre (74,9 für Männer und 81,0 für Frauen) betrug. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern ist dabei im russischen Fall mit über zwölf Jahren ungewöhnlich groß.

Die Ursachen für die geringe Lebenserwartung sind umstritten. Als zentrale Faktoren werden genannt: schlechte medizinische Versorgung, dramatische Zunahme von Infektionskrankheiten wie Syphilis, Tuberkulose und AIDS, schlechte Ernährung aufgrund von Armut und weit verbreiteter Alkoholismus.

Zuwanderung – vor allem von Russen und Russinnen aus anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion – hat in den neunziger Jahren den durch Geburtenrückgang und sinkende Lebenserwartung verursachten Bevölkerungsschwund zu etwa der Hälfte kompensiert. Mittlerweile ist die Anzahl der Zuwanderungen aber deutlich zurückgegangen. In den kommenden Jahren wird sie kaum noch Einfluss auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl haben.

Steigendes Armutsrisiko

Noch dramatischer als die Veränderungen in der Bevölkerungszahl war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der soziale Wandel. Der Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft mit Regulierungsdefiziten verschaffte einigen wenigen die Traumkarriere „vom Tellerwäscher zum Millionär" und stürzte viele in soziale Unsicherheit und Armut. Während das reichste Fünftel der Bevölkerung im Jahre 2001 einen Anteil von 47 Prozent an den gesamten Einnahmen hatte, war das ärmste Fünftel nur mit sechs Prozent beteiligt. Zehn Jahre zuvor hatten die entsprechenden Zahlen noch bei 31 bzw. elf Prozent gelegen.

Ausgelöst wurde der soziale Wandel durch die Hyperinflation und die Privatisierung, beides wesentliche Elemente der marktwirtschaftlichen Reformen. Die hohen Preissteigerungsraten zwischen 1992 und 1995 vernichteten die Ersparnisse der Bevölkerung und verminderten die Gehälter und die Renten. Gleichzeitig boten die Hyperinflation und die Privatisierung Geschäftsleuten, Unternehmern und Managern die Gelegenheit, zu großen Vermögen zu kommen.

Benachteiligt durch diese Entwicklungen war eindeutig die traditionelle „sowjetische Mittelschicht" im Funktionärs-, Lehr- und Ingenieursbereich sowie im mittleren Management. Soweit ihre Mitglieder – etwa als Lehrende und Verwaltungsangestellte – im Staatsdienst blieben, mussten sie erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Auch die Industriearbeiterschaft sah sich mit sinkenden Löhnen konfrontiert. Etliche verloren ihren Arbeitsplatz oder erhielten ihre Löhne nicht mehr regelmäßig ausgezahlt. Der monatliche Durchschnittslohn der Be-

schäftigten lag Mitte der neunziger Jahre bei umgerechnet etwa 100 US-Dollar. Nach einer kurzen Erholung fiel er im Zuge der Finanzkrise von 1998 auf 60 US-Dollar. Noch stärker betroffen waren die Rentnerinnen und Rentner, da die Höhe der Rentenzahlungen nicht an die Inflation angepasst wurde. Die durchschnittliche Rente halbierte sich so (inflationsbereinigt) von 1991 bis 1995. Nach der Finanzkrise von 1998 kam es zu einem weiteren Rückgang um ein Drittel, so dass die durchschnittliche Monatsrente 1999 umgerechnet weniger als 20 US-Dollar betrug.

Demgegenüber war die Zahl derjenigen, die den sozialen Aufstieg schafften, verhältnismäßig gering. Ein „Mittelstand", etwa in Form von kleinen und mittelständischen Unternehmern, entstand nur langsam. „Bürgertum" in westlichem Verständnis, das einerseits über ein stabiles Einkommen verfügt, andererseits einen eigenen sozialen und politischen Habitus entwickelt, hat sich in Russland bisher noch nicht herausbilden können.

Während es in der Sowjetunion eine soziale Verteilung ähnlich der in westlichen Industriestaaten gegeben hatte – eine kleine Oberschicht, eine kleine Unterschicht und eine breite Mittelschicht, verstand sich die Mehrheit der russischen Bevölkerung bereits Mitte der neunziger Jahre als „Unterschicht". Neben eine kleine Personengruppe, die von der Transformation profitierte, trat eine große Zahl von Reformverlierern.

Die Mehrheit der Bevölkerung verlor in der Jelzin-Ära ihre gesicherte soziale Position. Armut charakterisierte die neu entstehende Gesellschaft. Dabei war der Anteil der Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum lag, sehr hoch. Auch wenn die Ergebnisse unterschiedlicher Studien zu diesem Thema deutlich voneinander abweichen, ist davon auszugehen, dass Mitte der neunziger Jahre mindestens ein Viertel der russischen Bevölkerung von Armut betroffen war.

Das soziale Sicherungssystem konnte diese Probleme nicht lösen. In der Sowjetunion war ein großer Teil der Sozialleistungen über die Betriebe verteilt worden. Mit der Privatisierung und der Wirtschaftskrise brach dieses System in großen Teilen zusammen, und dem Staat gelang es nicht, eine funktionierende Alternative zu etablieren. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung waren so gering, dass viele Arbeitslose auf eine Registrierung verzichteten. Auch die Rentenversicherung war nicht in der Lage, den Rentnerinnen und Rentnern ein Leben über dem Existenzminimum zu ermöglichen.

Der 1999 einsetzende Wirtschaftsaufschwung führte zu einer allmählichen Verbesserung der sozialen Lage. Der Durchschnittslohn stieg von 60 US-Dollar 1999 auf über 150 US-Dollar 2003. Gleichzeitig wurden die Rentenzahlungen von 1999 bis 2003 fast verdreifacht, so dass die durchschnittliche Monatsrente 2003 bei über 50 US-Dollar lag. Es ist aber noch zu früh, um von einer neuen Etappe des sozialen Wandels hin zur Entstehung einer neuen postsowjetischen Mittelschicht zu sprechen. Nur wenn das wirtschaftliche Wachstum über mehrere Jahre anhält, kann es zu einer durchgreifenden Änderung der Einkommensstruktur führen.

„Überlebensstrategien"

Die Feststellung, dass das reguläre Einkommen nicht mehr für ein Leben über der Armutsgrenze reichte, war eine zentrale

Foto: Herbert Stich

Durch Hyperinflation und Privatisierung gelangte eine kleine Oberschicht zu Reichtum. Nur sie kann in den Luxusgeschäften des Moskauer Kaufhauses Gum einkaufen.

Neues Unternehmertum

[...] Die Hoffnung Russlands sind langfristig sicher nicht die gewandelten (oder gewendeten) Oligarchen, sondern die Vertreter einer neuen Unternehmergeneration. Eher trotz als wegen irgendwelcher staatlichen Initiativen suchen sie ihren Weg – und helfen dabei, ein ganzes Land zu verändern. [...]

Sergej Plastinin, 33, ist so einer, dem sie nacheifern. Der Mitbegründer und Chef eines 14 Firmen umfassenden Konzerns machte mit Milch und Fruchtsäften letztes Jahr (2001 – *Anm. d. Red.*) 675 Millionen Dollar Umsatz. [...] Der Lehrersohn studierte noch am Moskauer Institut für Elektronik, als er einmal für seine schwangere Frau einen Orangensaft kaufen wollte. Lange hat er vergebens gesucht, dann ein teures ausländisches Produkt gefunden – so etwas herzustellen kann doch nicht so schwer sein, dachte Plastinin. Gemeinsam mit seinem Freund Michail Dubinin, der damals als langmähniger Rockmusiker durch die U-Bahn zog, machte er sich auf die Jagd nach dem Rohstoff und geeigneten Produktionsanlagen. Sie stießen auf die stillgelegte Fabrik eines Milchkombinats außerhalb von Moskau, konnten 1992 die Maschinen, vom ehemaligen Direktor unterstützt, mit dem Kredit einer Bank leasen sowie eine Quelle für Fruchtsaftkonzentrat erschließen. [...]

Natalja Kasperskaja, 36, Absolventin des Moskauer Instituts für Elektronik, gründete 1997 mit ihrem Mann das „Kaspersky Lab". Mit über 200 Mitarbeitern erforschen die beiden Schutzprogramme gegen Computerviren. „Weltweit gehören wir zu den Führenden in der Branche", sagt die Dame stolz. [...] Kürzlich schlossen die Kasperskis auch einen Vertrag mit einem wichtigen heimischen Klienten: dem russischen Verteidigungsministerium. [...]

Auch Igor Lissinenko, 40, hat sich mit seiner Firma schon erfolgreich am Markt behauptet. Er baute „Mai-Tee" auf, eine der bekanntesten Marken auf dem Markt. Heute ist der ehemalige Afghanistan-Kämpfer an einer anderen Front tätig. Er koordiniert als Duma-Abgeordneter eine überparteiliche Interessengemeinschaft mittelständischer Geschäftsleute: „Delowaja Rossija" – „Unternehmer in Russland". Schon über 500 Firmen haben sich angeschlossen, der rührige Lissinenko will für ein neues Image seines Landes werben. „Es sind eben nicht mehr die Oligarchen, die bei uns das Geschäftsleben ausmachen", sagt er. „Es sind junge Leute mit ungewöhnlichen Ideen, mit dem Blick für Marktlücken – fast schon wie bei Ihnen. Sie sind die Zukunft, obwohl sie noch mit der Bürokratie von gestern kämpfen müssen." [...]

Erich Follath, Uwe Klussmann, „Die zweite Chance", in: Der Spiegel Nr. 34 vom 19. August 2002.

Foto: Herbert Stich

Zu den Überlebensstrategien der Menschen in Russland gehörte nicht nur während der Wirtschaftskrise 1998/99 der Verkauf von Produkten aus dem eigenen Garten.

Erfahrung zahlreicher Menschen in Russland in den neunziger Jahren. Dass es trotzdem nicht zu massenhaften Protesten der Bevölkerung gegen die marktwirtschaftlichen Reformen kam, ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass viele Russinnen und Russen alternative Überlebensstrategien entwickelten.

Unterscheiden lassen sich dabei drei Strategien: die

◇ Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln aus dem eigenen Garten bzw. der *Datscha* (russ.; Wochenend-, Sommerhaus);

◇ Aufnahme einer Beschäftigung in der Schattenwirtschaft, häufig als Zweit- oder teilweise auch Drittjob;

◇ Inanspruchnahme von Hilfe durch Familienmitglieder.

Die Bedeutung der privaten Nahrungsmittelproduktion für die russische Bevölkerung verdeutlichen einige Zahlen: 1996 erklärten in einer Umfrage über ein Drittel aller Haushalte, dass sie ausschließlich selbst produzierte Kartoffeln und selbst geerntetes Gemüse essen. Etwa die Hälfte aller Haushalte besitzt ein Stück Land, auf dem Nahrungsmittel zur eigenen Versorgung angepflanzt werden. Diese individuellen Nebenwirtschaften erreichten in den neunziger Jahren einen Anteil von fast 50 Prozent an der gesamten russischen Nahrungsmittelproduktion.

Auch die Aufnahme eines Zweit- oder sogar noch Drittjobs war in Russland weit verbreitet. Zu erklären ist dies damit, dass in den neunziger Jahren ein großer Teil der Betriebe keine Gehälter mehr zahlte. So erklärte über die Hälfte der befragten Personen kurz nach der Finanzkrise vom August 1998, dass sie an ihrem Arbeitsplatz nicht bezahlt werden. Da ein großer Teil der Sozialleistungen über die Betriebe verteilt wird, verzichteten die betroffenen Angestellten aber auf eine Kündigung, behielten also formal ihren Erstjob und suchten sich zum Geldverdienen eine zweite Beschäftigung, die oft nicht angemeldet wurde. Ein großer Teil arbeitete so zumindest teilweise in der Schattenwirtschaft, deren Umfang auf 30 bis 50 Prozent der russischen Wirtschaft geschätzt wurde. Viele Russinnen und Russen waren dabei auf eigene Rechnung tätig, etwa als Taxifahrer oder als Kleinhändler auf den vielen Märkten und Basaren.

Vor allem Personengruppen mit schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt stützten sich häufig auf die Hilfe von Familienmitgliedern. Dazu gehörten Rentnerinnen und Rentner sowie Jugendliche nach Ende ihrer Ausbildung an Schule und Universität. Unterstützungsleistungen bestanden dabei vor allem in der Unterbringung in der eigenen Wohnung und in der Versorgung mit Nahrungsmitteln von der eigenen Datscha. Jugendliche blieben beispielsweise bei ihren Eltern wohnen, alte Menschen zogen zu ihren Kindern. Häufig wurde die Wohnung der Großeltern verkauft, um ein Einkommen zu erzielen. Insgesamt 14 Prozent der Bevölkerung Russlands erklärten 1998, dass „Familie, Nachbarn und Freunde" ihnen helfen würden, „die Krise durchzustehen".

Diese „Überlebensstrategien" standen nur einem Teil der russischen Bevölkerung zur Verfügung. Als Ergebnis einer umfassenden Untersuchung zum Thema fasst Simon Clarke von der britischen University of Warwick zusammen: „Unser Forschungsprojekt hat sich insgesamt auf die Überlebensstrategien von Haushalten konzentriert. [...] Alter, Geschlecht und Ausbildung sind zentrale Bestimmungsfaktoren für Motivation und Fähigkeit zur Überwindung der Probleme. Soziale Netzwerke sind eine der wichtigsten Ressourcen, die den Russen helfen, nicht nur zu überleben, sondern auch neue Möglichkeiten zu finden." *(Zitat nach Simon Clarke, New forms of employment and household survival strategies in Russia, Coventry 1999, S. 185–186, Übersetzung H. P.)*

Anstieg der Kriminalität

Für viele Menschen – sowohl in Russland als auch im Westen – sind Korruption und Kriminalität zu Synonymen für die postsowjetische Transformation Russlands geworden. Anstelle von „Demokratie und Marktwirtschaft", den ursprünglich unterstellten Zielen der russischen Reformen, sprechen viele Medien seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend von „Räuberkapitalismus" und „Systemmafia". Zahlreiche Darstellungen zum Thema basieren jedoch vorrangig auf einer unkritischen Wiedergabe der Berichterstattung russischer Boulevardpresse.

Russland hatte nach dem Ende der Sowjetunion mit einer Explosion der Kriminalität zu kämpfen. Aus den russischen Kriminalitätsstatistiken lassen sich einige grundlegende Trends erkennen: Die Zahl der registrierten Morde hat sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre etwa verdoppelt und verharrt seitdem auf hohem Niveau. Moskau gehört zu den Städten mit der höchsten Mordrate weltweit. Die Zahl der Einbrüche stieg um etwa 50 Prozent. Die Drogenkriminalität ist durch den Wegfall der drakonischen sowjetischen Kontrollen und das Auftreten der Drogenmafia dramatisch angestiegen, und die Zahl der Delikte hat sich in den neunziger Jahren in Russland mehr als verzehnfacht. Anlass zur Sorge gibt auch die Tatsache, dass mehr als die Hälfte aller überführten Straftäter unter 30 Jahre alt waren.

In den osteuropäischen Transformationsländern schufen vor allem der schleppende Übergang zu einer postkommunistischen Rechtsordnung und die weit verbreitete Korruption die Voraussetzungen für ein Anwachsen der organisierten Kriminalität. Ihre wesentlichen Einnahmequellen sind:

◇ Schutzgelderpressung: Diese klassische Aktivität der Mafia wird in Russland durch das Fehlen eines verlässlichen Rahmens für unternehmerische Aktivitäten und die daraus resultierende umfangreiche Schattenwirtschaft erleichtert.

◇ Prostitution: Aufmerksamkeit hat hier insbesondere die Verschleppung russischer Prostituierter ins Ausland hervorgerufen.

◇ Video- und CD-Piraterie: Die späte Einführung und mangelhafte Durchsetzung des Urheberrechts haben den Vertrieb illegaler Kopien von Videofilmen, aber auch von Musikträgern und Computer-Software zu einem Geschäft mit einem geschätzten Jahresumsatz von mehr als 500 Millionen Euro gemacht.

◇ Schmuggel: Mit der schrittweisen Liberalisierung des russischen Außenhandels wurde vor allem der Schmuggel von im Inland subventionierten Rohstoffen profitabel. Gleichzeitig entwickelte sich Russland durch das Ende der strengen Grenzkontrollen zu einem Haupttransitland für Drogen aus dem Mittleren Osten.

Die Drogenmafia hat sich in Russland besonders dynamisch entwickelt. Die traditionelle Route für Drogen aus dem „Goldenen Halbmond", so die Bezeichnung für die Länder Pakistan, Afghanistan und Iran, nach Westeuropa verlief über die Türkei. Da die bewaffneten Konflikte auf dem Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawien und die darauf folgenden UN-Sanktionen den Drogenschmuggel über den Balkan aber erheblich erschwerten, bot sich seit der Öffnung der Grenzen die ehemalige Sowjetunion als neuer Transitweg an. Die Drogenmafia in Russland, der Ukraine und Polen erzielt dadurch geschätzte Einnahmen von jährlich etwa acht Milliarden Euro.

Sie operiert dabei aber nicht als einheitliche Organisation, vielmehr bestehen etliche unabhängige Gruppen, die für die Verarbeitung bzw. jeweils für einen Teil der Transportstrecke zuständig sind. Gleichzeitig sind viele Gruppen nicht nur auf das Drogengeschäft spezialisiert. Die Moskauer *Solnzewo*-Bande zum Beispiel, eine der größten bekannten Gruppen der russischen organisierten Kriminalität, war ursprünglich im Bereich der Schutzgelderpressung und Geldwäsche aktiv und erschloss erst später den Drogenschmuggel als lukrative Einnahmequelle.

Die Ausbreitung der Drogenmafia in Russland hat gleichzeitig dazu geführt, dass viele Russinnen und Russen erstmals in Kontakt mit illegalen Drogen gekommen sind. Nach einer UNO-Schätzung liegt die Zahl der Drogenkonsumenten in Russland derzeit bereits bei über drei Millionen. Weit verbreitete Unkenntnis und schlechte hygienische Bedingungen führen außerdem dazu, dass Drogenabhängige stark von Infektionskrankheiten wie Hepatitis und Aids betroffen sind.

Korruption in Alltag und Politik

Bereits in der Sowjetunion war Alltagskorruption weit verbreitet. Informelle Kontakte, im Russischen als *blat* bezeichnet, dienten vor allem dazu, zusätzliche Konsumgüter zu erhalten und die eigene berufliche Karriere zu fördern. Seit mit dem Ende der Planwirtschaft die Waren auf dem freien Markt gehandelt werden, ist *blat* zunehmend zu einer Überlebensstrategie russischer Kleinunternehmer geworden.

Unabhängige Untersuchungen haben wiederholt gezeigt, dass große Teile der russischen Staatsbürokratie nur gegen Bestechungsgelder bereit sind, ihre Aufgaben wahrzunehmen. In Umfragen der Weltbank unter russischen Unternehmen (1994 und 1996) erklärte fast die Hälfte, dass sie für wesentliche Geschäftstätigkeiten „inoffizielle" Zahlungen leiste. Im Schnitt kostete beispielsweise die Registrierung des Unternehmens „zusätzlich" 300 US-Dollar, jede Importlizenz 130 US-Dollar und jede Exportlizenz sogar 650 US-Dollar. 1997 und 1998 durchgeführte repräsentative Umfragen ergaben, dass 20 Prozent der russischen Unternehmer regelmäßig und weitere 45 Prozent von Zeit zu Zeit von Staatsbediensteten zu Bestechungszahlungen aufgefordert werden. Insgesamt lässt sich damit

Foto: dpa

Der Drogenschmuggel nach und über Russland hat dramatisch zugenommen. Russische Grenzbeamte verhaften an der Grenze zu Kasachstan im Juni 2001 einen Drogenkurier.

Bürokratische Hindernisse

[...] Zwei Sommer lang hat Jaroslaw Polesko [...] im Südwesten von Moskau einen kleinen Imbiss betrieben. [...] Aber in diesem Frühjahr haben ihm die Bezirksbehörden die Erlaubnis für den Sommer nicht erteilt. [...]

Den Imbiss hat Polesko aufgegeben, aber für sein übriges Geschäft will er bis zum Letzten kämpfen. [...] Der Grund für Poleskos Erregung ist der Beschluss Nummer 344-PP der Moskauer Stadtregierung vom 13. Mai „Über die Ordnung der Arbeitsorganisation und der Aufstellung von Objekten des Kleinhandelsnetzes auf dem Gebiet der Stadt Moskau". Mit diesem Kleinhandelsnetz sind die unzähligen Kioske gemeint, die vor allem in den Plattenbaubezirken das Straßenbild prägen. Man kann dort von Zeitschriften über Getränke und Lebensmittel bis zu Medikamenten fast alles für den täglichen Bedarf kaufen. Fünf von diesen Kiosken gehören Jaroslaw Polesko.

Der Kleinunternehmerverband „Liga Swobody" („Freiheitsliga") ist der Ansicht, unter dem Vorwand der Regulierung wolle die Moskauer Stadtregierung mit dem Beschluss die derzeit bestehenden Kioske „liquidieren" oder doch wenigstens unter ihre Kontrolle bringen. Er stößt sich vor allem an einem wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses: Alle Stellplätze für Kioske sollen zweimal im Jahr über einen Wettbewerb neu vergeben werden. Mit diesen kurzen Fristen werde eine vernünftige Planung unmöglich gemacht, die Kosten für die Kioskbesitzer erhöhten sich, und sie seien der Willkür der Behörden ausgeliefert [...].

Ausländische Unternehmen, die in Russland tätig sind, sagen, das Geschäftsklima in Russland habe sich in den vergangenen drei Jahren unter Putin deutlich verbessert. [...] Auch Jaroslaw Polesko sieht positive Veränderungen. „Im Grunde haben wir gar keine schlechten Gesetze." Nur kümmere sich die Moskauer Stadtregierung nicht darum. Ein Kleinunternehmer wie er sei von der Willkür der Behörden in seinem Bezirk abhängig, von denen er unzählige Bescheinigungen und Stempel brauche. Die könnten sie ihm rechtzeitig geben – oder auch nicht. Man wolle Leute wie ihn zu Gesetzesverstößen zwingen, um sie in Abhängigkeit zu halten. [...]

Wahrscheinlich werden die Kioske auch diesmal überleben – sie sind für den Alltag der Moskauer zu wichtig, als dass die Stadtverwaltung wirklich an ihrem Verschwinden interessiert sein könnte. Die meisten Bestimmungen in dem Beschluss 344-PP sind so formuliert, dass die Bezirksbehörden die Möglichkeit zu Ermessensentscheidungen haben. Man muss sie nur freundlich stimmen: Vielleicht ist das das Ziel. [...]

Reinhard Veser, „Beschluss Nummer 344-PP", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. August 2003.

festhalten, dass in Russland Alltagskorruption ein etabliertes System ist, mit dem viele, aber bei weitem nicht alle Unternehmen deutlich reibungsloser arbeiten können als mit der regulären Staatsverwaltung.

Politische Korruption beschreibt die Bestechung von Politikern durch Wirtschaftsunternehmen, um auf diese Weise Vorteile für ihre Geschäftstätigkeit zu erhalten. Die Politiker wollen sich entweder persönlich bereichern oder die Gelder zur Finanzierung ihres Machterhalts verwenden. Vielfach wurden die Beziehungen zwischen den Oligarchen und der politischen Führung um Präsident Jelzin als klassischer Fall von politischer Korruption interpretiert.

In den Jahren 2000 und 2001, aber auch noch 2003 mit der Aktion gegen den Ölmilliardär Michail Chodorkowskij, ging der Staat mit Zwangsmaßnahmen gegen Oligarchen vor. Inwieweit dadurch politische Korruption eingedämmt wurde und ob nicht vielleicht nur die beteiligten Personen ausgetauscht wurden, ist unter denjenigen, die dies beobachten, allerdings umstritten.

Rechtsentwicklung und Rechtsbewusstsein

Alexander Trunk

Die Bedeutung des Rechts in Russland wird sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes kontrovers beurteilt. Neben sehr kritischen Stimmen, die von einem „Rechtsnihilismus" sprechen, mehren sich in jüngerer Zeit, insbesondere seit der Wahl Präsident Putins, positivere Bewertungen, die zum Beispiel eine verbesserte Rechtssicherheit für ausländische Investitionen konstatieren.

Das russische Recht ist Teil der kontinentaleuropäischen Rechtsfamilie. Diese ist dadurch gekennzeichnet, dass wesentliche Bereiche der Rechtsordnung in umfassenden, systematisch geschlossenen Gesetzeswerken kodifiziert sind. Zu den weiteren Merkmalen gehören – im Zivilrecht – die Prägung durch die historische Tradition des römischen Rechts sowie die bedeutsame, aber nicht dem Gesetzgeber gleichgestellte Funktion der Rechtsprechung. Innerhalb der kontinentaleuropäischen Rechtsfamilie weist das russische Recht Besonderheiten auf, die sich aus dem Übergang von einem totalitären System mit Einparteiherrschaft und zentraler Wirtschaftsverwaltung zu einer Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ordnung ergeben. Hinzu treten rechtliche Besonderheiten aufgrund der Größe und der historisch gewachsenen Struktur des Landes.

Verschiedene Rechtsgebiete

Verfassungsrecht: Das bedeutendste Rechtsdokument Russlands ist die Verfassung vom 12. Dezember 1993, die nach einem Volksreferendum an die Stelle der sowjetrussischen Verfassung von 1978 bzw. der UdSSR-Verfassung von 1977 getreten ist und eine Präsidialrepublik mit bundesstaatlicher Struktur begründet. Damit nimmt Russland unter den meist einheitsstaatlich ausgerichteten Reformstaaten Osteuropas eine Sonderstellung ein. Die Verfassung enthält einen modernen Grundrechtekatalog. Zur Auslegung der Verfassung, insbesondere auch zum Schutz der Grundrechte, ist das bereits 1978 gegründete Verfassungsgericht der Russländischen Föderation in Moskau berufen. Es hat seit seiner Einrichtung im Jahr 1991 über 190 Urteile gefällt, die zum Teil erhebliche politische Bedeutung haben, etwa zur Verfassungsmäßigkeit der Auflösung der KPdSU im Jahr 1993 oder zur Entsendung von Föderationstruppen nach Tschetschenien 1995. Für die Alltagspraxis noch bedeutsamer ist die Kette von Entscheidungen über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, etwa aus den Bereichen des Steuer- und Zivilrechts oder des Straf- und Strafverfahrensrechts. Neben dem Verfassungsgericht der Föderation bestehen auch in einigen Regionen Verfassungsgerichte, die die Vereinbarkeit von Rechtsakten der Föderationssubjekte mit der jeweiligen Regionalverfassung überprüfen. Besondere Bedeutung hat in jüngster Zeit das Verfassungsgericht von St. Petersburg erlangt, das unter anderem eine Entscheidung über die Unzulässigkeit einer dritten Amtsperiode des regierenden Gouverneurs fällte.

Verwaltungsrecht: Im Verwaltungsrecht ist die Rechtsentwicklung in Russland weniger fortgeschritten als in anderen Rechtsbereichen. Zwar wurde eine Vielzahl von zum Teil weit tragenden Einzelgesetzen erlassen, zum Beispiel ein Steuergesetzbuch (in zwei Teilen von 1998 und 2000), ein Zollgesetzbuch von 1993 (mit umfassender Novellierung im Jahr 2003), ein Städtebaugesetzbuch von 1998, Gesetze über die kommunale Selbstverwaltung, über den öffentlichen Dienst, über die Miliz oder über die Sozialversicherung.

Es fehlt jedoch noch ein allgemeines Gesetz über das Verwaltungsverfahren, das die divergierenden und lückenhaften Verfahrensregelungen der Einzelgesetze ablösen würde. Der russische Gesetzgeber hat bislang, vor allem aus Kostengründen, auch noch keine besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit eingerichtet. Verwaltungsstreitigkeiten werden von den allgemeinen Gerichten bzw. von den so genannten Arbitragegerichten (staatliche Wirtschaftsgerichte) mit entschieden. Die russische Regierung arbeitet zur Zeit die Konzeption einer allgemeinen Verwaltungsreform aus, die die Verwaltung verschlanken soll. Deren Hauptprobleme, Bürokratismus und grassierende Korruption, sind aber weniger durch eine neue Gesetzgebung als durch organisatorische und finanzielle Maßnahmen zu verbessern.

Privatrecht: Das dominierende Gesetzeswerk im Bereich des russischen Zivilrechts ist das in drei Teilen (1994–2000) erlassene Zivilgesetzbuch (ZGB). Dieses steht zwar noch in der Tradition des sowjetrussischen Zivilgesetzbuchs von 1964, enthält aber eine Vielzahl moderner, auf die marktwirtschaftliche Ordnung zugeschnittener Vorschriften, zum Beispiel zum Gesellschaftsrecht, zu Kreditsicherheiten und zu neuen Vertragstypen. Im Unterschied zum deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch erfasst das russische Zivilgesetzbuch sowohl das bür-

Foto: dpa

Der Vorsitzende Wladimir Tumanow (l.) und der Richter Jurij Rudkin bei einer Sitzung des Verfassungsgerichts der Russländischen Föderation in Moskau am 10. Juli 1995, auf der die Rechtmäßigkeit militärischen Vorgehens in Tschetschenien überprüft wurde.

Foto: dpa

Bis zu 30 Frauen teilen sich im Untersuchungsgefängnis Butyrskaja in Moskau im November 1997 eine Zelle, die ursprünglich nur für acht bis zehn Personen gedacht war.

gerliche Recht als auch das Handelsrecht. Inhaltlich lassen sich viele Parallelen zwischen dem deutschen und dem russischen Recht feststellen.

In der Normhierarchie auf gleicher Ebene wie das Zivilgesetzbuch stehen – für die sowjetische Gesetzgebungstradition typische – „Gesetzbücher" für besondere Lebensbereiche, zum Beispiel ein Wohnungsmietgesetzbuch aus dem Jahr 1983, ein Familiengesetzbuch von 1995, ein Arbeitsgesetzbuch oder ein Bodengesetzbuch jeweils aus dem Jahr 2001. Hinzu treten Spezialgesetze außerhalb der großen Gesetzbücher, zum Beispiel Gesetze zum Aktien- und GmbH-Recht, zum Wettbewerb oder Verbraucherschutz. Hieraus ergibt sich eine Vielzahl von Überschneidungen und Widersprüchen, die mit erheblicher Rechtsunsicherheit verbunden sind.

Grundlegend erneuert wurde vor kurzem das russische Zivilverfahrensrecht. In Russland bestehen zwei Gerichtszweige: die allgemeinen Gerichte mit dreistufigem Instanzenzug (Kreisgerichte – Bezirksgerichte – Oberster Gerichtshof) und die Arbitragegerichte mit vierstufigem Instanzenzug bis zum Obersten Arbitragegericht. Die allgemeinen Gerichte sind im Zivilrecht zuständig für Streitigkeiten zwischen Privatpersonen sowie zwischen Privatpersonen und Unternehmen, die Arbitragegerichte sind zivilrechtlich zuständig für Streitigkeiten zwischen Unternehmen. Für beide Gerichte gelten unterschiedliche Verfahrensordnungen. Nach langjähriger Diskussion wurden im Jahr 2002 eine neue Zivilprozessordnung für die allgemeinen Gerichte sowie eine neue Arbitrageprozessordnung (anstelle der Vorgängerregelung von 1995) verabschiedet. Das Arbitrageprozessrecht hat sich in den letzten Jahren als Motor zur Reform des Verfahrensrechts erwiesen und insbesondere die Befugnisse der Prozessparteien im Vergleich zu früherem Recht deutlich gestärkt.

Strafrecht: Auch das Strafrecht und das Strafverfahrensrecht Russlands haben in den vergangenen Jahren grundlegende Änderungen erfahren. Im Jahr 1996 erließ der russische Gesetzgeber ein neues Strafgesetzbuch, das einerseits bestimmte sowjetspezifische Straftatbestände wie beispielsweise „antisowjetische Propaganda" oder „Parasitentum" abschaffte, andererseits aber zahlreiche mit den gewandelten wirtschaftlichen Verhältnissen verbundene neue Straftatbestände einführte, zum Beispiel Konkurs- oder Computerstraftaten. Ebenfalls im Jahr 1996 erging ein neues Strafvollstreckungsgesetz, und 2001 folgte eine neue Strafprozessordnung. Eine Leittendenz beider Neuregelungen war die Humanisierung und Verstärkung rechtsstaatlicher Garantien in Strafprozess und Strafvollzug. Wie in anderen Bereichen des russischen Rechts klaffen freilich auch hier Anspruch und Wirklichkeit auseinander. So setzt eine Modernisierung des Strafvollzugs unter anderem den Bau neuer Gefängnisse voraus, für die der russische Gesetzgeber nur in beschränktem Maß Geld einzusetzen bereit ist. Ähnlichen Tendenzen folgt das neue Ordnungswidrigkeitengesetz (Gesetz über administrative Rechtsverletzungen) von 2001.

Internationales Recht: Der Überblick über das russische Recht wäre nicht vollständig ohne Hinweis auf internationales Recht. Die meisten russischen Gesetze enthalten eine ausdrückliche Bestimmung, nach der Regelungen in internationalen Abkommen Vorrang vor dem nationalen Gesetz haben. Dies entspricht einer allgemeinen Regel, die in der russischen Verfassung von 1993 festgelegt ist. Besonders große prak-

Anwalt der Gefangenen

[...] Anatolij Pristawkin, 71, [...] arbeitet als Putins Berater für Begnadigungen, und er hat sich für diesen Job qualifiziert, weil er als einer der intimsten Kenner der russischen Justiz und ihres Straflagerunwesens gilt. Schon 1992 erhielt er eines der umstrittensten Ämter in der postsowjetischen Aufbruch-Ära: Er wurde Chef der Begnadigungskommission beim russischen Präsidenten Boris Jelzin. [...]

Mit Gestrauchelten und Gestrandeten weiß der Autor umzugehen – er hat einst selbst zu ihnen gehört. Zu Kriegsbeginn 1941, gerade zehn und elternlos, vagabundierte er fünf Jahre durchs Land. Er wurde zum Gauner, geriet ins Kinderheim, in Verwahranstalten mit Polizeiaufsicht, in den Kinder-Gulag. [...]

Pristawkins Aufgabenbereich ist riesig: Mehr als die Hälfte aller Häftlinge Europas sind Russen, etwa eine Million seiner Landsleute sitzt in Gefängnissen. In Japan, sagt er, einem Land mit ähnlicher Bevölkerungszahl, gebe es 40 000 Häftlinge.

Die Erklärung für solche Wegsperrwut fand der Schriftsteller in überfüllten Knästen, psychiatrischen Anstalten und Arbeitslagern: Bereits 14-Jährige werden für Nichtigkeiten eingesperrt. Um drei, vier Jahre hinter Gittern zu landen – die für Russland durchschnittliche Haftdauer –, reicht schon der Diebstahl eines Ferkels, eines Fernsehers oder auch nur eines Stromzählers, der 280 Rubel gekostet hat, rund 9 Euro.

Mit „faschistisch-stalinistischen Verhörmethoden", so Pristawkin, fabriziere die Polizei zudem willkürlich Fälle, Ungerechtigkeiten und Fehlurteile. Was später in den Lagern als „Besserungsarbeit" angegeben werde, sei in Wirklichkeit „Erniedrigung, Willkür, Zertrampeln der Individualität", wie ein Gefangener schrieb.

Die größte Gefahr für Russlands sittlichen Bestand sieht der Autor nicht etwa in den spektakulären Auftragsmorden russischer Mafiosi. Ihn ängstigt die gewaltige Kriminalität im privaten Bereich. Jährlich würden allein 600 000 Verbrechen „im Suff begangen", rechnet der Putin-Helfer vor. [...]

In den Jahren der Stalin-Herrschaft kamen nach Pristawkins Angaben 643 000 Menschen durch Genickschuss um [...]. Selbst zwischen 1962 und 1990 traf es insgesamt noch 24 000 Delinquenten; sogar unter Reformer Jelzin starben bis zu 100 Häftlinge pro Jahr [...].

Dass Russland auf Druck des Europarats die Hinrichtungsmaschine stoppte, hat die Öffentlichkeit nie als Fortschritt angesehen: Die Mehrheit befürwortet noch immer die Höchststrafe und verhindert, dass sie endgültig aus dem Gesetzbuch gestrichen wird. [...]

Christian Neef, „Lebendige Leichname", in: Der Spiegel Nr. 6 vom 3. Februar 2003.

tische Bedeutung hat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), der Russland im Jahr 1998 beigetreten ist. Auf sie bezieht sich etwa das Russische Verfassungsgericht in seiner Rechtsprechung häufig und nutzt sie als Argumentationshilfe zur Auslegung der russischen Verfassung. Ein (leider bedauerlicher) Ausdruck der Bedeutung der EMRK für Russland ist die Zahl von über 10 000 gegen die Russländische Föderation schwebenden Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

Erhebliches Potenzial für künftige Entwicklungen des russischen Rechts enthält das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten, in dem Russland unter anderem eine Annäherung seines Rechts an das EG-Recht zugesagt hat. Auswirkungen dieser Zusicherung sind in einigen Bereichen nachweisbar, zum Beispiel im Gesellschafts-, Kartell- oder Zollrecht, sie sind aber weit weniger intensiv als die Übernahme von EG-Recht durch die mittelosteuropäischen EU-Beitrittskandidaten.

Der Schwerpunkt der russischen Vertragspraxis liegt auf bilateralen Abkommen. Eine für die russische Rechtspolitik bedeutsame multilaterale Dimension ergibt sich aus der Mitgliedschaft des Landes in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), deren Interparlamentarische Versammlung eine Vielzahl von Modellgesetzen entwickelt hat, die in der Regel vom russischen Recht inspiriert sind, andererseits aber auch auf es zurückwirken. Ein weiterer Reformschub zur Angleichung an die internationale Rechtspraxis ergibt sich aus der von Russland angestrebten Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO). Zu diesem Zweck wurden in letzter Zeit mehrere Gesetze im Bereich des Wirtschaftsrechts novelliert wie das Zollgesetzbuch im Jahr 2003. Weitere Anpassungen sind geplant.

Rechtswirklichkeit

Das Rechtsbewusstsein der russischen Bevölkerung im Allgemeinen wie auch einzelner Bevölkerungsgruppen oder Individuen steht in einer Wechselbeziehung zur Rechtswirklichkeit. Diese wiederum ist in vielen Lebensbereichen durch ein starkes Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität gekennzeichnet. Rechtsvorschriften des Privatisierungsrechts wurden von wirtschaftlich mächtigen Beteiligten in weitem Umfang missachtet. Umweltschutzvorschriften werden in der Praxis nur ansatzweise umgesetzt. Die Verfolgung von Straftaten scheint häufig eher von politischen Opportunitätsgesichtspunkten als vom Bestreben nach gleichmäßiger Rechtsdurchsetzung geprägt. Bei der Erbringung öffentlicher Leistungen hat sich ein System paralleler Anreize entwickelt, das von noch legalen Vermittlungs- und Servicediensten bis zu eindeutiger Korruption oder Erpressung reicht. In der Stadt Moskau wurden seit 1993 rund 250 Auftragsmorde registriert, von denen die meisten unaufgeklärt blieben. In weiten Teilen der russischen Bevölkerung hat sich daraus ein Gefühl von Desillusionierung und Sarkasmus entwickelt: Macht gehe vor Recht, persönliche Beziehungen gälten mehr als rechtliche Garantien.

Dem stehen allerdings auch gegenläufige Strömungen gegenüber. Die russische Rechtsphilosophie kann bereits seit dem 19. Jahrhundert viele international bekannte Namen vorweisen. In jüngerer Zeit haben auch Rechtspsychologie und Rechtssoziologie neuen Aufschwung genommen. Das Ziel des (damals noch „sozialistischen") Rechtsstaats war ein Hauptschlagwort der Perestrojka-Zeit. Der russische Gesetzgeber hat in den letzten Jahren eine Vielzahl wichtiger Gesetze verabschiedet, die die Rechtssicherheit erhöhen, und Präsident Putin erklärte die Justizreform zu einem Kernelement seiner Politik. Die Zahl der Gerichtsverfahren, etwa vor den staatlichen Arbitragegerichten, nimmt seit Jahren kontinuierlich und erheblich zu. Beispielsweise erhöhte sich im Jahr 2002 die Zahl der Klagen vor Arbitragegerichten um 14,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr (von 745 625 auf 854 748) und setzte einen bestehenden Trend fort. Die zunehmende Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes ist ein Zeichen wachsenden Vertrauens in das Gerichtssystem.

Die Aufgabe, in einem Land, das in den vergangenen 15 Jahren revolutionäre Änderungen und eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise durchschritten hat, Vertrauen in das Recht und den Rechtsstaat zu schaffen, wird mehr als eine Generation beschäftigen, aber dieses Ziel kann erreicht werden.

Stellenwert der Menschenrechte

Heiko Pleines

Der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte ist in der russischen Verfassung verankert. In Artikel 2 heißt es: „Der Mensch, seine Rechte und Freiheiten bilden die höchsten Werte. Anerkennung, Wahrung und Schutz der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers sind Verpflichtung des Staates." In Kapitel 2 werden die einzelnen Rechte formuliert: Gleichheit, Recht auf Leben, Verbot der Folter, Recht auf Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Recht auf Freizügigkeit, Gewissens- und Glaubensfreiheit, Rede- und Informationsfreiheit sowie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Neben diesen politischen Rechten sieht die Verfassung auch wirtschaftliche und soziale Rechte als Grundrechte vor. Im einzelnen sind dies: Recht auf Eigentum, Streikrecht, Schutz der Familie, Recht auf Wohnung und Gesundheitsschutz, Umweltschutz, Recht auf Bildung sowie Schutz geistigen Eigentums.

Ähnlich wie im deutschen Grundgesetz sind auch im russischen Fall entsprechende Artikel von einer Verfassungsänderung ausgenommen. Russland hat den Schutz der Menschenrechte zusätzlich in einer ganzen Reihe internationaler Abkommen akzeptiert, so etwa in den UN-Menschenrechtskonventionen und in der vom Europarat erstellten Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Nach russischem Recht sind völkerrechtliche Verträge höherwertig als nationale Gesetze.

Die Menschen- und Bürgerrechte können in Russland vor Gericht eingeklagt werden. Zusätzlich sieht die russische Verfas-

Foto: dpa

Gefangenenlager – wie hier das sibirische Lager Tabaga – haben in Russlands Strafvollzug eine lange Tradition. Die Häftlinge sind harten Lebensbedingungen ausgesetzt.

sung das Amt eines Menschenrechtsbeauftragten vor, an den alle in Russland lebenden Personen Beschwerden richten können. Gleichzeitig überprüft er die russische Gesetzgebung und Rechtsprechung auf dem Gebiet der Menschenrechte, berichtet dem Parlament und kann Gerichte, bis hin zum Verfassungsgericht, anrufen. Erster nationaler russischer Menschenrechtsbeauftragter wurde der ehemalige Dissident und Menschenrechtler Sergej Kowaljow. Nach seiner heftigen Kritik an Menschenrechtsverletzungen im ersten Tschetschenienkrieg wurde er 1995 abberufen. Nach langen Diskussionen um eine Neuregelung wurde 1998 Oleg Mironow sein Nachfolger. Von russischen Menschenrechtsorganisationen wurde ihm zunächst immer wieder Untätigkeit vorgeworfen, inzwischen absolviert er seine zweite Amtszeit und wurde parteiübergreifend für seine Arbeit gewürdigt.

Verletzungen in der Praxis

Obwohl die Menschenrechte in Russland formal gesichert sind, werden sie in der Praxis häufig verletzt. In etlichen Fällen haben diese Verletzungen keine juristischen Konsequenzen. Zentrale Probleme sind dabei das Verhalten der russischen Armee im zweiten Tschetschenienkrieg, der im Sommer 1999 begann, sowie die Haftbedingungen in russischen Gefängnissen. Obwohl das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in der russischen Verfassung von 1993 verankert ist, gab es in der Praxis immer wieder Zwangsmaßnahmen gegen Verweigerer. Erst im Juli 2003 ordnete Präsident Putin die landesweite Organisation eines alternativen Zivildienstes an.

Im Jahresbericht 2002 von Amnesty International wird die aktuelle Menschenrechtssituation in Russland folgendermaßen zusammengefasst: „Während des andauernden Konfliktes in der Tschetschenischen Republik (Tschetschenien) machten sich die russischen Streitkräfte wie auch tschetschenische Truppen erneut schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht schuldig. […] Die strafrechtlichen Ermittlungen, die von den Behörden der Russischen Föderation im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige des Militärs und der Polizei eingeleitet worden sind, erwiesen sich als unangemessen und unwirksam. […] Aus anderen Gebieten der Russischen Föderation trafen weiterhin Berichte über Folter und Misshandlungen im Polizeigewahrsam und über grausame, unmenschliche oder erniedrigende Haftbedingungen ein. […]“

Zu einem gewissen Grad spiegelt die Menschenrechtssituation in Russland auch die Haltung der Bevölkerung wider. In einer Ende 2001 durchgeführten repräsentativen Umfrage erklärten nur elf Prozent ihre „starke Unterstützung“ für Bürgerrechte. Bei persönlichen Rechten lag dieser Wert schon bei 50 Prozent, und für Wirtschafts- und Sozialrechte stieg er auf über 60 Prozent. Während so mehr als drei Viertel der Befragten das Recht auf ein Leben über der Armutsgrenze und das Recht auf Arbeit als „unverzichtbar“ bezeichneten, wählten diese Einschätzungen für den Schutz vor gesetzwidriger Verhaftung rund 60 Prozent, für die Freiheit des Wortes weniger als 40 Prozent und für Gewissensfreiheit und Versammlungsfreiheit jeweils weniger als ein Viertel. Bei der Umfrage war kein relevanter Unterschied zwischen den Generationen erkennbar.

Situation der Frauen

Brigitta Godel

Umfassende Partizipation und Gleichberechtigung bzw. Gleichstellung von Frauen werden in Russland bisher noch nicht als elementare Bausteine einer funktionierenden Demokratie begriffen. Insbesondere Politiker und hochrangige Staatsmänner schenken dieser Frage kaum Aufmerksamkeit. Ohne den Druck der an einer Erweiterung der Rechte der russischen Frauen Interessierten könnten sie das Problem der Gleichberechtigung als sozial wenig bedeutsam einfach „beerdigen“, war die bittere Quintessenz eines Aufsatzes der Politikwissenschaftlerin Swetlana Ajwasowa aus dem Jahre 2002 zur Geschlechterasymmetrie in Russland.

Sie mag angesichts der zahlreichen, auf vielen Ebenen durchgeführten sowie anhaltenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Transformationsprozess Russlands seit 1989 überraschen. Schließlich haben Frauen und zügig gegründete Frauenorganisationen, die sich zur Zeit auf circa 1500 registrierte Gruppierungen unterschiedlichster Ausrichtung beziffern lassen, den demokratischen Aufbruch von Anfang an mitgetragen.

Sie gingen damals und gehen verstärkt heute, beispielhaft in einem von Frauenorganisationen unterbreiteten „Nationalen Programm zur Erlangung von Gendergleichheit“, davon aus, „dass nur die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Belangen und ihre gemeinsame zivile Verantwortung ein Unterpfand für die Demokratisierung Russlands und seine dauerhafte Entwicklung sein können“.

Untermauert wird die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit durch die Vorlage eines Gesetzes „über staatliche Garantien gleicher Rechte und Freiheiten sowie gleicher Möglichkeiten von Frauen und Männern in der Russländischen Föderation“. Der Entwurf wurde in erster Lesung im Mai 2003 verabschiedet, die beiden ausstehenden Lesungen bleiben der neuen Duma nach den Parlamentswahlen im Dezember 2003 vorbehalten.

Soldatenmütter

[…] Als die Bewegung der Soldatenmütter entstand, gab es die Sowjetunion noch, und im Zeichen von „Glasnost“ und „Perestrojka“ waren unzählige Menschenrechtsverletzungen in den sowjetischen Streitkräften bekannt geworden: Gewalt und Willkür als Mittel der Disziplinierung waren an der Tagesordnung. […] Die Sowjetarmee, ein Staat im Staate, entzog sich jeglicher zivilen Kontrolle. Um das zu ändern, gründeten zehn Petersburger Bürgerrechtler am 10. November 1991 die „Gesellschaftliche Rechtsschutzorganisation Soldatenmütter von St. Petersburg“. […]

Noch immer kommen unzählige Soldaten während des Wehrdienstes durch Prügel, Totschlag, Folter, Selbstmord und Amoklauf von Kameraden zu Tode. Rund 1200 Tote waren es nach offiziellen Angaben allein im vorigen Jahr (2002 – *Anm. d. Red.*). […] Kein Wunder daher, dass mittlerweile neun von zehn Wehrpflichtigen jede Möglichkeit nutzen, den Wehrdienst zu umgehen oder sich zurückstellen zu lassen. Um ihr Soll dennoch zu erfüllen, zieht die Armee jeden ein, den sie kriegen kann, auch Alkoholiker, Drogenabhängige, Aids-Infizierte, Vorbestrafte, Analphabeten, psychisch Kranke, Waisen und Alleinernährer ihrer Familien. Sie verstößt damit permanent gegen geltendes Gesetz. […]

Den „Drückebergern“, wie sie offiziell heißen, kommt zugute, dass die allgemeine Wehrpflicht in der Verfassung von 1993 nicht mehr vorkommt und im Gesetz über die Wehrpflicht und den Wehrdienst festgelegt ist, wer nicht zu dienen braucht und wer zurückgestellt werden kann. Aber das wissen viele Menschen nicht, und genau hier setzen die Soldatenmütter an. […]

Wer in Petersburg nicht dienen will oder wer kein Geld hat, um sich freizukaufen, erscheint mittwochs und samstags in der „Schule der Menschenrechte ‚Schützen wir unsere Söhne‘“ der Soldatenmütter in der Rasesschaja 9, erhält Unterricht in Staatsbürgerkunde und erfährt, was getan werden muss, um sich freistellen zu lassen. […]

Einen Wehrbeauftragten gibt es nicht. Dessen Aufgaben nehmen praktisch die Soldatenmütter wahr […]. Die Petersburger Organisation […] hat in den zwölf Jahren ihrer Existenz 150 000 Personen beraten. Mehr als 100 000 Wehrpflichtige konnten mit ihrer Hilfe das gesetzlich verbriefte Recht, nicht zu dienen, durchsetzen, und mehr als 5000 Deserteure […] wurden dank ihrer Unterstützung vorzeitig aus der Armee entlassen. […]

Folgt man der Logik der Soldatenmütter, erübrigt sich auch der Zivildienst. Den sieht die Verfassung zwar schon seit 1993 vor, doch ein Ausführungsgesetz tritt erst am 1. Januar 2004 in Kraft. […]

Marianna Butenschön, „Großväterherrschaft und Staatsbürgerkunde“, in: Das Parlament Nr. 42 vom 13. Oktober 2003.

Frauenorganisationen

In Russland ergriffen Frauen in stärkerem Maße als Männer die neuen Möglichkeiten zur Partizipation, die sich durch den Systemwechsel boten. Frauen dominieren in NGOs nicht nur zahlenmäßig. Mehr als die Hälfte wird auch von Frauen geführt. Frauendominierte NGOs und Frauenorganisationen sind jedoch nicht gleichermaßen der Frauenbewegung zuzuordnen. […]

Bis Mitte der neunziger Jahre war […] die Ablehnung feministischer Zugänge in Russland weit verbreitet. Seitdem ist jedoch eine Trendwende zu konstatieren, die nicht zuletzt auf die Erfahrung von zunehmender Diskriminierung sowie die Auseinandersetzung mit westlichen feministischen Theorien zurückgeht. […]

Das Spektrum der Frauenorganisationen umfasst Berufsvereinigungen, Organisationen gegen Frauenarbeitslosigkeit, Selbsthilfeorganisationen für sozial schwache Bevölkerungsgruppen wie allein erziehende Mütter oder kinderreiche Familien, Frauenkrisenzentren und NGOs zur Förderung weiblicher politischer Repräsentanz ebenso wie Gender-Studies-Zentren und Lesbenorganisationen. Längst sind sie über Moskau und St. Petersburg hinaus im ganzen Land vertreten. […]

Auch das gesamte politische Spektrum wird abgedeckt. Einige Frauenorganisationen gehen auf die zu Zeiten der UdSSR bestehenden *schensowjety* (Frauenräte) zurück, andere, die so genannten autonomen Frauenorganisationen, haben sich nicht zuletzt in Abgrenzung zu jenen nach dem Systemwechsel gegründet. Unter den NGO-Aktivistinnen überwiegen Frauen mittleren Alters. Der Großteil der Frauen arbeitet auf ehrenamtlicher Basis. Die Motive für ihr Engagement reichen von der Verbesserung der materiellen Lebenssituation bis zum Bedürfnis nach politischer Teilhabe. Eine zentrale Strategie der russischen Frauenorganisationen ist die Bezugnahme auf nationales und internationales Recht: Den Forderungen an die institutionalisierte Politik wird zum Beispiel mit dem Verweis auf internationale Abkommen wie die *Konvention über die Eliminierung aller Formen der Diskriminierung von Frauen* ([…] CEDAW) Nachdruck verliehen.

Charakteristisch für die feministischen wie für die meisten anderen Nichtregierungsorganisationen ist ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber dem Staat, der aber weiterhin als primärer Adressat zur Problemlösung bestehen bleibt. Das eigene Engagement verstehen nicht nur die feministischen Organisationen als Beitrag zur Entstehung einer Zivilgesellschaft, deren Existenz den Rückfall in eine Diktatur verhindern soll.

Gesine Fuchs/Eva Maria Hinterhuber, „Demokratie von unten?", in: Osteuropa, 53. Jg., 5/2003, S. 714 f.

Foto: dpa

Benachteiligung trotz jahrelang propagierter Gleichberechtigung verrät der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Straßenreinigerinnen in St. Petersburg 1997.

Ausgrenzungen

Gegenwärtig sind die Frauen nur sehr limitiert in die Gestaltung des allgemeinen Wandels eingebunden. Von wesentlichen Bereichen und Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bleiben sie weiterhin ausgegrenzt, obwohl sie 53 Prozent der russländischen Bevölkerung ausmachen. Die vorwiegend marginale Rolle von Frauen im öffentlichen Leben lässt das historische, vor allem aber sowjetische politische und mentale Erbe deutlich erkennen. Denn in den Jahrzehnten nach der angeblichen Lösung der „Frauenfrage" im Jahre 1930 stand diese unter den Bedingungen der kommunistischen Einparteiherrschaft nicht mehr auf der politischen Tagesordnung und wurde folglich nicht länger diskutiert.

Die Lage der Frauen verbesserte sich nicht wesentlich. Diese Faktoren hatten negative, bis zur Demokratisierungspolitik der Perestrojka-Periode (1985–1989) spürbare Konsequenzen für die frauenpolitische Bewusstseinsentwicklung sowie Artikulations- und Handlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit der Frauen. Heute kämpfen viele in offener Konkurrenz um wichtige Posten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.

Nicht zuletzt basieren die mangelnde Integration und Repräsentation von Frauen auf ihrem geringen gesellschaftlichen Ansehen als „Wesen zweiter Sorte" (*suschtschestwo wtorogo sorta*) sowie auf rollenfixierten Vorstellungen von der Frau im Öffentlichen und Privaten. Wird ihnen eine Beteiligung zugestanden, so ist sie daher nur selten von gleichberechtigtem Denken bestimmt, wie es in Russlands Verfassung von 1993 verankert ist. Dabei wurde dieser Gleichberechtigungsparagraph (Art. 19, Teil 3) allein dank der Hartnäckigkeit der neuen Frauenorganisationen aufgenommen.

Asymmetrie in Politik und Arbeit

Zwei Felder sind es vor allem, die die Asymmetrie deutlich vor Augen führen: Politik und Beschäftigung. Der Anteil der Frauen in der Staatsduma sank von 13,6 Prozent (1993–1995) über zehn Prozent (1995–1999) auf nur noch 7,7 Prozent im Dezember 1999. Dieser beunruhigend rückläufigen Teilhabe am demokratisierten politischen Prozess versuchen die russischen Frauenorganisationen, etwa mit dem erwähnten „Nationalen Programm", entgegenzuwirken.

Auch in der Exekutive nehmen Frauen vorrangig nur solche Positionen ein, in denen keine maßgeblichen Entscheidungen zu treffen sind. So liegt ihr Anteil im Staatsdienst zwar bei 70,6 Prozent, der der Männer bei 29,4 Prozent. In den höchsten Ämtern ist das Verhältnis aber fast umgekehrt: 76,7 Prozent Männer stehen 23,3 Prozent Frauen gegenüber. In der Regierung befindet sich gegenwärtig mit Galina Karelowa, seit Juni 2003 stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Soziales, eine Frau. Sie ist die Nachfolgerin von Walentina Matwijenko, die im Oktober 2003 zur Gouverneurin von St. Petersburg gewählt wurde und damit als erste und bislang einzige Politikerin an der Spitze eines der 89 Subjekte der Russländischen Föderation steht.

In den höchsten Ämtern der Rechtsprechung sind drei Frauen anzutreffen gegenüber einem Frauenanteil von 72 Prozent in den nachgeordneten Aufgabenbereichen der Judikative.

Russland - physische Übersicht und Föderalbezirke

Informationen zur politischen Bildung Nr. 281/2003

Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen

II

Russische Expansion vom 16. bis zum 20. Jahrhundert

Informationen zur politischen Bildung Nr. 281/2003

Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen

Russland - administrative Gliederung

Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen

Russland - Wirtschaft und Bevölkerungsdichte

Informationen zur politischen Bildung Nr. 281/2003

Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen

Abgesehen von der demokratischen Partei *Jabloko* mit ihren programmatischen Forderungen nach einer Politik der Gleichberechtigung kümmern sich politische Parteien und Vereinigungen kaum um einen Ausgleich der Möglichkeiten von Frauen und Männern. Das entsprechende Problembewusstsein ist bei ihnen nur schwach entwickelt. So erschienen etwa in den Kandidatenlisten bei den Parlamentswahlen 1999 nur rund zehn bis zwölf Prozent Frauen (Ausnahme: die „Union der rechten Kräfte" mit 17 Prozent). Hierin spiegelt sich auch die noch geringe gesellschaftliche Akzeptanz politisch engagierter Frauen.

Charakteristisch für Ungleichgewichte im Bereich der Beschäftigung ist insbesondere der hohe Anteil der Frauen an den offiziell registrierten Arbeitslosen. Er betrug seit Beginn der neunziger Jahre relativ unverändert rund zwei Drittel, so dass von einer Arbeitslosigkeit mit „weiblichem Gesicht" gesprochen werden kann. Denn Frauen waren von den Wirtschaftsreformen durch zunehmende Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen am ehesten und härtesten betroffen. Eine Ursache für ihre Nichtkonkurrenzfähigkeit auf dem transformierten Arbeitsmarkt ist beispielsweise in den für Arbeitgeber „unattraktiven" sozialen Kosten etwa durch Schwangerschaften und Fehlzeiten aufgrund kranker Kinder zu suchen.

Machten die Durchschnittslöhne der Frauen vor dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen rund 70 Prozent derjenigen der Männer aus, so liegen sie heute bei circa 50 Prozent. Dabei haben 64 Prozent der arbeitenden Frauen Hoch- und Fachschulbildung; bei den Männern liegt dieser Anteil bei 47 Prozent. Wichtige Gründe für ihre niedrigen Löhne sind, dass Frauen familienbedingt keine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit aufnehmen und sich auch durch die Belastungen in Haus- und Familienarbeit kaum beruflich weiterbilden können. In erster Linie aber ist die Beschäftigung in den traditionell benachteiligten, schlecht bezahlten „Frauendomänen" wie beispielsweise Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie Leichtindustrie schuld daran. Die Beteiligung von Frauen an den neuen, „männlichen" Wirtschaftsstrukturen ist daher nicht zuletzt aufgrund ihrer rollenbedingten geringeren Flexibilität begrenzt.

Ursachen und Perspektiven

Insgesamt sind die Ursachen für eingeschränkte Partizipation und weitgehend formaljuristische, faktisch nur zögerlich gelebte Gleichberechtigung vielfältig. So haben die Prägungen der patriarchalen, repressiv-autoritären politischen Kultur im zaristischen Russland wie in der Sowjetunion und der damit nicht überwundene Geschlechtertraditionalismus einen realen Durchbruch in Richtung einer Anerkennung und Teilhabe der Frauen als Gleichgestellte bisher vereitelt. Verinnerlichte Stereotype von Weiblichkeit und Männlichkeit, die auch in weithin akzeptierten, geschlechtshierarchischen Rollenzuweisungen sichtbar sind, wirken fort. Das Wiederaufleben zurückgestauter Machtansprüche der Männer („Renaissance des Patriarchats"), nachdem mit dem Ende der Sowjetunion 1991 auch das ideologisch verordnete Gleichheitspostulat beseitigt wurde, und die Überflutung der Gesellschaft mit pornografischen Darstellungen jeder Art trugen zu anhaltender Diskriminierung der Frauen bei.

Schließlich kommen der vorwiegend auf der Ebene der Institutionen, in geringerem Maße jedoch bei den Werten, Denk- und Verhaltensweisen vollzogene demokratische Wandel sowie die im Transformationsverlauf offenkundig gewordenen strukturellen wie politischen Hindernisse für die weibliche Bevölkerung hinzu.

Um eine Veränderung herbeizuführen, ist es daher erforderlich, die Genderproblematik in den politischen wie gesellschaftlichen Diskurs und Alltag kontinuierlich einzubringen. Damit kommt, neben der politischen Elite, der Frauenbewegung und ihrem Bemühen um eine Verwirklichung der Rechte der russländischen Frauen sowie um vermehrten gesellschaftlichen und politischen Einfluss eine hohe Verantwortung zu. Abschließend sei die „wichtigste Erfahrung des 20. Jahrhunderts in Osteuropa erwähnt: Die soziale und geschlechtliche Gleichberechtigung als Verordnung ‚von oben' hat keine bedeutenden Mentalitätsänderungen in Richtung einer sozialen Gerechtigkeit bewirkt, wovon die nach der Wende aufgekommenen Probleme der Frauen zeugen", so die polnische Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Bożena Chołuj. Oder russlandspezifisch ausgedrückt: Über siebzig Jahre sowjetischer politischer Theorie und Praxis haben es offenbar nicht vermocht, wirkliche Gleichwertigkeitsvorstellungen zu entwickeln.

Foto: ullsteinbild

Selbstbewusst fordern junge Frauen ihren Platz in der Gesellschaft, die es ihnen nicht unbedingt leicht macht. Straßenszene auf dem Newskij Prospekt in St. Petersburg im Jahr 2000.

Verbände und Interessengruppen

Heiko Pleines

Der Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern in Organisationen, die versuchen, auf die Politik Einfluss zu nehmen, ermöglicht es den Mitgliedern, ihre Interessen und Vorstellungen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Diesem Ideal der Bürger- oder Zivilgesellschaft halten kritische Stimmen entgegen, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleich gut organisiert sind und dadurch das Risiko besteht, dass nicht alle gesellschaftlichen Interessen Gehör finden. Genau dies scheint ein zentrales Problem Russlands zu sein.

Wirtschaftsverbände

Mit dem Ende der Sowjetunion entstanden in Russland unabhängige Wirtschaftsverbände. Zum größten Zusammenschluss russischer Unternehmer wurde der Russische Verband Industrieller und Unternehmer (RSPP). Daneben bildeten sich Interessengruppen wie etwa der Landwirtschaft, der Öl- und Gasindustrie, der Banken, des Mittelstandes und der Exportwirtschaft. Der einzige Verband, der mit der Unterstützung seiner Mitglieder kontinuierlich politische Entscheidungen beeinflusste, war jedoch die Agrarlobby.

Ansonsten betrieben in Russland einzelne Großunternehmer, so genannte Oligarchen, im Bereich der Wirtschaft erfolgreich Lobbyismus für ihre eigenen Unterneh-

Umweltprobleme und Umweltpolitik

Auf dem Papier ist der Umweltschutz in Russland stark. Das Recht des Bürgers auf eine gesunde Umwelt wurde 1993 in die Verfassung der Russischen Föderation aufgenommen. Auch die Vorschriften zur Umweltfolgenabschätzung oder zu Umweltabgaben sind zum Teil schärfer als in Deutschland. Aber die Realität sieht ganz anders aus.

Russland leistet zwar in mehrfacher Hinsicht einen hohen Nettobeitrag zur europäischen und globalen Umweltqualität: So sind riesige Gebiete praktisch vom Menschen unberührt; 65 Prozent des russischen Hoheitsgebiets werden kaum wirtschaftlich genutzt; Russland umfasst über 20 Prozent der weltweiten Wasserressourcen und 22 Prozent aller Wälder der Erde. Doch gelten etwa 15 Prozent der Landesfläche als ökologische Katastrophengebiete.

Die von Russland verursachte Umweltverschmutzung hat in vielen Fällen eine grenzüberschreitende und globale Dimension erreicht, und der Großteil der Menschen in Russland lebt unter miserablen Umweltbedingungen. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung nutzt Trinkwasser, das nicht den internationalen Mindeststandards entspricht. Erkrankungen wie Cholera, Typhus und Hepatitis A, die mit dem Wasser übertragen werden, sind daher wieder auf dem Vormarsch. […]

Ein Großteil der landwirtschaftlich genutzten Böden ist mit Schadstoffen belastet; in der Folge weisen 30 bis 50 Prozent aller Lebensmittel gesundheitsschädigende Rückstände auf. Laut offiziellen Angaben leben etwa 67 Prozent der Bevölkerung in Gebieten mit einer Schadstoffbelastung der Luft oberhalb der geltenden Grenzwerte. In 40 Städten mit insgesamt rund 23 Millionen Einwohnern überschritt die Luftbelastung im Jahr 2000 die zulässigen Grenzwerte zeitweise um mehr als das Zehnfache. Das Entsorgungssystem für Industrie- und Haushaltsabfälle in Moskau und anderen Großstädten reicht nicht aus: 1,8 Milliarden Tonnen Giftmüll haben sich angesammelt, die jährliche Zuwachsrate liegt bei 108 Millionen Tonnen.

Etwa 19 Prozent der Siedlungsflächen weisen Schwermetallkonzentrationen auf, die über den geltenden Grenzwerten liegen. Mineralölfirmen lassen in Russland jedes Jahr etwa 28 Millionen Tonnen Rohöl auslaufen – dies entspricht sieben Prozent der gesamten Ausbeute. Zum Vergleich: Die Menge Rohöl, die durch die Havarie der „Exxon Valdez" 1989 in die Gewässer Alaskas gelangte, war geringer als die Menge, die jeden Tag Russlands Tundra, Seen, Flüsse, Sümpfe und Wälder belastet.

Die Förderverluste aus der russischen Erdgasgewinnung werden auf 50 Prozent geschätzt. Das hierbei freigesetzte und ungenutzte Methangas heizt das Weltklima zusätzlich auf. Berühmt-berüchtigt ist die Halbinsel Kola im Norden Russlands, die als die weltweit größte nukleare Müllhalde gilt. Dutzende alter Atom-U-Boote rosten an den Piers vor sich hin oder liegen irgendwo am Grund der Barents-See. Allein die russische Nordmeer-Flotte produziert jährlich etwa 2500 Kubikmeter flüssigen und rund 1000 Kubikmeter festen radioaktiven Müll, der oftmals auf alten umgebauten Tankschiffen oder einfach unter freiem Himmel gelagert wird. […]

Journalisten und Medien, die allzu kritisch über Umweltsünden berichten, riskieren mehr als nur eine Rüge: Der Präsident der russischen Umweltorganisation „Green World", Oleg Bodrow, wurde Mitte Februar dieses Jahres (2002 – *Anm. d. Red.*) von einem Unbekannten auf dem Nachhauseweg außerhalb von St. Petersburg brutal zusammengeschlagen, nachdem er in den Monaten zuvor immer wieder auf Gesetzesverstöße beim Betrieb von Atomkraftwerken und bei der illegalen Beseitigung von Atommüll aufmerksam gemacht hatte.

[…] Das Umweltbewusstsein der russischen Bevölkerung ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Einerseits gibt es eine in Sachen Umweltschutz hoch sensibilisierte Minderheit, auf der anderen Seite die große Mehrheit, die sich an keiner Umweltverschmutzung stört. […]

Das im Umweltschutzgesetz verankerte Abgabensystem soll zwar einen Anreiz zum Sparen und zur Schadstoffminimierung bieten, doch vermag es dies kaum, da die Höhe der Abgaben seit zehn Jahren nicht mehr an die Inflationsrate von inzwischen über 900 Prozent angepasst wurde. […]

Die Ziele der russischen Umweltpolitik, die im „Mittelfristigen Wirtschaftsentwicklungsprogramm für die Russische Föderation 2002 bis 2004" formuliert sind, klingen vernünftig. So sollen ökonomische Anreize für den Umweltschutz ausgebaut, das Verursacherprinzip durchgesetzt, ressourcen- und energiesparende Techniken gefördert und neue Finanzierungsmechanismen geschaffen werden. Russland soll eine aktive Rolle in der internationalen Umweltpolitik spielen.

Die Europäische Kommission nimmt in ihrem aktuellen Konzept für die Umweltzusammenarbeit mit Russland hierauf Bezug. […] Gefördert werden Umweltschutzinvestitionen und Projekte, der Know-how-Transfer im Bereich Umweltmanagement und Verwaltungsmodernisierung durch Expertenaustausch, Politikberatung, Training und Netzwerkbildung.

Hierzu gibt es eine große Anzahl von Abkommen, Gremien und gemeinsamen Arbeitsgruppen zwischen Russland und der EU. […] Bis zu 20 Milliarden Euro soll Russland in den nächsten zehn Jahren über seine G-8-Mitgliedschaft für die Entsorgung von Atommüll aus Atomwaffen erhalten. […]

Hans-Christoph Neidlein, „Ein Fass ohne Boden?", in: Internationale Politik 10/2002, S. 49 ff.

men. Durch die geringe Zahl der Beteiligten und fehlende Kontrollen konnten diese Oligarchen in informellen Verhandlungen – teilweise durch Korruption – von der Politik erhebliche Zugeständnisse erhalten, ohne dass eine öffentliche Kontrolle möglich war.

Gewerkschaften

In der traditionellen sowjetischen Planwirtschaft dienten die Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Betriebsleitungen der sozialen Betreuung der Arbeiter und ihrer Familien, nicht aber der Artikulation von Arbeiterinteressen gegenüber Betriebsleitungen oder Politik. Auch nach dem Ende der Sowjetunion blieb dieses Verständnis von Gewerkschaften vorherrschend. Die Führung der aus dem sowjetischen Gewerkschaftsbund hervorgegangenen Gewerkschaftsvereinigung FNPR (Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands) kooperierte in der Regel sowohl mit den Betriebsleitungen als auch mit der Politik.

Dort wo die Arbeiterschaft ihre Interessen gegen die Unternehmen oder die Politik durchsetzen wollte, musste sie sich eigene Gewerkschaften schaffen. Am erfolgreichsten gelang dies den Bergleuten der Kohleindustrie, die sich in der NPG (Unabhängige Gewerkschaft der Bergleute) zusammenschlossen. Diese organisierte bis 1998 regelmäßig Streiks, um die finanzielle Situation ihrer Mitglieder zu verbessern. Obwohl die Proteste der Bergleute immer radikaler wurden und 1998 in der tagelangen Blockade zentraler Eisenbahnstrecken gipfelten, war ihr Erfolg sehr begrenzt. Insgesamt ist es den russischen Gewerkschaften bisher nicht gelungen, sich als politische Kraft zu etablieren.

Nichtregierungsorganisationen

Nach dem Ende der Sowjetunion entstand eine Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppen, die versuchen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Zu nennen sind etwa Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen oder Organisationen im sozialen Bereich (siehe Kasten S. 12). Die Mitgliederzahl dieser NRO ist aber im Vergleich zu denen westlicher Demokratien sehr gering, und ein nennenswerter Einfluss auf die Politik oder die öffentliche Diskussion ist praktisch nicht erkennbar.

Diese Schwäche der NRO wird in der Regel auf vier zentrale Ursachen zurückgeführt:

◇ Alle NRO mussten sich nach dem Ende der Sowjetunion neu bilden. Für den Aufbau effizienter Organisationen und die Gewinnung eines treuen Mitgliederstamms ist dieser Zeitraum noch vergleichsweise kurz.

◇ Die Mehrheit der russischen Bevölkerung kümmerte sich aufgrund der schweren postsowjetischen Wirtschaftskrise vor allem um das persönliche Wohlergehen und das Schicksal der eigenen Familie.

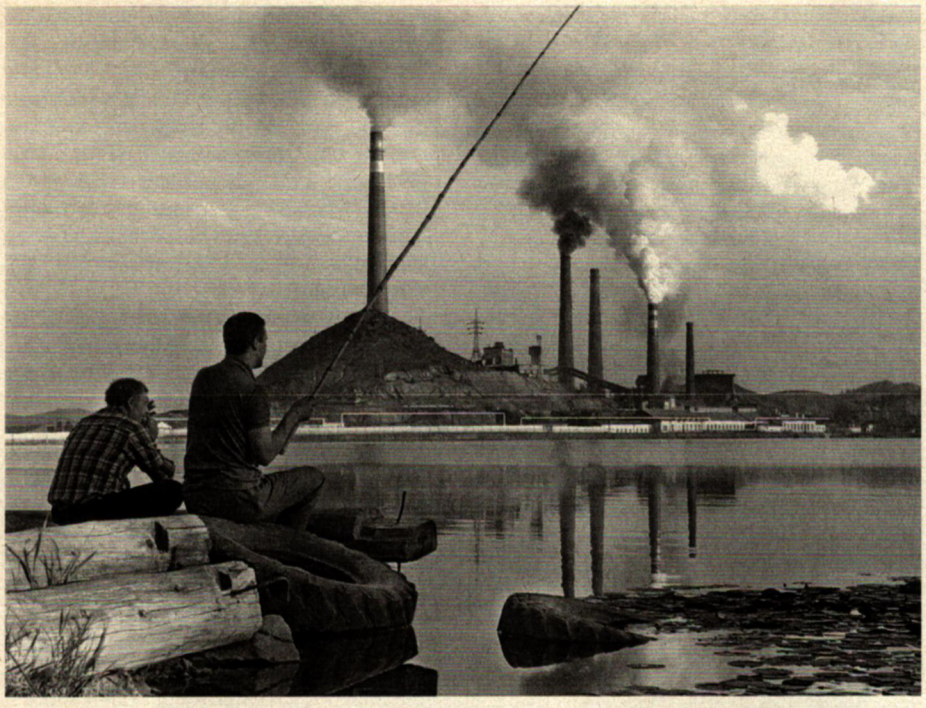


Foto: dpa

Die örtliche Kupferhütte verwandelte Karabasch, rund 130 Kilometer entfernt von Tscheljabinsk im Ural, nach UN-Berichten in einen der am stärksten verschmutzten Plätze der Welt. Was Umweltschutzgruppen alarmiert, schreckt die einheimischen Angler nicht ab.

◊ Die sowjetische Erfahrung veranlasste viele Russinnen und Russen zu einer apolitischen Haltung.

◊ Die russische Regierung in Moskau wie in den Regionen erschwert die Arbeit von NRO immer wieder durch Diskreditierungen und Repressionen.

Militär und Sicherheitsdienste

Hans-Henning Schröder

Russland ist heute nur noch bedingt eine Militärmacht ersten Ranges. Die Position der Sowjetunion als „die andere Supermacht" beruhte vor allem auf ihrer militärischen Stärke – ihren Nuklearwaffen, deren Vernichtungspotenzial sie auf eine Stufe mit den USA stellte, und den unverhältnismäßig großen konventionellen Streitkräften, die denen der Nato in Europa zahlenmäßig weit überlegen waren.

Die Situation hat sich seit der Auflösung der UdSSR beträchtlich verändert. Gewiss verfügt die Russländische Föderation mit weit über 3000 Nuklearsprengköpfen auf land- und seegestützten Trägersystemen nach wie vor über ein atomares Waffenarsenal von ungeheurer Vernichtungskraft. Angesichts der veränderten Bedrohungssituation, die durch Bürgerkriege, lokale Konflikte und Terrorismus bestimmt wird, haben diese Waffen jedoch an strategischer Bedeutung eingebüßt, denn Atomwaffen sind in diesem neuen Typ von Krieg kein wirksamer Faktor. Das Vorhandensein des nuklearen Arsenals garantiert aber immerhin Russlands Rolle in der internationalen Politik. Zudem sichert es den Staat gegen Angriffe von außen und gegen Versuche, militärischen Druck auf das Land auszuüben.

Um im Angesicht der neuen Bedrohungen zu bestehen, benötigt Russland eine leistungsfähige, flexible, hoch technisierte, konventionelle Militärmacht. Deren Aufbau geht aber nicht voran. Die Auflösung der UdSSR Ende 1991 führte im Laufe des Frühjahrs 1992 zur Aufteilung der sowjetischen Streitkräfte auf die Nachfolgestaaten. Auch Russland gründete aus dem sowjetischen Erbe eine eigene Armee. Die militärische Führung unter Verteidigungsminister Pawel Gratschow (1992–1996) ignorierte allerdings zunächst die katastrophale Finanzlage des Landes und die veränderten internationalen Bedingungen und nahm die notwendigen Kürzungs- und Restrukturierungsmaßnahmen nicht in Angriff. Ohne ausreichende Finanzierung begann der überdimensionierte sowjetische Streitkräfteapparat sich rasch zu zersetzen. Erst Gratschows Nachfolger wie Sergej Iwanow (seit März 2001) unternahmen Anstrengungen, eine Reform in Gang zu bringen. Doch die Pläne, die Streitkräfte von Grund auf zu restrukturieren und an die Stelle einer für einen konventionellen Krieg in Europa optimierten Streitmacht eine kleine, gut ausgerüstete und ausgebildete Armee zu stellen, die in lokalen Konflikten und gegen Guerillas erfolgreich eingesetzt werden kann, sind angesichts knapper Finanzen nur schrittweise umsetzbar.

Reformbedarf der Streitkräfte

Praktisch haben die russischen Streitkräfte seit 1992 fortgesetzt an Umfang und Leistungsfähigkeit eingebüßt. Die Personalstärke ist zwischen 1992 und 2002 von 2,8 Millionen auf 988 000 gesunken. Heute sind etwa ein Drittel der Militärangehörigen Wehrpflichtige, die übrigen sind Berufs- und Zeitsoldaten. Circa 100 000 der *kontraktniki* (Zeitsoldaten) sind Frauen, die meist im Verwaltungs- und Sanitätsdienst eingesetzt werden. Neben den regulären Streitkräften, die dem Verteidigungsminister unterstehen, verfügen auch der Föderale Grenzdienst (FPS, dem Präsidenten unterstellt, 140 000 Personen), die Inneren Truppen (dem Innenministerium angehörend, 151 100 Personen), der Föde-

Foto: dpa

Auch der 55. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland am 9. Mai 2000 bot Anlass für eine festliche Militärparade über den Roten Platz in Moskau. Das Gedenken an die ruhmreiche Vergangenheit wird überlagert von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen.

Krieg in Tschetschenien

[…] Noch bevor sich die Sowjetunion im Dezember 1991 selbst auflöst, nutzen die Tschetschenen die sich plötzlich bietenden politischen Spielräume und erklären einseitig ihre Unabhängigkeit von der Russischen Föderation. Dschohar Dudajew, ein ehemaliger Fliegergeneral der Sowjetarmee, lässt sich im Herbst des gleichen Jahres zum Präsidenten wählen. […] In den folgenden Jahren gelingt es Dudajew allerdings nicht, im Land eine funktionierende Verwaltung aufzubauen, ökonomische Reformen durchzusetzen und einen Ausgleich mit der teilweise islamistisch intendierten Opposition herbeizuführen. […] Zum Ausbruch direkter Kampfhandlungen kommt es im Dezember 1994, als 40 000 russische Soldaten in das Land vorrücken, um die Rückkehr der abtrünnigen Republik in den Verbund der Föderation zu erzwingen. […] Die militärischen Formationen der wenig homogenen Unabhängigkeitsbewegung leisten heftigen Widerstand und verwickeln die russische Armee in einen erbarmungslosen, opferreichen und langwierigen Krieg. […]

Um seinen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 nicht zu gefährden, lässt Boris Jelzin die Kämpfe stoppen und im August des gleichen Jahres […] das „Abkommen von Chasawjurt" aushandeln. Demnach sollen die Kampfhandlungen zunächst für 20 Monate unterbrochen und bis Ende 2001 eine Einigung über den künftigen Status Tschetscheniens und eine Rückkehr der Flüchtlinge erreicht werden. Jelzin zieht seine Truppen daraufhin tatsächlich zurück. […]

Im Sommer 1999 eskaliert die Situation erneut. Nach Überfällen auf Miliz- und Grenzposten gehen russische Armee-Einheiten wieder massiv gegen tschetschenische Rebellen vor. […]

Als […] in Moskau zwei Wohnblöcke durch Bombenanschläge völlig zerstört werden und dabei 228 Menschen sterben, ist das „Abkommen von Chasawjurt" nur noch Makulatur und der zweite Tschetschenien-Krieg nicht mehr aufzuhalten. Politik und Medien Russlands weisen einhellig auf tschetschenische Terroristen als Urheber der Anschläge, die bis heute nicht restlos aufgeklärt sind. […]

Um die Verluste in den eigenen Reihen möglichst gering zu halten, setzt die russische Armee vermutete Guerillastellungen oft aus beträchtlicher Entfernung massiv unter Feuer. Die Zerstörung des Landes wird bewusst in Kauf genommen. Gleiches gilt für gravierende Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten.

Nach massiven Bombardements und heftigen Straßen- und Häuserkämpfen […] kann Präsident Putin im Februar 2000 die Einnahme der Hauptstadt Grosny verkünden, um kurze Zeit später Tschetschenien insgesamt der direkten Verwaltung durch die Moskauer Zentralregierung zu unterstellen und den muslimischen Geistlichen Ahmed Kadyrow zum neuen Regierungschef der Kaukasusrepublik zu ernennen, der unter den gegebenen Umständen lange Zeit als verlängerter Arm Moskaus gilt.

In den folgenden Jahren kann die russische Armee Tschetschenien nie vollständig unter ihre Kontrolle bringen, im Gegenteil – seit dem Frühjahr 2003 gibt es fast täglich Anschläge auf russische Soldaten und pro-russische tschetschenische Beamte.

Über die Anzahl der Kriegsopfer seit 1994 existieren keine verlässlichen Angaben. Nach Schätzungen sind 150 000 bis 200 000 Menschen ums Leben gekommen, mindestens 500 000 Flüchtlinge leben in provisorischen Camps in den Nachbarrepubliken, vorzugsweise in Inguschetien. Die Zahl der gefallenen russischen Soldaten wird offiziell mit über 3000 angegeben.

Nach dem 11. September 2001 bezeichnet die russische Führung unter Hinweis auf Verbindungen zwischen den tschetschenischen Rebellen und dem Al Qaida-Netzwerk den Krieg im Kaukasus als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus und somit als legitim. Der Erfolg dieser Bemühungen bleibt nicht aus, die zuvor teilweise heftige Kritik aus dem Ausland, besonders aus Westeuropa, an der russischen Tschetschenien-Politik verstummt zusehends. […]

Attentate auf ein Open-Air-Konzert in Moskau und ein russisches Militärhospital in Nordossetien vom Sommer 2003 lassen inzwischen auf eine veränderte Taktik der Guerilla schließen – durch Terror- und Selbstmordanschläge soll der asymmetrische Krieg mit asymmetrischen Mitteln in das russische Kernland getragen werden, um Präsident Putin zum Einlenken, vor allem zum Abzug seiner Truppen, zu zwingen.

Der setzt auf eine politische Regulierung unter russischer Federführung – so findet im März 2003 ein von Moskau initiiertes Referendum über eine tschetschenische Verfassung und ein neues Wahlgesetz statt. Nach offiziellen Angaben stimmen etwa 95 Prozent der an diesem Votum Beteiligten dafür. Menschenrechtsorganisationen kritisieren jedoch die Androhung von Gewalt und Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung.

Auf der Basis dieses Referendums hat es am 5. Oktober in Tschetschenien Wahlen gegeben. […] Gewonnen hat Ahmed Kadyrow mit rund 80 Prozent aller Stimmen. […]

Malte Heidemann, „Die offene Wunde Russlands, in: Das Parlament Nr. 42 vom 13. Oktober 2003.

rale Sicherheitsdienst (FSB, zur Inlandsaufklärung gehörend, 4000 Mann in paramilitärischen Einheiten), der Föderale Wachdienst (FSO, 10–30 000 Personen), die Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information (FAPSI, 54 000 Personen) und die Eisenbahntruppen (50 000 Personen) über militärisch organisierte Verbände. Auch bei diesen „anderen Truppen" sind die Personalstärken seit 1992 zurückgegangen.

Der innere Zustand der Streitkräfte ist kritisch. Moral, Ausbildungsstand, Ausrüstung und Kampfbereitschaft der meisten Truppenteile sind mangelhaft. Die Verhältnisse in vielen Einheiten, in denen Schikanen durch Kameraden oder durch Vorgesetzte gang und gäbe sind, wirken sich auf den inneren Zusammenhalt wie das äußere Ansehen der Streitkräfte negativ aus. Die Zahl der Desertionen ist hoch. In dieser Situation ist die Bereitschaft, Wehrdienst zu leisten, gering. Etwa zwei Drittel der Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter entziehen sich legal oder illegal der Einberufung. Sie beginnen beispielsweise ein Studium, legen ärztliche Atteste vor oder zahlen Bestechungsgelder in der Einberufungsbehörde. Führende Militärs plädieren für eine umfassende Militärreform mit Übergang zu einer Berufsarmee, doch fehlen die Mittel, um solche Pläne in naher Zukunft umzusetzen.

Infolge der kritischen inneren Verfassung der Armee ist nur ein Teil der Verbände in den laufenden bewaffneten Konflikten einsetzbar. Der erste Tschetschenienkrieg 1994–1996 mit den hohen Verlusten bei den Kämpfen um die tschetschenische Hauptstadt Grosny im Winter 1994/1995 zeigte, dass die russischen Einheiten in der Mehrheit schlecht geführt, unzureichend ausgebildet und falsch ausgerüstet waren. Als die Putinsche Führung im September 1999 abermals Militär gegen Tschetschenien einsetzte, vermied sie die Fehler von 1994. Doch obwohl russische Truppen bald das ganze tschetschenische Territorium besetzt hatten, ist ein militärischer Sieg in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Der Konflikt hat die Formen eines Guerillakriegs angenommen, der auf russischer Seite von russischer und tschetschenischer Polizei, Truppen des Innenministeriums, Kräften des FSB und Verbänden der regulären Armee mit großer Härte geführt wird.

Reorganisation der Sicherheitskräfte

Ebenso wie die Streitkräfte wurde auch die sowjetische Geheimpolizei, der KGB (Komitee für Staatssicherheit), nach 1992 vom allgemeinen Umbruch erfasst. Die Behörde wurde mehrfach reorganisiert und umgegliedert. Schließlich erfolgte die Teilung nach Funktion in mehrere Dienste: SVR (Dienst für Auslandsaufklärung), FSB (Inlandsaufklärung), FSO (Schutz des Kreml und der Regierung), aus dem der Sicherheitsdienst des Präsidenten (PSB) ausgegliedert wurde, und FAPSI (Kommunikation und elektroni-

sche Überwachung). In der Umbruchphase verließen viele Mitarbeiter den KGB und wechselten zum Teil in die neu entstehenden privaten Sicherheitsdienste. Erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begannen die Sicherheitsorgane wieder Tritt zu fassen. Die Auslandsaufklärung (mit dem Schwerpunkt Industriespionage) wurde aktiver, und im Innern suchte der FSB seinen Zugriff auf die Gesellschaft wieder zu festigen, etwa durch Kontrollen von Websites und elektronischen Kommunikationskanälen.

Der politische Einfluss der Dienste ist dennoch begrenzt. In der Jelzin-Ära erlangte zwar der Chef des PSB, Alexander Korschakow, großen Einfluss auf den Präsidenten, doch zeigte seine Entfernung aus dem Amt im Juli 1996, dass er seine Position dem Wohlwollen des Präsidenten, nicht der Macht seines Apparates verdankte. Erst unter Putin, der eine Reihe ehemaliger Geheimdienstler in politische und administrative Führungspositionen schob, gewannen Seilschaften aus den „Organen" an Einfluss. Doch auch sie verdanken ihre Macht eher persönlichen Beziehungen zum Staatsoberhaupt und nicht der Machtressource Geheimdienst.

Kultur und Bildungswesen

Massenmedien

Heiko Pleines

Bis zum Beginn der Reformen von Michail Gorbatschow Mitte der achtziger Jahre befanden sich in der Sowjetunion alle Massenmedien unter direkter staatlicher Kontrolle, der Staat hatte das Informationsmonopol. Die Reformen Gorbatschows ermöglichten dann unter dem Schlagwort *Glasnost* eine begrenzte Meinungsvielfalt.

Pressewesen

1990 trat ein neues Mediengesetz in Kraft, das die Meinungs- und Pressefreiheit garantierte und Zeitungen in die formelle Unabhängigkeit entließ. Sie gingen zunächst in den Besitz der Mitarbeiterschaft über, die als kollektive Herausgeber fungierten. In Russland entstand so eine bunte Medienlandschaft. Im Verlauf der neunziger Jahre schufen einige Investoren dann durch Ankäufe und Neugründungen größere Medienkonzerne.

Die russischen Zeitungen sahen sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit einem dramatischen Auflageneinbruch konfrontiert. Die klassischen sozialistischen Zeitungen, die in der Sowjetunion als Mitgliederzeitungen einen festen Abonnentenstamm hatten, verloren für weite Teile der Bevölkerung ihre Existenzberechtigung. Die Auflage der ehemaligen Gewerkschaftszeitung *Trud* (Arbeit) sank so von 20 auf 1,4 Millionen. Die Zeitschrift der sowjetischen Jugendorganisation, die *Komsomolskaja Prawda*, hatte eine Auflage von 22 Millionen. Im Zuge von Glasnost kam es zu einer radikalen Umorientierung, und als reformfreundliche Zeitung fand sie Mitte der neunziger Jahre circa 1,4 Millionen Käuferinnen und Käufer.

Die neuen, von Anbeginn reformfreundlichen Zeitungen waren ebenso vom Auflagenrückgang betroffen. Sie erreichten ihre höchste Verbreitung in der Glasnost-Phase, als sie mit Enthüllungen über das Sowjetregime und mit politischen Diskussionen auf großes Interesse stießen. Die zunehmende Politikverdrossenheit ließ auch ihren Absatz sinken. Die Auflage der erfolgreichsten Zeitung *Argumenty i Fakty* (Argumente und Fakten) zum Beispiel ging von 25 auf drei Millionen zurück.

Fernsehen

Durch den Bedeutungsverlust der Zeitungen ist das in Russland gebührenfreie Fernsehen zur Hauptinformationsquelle der Bevölkerung geworden. Zentraler Sender in der Sowjetunion war *Gosteleradio*, später umbenannt in *Ostankino* und dann, 1994, in ORT (Allgemeines Russisches Fernsehen). 1991 schuf der Oberste Sowjet unter Boris Jelzin zusätzlich einen eigenen russischen Sender mit dem Kürzel RTR (Radio und Fernsehen Russlands). Neben

Große überregionale Zeitungen

Name	Erscheinungsweise	Auflage (2002) in Millionen	Gründung	Ausrichtung
Argumenty i Fakty (Argumente und Fakten)	wöchentlich	3,3	1961	Allgemeine Politik bis Boulevard
Sowerschenno sekretno (Streng geheim)	täglich	2,3	1989	Kriminalität, Boulevard
Moskowskij Komsomolez (Moskauer Komsomolez)	täglich	1,9	1919	Allgemeine Politik
Trud (Arbeit)	täglich	1,3	1921	Allgemeine Politik
Komsomolskaja Prawda (Komsomolsker Wahrheit)	täglich	0,6	1925	Allgemeine Politik
Iswestija (Nachrichten)	täglich	0,5	1917	Allgemeine Politik, „Intellektuellenzeitung"
Rossijskaja Gazeta (Russische Zeitung)	täglich	0,4	1990	Offizielles Amtsblatt
Moskowskaja Prawda (Moskauer Wahrheit)	täglich	0,3	1918	Allgemeine Politik, Moskauer Lokalbezug
Nowaja Gazeta (Neue Zeitung)	wöchentlich	0,2	1993	Investigativer Journalismus

Zitiert nach: Ljuba Trautmann, Die Medien im russischen Transformationsprozess – Akteur oder Instrument der staatlichen Politik?, Frankfurt/Main 2002, S. 569.

Journalismus unter erschwerten Arbeitsbedingungen

[…] Zu den für russische Journalisten besten Zeiten, dem Höhepunkt der Perestrojka und den ersten Jelzin-Jahren, kommandierte Igor Golembiowskij […] die Tageszeitung *Iswestija*. Zu Sowjetzeiten hatte das Blatt zwar nur einen Umfang von vier Seiten, wurde aber in einer Auflage von zwölf Millionen Exemplaren gedruckt. Mit dem Ende der Sowjetunion fiel die Auflage auf 700 000 Exemplare – […]. Schließlich stabilisierte sich die Auflage. Für eine geplante Expansion aber fehlte der Redaktion das Geld – und sie beging, so Golembiowskij später, „unseren historischen Fehler". Die Ölfirma Lukojl und der Kreml-nahe Oligarch Wladimir Potanin stiegen ein, hielten sich aber entgegen ihrer Zusagen nicht aus publizistischen Belangen heraus. Im Juli 1997 wurde Golembiowskij gefeuert. Mit ihm ging ein großer Teil der Redaktion und gründete die Tageszeitung *Nowije Iswestija*. […]

Mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren hatte die neue zwar nur einen Bruchteil des Einflusses der alten *Iswestija*. Doch während die Auflage sank, stieg die Reizbarkeit des Kreml unter Putin. […]

Im Frühjahr 2003 war es so weit. Verleger Oleg Mitwol […] warf Golembiowskij hinaus, offiziell wegen schlampigen Finanzmanagements. Eine andere Version besagte, dass der Kreml vor den Parlaments- und folgenden Präsidentschaftswahlen die unbequeme Zeitung endlich zähmen und Golembiowskij loswerden wollte. Ein Teil der Redaktion folgte Vize-Chefredakteur Walerij Jakow und gab die *Nowije Iswestija* nach mehrmonatiger Zwangspause mit neuem Verleger neu heraus. Ein anderer Teil ging mit Golembiowskij und gründete den *Russkij Kurier*. […]

Ex-Kollege Jakow macht kein Geheimnis daraus, dass die *Nowije Iswestija* trotz des beibehaltenen Namens nicht mehr die alte sein wird. „Wir können uns nicht mehr erlauben, Putin oder Geheimdienstchef Patruschew so scharf wie früher zu kritisieren", sagt Jakow. […] Die Journalisten des *Russkij Kurier* wettern selbst wie bisher gegen die Inkompetenz der Regierung oder die Machtergreifung des Geheimdienstes FSB. […]

Dass in Russland die wenigen kritischen Zeitungen es im Durchschnitt nur auf eine Auflage von einigen zehntausend Exemplaren schaffen, liegt nicht an mangelnder Kaufkraft. Der Zeitschriftenmarkt boomt; Frauen-, Lifestyle- oder HiFi-Zeitschriften sind oft mehrere hundert Seiten dick und erreichen Auflagen von mehreren hunderttausend Exemplaren.

Chefredakteur Jakow wundert sich nicht über die geringe Nachfrage nach klassischen Zeitungen. „ […] Unsere Gesellschaft ist politisch leider sehr passiv – umso mehr, als die Menschen merken, dass Wahlen unter Putin nur noch eine Farce sind oder sie weder auf ihren Ausgang noch auf die Politik der Regierung Einfluss nehmen können. Deswegen wollen auch nur wenige Menschen eine politische Zeitung lesen."

Golembiowskij dagegen hofft noch auf einen Aufschwung der Zeitungen – vor allem wegen des streng kontrollierten Fernsehens. „Im Fernsehen ist auf allen Sendern fast nur noch zu sehen, wie Putin den Tag verbracht hat. Ich hoffe, dass es bald wieder mehr Menschen gibt, die wieder zur Zeitung greifen, weil sie verstehen wollen, was in unserem Land eigentlich vor sich geht."

Florian Hassel, „Der Stich der Mücke", in: Frankfurter Rundschau vom 7. Oktober 2003.

Petersburger Journalisten gelang, wozu die Polizei nicht imstande war: den Mörder des städtischen Parlamentariers Wiktor Nowoselow ausfindig und dingfest zu machen. Der Dumaabgeordnete […] wurde im Oktober 1999 erschossen, als ein Wagen vor einer roten Ampel hielt. […]

Dergleichen skandalöse Mordfälle bleiben in Russland in der Regel unaufgeklärt. Doch für diesen Fall interessierte sich die Petersburger Presseagentur „Aschur" (für „Agentur journalistischer Forschungen"), gegründet und geleitet von dem Senior der russischen Kriminalitätspublizistik, Andrej Konstantinow. […]

Am Ende gelang es den Reportern, den inzwischen dem Alkohol verfallenen Killer, der Staatsorgane und Mafiakameraden gleichermaßen fürchtete, zu einem Gespräch zu überreden und dem Staatsanwalt zu überantworten. […]

Der russische Kapitalismus mit seinen erbitterten Verteilungskämpfen hat auch einen neuen Reportertypus gezeugt. Unter dem wirtschaftlichen Druck wurde der traditionelle Gestus des belehrenden Journalisten verdrängt durch munter-professionelle Nachrichtenmanager auf der einen und kommerzielle Propagandisten auf der anderen Seite. Deren Agitationskunst war in den „Kompromat-Kriegen", wie das gezielte Lancieren kompromittierender Dossiers in den Medien genannt wird, unerlässlich.

Im Unterschied zu dergleichen Enthüllungen, die in der Regel Amtsmissbrauch betreffen und einen stark selektiven, politisch gezielten Charakter tragen, erfordert die unabhängige Recherche brisanter Themen gehörigen Mut und hat einige der Pioniere auf diesem Feld das Leben gekostet. […]

Die mittlerweile fünfzig Mitarbeiter von „Aschur" unterhalten neben dem Nachrichtendienst die Internet-Seite „Fontanka.ru" und geben die alle zwei Wochen erscheinende Zeitung „Wasch tajnyj sowjetnik" (Ihr Geheimrat) heraus. […]

Kerstin Holm, „Im Sankt Petersburg der Gangster", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 2003.

diese beiden staatlichen Sender trat 1993 der private Kanal NTW (Unabhängiges Fernsehen). Er wurde von Wladimir Gusinskij, dem Leiter der Mostbank, gegründet. NTW wurde der erste private Fernsehsender mit landesweiter Verbreitung. Überregionale Bedeutung hatte auch der Privatsender TW-6.

Größtes Problem der Fernsehsender nach dem Ende der Sowjetunion war ihre finanzielle Lage, da sie bisher staatlich finanziert worden waren. In der postsowjetischen Wirtschaftskrise reduzierte der Staat diese Mittel stark. Die gesamten staatlichen Gelder für den Fernsehkanal ORT zum Beispiel entsprachen 1994 gerade einmal den Forderungen der Post für Übertragungs- und Sendeleistungen. Der Werbemarkt war zu Beginn der Wirtschaftsreformen noch unterentwickelt. Gleichzeitig konkurrierten die staatlichen Sender hier mit dem Privatfernsehen und regionalen Kanälen.

Medien und Politik

Da Massenmedien in Russland mit wenigen Ausnahmen nicht gewinnbringend arbeiten konnten, waren sie für Investoren unter kommerziellen Gesichtspunkten nicht attraktiv. Im russischen Mediensektor engagierten sich deshalb vor allem Investoren, die die Medien zur Einflussnahme auf die Politik instrumentalisieren wollten. Die größten Medienzaren wurden Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij. Die Mostgruppe von Gusinskij kontrollierte neben NTW mehrere Tageszeitungen, einen Radiosender und ein Verlagshaus. Beresowskij besaß Anteile an ORT und TW-6 sowie mehrere Printmedien. Auch Unternehmen der Öl- und Gasindustrie sowie einige Banken erwarben Anteile an russischen Massenmedien.

Die Bedeutung der Medien zeigte sich in den neunziger Jahren vor allem in Wahlkampfzeiten und bei kritischer Berichterstattung. Nachdem etwa NTW erschütternde Bilder aus dem ersten Tschetschenienkrieg ausgestrahlt hatte, wuchs die öffentliche Opposition zum Krieg. Präsident Jelzin nutzte administrative Mittel, um kritische Medien zu disziplinieren. So musste etwa NTW Mitte der neunziger Jahre regelmäßig um die Sendelizenz bangen. Der Chef der „Allrussischen Staatlichen Funk- und Fernsehgesellschaft" (WGTRK), der staatlichen Betreiberin von RTR, wurde Anfang 1996 wegen „lügenhafter" Berichterstattung entlassen.

Die Beziehung zwischen Medien und Politik befand sich dementsprechend in einem labilen Gleichgewicht. Die Medien waren formal in ihrer Berichterstattung frei, sahen sich aber in der Realität immer wieder Druck von staatlicher Seite ausgesetzt. Es existierte jedoch eine Reihe rivalisierender Medienimperien, die sich gegenseitig der Abhängigkeit und Manipulierbarkeit bezichtigten. Dieser Zustand entsprach sicher nicht dem demokratischen Ideal von Me-

dienfreiheit und Meinungsvielfalt, garantierte aber immerhin, dass unterschiedliche Sichtweisen fast immer zu Gehör kamen.

Dies änderte sich unter Präsident Putin. Nach seinem Amtsantritt zum Jahresanfang 2000 begann er systematisch, alle Massenmedien mit überregionaler Reichweite unter seine – zumindest indirekte – Kontrolle zu bringen. Am meisten Aufsehen erregte die Übernahme von NTW durch den staatlich dominierten Gaskonzern Gasprom, dessen Leitung unter Putin einem Regierungsbeamten übertragen wurde (siehe auch Kasten S. 22). Eine Zensur findet in Russland weiterhin nicht statt. Die Putinsche Führung hat aber de facto Kontrolle über die Redaktionslinien der elektronischen Medien. Bei zentralen politischen Themen wie etwa dem zweiten Tschetschenienkrieg sind kritische Stimmen nur in Medien mit geringer Reichweite zu hören. Kritische Journalisten sehen sich in Einzelfällen mit Strafverfahren und Gefängnisstrafen konfrontiert. Die unabhängige Berichterstattung zu Tschetschenien ist durch weitgehende Auflagen fast unmöglich geworden.

Identitätssuche in der Kultur

Christine Engel

In Russland ist nach der intensiv erlebten Umbruchszeit während und nach der Perestrojka unter dem politischen Schlagwort „Stabilität" mittlerweile eine gewisse wirtschaftliche und politische Konsolidierung eingetreten. Im Ringen um eine solche Stabilität wurden allerdings auch rigide Pressegesetze erlassen und die Fernsehlandschaft von unabhängigen und regierungskritischen Sendern „bereinigt", so dass dort eine kritische Auseinandersetzung kaum möglich ist. In anderen kulturellen Bereichen, vor allem in Literatur, Literaturkritik und Film, findet sie dagegen statt.

Unter der Maßgabe, dass Kultur ein Verständigungsprozess, ein Aushandeln gemeinsam geteilter Orientierungsmuster ist, lässt sich beobachten, dass die Frage nach der kollektiven Identität ganz oben rangiert. Gegenwärtig vermeidet allerdings die russische Gesellschaft eine kritische Aufarbeitung der einschneidenden kollektiven Erfahrungen des 20. Jahrhunderts wie Revolution, Bürgerkrieg oder Stalinzeit. Die Sowjetzeit ist zwar allgegenwärtig und wird zum Teil auch nostalgisch verklärt, der aufklärerische Gestus der Perestrojka ist jedoch bereits in den frühen neunziger Jahren zum Erliegen gekommen. Auch die dramatischen Erfahrungen der postsowjetischen Umbruchszeit werden derzeit kaum offen angesprochen und eher nur indirekt artikuliert.

Literatur und Literaturkritik

Die russische Literatur bietet seit den neunziger Jahren ein breites Spektrum für alle Arten von Lesebedürfnissen. Das Interesse an Literatur, Theater, Film und Kunst ist nach wie vor sehr groß, und auch die städtische Jugend nimmt daran lebhaften Anteil. Bei all dieser Vielfalt, die auch von den Verlagen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gefördert wird, lassen sich aber dennoch gewisse Tendenzen ablesen. Eines der Foren, das allgemeine Entwicklungen im Kulturbetrieb fassbar macht und ein breites Spektrum von Meinungen widerspiegelt, ist die Vergabe von Literaturpreisen, von denen jährlich an die 300 ausgelobt werden, gestiftet von verschiedenen staatlichen Trägern, Banken oder Konzernen. Vor allem die auf den Kulturseiten der Presse veröffentlichten

Foto: Herbert Stich

Das kulturelle Interesse der russischen Bevölkerung ist nach wie vor groß. Besucherschlange vor der Tretjakow-Galerie in Moskau.

Literatur in der Krise

[…] Der eindrückliche, oft sehr professionell wirkende Auftritt russischer Autoren im Ausland und die insgesamt positive Rezeption ihrer marktgängigen Produkte sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der postsowjetische Literaturbetrieb zur Zeit tief in der Krise steht. Durch seine weitgehende, wirtschaftliche wie künstlerische, „Westernisierung" (westernisazija) hat der literarische Betrieb seinen Bezug zum literarischen Leben fast vollständig verloren und ist zu einem selbst organisierenden, primär auf ausländische Märkte ausgerichteten System geworden, das zwar über alle notwendigen Ingredienzien und Institutionen verfügt, nicht jedoch über jenes lesehungrige Publikum, das noch zu Sowjetzeiten manch einem Autor zu Millionenauflagen verhalf. Die neue Massenliteratur hat kein Massenpublikum mehr, und die elitäre, oftmals mit massenliterarischen Konzepten arbeitende Belletristik erreicht heute […] weder in Buch- noch in Zeitschriftenform mehr als ein paar tausend Leser. Während die Auflagen seit 1990/1991 um das Zehn- bis Hundertfache gesunken sind, stiegen die Buchpreise allein zwischen 2002 und 2003 um vierzig bis fünfzig Prozent.

Die ökonomische Krise geht einher mit einem geistigen und moralischen Niedergang, der vielfach die Frage aufkommen lässt, ob das Buch, ob die Literatur überhaupt noch eine Zukunft habe in Russland, wo das Lesen bis vor wenigen Jahren eine sozusagen anthropologische Konstante war. Heute ist in der (ebenfalls schwer bedrängten) Qualitätspresse in großen Schlagzeilen die Rede vom Sein oder Nichtsein der Literatur, von ihrem Absterben und Verschwinden und generell von der definitiven Verfinsterung des literarischen Lebens. Schon 1999, kurz vor seinem Tod, hatte der Kulturwissenschaftler Dmitrij Lichatschow die Befürchtung ausgesprochen, dass womöglich die übernächste Generation in Russland nicht mehr in der Lage sein werde, Puschkin zu lesen – allerdings nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch wegen der galoppierenden Sprachverluderung und der drastischen Einschränkung des Literaturunterrichts an den Schulen. […]

Nicht umsonst haben sich in dieser „schwierigen Zeit, da die Übermacht billiger Massenkultur im Begriff steht, die geistigen Grundfesten der Gesellschaft wegzuspülen", einige der bekanntesten Autoren Russlands […] in einem offenen Brief „an die Herren Mäzene" gewandt, mit der Aufforderung, das „russische Business" exemplarisch in den Dienst der „hohen russischen Literatur" zu stellen, und mit dem Hinweis darauf, dass es „zwischen der Anzahl von Lyriklesern und dem geistigen Zustand der Gesellschaft einen direkten Zusammenhang" gebe. […]

Felix Philipp Ingold, „Die toten Bücher", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2003.

Kultur auf neuen Wegen

[…] Bolschoj heißt die erste Bühne Russlands: Großes Theater. Mit den riesigen Säulen, die den Baldachin über der Zufahrt tragen, wirkt das weiße Gebäude wie ein sakrales, längst erstarrtes Heiligtum. Doch der äußere Eindruck täuscht. Hinter den dicken Mauern brodelt es mächtig: Der Kampf um Reformen hat auch im Bolschoj begonnen. Ein neues Kapitel in der langen Geschichte des Traditionshauses ist aufgeschlagen. […]

Das Bolschoj ist eine staatliche Einrichtung und hängt, wie das Moskauer Tschaikowsky-Konservatorium, die Philharmonien der Stadt und des Gebietes Moskau, am Geldtropf in Form von Staatssubventionen. Und die sind im nachsowjetischen Russland immer knapper geworden. Die öffentliche Hand in Russland sparte zuerst an den Etatposten für Kultur und Bildung, als es darum ging, die Budgetausgaben zu drosseln. Die schlimmsten Zeiten scheinen heute vorbei. Der behutsame Wirtschaftsaufschwung der vergangenen zwei Jahre brachte für Russlands staatliche Bühnen wieder Geld, zumal wenn sie wie das Bolschoj ein Aushängeschild für das Prestige des Landes sind. Für dieses Jahr (2002 – *Anm. d. Red.*) weist der Staatshaushalt 15,5 Millionen Dollar Zuwendungen allein für das Bolschoj aus. Der begonnene baulich-technische Umbau soll zusätzlich insgesamt 180 Millionen Dollar kosten. […]

Man hat die traditionellen Engagements auf Lebenszeit durch Verträge für je eine Spielzeit ersetzt. Die festen Verpflichtungen hatten das Ensemble aufgebläht. Die Folge waren „tote Seelen", also Künstler, die bezahlt wurden, ohne je aufzutreten. Die Gagen für Ballettsolisten wurden von 200 Dollar je Auftritt auf vorerst 1000 Dollar heraufgesetzt, Opernsolisten erhalten 500 Dollar. Zwei Drittel des Bolschoj-Budgets werden heute vom Staat finanziert, ein Viertel bringt das Theater über den Kartenverkauf selbst auf, der Rest stammt von Sponsoren. […] Die teuersten Premierenkarten kosten heute achtzig Dollar. […] Auch hat man den Vorverkauf verlängert und will in Zukunft im Internet Karten verkaufen.

[…] Was das Bolschoj fürs Musiktheater bedeutet, war die Moskauer Philharmonie zu Sowjetzeiten für konzertante und Chormusik: ein Aushängeschild russischer Kultur. Diesen Rang hat sie zwar eingebüßt, aber bis heute spielen ihre Orchester in den besten Konzertsälen Moskaus, gastieren in ganz Russland. […] 1922 per Dekret der bolschewistischen Regierung als Vereinigung verschiedener Klangkörper, Solisten und Chöre gegründet, habe die Philharmonie, sagt Generaldirektor Alexander Besrukow, bis heute die Aufgabe, „die Kultur zu den Massen zu tragen". Deshalb sind die Preise für Konzertkarten niedrig. Die teuersten Abonnements für jeweils fünf Konzerte kosten fünfunddreißig Dollar, die billigsten vier Dollar. „Das ist lächerlich, aber für breite Schichten zugänglich." Das Publikum der Philharmonie sei nicht wohlhabend, es bestehe aus Lehrern, Ärzten, Intellektuellen und kleinen Beamten. Diese Leute lieben den ästhetischen Genuss. Im Unterschied zu den neuen Russen, die kulturelle Qualität am Preis messen, der dafür gefordert wird: je teurer, desto besser. Zu Sowjetzeiten, sagt Besrukow, habe der Staat die Aktivitäten der Philharmonie voll finanziert. Heute zahle er die Tarifgehälter für die gut achthundert Mitglieder sowie Wasser- und Stromrechnungen. Für das kommende Jahr hofft man immerhin auf 1,6 Millionen Dollar Staatssubventionen. Ungefähr die gleiche Summe bringt man selbst auf mit Verpachtung von Räumlichkeiten und Erlösen aus dem Kartenverkauf für mehrere tausend Konzerte. […]

Wie bei der Moskauer Philharmonie bedrohen etwa auch beim staatlichen Tschaikowsky-Konservatorium Finanzierungsprobleme die Qualität der Arbeit. Das wenige Minuten Fußweg vom Roten Platz entfernte Konservatorium ist wegen der Güte und Bandbreite der Musikerausbildung weltberühmt. […]

Die Hochschule beschäftigt rund 900 Lehrkräfte und Studenten und hat sechs Fakultäten. Ausgebildet werden Solisten, Dirigenten, Chorsänger, Musikpädagogen, Musikwissenschaftler. Die Krise der russischen Wirtschaft trieb das Konservatorium wie andere Hochschulen in Russland in den neunziger Jahren in Existenznöte. Es fehlt bis heute an vielem, an Musikinstrumenten für die Studenten, an Möbeln für die Unterrichtsräume, an Gehältern, die den hoch qualifizierten Dozenten den Lebensunterhalt sichern. Die Musikerausbildung in Russland, sagt der 25 Jahre alte Konzertpianist Michail Mordwinow, sei dennoch eine der besten der Welt. Das Musikstudium für russische Studenten ist kostenlos, Ausländer zahlen bis zu 7000 Dollar pro Jahr. Die Ballettschule des Bolschoj verlangt sogar bis zu 15 000 Dollar. […] Die Dozenten, sagt Mordwinow, sähen nichts von dem Geld. […]

Die meisten Dozenten geben deshalb Privatstunden als Zubrot, ohne das an die große Glocke zu hängen. Mit diesen Einkünften und den Erträgen aus Konzerten erreichen sie einen angenehmen Lebensstandard. Zwischen 20 und 100 Dollar kostet eine Privatstunde. Das staatliche Gehalt eines Musikpädagogen am Konservatorium beträgt im Vergleich dazu im Schnitt 50 Dollar im Monat. […]

Elfie Siegl, „Die Einkünfte entsprechen nicht unserem Renommee", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. September 2002.

Diskussionen im Vorfeld der Preisverleihungen sind ein Austragungsort für weltanschauliche Positionen, während die literarische Qualität der Werke der potenziellen Preisträger nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt.

Ein Blick auf die Verleihung einiger der bekanntesten Preise im Jahr 2002 zeigt eine merkliche Tendenz zu wertkonservativen Haltungen. Das Problem dabei ist, dass Abgrenzungen zu nationalistischen Einstellungen oft nur ungenügend oder gar nicht vorgenommen werden. So bekam zum Beispiel Alexander Prochanow, ein bolschewistischer Nationalpatriot und Herausgeber der nationalistisch gefärbten Zeitung *Sawtra*, den *Nazionalnyj bestseller*, und Ėduard Limonow, der sich persönlich für die Anliegen des Milošević-Regimes in Serbien einsetzte, erhielt den *Andrej-Belyj*-Preis.

Die wertkonservative Tendenz äußert sich in der Literaturkritik auch in der nachdrücklichen Forderung nach realistischen Schreibweisen, in der Unterstützung von Schriftstellern und Schriftstellerinnen, die solche Schreibweisen pflegen, sowie auf der Ebene theoretischer Überlegungen. Damit bekommen altbekannte Postulate des sozialistischen Realismus neuen Aufschwung, die sich heute wie damals gegen formale Experimente wenden und für ein Schreiben in der Tradition der klassischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts eintreten.

Vehement abgelehnt werden Literatur und Kunst der Postmoderne, die breite Kreise für intellektuell, ironisch und damit gefährlich halten. Aggressive Angriffe gelten der Internet- und Populärkultur sowie einzelnen Literatinnen und Literaten dieser Richtung. Eine der Zielscheiben war der Schriftsteller Wladimir Sorokin, der seit den siebziger Jahren in seinen Werken ideologische und kulturelle Erörterungen als sprachliche und körperliche Gewalt darstellt und dabei den so genannten guten Ton der Literatursprache weit hinter sich lässt. Mithilfe der Vereinigung *Iduschtschie wmeste* (Vereint marschieren), einer Jugendorganisation, die sich für ein „sauberes Russland" einsetzt und sich auf ihre Nähe zu Präsident Putin beruft, wurde Sorokin 2002 wegen Pornografie vor Gericht gestellt, das ihn allerdings – und auch das ist ein starkes Signal – freisprach.

Sehnsucht nach nationaler Identität

Der „Zerfall des Imperiums" zu Beginn der neunziger Jahre, der von vielen als „Zerfall der Identität" und als „Schnitt in das eigene Fleisch" erlebt wurde, nährt kollektive Wunschvorstellungen nach einer intakten nationalen Identität. Waren in den neunziger Jahren vor allem ironisch-scherzhafte Darstellungen dieser Identitätssuche gängig wie zum Beispiel im Film *Osobennosti nazionalnoj ochoty* (Besonderheiten der russischen Jagd; 1995; Regie: Alexander Rogoschkin), so überwiegt auch hier inzwischen eine neue „Ernsthaftigkeit", die den Schwerpunkt auf „Patrio-

tismus“ legt. Das zeigt sich unter anderem an einer emotionalen Verschiebung bei den Auseinandersetzungen um den Kaukasus-Konflikt. Obwohl bereits der erste Krieg (1994–1996) einen breiten Rückhalt vor allem auch in Kreisen der ehemals regierungskritischen russischen Intelligenzija fand, kamen damals dennoch Stimmen zu Wort, die die Kriegshandlungen als eine unverhältnismäßige Reaktion der russischen Regierung einstuften. Im zweiten Krieg (seit 1999) wurden dagegen – zum Teil aufgrund verschärften Vorgehens gegen regierungskritische Medienberichterstattung – bisher kaum kritische Stimmen laut. Vielmehr werden unter dem Schlagwort der „Rettung des Vaterlandes“ (alte) Helden- und Männlichkeitsmythen wieder belebt.

Zwei publikumswirksame Spielfilme – beide von namhaften Regisseuren – machen diese Verschiebung deutlich. *Kawkaskij plennik* (Verleihtitel: Gefangen im Kaukasus; 1996) unter der Regie von Sergej Bodrow plädiert für eine Deeskalation des Konflikts, für eine Akzeptanz der fremden Kultur sowie für die Beachtung der kulturellen und territorialen Grenzen. Der Film *Wojna* (Krieg; 2002) von Alexej Balabanow dagegen entwirft ein Bedrohungsszenarium, das die Tschetschenen als Angreifer stilisiert, die ganz Russland unterwandern.

Vergewisserung in der Geschichte

Die Frage nach dem „Wer sind wir?“ wird quer durch alle Lager auch mit der Frage „Woher kommen wir?“ und „Zu wem gehören wir?“ verknüpft und lässt alte Debatten nach dem „spezifisch Russischen“ wieder aufleben, die zum Teil an die kontrovers geführten Argumentationen der Slawophilen und der Westler aus dem 19. Jahrhundert anknüpfen. Diese Suche nach Sicherheiten führt auch zu einem intensiven Erkundungsgang in die vorrevolutionäre russische Geschichte, zum Teil bis in das Kiewer Reich.

Die Selbstvergewisserung über historische Muster prägt inzwischen auch den Raum Moskau, wo allen voran der von Oberbürgermeister Jurij Luschkow geförderte Bildhauer Surab Zereteli seine verschnörkelten Monumente aufstellt, in denen er Elemente aus verschiedenen russischen Stilepochen verwendet und dadurch wohl die Aktualität der Vergangenheit wachrufen will. Autoren wie Wladimir Sorokin oder Dmitrij Prigow nutzten dieses Stilmittel in der russischen Kunst und Literatur des Untergrunds bereits seit den siebziger Jahren, allerdings um sich mit dem Denk- und Zeichensystem der Sowjetunion kritisch auseinanderzusetzen. Inzwischen hat sich dieses Verfahren aber verselbstständigt und wird für unterschiedlichste Darstellungsabsichten verwendet, beispielsweise zur Unterstützung eines diffusen patriotischen Gefühls wie bei Zereteli oder zur Selbstdarstellung wie bei den protzigen Landhäusern der reichen „neuen Russen“.

Im Film bedient sich der Regisseur Nikita Michalkow, gleichzeitig Vorsitzender des russischen Filmverbandes, publikumswirksam eines nationalen und kulturellen Patriotismus. *Sibirskij zirjulnik* (Der Barbier von Sibirien; 1998) zeigt die Liebesgeschichte zwischen einem Offizier der zaristischen Armee und einer Amerikanerin in der Zeit Alexanders III. und verknüpft dabei Fragen der kollektiven Identitätsfindung mit kulturellen Grenzziehungen zwischen Ost und West. Dabei werden bekannte Klischees aufgegriffen: Die russische Seite verkörpert die „russische Seele“ mit Aufrichtigkeit, Verantwortung, Opferbereitschaft, männlicher Ehre und Sponta-

Foto: dpa

Gedenkstätten wie Wolgograd (ehemals Stalingrad) mit Monumenten im Stil des Sozialistischen Realismus dienen auch der Selbstvergewisserung in der Geschichte.

Rückkehr zum Realismus

[…] Seine letzte Blütephase erlebte der russische Realismus in der Zeit des Sozialismus – „solide, traditionell, klassisch, realistisch“ lautete das Dogma des heute als propagandistisch denunzierten künstlerischen Schaffens. […]

Seit der Wende gehen die Reflexionen zum Phänomen des sozialistischen Realismus in verschiedene Richtungen. Die einen erklären ihn zum Kitsch und schneiden ihn damit aus der Kunstgeschichte heraus, beziehungsweise lassen ihn als Gegenstand der spöttischen Popart weiter leben. Versucht man jedoch, dem Phänomen einen Platz in der russischen Kunstgeschichte einzuräumen, kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen. Wie zum Beispiel, dass im sozialistischen Realismus die Traditionen der sakralen Kunst fortleben.

In vielen wichtigen Punkten nämlich überschneidet sich das bolschewistische „Hofschaffen“ mit der Ikonenmalerei. So zum Beispiel im Darstellungskanon: Ein Lenin im Pyjama ist genau so undenkbar innerhalb des sozialistischen Realismus wie ein laut lachender Jesus in der Ikonenmalerei. […] Ganz im Sinne der Ikonenmalerei ersetzen die Vorgaben der Propagandakunst das Reale durch das Imaginäre. Und so wie Ikonen ja nur von gesegneten Künstlern gemalt werden durften, wurden die prägenden Bilder der sozialistischen Kunst von „akademischen“, also eingeweihten Künstlern geschaffen.

Die Kanonabtrünnigen schufen sich im sowjetischen Underground ihre parallele Kunstwelt, die sich dem offiziellen Trend widersetzte und nachträglich ein hohes Ansehen bekam: Das Unkonventionelle avancierte nach der Perestrojka zum neuen Kanon. All das, was den Beigeschmack des „Offiziellen“ oder gar „Traditionellen“ trug, galt als abgeschrieben.

[…] Inzwischen hat die Geschichte […] eine neue Runde gedreht: vom „Unfug“ der Moderne enttäuscht, verkündet heute eine bekannte Petersburger Künstlergruppe die Rückkehr zu den Idealen des Akademismus. Angestiftet wurde die Bewegung von Timur Nowikow, […] er […] gründete Anfang der Neunziger die Neue Akademie der Feinen Künste. Im Laufe der Jahre entwickelte er sich von einem Verkünder der Westkunst zum Patriarchen der einheimischen „Neoakademisten“, die nunmehr auf klassizistische Schönheit setzen. […]

In einem ihrer militanten Manifeste erläutern die Neoakademisten ihr Vorhaben folgendermaßen: „Und nun, am Ende des 20. Jahrhunderts, machen wir eine freudige und vielleicht auch überraschende Entdeckung: Nach dem Jahrhundert der avantgardistischen Abstraktion ist es die traditionell schöne Kunst, die die Bourgeoisie schockiert.“

Nelja Veremej, „Schönheit rettet die Welt“, in: Freitag 28 vom 4. Juli 2003.

neität. Dem Westen dagegen wird ungehemmter Rationalismus zugeschrieben, so dass ihm Russland rätselhaft und unzugänglich bleiben muss. Auch der international renommierte Regisseur Alexander Sokurow begibt sich in seinem Film *Russkij kowtscheg* (Russian Ark; 2003) auf Zeitreise. Er setzt sich mit der bekannten Abhandlung von Astolphe de Custine (1843) auseinander, in der Russland als unzivilisiertes Land aus dem Verband der europäischen Völker ausgeschieden wird. Auf einem langen Marsch durch die verschachtelten Räume der Eremitage in St. Petersburg – aufgenommen in einer einzigen ungeschnittenen Kamerabewegung – lässt der Regisseur die Zarenzeit seit Peter I. bis zu ihrem Untergang Revue passieren. Das 20. Jahrhundert wird dagegen nur angedeutet.

Eine Mischung von historischem Schauplatz und etablierten Diskursen über Ost und West liegt auch den erfolgreichen Kriminal- bzw. Spionageromanen von Boris Akunin zugrunde. Die Figur des Erast Fandorin, erfolgreicher Ermittler des zaristischen Geheimdienstes, trägt Züge von James Bond und einem russischen aristokratischen Dandy des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die Romane Akunins sprechen ein sehr unterschiedliches Publikum an. Leserinnen und Leser, die in der russischen Geschichte Bestätigung der eigenen Größe suchen, werden auf ihre Kosten kommen. Es finden sich aber auch genügend ironische und satirische Bezüge zur Gegenwart und zur verbreiteten Sehnsucht nach dem alten Imperium, die die erste Lesart unterlaufen.

Gegenwart als unsicheres Terrain

Das Unbehagen, verursacht durch die gesellschaftlichen Umbrüche sowie durch mangelnde öffentliche Diskussion und Verdrängungsstrategien, prägt auch viele kulturelle Werke, die sich explizit mit der Gegenwart auseinander setzen. Einen ersten populärkulturellen Niederschlag fand dieses Unbehagen Mitte der neunziger Jahre in der Witzserie über die „neuen Russen". Diese Witze reagierten in einer kollektiven Abwehrhaltung vor allem auf die sich verschärfenden Gesellschaftsunterschiede, die damals in der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich deutlich wurden.

In der Literatur wird die Gegenwart häufig als absurd und instabil gezeichnet. Eine solche brüchige Welt, die der geistigen Verfassung der heutigen Russen nachspürt, vermittelt zum Beispiel Andrej Lewkin in seinem Roman *Golem, russkaja wersija* (Der Golem, russische Version; 2002), wobei er die Strukturlosigkeit der Welt durch die Strukturlosigkeit des Romans wiedergibt. In diese Reihe von Schriftstellern und Schriftstellerinnen, die die Gegenwart als grotesk, kafkaesk und absurd wahrnehmen, gehören auch Ljudmila Petruschewskaja und Ljudmila Ulizkaja, wobei letztere in ihrem Roman *Puteschestwije w sedmuju storonu sweta* (Reise in den siebten Himmel; 2000) die heutigen Absurditäten mit denen der Sowjetzeit in Beziehung setzt. Ein häufiges Motiv der neuesten Literatur sind zudem aus ihren Lebensbahnen geworfene Protagonisten und Protagonistinnen, wie sie bei Sergej Gandlewskij oder Wladimir Makanin anzutreffen sind.

Das breite Publikum greift zur Bewältigung anstehender Gegenwartsfragen allerdings eher auf Kriminalromane von Alexandra Marinina oder Darja Donzowa zurück. Beide verwenden aktuelle gesellschaftliche Probleme als Hintergrund der Handlung. Jugendliche Leser und Leserinnen sehen ihre Welt in den Erzählungen von Irina Deneschkina dargestellt. In ihrem Debütband *Daj mne* (Komm 2002) erzählt die 23-jährige Autorin in schnellen Schnitten und Wendungen von Partys, Punkkonzerten, Sex und Alkohol. Ihre Protagonisten verständigen sich lustvoll über populärkulturelle Codes und Songzitate und lassen dennoch eine spürbare Sehnsucht nach einer Identität jenseits des Labels erkennen.

Religion und Kirche

Thomas Bremer

Nach langen Jahrzehnten von Verfolgung und antireligiöser Propaganda wird Religion in der russischen Gesellschaft heute wieder anerkannt und genießt weithin Wertschätzung. Das hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen: mit einem geistigen Vakuum nach dem Zerfall der alten Ideologie, mit der Suche nach neuen Werten, aber auch damit, dass die Religionsgemeinschaften vielen Menschen der Russländischen Föderation ein Identitätsangebot machen. Denn das Bekenntnis zu einer Religion ermöglicht zugleich eines zu einer nationalen und kulturellen Zugehörigkeit.

Die größte Religionsgemeinschaft des Landes ist die Russische Orthodoxe Kirche (ROK). Seitdem das Kiewer Reich Ende des 10. Jahrhunderts von Byzanz aus christianisiert wurde, gehören die russischen Christen zur Orthodoxie. Da es keine Kirchenstatistik gibt, lassen sich keine genauen Zahlen angeben. Der größte Teil der ethnischen Russinnen und Russen bekennt sich aber sicherlich zur ROK, an deren Spitze der Patriarch steht. Die Kirche ist in 130 Bistümer, davon etwa 70 in Russland, gegliedert, die von Bischöfen geleitet werden. In ihrer mehr als 1000-jährigen Geschichte stand die ROK immer in enger Beziehung, zum Teil Abhängigkeit von den jeweiligen Herrschern, deren Interessen sie vertrat, von denen sie aber auch nach innen und außen geschützt wurde. Die Zeit der Sowjetunion mit ihrem kirchenfeindlichen Regime stellte eine Ausnahme dar. Seit der politischen Wende versucht die ROK, die frühere Position wieder einzunehmen. Sie versteht sich als legitime Vertreterin aller Russinnen und Russen in und außerhalb der Russländischen Föderation.

Seit dem Ende der Verfolgungen sind zahlreiche neue Kirchen gebaut worden. Die Kirche hat neue Ausbildungs- und Publikationsmöglichkeiten und wird insbesondere auch von staatlicher Seite gefördert. Sie finanziert sich vor allem durch Spenden der Gläubigen und – in geringerem Maße – durch staatliche Unterstützung. Ihre Wirkungsmöglichkeiten sind unvergleichlich besser als in den Jahrzehnten zuvor. Insbesondere das Klosterwesen hat einen großen Aufschwung erlebt. Zahlreiche Klöster wurden neu- oder wieder gegründet, und viele Menschen, auch viele jüngere, entscheiden sich für ein monastisches Leben. Doch auch kirchliche Trauungen, Taufen und andere litur-

Foto: dpa

Kirchliches Brauchtum hat in Russland neue Bedeutung gewonnen: Ein russisch-orthodoxer Priester segnet im April 2001 vor der Kolomenskaja-Kirche in Moskau die von den Gläubigen mitgebrachten Osterkuchen und Ostereier mit Weihwasser.

gische Vollzüge haben neue Bedeutung erlangt und gehören heute weitgehend zum Alltag.

Vom weit verbreiteten Bekenntnis zur ROK ist allerdings die Religiosität zu unterscheiden. Neben den praktizierenden Gläubigen gibt es auch viele Menschen, die sich als orthodox bezeichnen, aber grundsätzliche Glaubensaussagen der Kirche ablehnen: Sie besuchen den Gottesdienst nicht, vollziehen keine kirchlichen Riten oder glauben nicht einmal an Gott. Diese Menschen bekennen sich also nicht aus Glaubensüberzeugung zur Orthodoxie, sondern vor allem aus traditionellen und kulturellen Gründen, da die Orthodoxie die überlieferte Religion der russischen Menschen ist.

In der Russländischen Föderation sind vor allem die ethnischen Russinnen und Russen sowie die dort lebenden Menschen aus der Ukraine, aus Weißrussland und Georgien orthodox, während die Angehörigen anderer Nationen sich in der Regel auch zu anderen Religionen bekennen: das tschetschenische sowie das tatarische Volk und viele andere Völker zum Islam, Juden zum Judentum, Bewohnerinnen und Bewohner der ostasiatischen Regionen zum Buddhismus, Deutschstämmige, Finnen und Letten zum Protestantismus und Menschen polnischer und litauischer Herkunft sowie ein Teil der Russlanddeutschen zur katholischen Kirche. Trotz vermehrter Übertritte in der letzten Zeit gilt diese Regel grundsätzlich immer noch. Auch das bestätigt, wie sehr Religionszugehörigkeit als nationale Identitätsbestätigung verstanden wird.

Verhältnis der Religionen zueinander

Die Russländische Föderation hat 1997 ein Religionsgesetz erlassen, das ein liberaleres von 1990 ersetzte. Das jetzt gültige Gesetz kennt „traditionelle" Religionen (Orthodoxie, Judentum, Islam und Buddhismus), für die die administrativen Bedingungen einfacher sind als für neue Religionen, die erst in jüngerer Zeit nach Russland gekommen sind, oder für solche Kirchen, die sich in der Sowjetzeit offiziell nicht organisieren durften. Letztere klagen häufig darüber, dass sich besonders die ROK mit staatlicher Hilfe eine privilegierte Stellung verschaffen wolle. Tatsächlich fördern die staatlichen, das heißt zumeist die lokalen Behörden die ROK in besonderer Weise, indem sie etwa Bauprojekte oder Gemeindeneugründungen eher und einfacher gestatten als bei anderen Kirchen. Im Hintergrund steht die Absicht einzelner Beamter, der Orthodoxie als der traditionellen russischen Religion zu einer starken Stellung zu verhelfen.

In der letzten Zeit ist es einerseits zu einer Annäherung zwischen den Religionen, andererseits aber auch zu wachsenden Spannungen gekommen. In den Tschetschenien-Kriegen haben der orthodoxe Patriarch und der oberste Mufti gemeinsa-

Renaissance der Orthodoxie

[…] Die Hauptstadt boomt – und restauriert im Eiltempo ihre Kirchen. […] Allein in Moskau sind bereits über 300 Gotteshäuser fertig. Es ist, als sollten die alten Kirchen und Klöster Russland einen verlorenen Schatz zurückbringen: die Kraft und Geborgenheit des Glaubens. Scheinbar unbeschadet, unverändert ist die Orthodoxie nach Jahrzehnten der Unterdrückung wieder auferstanden. Mit Macht meldet sie sich in der Gesellschaft zurück. Was einst verpönt war, gilt jetzt beinahe als Allheilmittel, selbst bei Skeptikern und Atheisten. Auf Glauben und Kirche ruhen wieder große Hoffnungen.

[…] Vor der wieder aufgebauten Christus-Erlöser-Kathedrale mit Blick zum Kreml steht am Samstagabend das elegante Moskau Schlange. Damen und Herren in Zobel und Wildleder. […] Die Kathedrale, die einst an dieser Stelle stand, hatte Diktator Stalin sprengen lassen. Jetzt machen sich die Zeitungen Gedanken darüber, welche Kirche Staatspräsident Putin wohl zum Osterfest besuchen wird. Meistens wählt er diese. […]

„Gehen Sie bloß nicht in die Erlöser-Kathedrale", hatten gläubige Moskauer zuvor gewarnt. „Das ist doch alles bloß Staatstheater! Gehen Sie in die kleinen Kirchen!" Auch Andrej Prolomow wird bitter, wenn er auf diese Kirche zu sprechen kommt. […] Nach dem Militärdienst ging es ihm nicht gut. Jemand drückte ihm Gebete der Kirchenväter in die Hand. Manches verstand er nicht, anderes hat ihn direkt angesprochen. Später hat er sogar in seinem Urlaub geholfen, ein Kloster zu renovieren. Die Atmosphäre dort gefiel ihm.

Zurück in Moskau, war alles anders. In der Kirche fühlte er sich wie ein Fremder. „Ich verstehe ja nicht, was der Priester in Altkirchenslawisch liest. Niemand erklärt mir etwas. Braucht er mich?" Heute sagt Andrej Prolomow: „Ich unterhalte mich lieber mit meinem Kumpel. Da fühle ich mich nicht bloß als Dekoration." […] Versteht er sich trotzdem als ein gut orthodoxer Christ? Prolomow zuckt die Schultern: „Schließlich bin ich getauft!"

Kirchliches Leben findet im heutigen Russland nicht nur in der Kirche statt. Es genügt, den Fernseher einzuschalten. Kein Abend, an dem nicht Priester in ihrem schwarzen, bodenlangen Gewand im Fernsehen vor dem „neuen Heidentum" warnen: vor übermäßigem Konsum, dem Geist amerikanischer Actionfilme, abergläubischem Denken – manche verurteilen selbst Yoga und Väterchen Frost, den russischen Weihnachtsmann. Keine Woche ohne neue Kirchen, neue Glocken, auf wunderbare Weise wieder gefundene wundertätige Ikonen. Kein Wort der Kritik.

Die Kirche ist Russland – das starke, gute Russland –, sie kündet von Pracht und Unvergänglichkeit. Die Hüterin der Ikonen ist selbst zur Ikone geworden. […]

In der Innenstadt leuchten die Zwiebeltürme der kleinen Fjodor-Studito-Kirche. Es ist Nachmittag. Im Innern wirkt der Raum mit seinen Rundbögen und den vom Kerzenlicht erhellten Ikonen strahlend und warm wie eine festliche Wohnstube. Die alte Wächterin in Strickpullover und Filzpantoffeln kommt hinter ihrem Verkaufsstand hervor, stemmt die Hände in die Seiten, schaut die Besucherin herausfordernd an. „Gott will, dass Frauen Kopftuch und Rock tragen", nuschelt sie, verzieht dann aber den Mund mit nur noch einem oberen Zahn zu einem Lächeln: „Besichtigung, nun gut."

Ein Mann mit Aktentasche geht zu der dunklen Muttergottes-Ikone, die links von den goldenen Toren im Seitengewölbe hängt. Eine Weile bleibt er stehen und betrachtet sie. Dann nähert er sich ihr behutsam, küsst sie auf Mund und Herz.

Am Verkaufsstand der Alten gibt es Arbeit. Eine junge Frau mit Kopftuch, noch ungeübt im Bestellen von Bittgebeten, schreibt Namen auf einen Zettel und sucht nach Münzen. 80 Rubel (drei Euro) für ein 40-Tage-Gebet, bis zu 400 Rubel (15 Euro) für Gebete zum Gedächtnis an einen Verstorbenen. Die einfache Fürbitte gibt es schon für ein paar Rubel. „Gott reicht der Vorname", seufzt die Wärterin ungeduldig. Der Zettel wandert in ein Holzkästchen mit der Aufschrift „Für Gesundheit", daneben steht noch eins: „Für die Ruhe".

Rasch kämmt sich Vater Pawel den Bart. Er ist Priester in der „Kirche der heiligen Märtyrerinnen Glaube, Liebe, Hoffnung und ihrer Mutter Sofia". […]

Vater Pawel holt mit den Armen weit aus: „Wie ein reicher Onkel aus Amerika hat Byzanz uns unsere Tradition geschenkt, damit wir verstehen, dass der Erlöser geboren ist." An diesem Erbe, der Liturgie, den Gebeten und Regeln dürfe kein Jota verändert werden. […] „Wir sind näher am Licht des Ostens", begeistert sich Vater Pawel, „wir haben die Tradition der Kirchenväter am besten bewahrt. Moskau ist – nach Byzanz – das dritte Jerusalem." […]

Metrostation Scelkowskaja: In der nahe gelegenen Mittelschule führen die Schüler der achten Klasse ein ungewohntes Unterrichtsgespräch. Über Religion. Sie sind um die 13 und zweifeln nicht: Natürlich sollen die alten Kirchen wieder aufgebaut werden […]. Sie selbst werden zu Ostern ihren Kulitsch, den Osterkuchen, zum Segnen in die Kirche tragen, einander am Morgen mit den Worten „Christus ist auferstanden!" begrüßen und antworten: „Wahrhaftig auferstanden!". Und was für eine Botschaft steckt dahinter? Komische Frage, finden die Schüler. „Da gab es diese Geschichte von dem leeren Grab und so weiter, na, Sie wissen schon." […]

Hedwig Gafga, „Wahrhaftig auferstanden!", in: chrismon 3/2002.

me Aufrufe zum Frieden veröffentlicht, auch wenn sie unterschiedliche Standpunkte hinsichtlich des Krieges einnahmen. Zwischen der ROK und der katholischen Kirche gab es in den letzten Jahren große Konflikte, als sich die katholische Kirche in Russland neu strukturierte und Bistümer gründete, was von der ROK als unzulässiger Versuch gewertet wurde, orthodoxe Gläubige zum Katholizismus abzuwerben („Proselytismus"). Die katholische Kirche argumentierte, dass sie nach der Verfolgungssituation ihren Angehörigen pastorale Betreuung bieten wolle und dass areligiös aufgewachsene Menschen, auch ethnische Russinnen und Russen, das Recht auf Religionsfreiheit hätten.

Trotz des Wiedererstehens der Religion in Russland bleibt die Frage, wie die Religionsgemeinschaften auf die Herausforderungen der Zukunft eingehen können. Das Angebot einer Identitätsstiftung wird auf Dauer nicht tragfähig sein. Mit der Entwicklung des Landes werden die Fragestellungen von Säkularisierung bzw. Entkirchlichung, Entstehung von Alternativreligionen oder ökumenischer Zusammenarbeit auch auf die Religionsgemeinschaften in Russland zukommen. Sie werden sich, wenn sie wirksam bleiben und ihre Sendung erfüllen wollen, darauf einstellen und sich bemühen müssen, Antworten auf diese Herausforderungen zu finden.

Bildung und Wissenschaft

Gerlind Schmidt

Im Bildungsbereich des neu entstandenen Russland vollzog sich ein radikaler Paradigmenwechsel gegenüber der sowjetischen Epoche. Dazu propagierte eine Bewegung „von unten" schon in der Phase der Perestrojka neue Grundsätze: Zahlreiche Lehrkräfte strebten eine Überwindung der ideologisch verkrusteten Erziehungskonzeption an. Sie plädierten für eine „Humanisierung" der autoritären Pädagogik zugunsten der freien Persönlichkeitsentwicklung des Individuums, und das Staatsmonopol im Bildungswesen, eingeschlossen die zentrale staatliche Bildungs- und Arbeitskräfteplanung und -lenkung, sollte abgeschafft werden.

Reformansätze und ihre Wirkung

Der 1992 im Bildungsgesetz der Russländischen Föderation festgelegte radikalliberale Reformkurs wollte weltweit gültige Grundsätze von Demokratie und Marktwirtschaft sowie der gesellschaftlichen Mitwirkung im Bildungsbereich auf das russische Bildungssystem übertragen. Hierzu gehörten die Sicherung der Rechte des Individuums und einer Vielfalt politischer, weltanschaulicher, sozialer und ethnisch-kultureller Ansprüche der Gesellschaft gegenüber dem Staat, die Freiheit von Wissenschaft und Forschung sowie die Trennung von staatlichem Bildungswesen und Kirche.

Foto: dpa

Kreisspiel vor dem Mittagessen in einem Kindergarten im sibirischen Prowidenija: Die Vorschulerziehung soll verstärkt der individuellen Förderung der Kinder dienen.

Zwar wies die Umsetzung der Reformmaßnahmen rasch Erfolge auf, wie beispielsweise bei der Veränderung der Lehrpläne in Geschichte und politischer Bildung, der Errichtung von pädagogischen Modellschulen sowie der Gründung von privaten Bildungseinrichtungen. Seit Mitte der neunziger Jahre zeigten sich aber infolge des überstürzten Tempos und der mangelhaften Vorbereitung der Transformation erhebliche Leistungs- und Qualitätsverluste sowie Einbußen bei der Bildungsgerechtigkeit. Sie spiegelten die ökonomische und soziale Krise des Landes wider und wurden durch den Rückzug des Staates aus dem Bildungsbereich sowie die resultierenden sozialen Verwerfungen verstärkt.

Zudem nutzten einige der 89 föderalen Gebietseinheiten die Spielräume der neu geschaffenen föderativen Staatsordnung für wirtschaftliche, politische und nationalkulturelle Sonderentwicklungen. Daraus erwuchs die nach wie vor aktuelle Forderung nach dem „Erhalt des einheitlichen Bildungsraums" innerhalb der Russländischen Föderation.

Die Regierung suchte die „sozialen Garantien", wie die weitgehende Unentgeltlichkeit der Bildung, die regelmäßigen Gehalts- und Stipendienzahlungen sowie die materielle Versorgung (zum Beispiel Energieversorgung, Wohnheim- und Kantinenangebote) von Schulen und Hochschulen, zu sichern, indem sie die entstandenen Schulden der Bildungseinrichtungen abzubauen begann. Zugleich nahm sie das Gedankengut der nationalpatriotisch gesinnten Kreise im Lande auf und berücksichtigte so die Anerkennung, die das sowjetische Bildungswesen und der Stand seiner Wissenschaft in der eigenen Bevölkerung weiterhin genossen.

Die ehrgeizigen Ziele einer zukunftsgewandten Bildungspolitik blieben jedoch bestehen. Mit dem Amtsantritt Putins wurde eine gezielte Korrektur der lückenhaften oder gar widersprüchlichen rechtlichen und administrativen Steuerung eingeleitet und die „Machtvertikale" auch gegenüber den Regionen verstärkt. Der Bildungs- und Wissenschaftssektor soll seitdem die Leistungsfähigkeit des alten Systems wiedergewinnen und mit einer bahnbrechenden Innovation verbinden, um die internationale Öffnung voranzutreiben und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Russlands auf den Weltmärkten zu stärken.

Als vielversprechendes Instrument einer solchen Modernisierung wird die Einführung der neuen Informationstechnologien im Bildungswesen und in der Wissenschaft forciert. Die Nutzung von Computern und Internet soll die strukturellen, aber auch die ökonomisch-materiellen und personellen Probleme des russischen Bildungswesens – die kulturelle Verödung der Provinz, den verbreiteten Mangel an neuen Lehrbüchern und Unterrichtsmitteln sowie die Abwanderung von qualifizierten Lehrkräften – lösen helfen, angefangen von der ersten Klasse der Pflichtschule und endend mit dem Fernstudium im Rahmen lebenslanger Bildung.

Zwar wurden auch an den „Rändern" des Bildungswesens wie in der Vorschulerziehung und der Erwachsenenbildung zahlreiche neue Konzepte entwickelt. Hauptansatzpunkte der Neuerungen waren seit den neunziger Jahren aber die allgemein bildende Schule und das Hochschulwesen, während insbesondere die berufliche Bildung vernachlässigt blieb. Zusammen mit der Neubestimmung der Bildungsinhalte werden derzeit einschneidende strukturel-

le Veränderungen und Neuregelungen bei der Finanzierung erprobt. Die Entscheidung über eine allgemeine obligatorische Einführung einzelner Neuerungen wurde aber wiederholt hinausgezögert, so dass bei zentralen Reformprojekten in der Praxis mittlerweile alte und neue Formen nebeneinander bestehen.

Das „Konzept zur Modernisierung des Bildungswesens der Russländischen Föderation bis zum Jahre 2010" (2002) rückte das Zusammenwirken der einzelnen Bereiche und Stufen des Bildungswesens untereinander und die Ausrichtung auf den Bedarf von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in mittelfristiger Sicht stärker in den Vordergrund. Dabei wird an die politische Einbindung und finanzielle Beteiligung der Regionen und ihrer Wirtschaftskraft sowie an die marktwirtschaftliche Einbindung ihrer Betriebe gedacht. Ebensolche Aufmerksamkeit erhalten Wissenschaft und Forschung als Bereiche gesamtstaatlichen wie privatwirtschaftlichen Interesses, in denen große Unternehmen sowie einzelne Betriebe als Auftraggeber sowie Sponsoren tätig werden können.

Gliederung des Bildungssystems

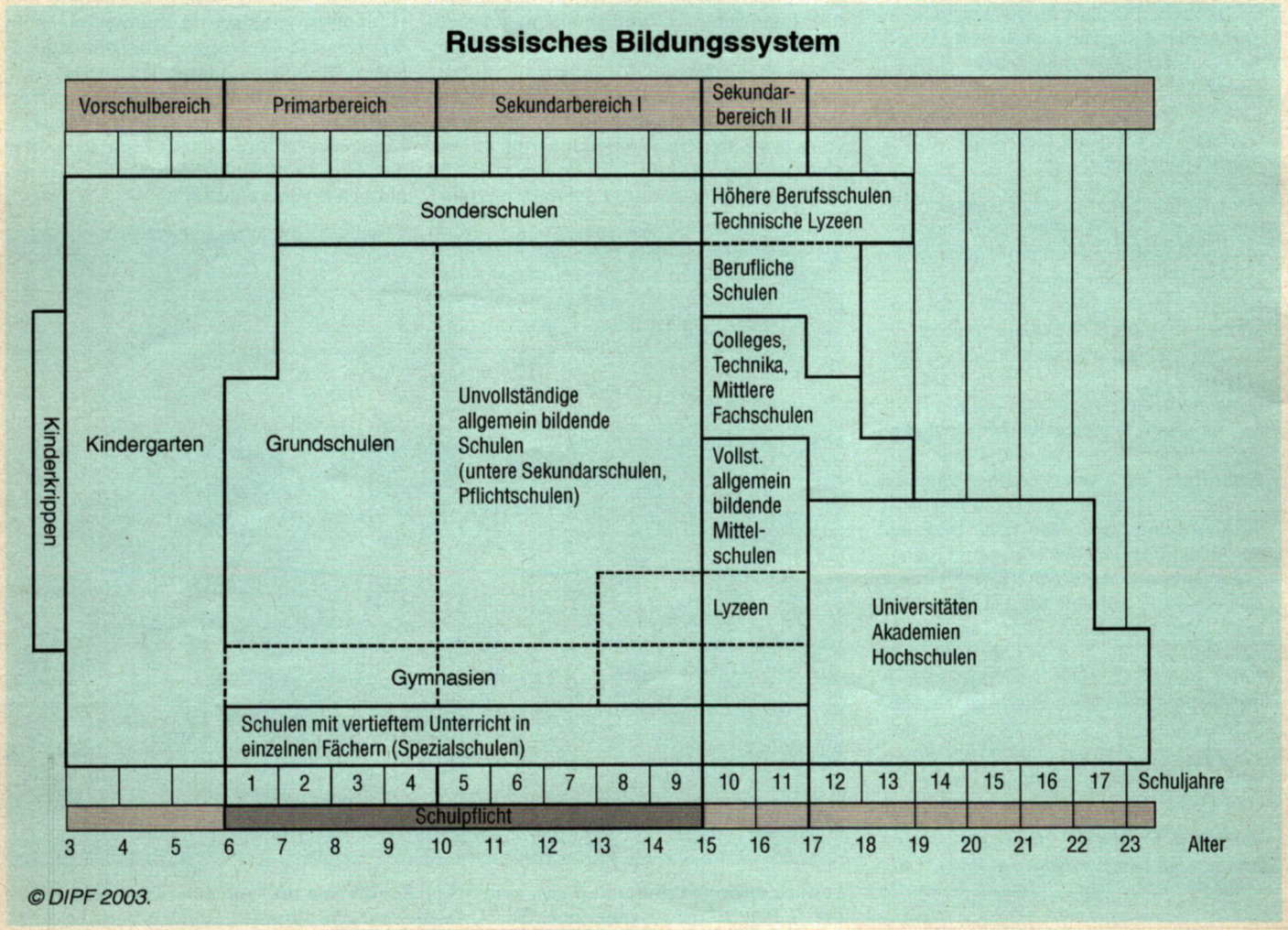
Vorschulerziehung: Im Vorschulbereich ist der Besuch des Kindergartens für die dreibis sechsjährigen Kinder freiwillig und wegen bestehender Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten nur für die bedürftigen Familien noch kostenfrei. Zahlreiche Kindergärten mussten in den neunziger Jahren aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Der Anteil der betreuten Kinder wächst nach einem Tiefpunkt im Jahre 1998 jedoch langsam wieder an (2001: 4,3 Millionen Kinder oder 57,2 Prozent der Altersgruppe). Weiterhin unzureichend bleibt jedoch die Versorgung auf dem Lande. Befürwortet wird auch ein kurzzeitiger Besuch des Kindergartens, um möglichst vielen Kindern die angestrebte Vorbereitung auf den Schulbesuch zu vermitteln. Neben der individuellen Förderung und besonderen Angeboten, wie zum Beispiel dem frühen Erlernen einer Fremdsprache, stehen Maßnahmen auf dem Programm, die den vielfach schlechten Gesundheitszustand der Kinder verbessern und ihre psychosoziale und geistige Entwicklung fördern sollen.

Allgemein bildende Schule: Im Jahr 2001 gab es 66 900 allgemein bildende Schulen mit insgesamt circa 19,4 Millionen Schülerinnen und Schülern. Die meisten Schulen, die grundsätzlich eigene Einnahmen erwirtschaften dürfen, haben finanziell nur überlebt, indem sie von den Eltern Gebühren für besondere Angebote und Zusatzleistungen verlangen. Ein Schulgeld von teilweise beträchtlicher Höhe wird jedoch nur an Privatschulen erhoben. Im Jahre 2001/2002 besuchten 66 000 Kinder Privatschulen, die einen Anteil von etwas über einem Prozent aller Schulen ausmachen. Bei den Lernergebnissen übertreffen nur wenige von ihnen die erfolgreicheren staatlichen Schulen.

Die neunjährige Schulpflicht gliedert sich in eine vierjährige Primarstufe (*natschalnjaja schkola*), die allerdings von den mehrheitlich erst mit sieben Jahren eingeschulten Kindern bereits in drei Jahren absolviert wird. Anschließend folgt die fünfjährige Hauptstufe oder -schule (*osnownaja schkola*), die mit einer Abschlussprüfung endet. Die Entscheidung über ihre geplante Verlängerung um ein weiteres Schuljahr, die die chronische Überlastung der Schülerinnen und Schüler mit Lehrstoff (bei faktisch für viele nur acht Schuljahren) reduzieren sollte, wurde vorerst ausgesetzt.

Erwerb der Hochschulreife: Circa zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler, in den Städten weitaus mehr, gehen nach absolvierter Pflichtschule in die zur Hochschulreife führende zweijährige Oberstufe über, um die „vollständige mittlere Bildung" (*srednee polnoe obrasowanie*) zu erwerben; eine Aufnahmeprüfung ist hierfür nicht erforderlich. Die Oberstufe schließt mit der Abiturprüfung ab, die jedoch noch nicht den Eintritt in die Hochschule garantiert.

Im Jahr 2000 besuchten etwa 12,7 Prozent, auf dem Lande jedoch nur 2,6 Prozent der Schulkinder Schulen „gehobenen Typs" (*schkoly powyschennogo tipa*) mit beson-



Suche nach Orientierung

[...] Iwan ist einer derer, die von Russlands Öffnung zur Welt profitieren. Der 18-Jährige hat zehn Monate in Solingen gelebt und spricht gut Deutsch. Er gehört zur noch kleinen Gruppe von Jugendlichen, die andere Länder kennen gelernt und dabei ein russisches Selbstbewusstsein fern eines intoleranten Patriotismus erworben haben. [...]

Die Möglichkeiten der Selbstbestimmung mögen groß sein im heutigen Russland, den immensen Leistungsdruck aber spürt jeder. In einem Jahr will Iwan zur Ausbildung als Kameramann auf die Kinohochschule gehen, um später ins Regiefach zu wechseln. Von September an muss er neben der Schule den Vorbereitungskurs auf die obligatorische Aufnahmeprüfung besuchen. Der kostet an die 1000 Dollar. Ohne den Kursus hat er keine Chance. Bildung kostet. Dennoch boomen die Hochschulen. Mitte der neunziger Jahre erschien es den meisten Jugendlichen noch verlockender, schnell an der Kasse eines Kiosks Geld zu verdienen: Heute sind die Ansprüche der Studenten gestiegen: Nicht mehr das Proforma-Diplom sozialistischer Zeiten oder der universitäre Heiratsmarkt zählen, sondern die Qualität und der Nutzen der Lehre.

So ist eine unübersichtliche Landschaft von staatlichen und privaten Instituten entstanden, die allein durch das System der Vorbereitungskurse etwa eine Milliarde Dollar im Jahr kassieren. Die Staatsuniversitäten nehmen zur Hälfte zahlende Studenten auf – reiche Eltern sind oft die beste Antwort auf die Fragen in der Aufnahmeprüfung. [...]

Besonders die rein kommerziellen Hochschulen sind auf die zahlenden Studenten angewiesen. Die jungen Männer wollen nach dem Abitur unbedingt studieren, weil sie so dem Wehrdienst entgehen können. [...] Iwans Kinohochschule ist eine Militärfakultät angegliedert, die er absolvieren wird, um nach dem Studium nicht mehr eingezogen zu werden. [...] Er lebt allein mit seiner Mutter. Fast alle Jugendlichen leben entweder bei den Eltern oder ganz unabhängig. Wohngemeinschaften stoßen durch die instinktive Abneigung gegen den Kollektivismus auf Ablehnung. Vielleicht bekommt Iwans Freundin später die Wohnung ihrer Großmutter. Dann können sie heiraten, obwohl Iwan sich damit noch Zeit lassen will. Erst möchte er sein Leben auf die Beine stellen. Das unterscheidet ihn von der Generation seiner Eltern, in der die frühe Heirat mit 18 oder 20 Jahren die sozialistische Existenz und den Anspruch auf eine staatliche Wohnung hatte sichern sollen. [...]

Johannes Voswinkel, „Iwan im Underground", in: Die Zeit Nr. 44 vom 24. Oktober 2002.

deren Angeboten zur Hochschulvorbereitung – die neu geschaffenen Gymnasien ab Klasse eins, fünf oder acht sowie die mathematisch-naturwissenschaftlich und technisch ausgerichteten Lyzeen ab Klasse acht oder zehn. Zusammen mit den herkömmlichen Schulen, die vertieften Unterricht in einzelnen Unterrichtsfächern anbieten, bilden diese Einrichtungen eine Gruppe, die vielfach im Rahmen eines Vertrags mit einer Universität und deren Lehrkräften zusammenarbeitet, um den Übergang der Schülerinnen und Schüler in ein Hochschulstudium gezielt vorzubereiten. Besondere bildungspolitische Aufmerksamkeit erhielten die wenigen neuen Eliteschulen bei den Spitzenuniversitäten in Moskau und St. Petersburg sowie in dem naturwissenschaftlich-technischen Zentrum von Nowosibirsk.

Einrichtungen für Minoritäten: Circa 19 Prozent der Bevölkerung gehören mehr als 160 nichtrussischen so genannten Nationalitäten und ethnischen Gruppen an. Für sie gibt es „nationale Schulen", in denen laut verfassungsmäßig abgesichertem Recht ein Unterricht in der Muttersprache und in nationalspezifischen Inhalten angeboten wird.

Zugang zum Studium: Ein großes Problem bildet derzeit noch der Übergang zum Hochschulstudium, für den sich circa 70 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten entscheiden. Insbesondere Schülerinnen und Schüler aus den unteren Einkommensschichten und der Provinz haben aus finanziellen Gründen allein auf der Basis des Abiturs keine gleichen Zugangschancen: Ohne die Vorbereitung durch kostspielige private Tutorien sind die obligatorischen traditionellen Aufnahmeprüfungen an den Universitäten kaum zu bestehen. Weil Tutoren und Prüfer vielfach dieselbe Person sind und Schmiergeldzahlungen keine Ausnahme bilden, ist das Verfahren in den Augen der Öffentlichkeit höchst angreifbar geworden. Das bereits in 47 Regionen erfolgreich erprobte neue einheitliche staatliche Examen (*Jedinnyj gosudarstwennyj èksamen, EGÈ*) am Ende der oberen Sekundarstufe bedeutet eine Herauslösung der Prüfung aus der Schule, aber auch aus der Hochschule. Durch den Einsatz von Tests und die Nutzung von Computern soll die Auswertung zentralisiert und eine größere Objektivität erreicht werden. Zurückgenommen wurden die Pläne, an die Prüfungsergebnisse Studien-Gutscheine zu koppeln, die in ihrer Höhe nach der Leistung gestaffelt sind.

Eine ebenfalls in Erprobung befindliche Profilbildung nach Fächerschwerpunkten in der oberen Sekundarstufe soll das einheitliche Examen flankieren. Diese Form der Spezialisierung bedeutet eine einschneidende Veränderung der in ihrem Kernbestand immer noch überwiegend einheitlichen Curricula der allgemein bildenden Schulen. Die Profilbildung soll den individuellen Interessen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler mehr Raum geben und in Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen (darunter auch berufliche Schulen und Hochschulen) berufsorientierend wirken. Darüber hinaus kann mit ihr der Zustrom zu den Hochschulen stärker kanalisiert werden. Beabsichtigt, aber noch immer nicht verabschiedet, ist außerdem die Erneuerung der Bildungsprogramme im Rahmen eines für die gesamte Föderation gültigen einheitlichen Bildungsstandards. Dieser legt nach dem Vorbild der PISA-Studie die zu vermittelnden staatlich garantierten Mindest-Kompetenzanforderungen fest und kann in den Regionen und den Einzelschulen inhaltlich ergänzt werden.

Foto: dpa

Festlich gekleidet präsentiert sich zum Schuljahresbeginn im September 2001 eine Klasse des St. Petersburger Gymnasiums Nr. 41, das die deutsche Sprache besonders berücksichtigt.

Berufliches Bildungswesen: Das differenzierte, auf Durchlässigkeit ausgerichtete berufliche Bildungswesen umfasst, angefangen von der einfachen Anlernausbildung im Betrieb über die grundlegende berufliche Bildung in beruflichen Schulen sowie die mittlere Fachschulbildung und das Hochschulstudium, vier Stufen sowie schließlich den gesamten Aufgabenbereich der Weiterbildung von Arbeitskräften. Dieser mündet in das lebenslange Lernen der allgemeinen Erwachsenenbildung ein. Ebenso wie das Wissenschaftssystem war die berufliche Bildung besonderen Einbrüchen ausgesetzt, da sie in der Vergangenheit in weiten Bereichen an die zugehörigen eng spezialisierten Wirtschaftszweige und Betriebe sowie eine planwirtschaftlich organisierte Administration gebunden war. Nach dem Zusammenbruch der großen Industriebetriebe ist das Berufsbildungssystem nun in hohem Maße von einer neuerlichen Stabilisierung der allgemeinen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung abhängig.

Hochschulwesen: Im Hochschulbereich hat sich eine Privatisierung erheblichen Umfangs und eine dynamische Entwicklung vollzogen. Ursächlich hierfür war eine wachsende Bereitschaft unter den in der Aufnahmeprüfung abgewiesenen Studienbewerbern, für ihr Studium Gebühren zu entrichten. Die Zahl der Hochschulen verdoppelte sich von 519 im Jahr 1991 auf 1008 im Jahr 2001; 387 davon sind Privathochschulen. Vielfach erweiterten bis dahin fachlich eng begrenzte Hochschulen ihr Fächerspektrum, um den begehrten Status einer Universität zu erlangen (1998: 270, 2001: 304 Universitäten). Offiziell unterstützt wird die Tendenz, in die Hochschulen zunehmend Einrichtungen anderer Bildungsstufen wie Gymnasien, Lyzeen, Colleges, Technika sowie mittlere Fachschulen einzubinden.

Seit dem Tiefpunkt im Jahre 1993/1994 hat sich die Studierendenzahl mit 5,426 Millionen mehr als verdoppelt, und ihr Anteil je 10 000 Einwohner ist gegenüber den achtziger Jahren um die Hälfte gestiegen (2001: 332 gegenüber 1980: 219 Studierenden nur an staatlichen Hochschulen). Die vom Bildungsministerium festgelegte Quote von höchstens 25 Prozent bezahlenden Studierenden je Hochschule wurde beträchtlich überschritten und erreichte im Durchschnitt circa 44 Prozent. Der vergleichsweise umfangreiche Sektor der privaten Hochschulen wird bislang nur von knapp 11,6 Prozent der Studierenden besucht. Die in der Regel kleinen Privathochschulen verlangen teilweise Studiengebühren von mehreren 1000 US-Dollar pro Studienjahr. Die staatliche Kontrolle der angebotenen Qualifikationen wird in diesem, aber auch im staatlichen Hochschulsektor verschärft, um auszuschließen, dass unlautere, aber auch qualitativ unzureichende Angebote fortbestehen können. Die äußerst geringen Stipendien wurden kürzlich erhöht, und es sollen in breiterem Umfang Studienkredite für finanziell bedürftige Studierende erprobt und eingeführt werden. Deren Rückzah-

Veränderter Stellenwert

[...] Der akademische Olymp ist Tag und Nacht besetzt. Ob Schnee, Eis, Sonne oder Regen – die Herolde der russischen Wissenschaft schauen ungerührt in ihre Bücher, schwere Folianten in der Hand, Kopf und Schulter wissbegierig nach vorn gebeugt. Doch die Helden der Forschung sind aus Marmor. Und statt weltentrückt den Blick in steinerne Schriften zu versenken, müssten die Statuen vor der Moskauer Lomonossow-Universität eigentlich die Hand aufhalten nach Bettlerart: Russlands Wissenschaft, neben Erdöl und Erdgas eine der wertvollsten Ressourcen des Landes, droht mangels Geld zu versiegen.

„Brain-drain" – die Abwanderung der Forscher-Intelligenz, heißt das neu-russische Schreckenswort. [...] 30 000 Naturwissenschaftler haben Russland verlassen, seit die Sowjetunion 1991 zerfiel. Physiker, Chemiker, Informatiker und Mathematiker aus Moskau oder den geheimen Wissenschaftsstädten heuerten an in Instituten Englands, Frankreichs oder Deutschlands. Andere fanden den Weg in Forschungslabors der USA, Israels oder Südkoreas. Rund ein Drittel aller Microsoft-Computerprogramme etwa werden von russischsprachigen Wissenschaftlern geschrieben – Russlands eigener Anteil an erfolgreicher High-Tech-Forschung hingegen liegt im weltweiten Vergleich unter einem Prozent.

Während Forscher in Europa oder den USA mit Millionensubventionen aus dem Staatshaushalt oder Zuschüssen aus der Industrie rechnen können, arbeiten viele russische Unis und Institute mit Computern aus der Gorbatschowzeit. Wenn die Mitarbeiter nicht gerade auf der Straße für eine Erhöhung der Wissenschaftsausgaben demonstrieren – von umgerechnet einer Milliarde Euro auf 1,5 Milliarden. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik schlägt im Bundesetat jährlich acht Milliarden Euro frei – Bund, Länder und Unternehmen wenden gemeinsam 50 Milliarden auf.

Besuch bei Wiktor Sadownitschij, dem Rektor der Moskauer Lomonossow-Universität. [...] „Der Brain-drain ist eines der ernstesten russischen Probleme." Gut die Hälfte der graduierten Hochschulabgänger bekäme ein Jobangebot aus dem Westen – und gut die Hälfte sage dazu ja. Dennoch gibt sich Sadownitschij optimistisch: „Der Höhepunkt der russischen Wissenschaftler-Emigration lag zwischen 1995 und 1996. Seitdem stabilisiert sich die Lage."

Andere geben sich kritischer: „Die einen sagen, der Patient ist halb tot, die anderen, er sei immerhin am Leben", meint Wladimir Fortow, ein Präsidiumsmitglied der russischen Akademie der Wissenschaften. In einem Interview der Zeitschrift *Nowoje Wremja* sagt er weiter: „Unsere Wissenschaft ist seit zehn Jahren in einer tiefen Krise." Seit dem Zerfall der Sowjetunion seien die Ausgaben für Lehre und Forschung so gefallen, dass Russland sich „in Gesellschaft von Staaten wie Argentinien, der Türkei, Chile, Griechenland, Portugal oder Brasilien" wiedergefunden habe. Kein anderer Bereich sei so beschnitten worden wie die Wissenschaft. Verwundern kann das nicht. Die UdSSR hatte am Ende 1,6 Millionen Wissenschaftler und damit weit mehr als die USA. Im nicht-kostenorientierten Staatsbetrieb der Sowjetunion hatte alles Militärische Vorrang: Auf der Suche nach neuen Waffen finanzierte das Militär drei Viertel aller Forschungsprojekte im Land.

Heute ist das Geld knapp. In einer OECD-Studie hatte es 1994 noch geheißen, Bildung sei eine der wichtigsten Ressourcen Russlands. Das stimmt nur noch in Teilen. Das Bildungssystem funktioniert zwar noch einigermaßen: Zu Sowjetzeiten kamen 220 Studenten auf 10 000 Einwohner, im heutigen Russland sind es sogar 340. Aber selbst die begabtesten Hochschulabgänger finden keinen vernünftig bezahlten Job in der Wissenschaft. Bei knapp 80 Euro liegt das monatliche Durchschnittsgehalt eines russischen Professors – in Moskau reicht das kaum zum Leben, auch in der Provinz ist es ein karges Auskommen. Die Ausstattung der Institute entschädigt nicht: Die meisten Forscher arbeiten mit veraltetem Gerät. Und die Besucher der Staatsbibliothek in Moskau müssen oft eigene Leselampen mitbringen: Die Lenin-Bibliothek ist zwar die zweitgrößte der Welt. Doch manchmal reicht das Geld nicht einmal für ausreichend Glühbirnen in den Lesesälen.

Mit einer Milliarde Euro gibt Russland im Jahr gerade so viel Geld aus für die Wissenschaft wie jede durchschnittliche US-Universität. Und während der Bildungsetat von Präsident Wladimir Putin derzeit gerade einmal 1,5 Prozent des Gesamthaushaltes ausmacht, lassen sich wissenschaftlich und technologisch führende Staaten wie die USA, Frankreich oder Deutschland die Wissenschaft vier Prozent der Staatsgelder kosten.

Angesichts solcher Bedingungen ist der Abgang der Spitzenkräfte kaum zu stoppen. Zwar stimmt, was Rektor Sadownitschij mit zukunftsorientiertem Blick sagt: „Die Abwanderung ins Ausland hat an Reiz verloren, trotz besserer Arbeitsbedingungen und Gehälter für Atomphysiker und Informatiker." Doch der Brain-drain richtet sich nicht nur nach außen, sondern auch nach innen: Immer mehr Wissenschaftler wechseln von der Universität in die freie Wirtschaft, fangen an bei Unternehmen und Banken oder machen sich selbstständig. Im Business sind die Gehälter weit höher als an den Instituten. Einstiegsgehälter von 1000 Euro pro Monat für qualifizierte Kräfte sind in Moskau normal. [...]

Tomas Avenarius, „Im Armenland der Geistreichen", in: Süddeutsche Zeitung vom 14./15. August 2002.

lung kann bei Übernahme einer staatlich erwünschten Tätigkeit, etwa als Lehrkraft an einer Landschule, erlassen werden.

Bislang konnte die Einführung eines Stufenstudiums nach internationalem Muster (Bakkalaureus- und Magister-Abschluss) das traditionelle, nach fünf Studienjahren erreichte Diplom nicht ablösen. Mit den Bestrebungen Russlands, sich dem gesamteuropäischen so genannten Bologna-Prozess anzuschließen, in dessen Rahmen die Studiengänge und Hochschulabschlüsse europaweit kompatibel werden sollen, gewinnt diese Struktur des Hochschulstudiums aber erneut an Aktualität.

Der schlechte Zustand und das traditionell geringe Prestige der Ausbildung in den einfachen Berufen, der große Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen, aber auch die Zurückstellung vom Wehrdienst bei Aufnahme eines Studiums direkt nach dem Abitur ließen das Hochschulstudium für immer mehr junge Menschen attraktiv werden. Die Entwicklung veranlasste mittlerweile die Regierung, an eine Zulassungsbegrenzung in Abstimmung mit dem Arbeitskräftebedarf der sich wieder erholenden Wirtschaft zu denken. Beklagt wird zugleich die erhebliche Abwanderung gerade der qualifiziertesten jungen Hochschulabsolventen in das westliche Ausland.

Wissenschaft und Forschung

Anders als in Deutschland ist die Forschung weitgehend vom Hochschulbetrieb abgetrennt. Neben ihren Lehr- und Ausbildungsaufgaben betreiben die Hochschulen nur in begrenztem Umfang Forschungsaktivitäten, überwiegend im Bereich der Grundlagenforschung. Von circa 420 000 in der Wissenschaft Tätigen in Russland gehören derzeit etwas mehr als die Hälfte dem Hochschulbereich an. An der Spitze der wissenschaftlichen Einrichtungen steht weiterhin die renommierte und traditionsreiche, inzwischen aber finanziell ausgeblutete und personell überalterte Akademie der Wissenschaften mit ihren verschiedenen Abteilungen und zahlreichen dezentralisierten Einzelinstituten.

Kennzeichnend ist die unterschiedliche Entwicklung in den humanwissenschaftlichen und den naturwissenschaftlich-technischen Fächern, die bei den Studierenden erst in jüngster Zeit wieder an Beliebtheit zunehmen. Unterschiede bestanden nicht nur beim finanziellen Bedarf des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern auch bei der ideologischen Ausrichtung. Die internationale Öffnung brachte große inhaltliche Herausforderungen sowie neue Kooperationsmöglichkeiten mit sich, die sich jedoch zum Beispiel in der physikalischen Forschung völlig anders als in der Rechtswissenschaft auswirkten. Als ein zentraler Förderer naturwissenschaftlicher und technischer Grundlagenforschung sowie ihrer angewandten Zweige war der „militärisch-industrielle Komplex“ weggefallen, zu dem die Rüstungsindustrie, die Weltraumfahrt und die Atomforschung gezählt hatten. Auf Grund ihrer Kostenintensität brachte der Umbruch hier äußerst ungünstige Folgen mit sich.

Um den fortlaufenden Personalverlust sowie den weiteren Rückgang der Forschungsaktivitäten in diesen Wissenschaftsbereichen zu beenden, hat die Regierung eine Reihe von finanziellen Förderprogrammen aufgelegt sowie im März 2002 eine neue Konzeption zur längerfristigen Entwicklung auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technologie vorgelegt. Im Mittelpunkt der gezielten Förderung durch den Staat stehen die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Raumfahrt- und Rüstungstechnologie sowie die Produktions-, Energie-, Transport- und Umwelttechnologie. Andere Wissenschaftszweige werden darauf verwiesen, sich verstärkt mittels wissenschaftlicher Service- und sonstiger Dienstleistungen über die Privatwirtschaft und deren Aufträge zu finanzieren. Eine weitere Lösung wird in den dafür geeigneten Disziplinen in einer Integration der Forschung in den Hochschulbereich gesucht; die Einbindung hat bislang jedoch nur geringe Fortschritte erzielt.

Im letzten Jahrzehnt sind große internationale Organisationen wie Weltbank, UNESCO, Europäische Union und zahlreiche ausländische Stiftungen zu einer auch von der Regierung hochgeschätzten Quelle der Wissenschafts- und Forschungsförderung geworden. Die gegenwärtigen Anstrengungen, das teilweise bereits erfolgte Zurückfallen hinter Länder der dritten Welt aufzuhalten und Russland auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung wieder an das Niveau der weltweit führenden Länder heranzuführen, haben mittlerweile sogar erste große russische Sponsoren, zum Beispiel aus der Ölbranche, zur Einrichtung eigener Förderprogramme bewogen.

Wirtschaftssystem und ökonomische Entwicklung

Hans-Hermann Höhmann

Die Entwicklung der Marktwirtschaft in Russland erhielt ihre entscheidenden Impulse Anfang 1992, als der amtierende Ministerpräsident Jegor Gajdar eine umfassende Liberalisierung der Wirtschaft einleitete. Allerdings hatten marktwirtschaftliche Strömungen schon viele Jahre früher eingesetzt, war doch bereits die administrative Planwirtschaft der Sowjetunion mit marktökonomischen Elementen unterschiedlicher Art und Spannweite durchsetzt gewesen. Sie reichten von Kolchosmärkten bis zur illegalen Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen in einer immer weiter ausufernden Schattenwirtschaft. Für den Wandel des ökonomischen Systems hatten diese Prozesse zwei wesentliche Konsequenzen: Es entstanden gesellschaftliche Netzwerke, die Aufbau, Funktionsmechanismen und Leistungspotenzial der zukünftigen Marktwirtschaft nachhaltig bestimmen sollten, und es entwickelte sich ein Unternehmertum, das seine Einkünfte aus Renten (Einkommen ohne produktive Leistung) erzielte und das Unterlaufen offizieller Rechtsregeln zu einem seiner Handlungsprinzipien machte.

Der marktwirtschaftliche Wandel musste und muss sich in Russland unter schwierigen Bedingungen vollziehen, denn er findet im Rahmen einer grundlegenden Umgestaltung des politisch-gesellschaftlichen Gesamtsystems statt. Hierzu gehören insbesondere die Schrumpfung vom Imperium zur Regionalmacht, der Wechsel des politischen Systems von der Diktatur zur Demokratie sowie der soziale Wandel von einer totalitär überformten zu einer pluralistischen Gesellschaft. Ökonomischer Erfolg stellt sich nur ein, wenn es zu einem vorteilhaften Zusammenspiel mit den drei anderen zentralen Veränderungsprozessen kommt.

Die Schwierigkeiten bei der Neugestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in Russland waren und sind auch auf die politisch-gesellschaftlichen Altlasten des untergegangenen administrativen Sozialismus zurückzuführen, die gravierend und bisher allenfalls teilweise überwunden sind. Dazu zählen die beträchtlichen Macht- und

Foto: Jürgens Ost und Europa-Photo

Metallverarbeitende Fabrik in Tula, Zentralrussland. Die überdimensionierte Schwerindustrie gehört zum Strukturerbe der sowjetischen Planwirtschaft.

Autoritätsdefizite der Führung, die schwache Ausbildung demokratischer Kräfte, etwa politischer Parteien, sowie die unzureichende Entwicklung von Institutionen und einer effektiven gesellschaftlichen Selbstorganisation, wie sie zur Regelung von Konflikten in demokratisch verfassten Marktwirtschaften unverzichtbar sind. Die lange Dauer der administrativen Planwirtschaft im Zusammenwirken mit Prägungen aus vorsowjetischer Zeit hat die ökonomische Kultur, Wahrnehmung, Wertung und das Verhalten breiter Bevölkerungsgruppen nachhaltig beeinflusst.

Allerdings haben sich inzwischen die Einstellungen zur Marktwirtschaft verändert: Umfrageergebnisse deuten auf eine zunehmende Akzeptanz des wirtschaftlichen Systemwechsels hin, und es entstand mittlerweile auch eine umfangreiche aktive Unternehmerschicht in kleineren, mittleren und größeren Betrieben. Sie umfasst alle Wirtschaftszweige, insbesondere aber jene, die im sowjetischen Wirtschaftssystem kaum Raum zur Expansion gefunden hatten wie Dienstleistungen, der Finanzbereich und konsumnahe Sektoren.

Ein besonderes Hindernis für den Umgestaltungsprozess bildete die materielle Strukturerbschaft der sowjetischen Planwirtschaft. Sie hinterließ eine sektoral und regional ungleichgewichtige Wirtschaftsstruktur mit einer permanenten Ausbeutung der ökonomischen Ressourcen des Landes im Interesse kurzfristiger Machtentfaltung. Die wichtigsten Stichwörter in diesem Zusammenhang sind:

◊ übermäßig aufgeblähter Staatssektor;

◊ überdimensionierte Schwer- und Rüstungsindustrie;

◊ politisch bestimmte Standortwahl;

◊ hoher Konzentrationsgrad der Produktion mit zahlreichen natürlichen und technologischen Monopolen sowie

◊ unmoderne, überalterte Produktionsanlagen infolge unterlassener Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen.

Dazu kamen unwirtschaftliche, extensive Beschäftigungsverhältnisse, die in der Transformationsphase zunehmende Arbeitslosigkeit vorprogrammierten, sowie eine zurückgestaute Inflation, die sich nach der Liberalisierung der meisten Preise zu Beginn der neunziger Jahre in einer Preisexplosion entlud. Auch die Konzentration des sowjetischen Außenhandels auf den Wirtschaftsbereich des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW, 1990 aufgelöst), der die Ostblockstaaten sowie Kuba, die Mongolei, Nordkorea und Vietnam umfasste, und ihre Schwerpunkte im Rohstoff- und Energiesektor belasten die russische Wirtschaft trotz der inzwischen vor allem in regionaler Hinsicht eingetretenen Veränderungen bis heute.

Elemente des Systemwechsels

Der offizielle Start in die Marktwirtschaft erfolgte mit Beginn des Jahres 1992 auf der Grundlage des von Präsident Boris Jelzin im Oktober 1991 vorgelegten Reformprogramms mit den beiden zentralen Hauptzielsetzungen „Liberalisierung" und „Privatisierung". Die Verfassung von 1993 setzte dann den konstitutionellen Rahmen für eine marktwirtschaftliche Ordnung, die zwar soziale Züge tragen soll, aber keinerlei Ansätze zeigt, „dritte Wege" mit Mischungen markt- und planwirtschaftlicher Elemente festzuschreiben. Die seit Reformbeginn bestehende marktwirtschaftliche Grundtendenz ist auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen:

◊ den spontanen, nicht mehr aufhaltbaren Charakter eines „Systemwechsels von unten";

◊ das Fehlen politisch vertretbarer und zugleich praktikabler Alternativen;

◊ die auf marktwirtschaftliche Strukturen angelegten internationalen Rahmenbedingungen und

◊ das Eigentums-, Einfluss- und Machtinteresse der alten (aus der sowjetischen Planwirtschaft kommenden) und neuen (vielfach aus der akademischen Intelligenz stammenden) ökonomischen Eliten Russlands.

Diese Stabilität marktwirtschaftlicher Ausrichtung bedeutete freilich keine Kontinuität in der Wirtschaftspolitik, und die angestrebte ökonomische Konsolidierung scheiterte trotz periodischer Erfolge zunächst immer wieder. So folgte zwar auf Niedergang und Inflation am Beginn der Transformation Mitte der neunziger Jahre eine Phase der Stabilisierung von Währung und wirtschaftlicher Entwicklung, die bis 1997 anhielt. Dann kam es, verursacht durch ein großes Haushaltsdefizit, übersteigerte Zinszahlungen für kurzfristige Staatsanleihen und ein extrem spekulatives Verhalten der Banken zur Finanz- und Wachstumskrise vom August 1998, die Russland wieder zurückwarf, andererseits aber zu den Voraussetzungen für den seit 1999 anhaltenden Aufschwung beitrug.

Der Westen hat in diesem wechselvollen Wirtschaftsprozess eine zwiespältige Rolle gespielt. Dies gilt sowohl für Staaten wie die USA und Deutschland sowie für die Europäische Union und die Gruppe der sieben wichtigsten Industriestaaten (G7) als auch für die Weltwirtschaftsorganisationen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Kredite wurden oft unter politischen Gesichtspunkten gewährt – etwa, um 1996 die Wiederwahl Jelzins als Präsident Russlands zu sichern –, und die finanzierende wie beratende Einflussnahme von IWF und Weltbank orientierte sich zu sehr am Modell des „Washingtoner Konsenses". Dieses Modell, in den neunziger Jahren für Schwellen- und Entwicklungsländer erarbeitet, setzte auf Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Es berücksichtigte dabei aber nur unzureichend, dass institutioneller Wandel, der Umbau der Strukturen und die Veränderung der russischen Wirtschaftskultur mit ihrer zentralen Bedeutung für Motivation, Normenverständnis und ökonomisches Verhalten mehr Zeit beanspruchten.

Fortschritt, Grenzen und Probleme der marktwirtschaftlichen Transformation zeigen sich vor allem in den drei zentralen Reformsegmenten Liberalisierung, Privatisierung und Aufbau eines marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprechenden Steuersystems.

Neues Bodenrecht

Die Bolschewisten hatten es abgeschafft [...]. Die russische Verfassung von 1993 hatte es garantiert, doch das Parlament verhinderte acht Jahre lang, dass ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wurde. Doch seit einigen Wochen gilt ein neues Gesetz, das in Russland nach mehr als achtzig Jahren das Privateigentum an Grund und Boden wieder ermöglicht.

Der Widerstand der Kommunisten im Parlament gegen das Gesetz war heftig. [...] Doch es half nichts, denn die Zeiten, als die Kommunisten stark genug waren, um die Verabschiedung von Gesetzen zu verhindern, sind vorbei.

Freilich betrifft das Gesetz nicht landwirtschaftlich genutzten Boden; auch der Verkauf von Wäldern, Seen, Flüssen und Nationalparks bleibt verboten. [...] Somit betrifft das neue Bodenrecht nur zwei Prozent der gesamten Fläche Russlands. Vom Ausverkauf der russischen Erde könne also nicht die Rede sein, wie die Regierung den Kommunisten zu deren Beruhigung erklärte. Ist das Bodengesetzbuch also nur eine Putinsche Reformfassade statt einer wirklichen Reform?

Unwichtig ist die neue Regelung jedenfalls nicht, denn die zwei Prozent des scheinbar unendlichen russischen Bodens, die davon betroffen sind, stehen für die gesamten städtischen Industriebauten und für alle Büro- und Wohngebäude. Das bedeutet, dass das Gesetz für die Investitionspläne russischer und ausländischer Unternehmer entscheidend sein kann. Bisher war es so, dass zwar Gebäude erworben werden konnten, nicht aber die dazugehörigen Grundstücke. Sie mussten langfristig gepachtet werden. Nun können Eigentümer von Gebäuden und Industrieanlagen den darunter liegenden Boden erwerben. Das neue Recht gilt für Russen und Ausländer gleichermaßen, und ausländische Firmen beginnen schon, ihre Pachtverträge in Eigentum zu verwandeln. [...]

Auch für Millionen einfacher Russen hat das neue Recht Auswirkungen: Als Datschenbesitzer werden sie nun auf Antrag zu Grundbesitzern. [...]

Freilich ist in der russischen Wirklichkeit alles immer komplizierter. [...] Das neue Bodengesetz wird deshalb nicht unmittelbar dazu führen, dass sich in Russland ein Immobilienmarkt entwickelt. Denn dazu fehlt ein Grundbuchsystem, das dem Käufer seine Rechte wirklich garantiert. Vor allem aber gibt es in Russland immer noch kein funktionierendes Bankensystem. [...] Solange hier keine Ordnung geschaffen wird, werden Banken kaum in der Lage sein, Kredite gegen Hypotheken zu vergeben und sich durch die Vergabe von Pfandbriefen zu refinanzieren. [...]

Markus Wehner, „Zwei Prozent der russischen Erde", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Januar 2002.

Foto: dpa

Montage von Fotoapparaten in der Leningrader Optischen und Mechanischen Vereinigung „Lomo" im März 1990. Seit 1992 sind die meisten Staatsbetriebe in privatem Besitz.

Liberalisierung

Die Liberalisierung der Preise und Löhne, die in der sowjetischen Planwirtschaft weitgehend administrativ geregelt waren, sowie die Aufhebung der planwirtschaftlichen Mengenregulierungen für Produktion sowie Binnen- und Außenhandel standen am Beginn der russischen Transformationspolitik. Die entsprechenden Richtlinien traten (mit bestimmten Ausnahmen, vor allem im Energiebereich) im Januar 1992 in Kraft und galten zunächst für ganz Russland.

Seit März 1992 wurden den Regionen jedoch Vollmachten erteilt, die Liberalisierungsprogramme nach ihren Vorstellungen zu modifizieren. Daraufhin führten viele von ihnen neue Preisregelungen ein, die mit teilweise erheblichen Subventionen verbunden waren. Eine beträchtliche regionale Preisdifferenzierung war die Folge, und auch die bald einsetzenden Versuche des Zentrums, die Kontrolle über den Liberalisierungsprozess durch neue normative Regelungen zurückzugewinnen, konnten die Alleingänge der einzelnen Föderationssubjekte nicht unterbinden.

Auch für die anderen Liberalisierungsbereiche wie Löhne und Außenhandelsregelungen entwickelten sich regionale Unterschiede, die teils auf Sonderkonzessionen der russischen Zentralregierung, teils auf Eigenmächtigkeiten der regionalen Exekutiven beruhten. Insgesamt entstand ein Gemisch von unklaren Zuständigkeiten zwischen zentralrussischen Organen und Regionalorganen, instabilen und widersprüchlichen Gesetzgebungsakten sowie wechselnden Konstellationen im Machtverhältnis von Zentrum und Regionen.

Diese Gemengelage behinderte lange Zeit eine homogene und transparente Marktwirtschaft und soll seit Beginn der Präsidentschaft Putins durch neue, für ganz Russland geltende und die Einheit des Wirtschaftsraums sichernde marktwirtschaftliche Reformen überwunden werden. Dem verstärkten Abbau reglementierender Vorschriften stehen allerdings die alten – „natürlichen", das heißt auf Kontrolle über Naturressourcen beruhenden – Monopole des Rohstoff- und Energiesektors entgegen, deren Reform nur schleppend verläuft, sowie der insgesamt zunehmende Konzentrationsgrad der russischen Wirtschaft. Gegenwärtig kontrollieren wenige große Eigentümergruppen (Jukos, Gasprom, Lukojl, Surgutneftegas, Sibneft, RAO EES Rossii, Norilskij nikel und Mobilnyje telesistemy) etwa 85 Prozent der Umsätze der privaten Kapitalgesellschaften Russlands. Innerhalb dieser Gruppen geht der Konzentrationsprozess weiter. So hat Jukos inzwischen die Mehrheitsanteile an Sibneft erworben.

Privatisierung

Der quantitative Erfolg des russischen Privatisierungsprogramms war beträchtlich. Durch die Mitte 1992 einsetzende „kleine" Privatisierung ging die Mehrzahl der kleinen Staatsbetriebe in private Hände über, vornehmlich durch Ausschreibung und direkten Verkauf. Daneben kam es zu zahlreichen Neugründungen kleiner Betriebe, vor allem im Dienstleistungsbereich. Auch die „große" Privatisierung (Privatisierung der staatlichen Mittel- und Großbetriebe) hat seit Ende 1992 rasche Fortschritte erzielt. Nachdem zunächst eine Umwandlung der Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften erfolgt war, kam es zur formalen Privatisierung ganzer Betriebe oder Betriebsanteile. Der Beitrag des privaten Sektors zum russischen Bruttoinlandsprodukt wird inzwischen auf insgesamt 70 Prozent geschätzt.

Trotz der Erfolge gibt es weiterhin zahlreiche, teilweise gravierende Schwachpunkte. Sie sind bedingt teils durch ungünstige systempolitische, wirtschaftsstrukturelle und makroökonomische Rahmenbedingungen, teils durch konservative Verhaltensstrukturen (marktfremde ökonomische Kultur). Eine Ursache liegt zudem im prekären Verhältnis zwischen Privatisierung und der Verbreitung aller Arten von Kriminalität in einem breiten Spektrum von Steuerhinterziehung über Korruption und Schutzgelderpressung bis zum Einsatz physischer Gewalt mit Mord als extremer Steigerung. Auch der Macht- und Einflussaspekt des Eigentums trägt dazu bei, dass die Privatisierung von Staatsbesitz im Gegensatz zu anderen Reformvorhaben unter der Präsidentschaft Putins nur langsam vorangekommen ist.

Allerdings wurde im Herbst 2001 ein neues Bodengesetz verabschiedet, das Kauf, Verkauf und Beleihung von industriell genutzten Flächen prinzipiell erlaubt. Wenn sich die Regelungen dieses Gesetzes auch nur auf circa zwei Prozent der Gesamtfläche des Landes beziehen, so kommt ihnen doch eine beträchtliche Signalwirkung zu, denn damit wird zum ersten Mal seit 1917 privates Eigentum an Grund und Boden de iure wieder zugelassen. Ein neues Gesetz über staatliches und kommunales Eigentum soll die Grundlage für einen neuen Privatisierungsschub bis zum Jahre 2008 bilden.

Bankwesen

Die Banken in Russland haben zunehmende ökonomische Bedeutung für die marktwirtschaftliche Transformation, aber auch Schattenseiten von organisatorischen Mängeln und Dysfunktionen bis hin zur Durchmischung mit kriminellen Verhaltensweisen und organisiertem Verbrechen. Das russische Bankwesen entwickelte sich bis zu seinem Niedergang in der Finanzkrise vom August 1998 zunächst zügig und im Wesentlichen nach dem Vorbild westlicher zweistufiger Banksysteme. Seine aktuellen Probleme bestehen vor allem im zu geringen Kreditangebot für langfristige Investitionen, in nach wie vor hohen Kreditrisiken sowie in einer immer noch unzureichenden Professionalität.

Gegenwärtige Reformpläne zur Gesundung des russischen Banken- und Finanzsektors sehen beschleunigte Konkursverfahren für insolvente Finanzinstitute, eine striktere Kontrolle der Großbanken und ein modernisiertes Zahlungssystem für den Interbankenverkehr vor. Das Hauptproblem für eine Reform des Banken- und Finanzsektors dürfte aber nach wie vor darin bestehen, die verabschiedeten Gesetze in der Praxis durchzusetzen, ihre Einhaltung durch die Banken zu kontrollieren und die zuständigen Kontrollbehörden sowie die verantwortlichen Rechtsprechungsorgane zu einer effizienten und neutralen (das heißt korruptionsfreien) Arbeitsweise zu befähigen.

Steuersystem

Das Gelingen der marktwirtschaftlichen Transformation wird wesentlich von der Leistungsfähigkeit des Steuersystems beeinflusst. Die Basis hierfür legte ein Gesetz, das Anfang 1992 in Kraft trat. Zu den wichtigsten Einnahmequellen der öffentlichen Haushalte wurden die Mehrwertsteuer, die Gewinnsteuer der Betriebe, die Einkommenssteuer und vermehrt spezielle Verbrauchssteuern wie beispielsweise auf Tabak, Alkohol und Benzin.

Eine formelle Finanzverfassung, die die Einnahmequellen regelt und die Finanzbeziehungen zwischen den Staatsorganen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen Russlands bestimmt (Finanzausgleich), wurde jedoch nicht erlassen. Statt dessen gab es eine Fülle einzelner, oft isolierter normativer Akte zur Steuergestaltung (Gesetze, Präsidentenerlasse und Regierungsverordnungen) vor allem auf nationaler, aber auch auf regionaler Ebene.

Konsistenz, Stabilität und Verlässlichkeit der Abgaben- und Umverteilungsregelungen konnten damit nicht erreicht werden, und Steuerreformen wurden unabwendbar. Der erste, allgemeine Teil eines neuen Steuergesetzes ist bereits seit dem 1. Januar 2000 in Kraft. Der zweite Teil, der die konkrete Festlegung der einzelnen Steuern enthalten soll, befindet sich im Prozess der Realisierung. Mit Beginn des Jahres 2003 ist zum Beispiel die Umsatzsteuer abgeschafft worden und eine vereinfachte Besteuerung von Kleinbetrieben in Kraft getreten.

Die russische Regierung verfolgt mit ihren Steuerreformplänen im Wesentlichen drei Ziele:

◊ Das Steuersystem soll institutionell konsistenter, transparenter und einheitlicher gestaltet werden.

◊ Die Wirtschaft soll durch eine Reduzierung der Steuerlastquote angekurbelt und die Bereitschaft der Unternehmer gesteigert werden, der gesetzlichen Steuerpflicht auch nachzukommen, um sichere und planbare öffentliche Finanzen zu gewährleisten.

◊ Mit einer stärkeren steuerlichen Belastung der Rohstoffsektoren zu Gunsten des verarbeitenden Gewerbes soll auch ein strukturpolitischer Effekt erzielt werden.

Die Steuerreform kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn das neue Steuerrecht auch konsequent angewandt wird. Ein Blick auf die Praxis der letzten Jahre zeigt, dass es hier erhebliche Probleme gibt: Steuerzahlungen sind verhandelbar, Steuerbeamte erweisen sich oft als korrupt, Steuerzahlungen in Form von Güterlieferungen beeinträchtigen den Nutzen der Steuer, manche Unternehmer weichen in die Schattenwirtschaft aus und entziehen sich dadurch generell der Steuerpflicht. Damit das neue Steuergesetz wirksam werden kann, müssen auch hier gesellschaftliche, juristische und ökonomische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wirtschaftspolitik unter Putin

Putin strebt einen neuen Stil in der Wirtschaftspolitik an und bemüht sich, neue programmatische Inhalte durchzusetzen. Doch die bisherigen Ansätze sind widersprüchlich. Einerseits ließen seine eigenen Stellungnahmen sowie das von der Regierung unter Federführung von Wirtschaftsminister German Gref im Jahre 2000 vorgelegte umfangreiche Programm zur Neuorientierung der Wirtschaftspolitik (über einen Zeitraum von zehn Jahren) er-

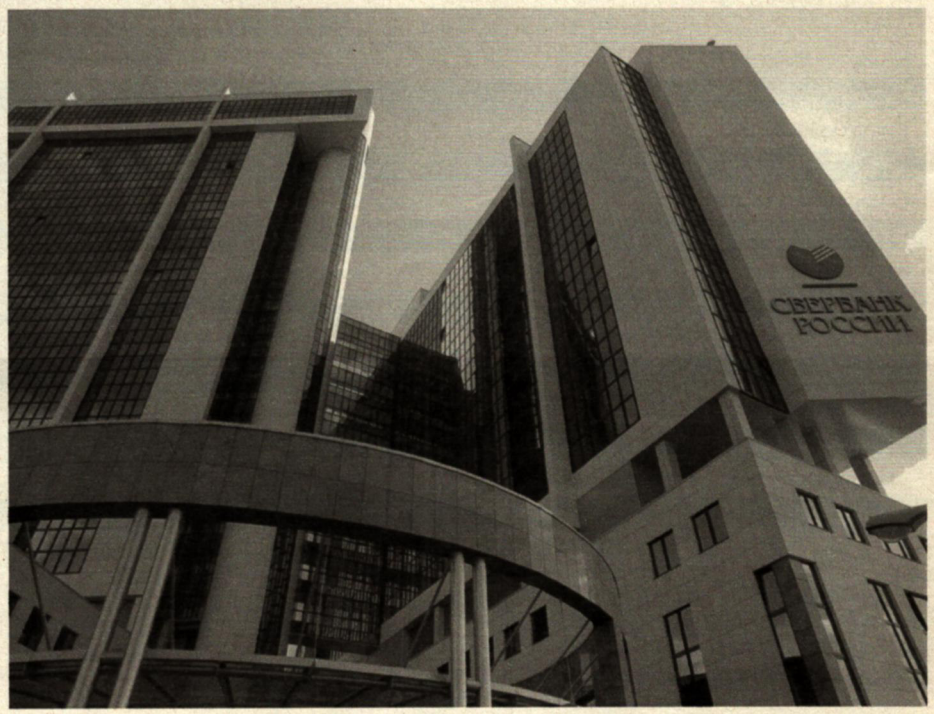


Foto: ullsteinbild

Hauptverwaltung der „Sberbank Rossii", der Sparkasse Russlands, in Moskau.

kennen, dass ordnungspolitische Maßnahmen zur festeren Verankerung der Marktwirtschaft in Zukunft eine größere Rolle spielen sollen. Dazu gehören Reformen des Steuer- und Bankwesens sowie der Unternehmen, insbesondere durch verbesserte Insolvenzregeln, der Abbau administrativer Hemmnisse für neue Betriebe und Investitionen (auch für Ausländer), die Verbesserung der Eigentumsrechte, Fortschritte beim Bodenrecht sowie die Förderung des Wettbewerbs durch Monopolkontrolle. Diese ordnungspolitischen Maßnahmen sollen stabilitätspolitisch flankiert werden durch eine Inflationskontrolle, den Abbau des Haushaltsdefizits und die Reduzierung der Staatsquote. Andererseits sind struktur- und industriepolitische Maßnahmen vorgesehen, mit denen bestimmte Wirtschaftszweige – einerseits Teile der Schwer- und Rüstungsindustrie, andererseits Bereiche der Landwirtschaft – punktuell gefördert werden sollen.

Die Weiterentwicklung und Festigung der Marktwirtschaft erfordert neben einer langfristigen Konsolidierung der politischen Autorität der Führung auch klare ordnungspolitische Ziele, das heißt die Verbesserung des institutionellen Rahmens der russischen Wirtschaft und die Absage an interventionistische Versuchungen. Die politisch-ökonomische Stabilisierung Russlands hängt aber auch davon ab, dass die russische Gesellschaft, insbesondere die politisch einflussreiche und ökonomisch strukturbestimmende Wirtschaftselite, zu einem neuen sozialen Konsens findet. Bislang ist keine die verschiedenen Gesellschaftsschichten verbindende Vorstellung eines „russischen Gemeinwohls" vorhanden, und die einflussreichen ökonomischen Akteure agieren in einem stark rentenorientierten, ja ausbeuterischen Verhalten mehr gegeneinander als miteinander. Zwar sind bei den politischen Akteuren Handlungsbereitschaft und innerhalb der russischen Eliten Anzeichen eines Umlernens erkennbar, doch wirken strukturelle Kontinuitäten und kulturelle Prägungen konservierend auf den politisch-gesellschaftlichen Status quo und verleiten zur Zuflucht in ein permanentes, ad hoc definiertes, unprofiliertes und ineffizientes „Durchwursteln".

Konjunktur und ökonomische Struktur

Ungeachtet vieler ungelöster institutioneller Fragen steht die russische Wirtschaft seit 1999 im Zeichen eines im fünften Jahr anhaltenden Aufschwungs. Er hat die wichtigsten Bereiche der Sozialproduktentstehung wie Industrie, Landwirtschaft, Dienstleistungen und Außenhandel ebenso erfasst wie den Konsum und die Investitionen sowie die Unternehmensgewinne, die Löhne und Gehälter. Dieser Aufschwung wirkte sich gleichermaßen auf die reale wie die monetäre Entwicklung aus und beeinflusste die Außenwirtschaft Russlands positiv. Auch die Arbeitslosigkeit ist etwas zurückgegangen.

Das Wachstum verlief jedoch nicht gleichmäßig. Es vollzog sich in den einzelnen Sektoren unterschiedlich intensiv, so beispielsweise in der Industrie vorrangig im Energiesektor, und wies zudem eine schwankende Gesamtdynamik auf. Nach einem bereits guten, wenn auch unausgewogenen Start im Jahre 1999 stellte sich 2000 als ausgesprochenes Boomjahr heraus: Bei der gesellschaftlichen Wertschöpfung nahmen das Bruttoinlandsprodukt um zehn Prozent, die Industrieproduktion um fast zwölf Prozent, die Bruttoanlageinvestitionen um 17,4 Prozent und der private Verbrauch um 9,3 Prozent zu.

In den Jahren 2001 und 2002 folgte eine Wachstumsverlangsamung, im Jahre 2003 eine erneute Beschleunigung, die vor allem vom Export und der Kapitalbildung getragen wird. Die positive russische Wirtschaftsentwicklung seit 1999 hat für das Land, seine Führung sowie sein internationales Umfeld eine erhebliche Bedeutung. Zum ersten Mal seit 1990 sind wirkliche Verbesserungen eingetreten, Russland erscheint nicht mehr als „abgekoppeltes Transformationsland", Meinungsumfragen ermittelten hohe Zustimmungswerte für den Präsidenten, und es ergeben sich neue Spielräume für Reformen. Auch die internationale Reputation der Russländischen Föderation, wie sie in verschiedenen „Ratings" internationaler Bewertungs- und Beratungsinstitutionen zum Ausdruck kommt, hat sich bemerkenswert erhöht. Einschränkend ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der Aufschwung von einem niedrigen Niveau ausging (Basiseffekt) und er bisher noch nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung in der veralteten Substanz der russischen Wirtschaft geführt hat. Es ist bisher auch nur teilweise gelungen, die sozialen, regionalen und sektoralen Disproportionen zu überwinden, die die Entwicklung der russischen Wirtschaft und Gesellschaft bis in die Gegenwart mit negativen sozialen und politischen Auswirkungen begleitet haben.

Die Struktur der russischen Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren kaum moderner geworden, teilweise nahm ihre Unausgeglichenheit zu, wobei eine starke Inter-

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1996 bis 2003[1]

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (1. HJ)
Bruttoinlandsprodukt[2]	–3,6	1,4	–5,3	6,4	10,0	5,0	4,1	6,8
Industrieproduktion[2]	–4,5	2,0	–5,2	11,0	11,9	4,9	3,7	7,0
Agrarproduktion[2]	–5,1	1,5	–13,2	4,1	5,0	6,8	1,7	–2,4
Bruttoanlageinvestitionen[2]	–18,0	–5,0	–12,0	5,3	17,4	8,7	2,6	12,0
Gütertransportvolumen[3]	–4,6	–3,4	–3,4	5,2	4,8	3,1	5,6	7,1
Einzelhandelsumsatz[2]	–4,1	4,7	–3,3	–7,7	8,7	10,8	9,1	8,8
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte[4]	–0,8	6,3	–16,9	–15,8	9,3	5,9	8,8	13,0
Nominallöhne und -gehälter	57,3	20,2	10,6	43,4	46,0	45,5	35,0	25,7
Reallöhne und -gehälter	6,4	4,7	–13,4	–22,8	20,9	19,8	16,6	10,3
Verbraucherpreise[5]	22,0	11,0	84,4	36,5	20,2	18,6	15,1	13,9
Budgetsaldo (Prozent BIP)	–8,4	–7,1	–5,9	–1,4	1,2	2,9	1,4	3,3 (1–4)
Arbeitslosenquote am Periodenende	9,3	9,0	11,8	11,7	10,2	9,0	7,4	5,0
Warenexport (auf US-Dollarbasis)	9,3	–0,3	–15,9	1,3	39,5	–2,6	2,5	19,9
Warenimport (auf US-Dollarbasis)	12,9	7,0	–19,8	–31,7	13,5	17,8	12,5	23,0
Auslandsverschuldung (in Milliarden US-Dollar)	136,1	134,6	158,2	154,6	142,4	133,1	123,5	124,8

[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in Prozent [2] Real [3] Auf Basis Tonnen-Kilometer [4] Jahresdurchschnitt
[5] Dezember zu Dezember des Vorjahres

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht Nr. 6/2002, S. 90; Bofit, Helsinki, Russian Economy. The Month in Review, Nr. 7–8/2003, S. 1–3; http://www.gks.ru/scripts/free.

dependenz zwischen sektoraler und regionaler Wirtschaftsstruktur und Außenwirtschaftsstruktur wirksam geworden ist. Im vergangenen Jahrzehnt haben sich zwar die Anteile der Industrie (von 35 Prozent auf 32 Prozent) und der Landwirtschaft (von 8,5 Prozent auf sieben Prozent) reduziert, während der Dienstleistungsanteil von 50 Prozent auf 55 Prozent anstieg. Innerhalb des Industriesektors nahm die traditionelle „Schwerindustrielastigkeit" jedoch dramatisch zu. Brennstoffindustrie und Metallurgie vergrößerten ihre Anteile, während der Beitrag „moderner" Industriezweige wie Maschinenbau und Konsumgütererzeugung rückläufig war.

Dies fand seine Entsprechung auch in der Struktur der Außenwirtschaft. Generell beruht der russische Außenhandel – wie zuvor der sowjetische – auf einer komplementären statt (wie für reife Industrieländer typisch) auf einer substitutiven Grundlage, das heißt, es werden Energie und Rohstoffe gegen Fertigprodukte wie Maschinen und Konsumgüter gehandelt und die Eingliederung Russlands in die intraindustrielle Arbeitsteilung bleibt relativ gering. Auf der Exportseite hat sich das traditionelle Übergewicht der Energie- und Metallexporte weiter erhöht. Der Anteil der beiden Produktgruppen an den russischen Ausfuhren stieg im vergangenen Jahrzehnt von knapp 60 auf circa 70 Prozent an.

Gleichzeitig verlagerte sich die ökonomische Dynamik Russlands auf die zentralen und nordwestlichen Gebiete des Landes, die sowohl von der Erweiterung des Dienstleistungssektors als auch von der Dominanz der Rohstoff- und Energiewirtschaft profitierten. Auch in Westsibirien und der Wolgaregion haben nur Gebiete, in denen Erdöl und Erdgas gefördert werden, ihre Anteile am Bruttoinlandsprodukt steigern können. Insgesamt bilden sich in Russland neue ökonomische Kernregionen. Die Dynamik der Märkte führt zu Bedeutungsverlusten peripherer Räume wie Ostsibirien und der Ferne Osten, was wiederum mit sozialen Fragen für die dort lebende Bevölkerung verbunden ist und Wanderungsimpulse auslöst.

Die trotz anhaltender Disproportionen bemerkenswerte Erholung der russischen Wirtschaft beruht zum einen auf exogenen, das heißt von der eigenen Wirtschaft unabhängigen Faktoren. Hier spielte vor allem die für Russland günstige Entwicklung des Weltrohölpreises eine Rolle, die nicht nur die Gewinnsituation im Energiesektor, sondern auch Staatshaushalt und Devisenreserven positiv beeinflusst hat. Bedeutsam war auch der starke Wertverlust des Rubels infolge der Finanzkrise von 1998 sowie der sich krisenbedingt einstellende massive Einbruch der Reallöhne um circa 30 Prozent.

Alle genannten Faktoren reduzierten die Produktionskosten, begünstigten Staatseinnahmen und Unternehmensgewinne,

Trends in der modernen russischen Landwirtschaft

Russland besteht zu großen Teilen aus Agrarböden. In den fruchtbaren Gegenden des Landes mit den ertragreichen Schwarzerdeböden, in Süd- und Zentralrussland, liegen 47 Millionen Hektar Ackerland: Ingesamt verfügt Russland über mindestens 129 Millionen Hektar Ackerland, von denen rund 15 Millionen brachliegen – das entspricht dem Doppelten der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. […]

Ekoniwa steht in Russland für ökologischen Landbau. Ekoniwa wurde 1993 als Beratungsunternehmen für Öko-Anbau und Agrarpolitik von einer Gruppe junger deutscher und russischer Agrarfachleute gegründet. Einer von ihnen war Stefan Dürr aus Baden-Württemberg. Ihn verschlug es 1989 als ersten deutschen Praktikanten auf eine Kolchose, einen genossenschaftlichen Agrarbetrieb, im Moskauer Gebiet. Zwei Jahre später machte er in Russland sein Diplom als Landwirt. […] Für den heute 38 Jahre alten Dürr ist die russische Landwirtschaft zur Herausforderung, womöglich zur Lebensaufgabe geworden. Die Verwaltungszentrale von Ekoniwa liegt in Moskau und beschäftigt rund hundert Mitarbeiter. […] Denn Ekoniwa hat sich zu einer Agrar-Holding von beachtlicher Größe entwickelt. Zu den Geschäftstätigkeiten der Holding gehören der Import von Landmaschinen und Saatgut, die Saatgutvermehrung in Russland selbst und als Hauptaufgabe die eigene Landwirtschaft im größeren Stil. In den Gebieten Kursk, Woronesch, Krasnodar und Orenburg hat Dürr inzwischen 38 000 Hektar Agrarland gepachtet, bis zu 50 000 Hektar sollen es in Zukunft werden.

Dürr liegt mit Ekoniwa im Trend. Denn der moderne russische Landwirt trägt keinen Arbeitskittel, sondern ein weißes Hemd und eine Designer-Krawatte. Spätestens seit der Finanzkrise vom August 1998, in deren Folge Nahrungsmittelimporte nach Russland stark zurückgingen […] hat im russischen Agrarsektor eine Umstrukturierung großen Ausmaßes begonnen. […]

Zerfallene Kolchosen, verödete Sowchosen, Staatsbetriebe werden immer mehr auch von russischen Großkonzernen wie den Finanzindustrie-Gruppen in Form von Agrar-Holdings geführt. Im vergangenen Jahr (2001 – *Anm. d. Red.*) sind nach Angaben des russischen Landwirtschaftsministeriums rund eine Milliarde Dollar aus dem Banken- und Finanzwesen in die Landwirtschaft geflossen. Die Holding Interros des Magnaten Wladimir Potanin etwa, zu der Konzerne wie Norilsk Nikel, der Motorenbauer Perm, die Rosbank und einige Rüstungsbetriebe zählen, gründete Ende des vergangenen Jahres die Agrar-Holding Agros, die 55 Prozent Anteil am größten russischen Getreidehändler RosChlebprodukt besitzt. Agros vereinige, sagt der Vorstandsvorsitzende Leonid Tscherschinskij, mehr als 80 landwirtschaftliche Betriebe, besitze Anteile an über 40 Aktiengesellschaften und habe, meist in den Gebieten Stawropol und Woronesch, 80 000 Hektar Ackerland gepachtet. […] Die Rostower Holding Jug Rossii (Süden Russlands) wurde 1993 ohne landwirtschaftsfremden Anteilseigner gegründet. Inzwischen bewirtschaftet die Holding 150 000 Hektar mit rund 400 Traktoren und 180 Mähdreschern. Sie ist der größte russische Exporteur von Sonnenblumenkernen. Jug Rossii baute eine der größten Ölmühlen Europas mit einer Verarbeitungskapazität von 400 000 Tonnen im Jahr. 1999 deckte Russland seinen Bedarf an Pflanzenöl erstmals selbst, ein Jahr später exportierte es schon 135 000 Tonnen, 85 Prozent davon über das firmeneigene Terminal von Jug Rossii. Außerdem werden 4600 Rinder, 17 500 Schweine und 10 000 Schafe gehalten. Eine eigene Wurstfabrik verarbeitet das Fleisch. Seit diesem Jahr stellt Jug Rossii auch Speiseeis her, das Unternehmen besitzt diverse Bäckereien, Getreide- und Graupenmühlen, Imkereien, Räuchereien.

Dürr baut auf seinen – erst einmal für zehn Jahre gepachteten – russischen Ländereien Saatgut an für Getreide und Erbsen, außerdem Braugerste, Raps, Mais, Sonnenblumen und Zuckerrüben. Das von Präsident Wladimir Putin vor kurzem unterzeichnete Gesetz zum Kauf und Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen (Bodenkodex) ermöglicht offiziell erstmals seit 1917 privaten Agrarlanderwerb in Russland […]. Der Ausländer Dürr bewertet das neue Gesetz zurückhaltend. Er sei generell gegen den Verkauf von Agrarland. „Wer auf dem Land produziert, benötigt kein Eigentum an Boden. Eine Pacht für zehn, zwanzig, fünfzig Jahre reicht vollkommen." […]

Pacht – das bedeutet für Dürr nicht nur die Zahlung von umgerechnet rund 10 Dollar je Hektar und Jahr, sondern auch soziale Verpflichtungen. So erhält jeder Verpächter von ihm eine Tonne Getreide, Brennstoff und Kohle, die Beerdigungen im Dorf werden gezahlt und die medizinische Versorgung. Kolchosschulen und Kindergärten beliefert man mit freien Mittagessen. […] Zehn Jahre, sagt Dürr, hätten Kolchosarbeiter oft keine Löhne erhalten. Dafür habe sich jeder das genommen und verkauft, an das er rankam: die Melkerin Milch, der Traktorfahrer Diesel, der Ökonom Pflanzenschutzmittel und der Direktor Getreide. Das ist vorbei: Heute zahlen die modernen Holdings gut und pünktlich.

Elfie Siegl, „Der moderne russische Landwirt trägt zum weißen Hemd eine Krawatte von Versace", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. September 2002.

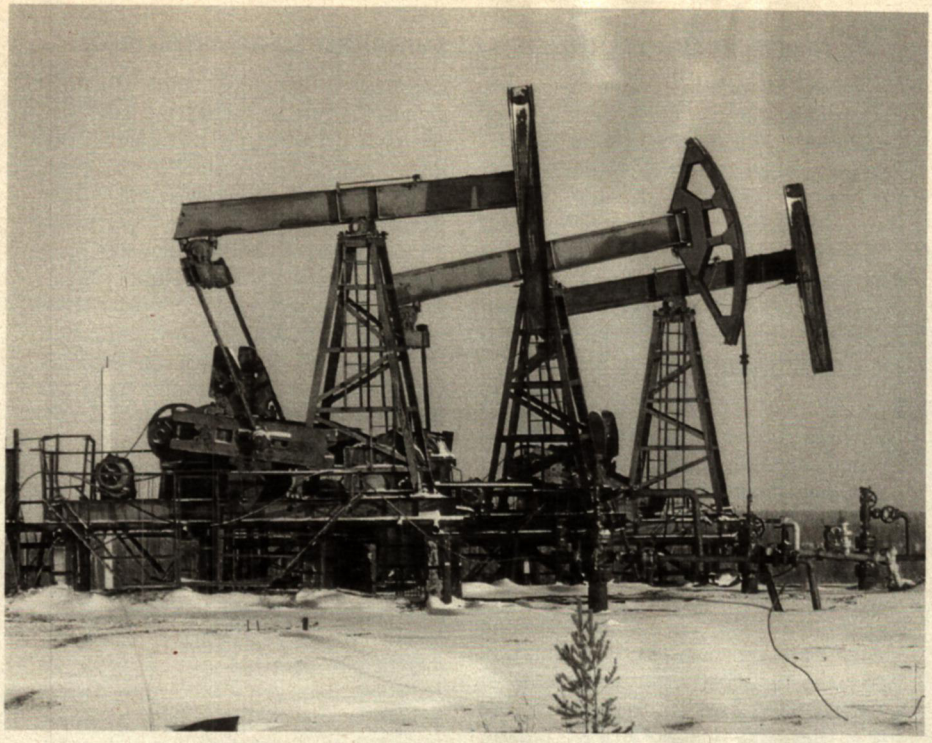


Foto: dpa

Erdölförderung bei Usinsk in der Region Komi, Ural. Die Dominanz des Rohstoff- und Energiesektors charakterisiert unverändert die russische Wirtschaft.

belebten die Exporte, ließen die Importe stark zurückgehen und schafften Spielräume für die Expansion heimischer Märkte und Investitionen. In der russischen Landwirtschaft sorgten gute Witterungsbedingungen in vier aufeinander folgenden Jahren (1999–2002) für gute Resultate. Die Kostenbelastung durch den Tschetschenienkrieg schlug demgegenüber ökonomisch kaum zu Buche.

Gewiss hat auch ein Putin-Effekt, eine Mischung aus Rhetorik und Manipulation der öffentlichen Meinung, entschiedenem Auftreten und ersten wirtschaftspolitischen Schritten, neben der verbesserten ökonomischen Lage zu einer spürbar optimistischen Atmosphäre beigetragen, die das Verhalten der Unternehmen bei der einen oder anderen Investitionsentscheidung beeinflusst haben mag. Insgesamt reicht das inzwischen in der Russländischen Föderation geschaffene institutionelle Gefüge aus, um die russische Wirtschaft auf Marktsignale reagieren zu lassen.

Der große Wirtschaftsraum wächst aufgrund gestärkter zentraler Autorität, anlaufender Reformen und erfolgreicher Remonetarisierung der Wirtschaft nach der Finanzkrise vom August 1998 wieder zusammen und lässt einen Nachfragesog entstehen, auf den das Angebot mit Produktions- und Investitionsausweitungen reagiert. Ohne Ausbau und Festigung marktwirtschaftlicher Institutionen sowie von Instrumenten einer ordnungspolitisch adäquaten und den russischen Bedingungen angepassten Prozess- und Strukturpolitik dürften eine größere Stetigkeit der Wachstumsdynamik und mehr Gleichgewicht in den Entwicklungsproportionen aber kaum zu erreichen sein. Damit bleibt die Frage nach dem Fortschritt der ökonomischen Systemtransformation in Russland auf der Tagesordnung.

Russland und die Welt

Christian Meier

Außenpolitische Konzeptionen seit 1991

Der anhaltende Transformationsprozess seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat auch die Außenpolitik der Russländischen Föderation erfasst. Dabei geht es vorrangig um eine Neupositionierung Russlands als internationaler Akteur, der zu Einfluss und Mitgestaltung fähig ist. Dem stehen mindestens zwei Hindernisse entgegen. Russland verfügt bislang nicht über die dafür notwendigen wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Ressourcen, und die russische Führung ist immer noch auf der Suche nach der nationalen Identitätsbestimmung, ohne die wiederum eine verlässliche internationale Standortbestimmung des Landes nicht möglich ist.

Im Formierungsprozess der russischen Außenpolitik seit 1991 lassen sich vier Phasen unterscheiden:

- ◊ bedingungslose Hinwendung zum Westen (1991–1992);
- ◊ Priorität des „Nahen Auslands" (1993–1995);
- ◊ geopolitischer Multipolarismus und kompensatorische Realpolitik (1996–1999);
- ◊ Kurs auf einen neuen kalkulierten Euroatlantismus (2000–2003).

In allen Phasen besteht ein enger Zusammenhang von Außenpolitik und Wirtschaft.

Bedingungslose Hinwendung zum Westen

Für die neue Moskauer Führung unter Präsident Jelzin war die Grundrichtung der russischen Außenpolitik bereits durch das während der Perestrojka entwickelte Konzept des „Neuen Politischen Denkens" festgelegt. Russland sollte nach Westen und insbesondere nach Europa hin geöffnet werden. „Europäismus" bedeutete für Jelzin und Außenminister Andrej Kosyrew eine Vertiefung der Kontakte zu europäischen Organisationen, um dadurch rasch den Weg für eine Mitgliedschaft Russlands in der Europäischen Gemeinschaft zu ebnen. „Atlantismus" war gleichbedeutend mit der Entscheidung Moskaus, dem 1991 gegründeten „Nordatlantischen Kooperationsrat" beizutreten und Russland dadurch langfristig die Perspektive eines Nato-Beitritts zu ermöglichen.

Mit dieser Ausrichtung ihrer Politik versuchte die neue russische Führung den Westen davon zu überzeugen, dass nur durch die rasche, umfassende Integration Russlands in die euroatlantischen Strukturen Demokratie, Marktwirtschaft und das westliche Wertesystem fest im Lande verankert werden könnten. Doch in den westlichen Hauptstädten galt umgekehrt eine erfolgreiche politisch-ökonomische Systemtransformation des großen Nachbarn im Osten als Vorbedingung für eine partielle Öffnung der integrativen Zusammenschlüsse im euroatlantischen Raum.

Ganz ohne materiellen Erfolg blieb das intensive russische Werben um die USA und Europa nicht. Im Frühjahr 1992 wurde Russland Mitglied des Internationalen

Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Die Einladung von Präsident Jelzin zu den politischen Gesprächen der Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten (G7) auf dem alljährlichen Weltwirtschaftsgipfel, der 1992 in München stattfand, leitete die schrittweise Einbindung Russlands in dieses Gremium ein, die im Jahr 2000 mit der Vollmitgliedschaft abgeschlossen wurde.

Ein enges europäisch-amerikanisches Zusammenwirken führte zur Bereitstellung eines internationalen Hilfspakets für Reformen in Russland in Höhe von 28 Milliarden US-Dollar. Die EU ersetzte das noch mit der UdSSR im Dezember 1989 geschlossene Handels- und Kooperationsabkommen durch eine neue vertragliche Vereinbarung und gab damit den Beziehungen zu Russland den Charakter einer sich vertiefenden Partnerschaft.

Foto: dpa

Boris Jelzin (2. v. l.) im Kreis der Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen im Juli 1992 in München. Im Jahr 2000 wurde Russland Vollmitglied dieses Gremiums.

Priorität des „Nahen Auslands"

Doch diese Ergebnisse beeindruckten die Opposition in Russland – Nationalpatrioten und Kommunisten – nicht. Beide Gruppierungen verurteilten den „bedingungslosen Euroatlantismus" als „idealistisch" und „romantisch". Er sei der Würde und Größe Russlands unangemessen, weil er das Land zum Juniorpartner der USA herabstufe und damit seine Rolle als eigenständiger Akteur im internationalen System nachhaltig schwäche. Außerdem habe die Jelzin-Administration durch diese einseitige Festlegung traditionelle Einflusszonen im postsowjetischen Raum sträflich vernachlässigt und damit ein wichtiges Nationalinteresse grob verletzt.

Der starke Widerhall dieser Kritik in der russischen Innenpolitik veranlasste die Moskauer Führung im Dezember 1992 zu einer deutlichen Kurskorrektur. Fortan sollte die russische Diplomatie der Devise des alten russischen Wappens folgen, auf dem ein zweiköpfiger Adler sowohl in Richtung Westen als auch in Richtung Osten blickt. Außerdem bekräftigten Jelzin und Kosyrew im Frühsommer 1993, dass dem „Nahen Ausland", das heißt den Nachfolgestaaten der vormaligen Sowjetunion, absolute Priorität einzuräumen sei. Damit wurde vorrangig das Ziel verfolgt, den Zusammenhalt des postsowjetischen Raumes durch eine verstärkte bi- bzw. multilaterale wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu fördern sowie dort den Schutz der russischen Minderheiten zu gewährleisten.

Der Paradigmenwechsel der offiziellen Außenpolitik vollzog sich vor dem Hintergrund einer harten Auseinandersetzung über Russlands Identität und seinen Standort in der Welt, geführt von zumindest drei größeren Gruppierungen, die sich in ihren Argumenten teilweise überschnitten. Mit den neuen „Westlern", den *Sapadniki*, wetteiferten die „Eurasianer" und die Anhänger der „Russischen Idee". Alle drei operierten mit dem Begriff der „Rückkehr", wobei die „Westler" die Rückkehr in den „Schoß der Weltzivilisation" oder Europa meinten, die anderen die Rückkehr zu den nationalen Traditionen. Während sich die Westler für die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft aussprachen, plädierten die Neoslawophilen für eine Renaissance der „Russischen Idee" und damit für einen Sonderweg Russlands, den sie aufgrund der kulturellen und christlich-orthodoxen Traditionen schon vorgezeichnet sahen.

Für die außenpolitische Praxis bedeutete dieser Paradigmenwechsel keinesfalls ein Ende der Bemühungen um einen Anschluss an die euroatlantischen Organisationen. Es wurde aber versucht, sie stärker als zuvor am jeweiligen russischen Einzelinteresse auszurichten. Dabei konnte es manchmal zu Interessenkonflikten mit den westlichen Partnern kommen. Beispiele waren die Auseinandersetzungen um die Aufnahme Russlands in den Europarat, die erst Anfang 1996 erfolgte, und der Beitritt Moskaus zum Nato-Programm „Partnerschaft für den Frieden" im Juni 1994, nachdem die russische Führung mit ihrem Plan gescheitert war, anstelle einer Osterweiterung der Nato die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zum Hauptpfeiler einer neuen europäischen Sicherheitspolitik zu machen. Dazu gehört auch der erste Tschetschenienkrieg im Herbst 1994, obwohl Russland sich zuvor im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze und der Menschenrechte verpflichtet hatte.

Multipolarismus und Realpolitik

Am 5. Januar 1996 berief Präsident Jelzin den damaligen Leiter des Auslandsgeheimdienstes, Jewgenij Primakow, zum neuen russischen Außenminister. Im Unterschied zu Kosyrew, der als „Westler" abgestempelt war, galt Primakow als „Zentrist", als „Realist" und als „Geopolitiker". Getreu seinem Credo, dass Russland als Großmacht nach allen Richtungen agieren müsse, bemühte er sich, die internationale Politik nach den Erfordernissen eines geopolitisch ausgewogenen Gleichgewichts zu gestalten.

Die „Primakow-Doktrin" sah die USA zwar in vieler Hinsicht als gegenwärtig mächtigsten Staat in der Welt, aber nicht als das Zentrum, um das herum die maßgeblichen Prozesse und Ereignisse der internationalen Politik kreisten. Die vorherrschende Tendenz sei vielmehr in der Gegenwart der Übergang von der konfrontativen zweipoligen zu einer multipolaren Welt. Den Euroatlantikern, die sich um jeden Preis an den Westen annähern wollten, hielt Primakow entgegen, dass Russland auf der Basis gemeinsamer Interessen zu gleichberechtigten, partnerschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten kommen müsse. Im Rahmen dieses neuen Konzepts wurden im Zeitraum 1996 bis 1998 eine „strategische Partnerschaft" mit China, die „Union mit Belarus" sowie neue wirtschaftliche Zusammenschlüsse mit anderen Nachfolgestaaten der UdSSR vereinbart.

Wo Russland neue Bündnisse, die seinen nationalen Interessen zuwiderliefen, in der internationalen Politik nicht verhindern konnte, bemühte es sich um handfeste Kompensationen und Konzessionen. Die Hinnahme der Osterweiterung der Nato kompensierte es beispielsweise mit einem Sonderstatus im Verhältnis zur Nato durch die Einrichtung eines Nato-Russland-Rats im Mai 1997. Außerdem gelang Primakow die Aufwertung Russlands im Rahmen der G7, die Aufnahme seines Landes in den Pariser Club (siehe S. 56) sowie die Zusicherung amerikanisch-europäischer Un-

Foto: dpa

Beim deutsch-russischen Gipfeltreffen in Weimar im April 2002 erhielt Russland von Seiten seines Hauptgläubigers Deutschland einen partiellen Schuldenerlass.

terstützung für den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) sowie mittelfristig auch zur OECD.

Weiteren Bemühungen, Russland als internationalen Akteur selbstbewusst zu positionieren, setzte die tief greifende Staats-, Wirtschafts- und Finanzkrise, die am 17. August 1998 zum offenen Ausbruch kam, eine schmerzliche Grenze. Doch Jelzin und Primakow hielten, wie ihr Verhalten in der Balkankrise 1998/99 zeigte, weiterhin Großmachtrhetorik und Aktionismus mit der Rolle eines wirtschaftlichen und finanziellen Bittstellers in der euroatlantischen Welt für vereinbar. Erst unter Wladimir Putin änderte sich diese für Russland wenig befriedigende Situation grundlegend.

Kalkulierter Euroatlantismus

Ihre offiziellen programmatischen Äußerungen vor, aber erst recht ihr Kurs nach dem 11. September 2001 zeigten deutlich das Bestreben der Putin-Administration, die russische Außenpolitik konzeptionell umzustellen.

Dazu gehörte der Abschied von dem unter Jelzin propagierten Selbstbild einer Supermacht Russland und von den bisherigen Bemühungen, Russland als ebenbürtigen weltpolitischen Mit- oder Gegenspieler der USA zu etablieren. Putin verfolgt statt dessen einen kalkulierten Euroatlantismus.

Seine strategische Hinwendung zur Antiterror-Koalition führte am 28. Mai 2002 zur „Erklärung von Rom", in der die Nato mit der russischen Führung die Einsetzung eines Nato-Russland-Rates vereinbarte. In vielen, ganz unterschiedlichen Bereichen unterhalb der militärischen Integration definiert er Problembereiche, zu deren Lösung die bisherigen Nato-Mitgliedstaaten und Russland gemeinsam und gleichberechtigt beitragen wollen. Hierzu zählen insbesondere der Kampf gegen Terrorismus, Einsätze zur Friedenswahrung (*peacekeeping*) sowie Maßnahmen der Rüstungskontrolle und der Vertrauensbildung.

Die fast gleichzeitig in Washington erzielte Rüstungsvereinbarung mit den USA erlaubt Moskau, bei der bis 2012 zur Stationierung freigegebenen Anzahl von 2200 Sprengköpfen die strategischen Waffen mit der günstigsten Kosten-Nutzen-Relation beizubehalten. Dafür sagte Moskau nicht nur die Unterstützung der amerikanischen Raketenabwehrpläne zu, sondern nahm auch eine zweite Stufe der Nato-Osterweiterung hin. Im Gegenzug hat der Westen wiederum den Tschetschenien-Konflikt zwar nicht offen, aber stillschweigend als interne Angelegenheit Russlands behandelt. Wie virtuos Putin mittlerweile seinen kalkulierten Euroatlantismus praktiziert, zeigte sich darin, dass er trotz einer gemeinsamen Ablehnung der amerikanischen Intervention im Irak mit Deutschland und Frankreich alle diplomatischen Türen in Washington offen hielt.

Außerdem konzentriert sich die russische Führung im Rahmen ihrer neuen Konzeption nach einer fast zehnjährigen Phase strategischer Ambivalenz in der Außenpolitik jetzt voll auf die komplexe Modernisierung des Landes. Hauptgrund dafür ist, dass Russland im internationalen Vergleich der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur gegenüber den westlichen Hochtechnologieländern, sondern auch gegenüber den zu neuen EU-Mitgliedern avancierten Transformationsstaaten in Ostmitteleuropa deutlich zurückliegt, mit denen es fast zeitgleich den Entwicklungsweg zu Demokratie und Marktwirtschaft beschritten hat. Da die Modernisierung Russlands in einem globalisierten Umfeld nicht nur die Mobilisierung der vorhandenen inneren Ressourcen und tief greifende Systemreformen, sondern auch einen umfangreichen Ressourcentransfer aus dem Ausland, insbesondere aus dem euroatlantischen Raum, erfordert, sind die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt der russischen Außenpolitik.

Sie zielen vorrangig darauf ab, Russland nach der August-Krise von 1998 im System internationaler Finanzbeziehungen neu zu verorten, die Wirtschaftskooperation mit wichtigen außenpolitischen Partnern bzw. Partnergruppen auf breiter Front zu erweitern und zu vertiefen sowie den stagnierenden Prozess der Einbindung Russlands in leitende Institutionen der Weltwirtschaft zu forcieren. Mit diesem Kurs eröffnen sich Russland größere Einflussmöglichkeiten auf das internationale Geschehen.

Bemühungen um internationales Kapital

Seit der August-Krise von 1998 bemüht sich die russische Regierung, wieder als eine kreditwürdige Partnerin in den internationalen Finanzbeziehungen zu gelten. Die entsprechenden Anstrengungen lassen sich unter den Begriffen neues Schuldenmanagement, mehr Auslandskapital und weniger Kapitalflucht sowie strukturorientierte Finanz- und Beratungshilfen von internationalen Finanzorganisationen zusammenfassen.

Neues Schuldenmanagement

Ende Juli 1999 wurde eine erste Übereinkunft mit dem Pariser Club, dem Zusammenschluss der wichtigsten Gläubigerstaaten wie Deutschland, die USA und Frankreich, getroffen. Danach sollten in einem Gesamtvolumen von 8,2 Milliarden US-Dollar Fälligkeiten für sowjetische Altschulden in den Jahren 1999 und 2000 auf 20 Jahre bei fünf Freijahren gestreckt werden. Außerdem verpflichtete sich die russische Regierung, als Abschlag vorab 600 Millionen US-Dollar an Umschuldungszinsen zu zahlen und einen weiteren Betrag von 500 Millionen US-Dollar in den nächsten fünf Jahren zu entrichten.

Mit dem Londoner Club, dem Zusammenschluss von Großbanken, vereinbarte die russische Regierung in der ersten Februarhälfte 2000 erstmals einen Erlass von 36,5 Prozent der Altschulden in Höhe von rund 32 Milliarden US-Dollar und die Umstrukturierung der Restschulden.

Folgerichtig bemühte sich die Führung in Moskau auch bei den öffentlichen Gläubigern im Pariser Club um eine Neuregelung der Altschulden und einen Schuldenteilerlass. Doch diese Vorstöße scheiterten am Widerstand der Bundesrepublik Deutsch-

land – mit 18,8 Milliarden US-Dollar (47,8 Prozent) 2003 die Hauptgläubigerin – und der anderen G7-Staaten, den Russland auch durch seinen Beitritt zur Antiterror-Allianz nach den Ereignissen vom 11. September 2001 nicht aufbrechen konnte.

Seither ist Moskau pünktlicher Schuldenzahler, der Anteil der Auslandsverschuldung am BIP ist kontinuierlich zurückgegangen. Lag er 1998 noch bei 146 Prozent, so erreichte er 2002 nur noch einen Wert von 40,9 Prozent. Russland wird auch die nächsten drei Jahre bei der Budgetierung der Ausgaben sehr stark von der Verschuldung abhängig sein, weil bis 2005 hohe Rückzahlungen in der Größenordnung von insgesamt 47,5 Milliarden US-Dollar fällig werden.

Im Jahre 2002 gab es für Russland dennoch einen partiellen Schuldenerlass, und zwar bei Altschulden in Höhe von 6,4 Milliarden Transferrubel (rund 7,6 Milliarden Euro), die aus dem Warenverkehr der Sowjetunion mit der DDR im Rahmen des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stammten. Auf dem deutsch-russischen Gipfel im April 2002 in Weimar wurde eine „Paketlösung" für dieses Problem getroffen. Bis Februar 2004 soll Russland in vier Raten insgesamt 500 Millionen Euro an die Bundesrepublik zurückzahlen. Nach der Flutkatastrophe im Sommer 2002 in Deutschland hat Moskau bereits im September 2002 die zweite Rate vorzeitig überwiesen.

Kapitalzu- und -abflüsse

Seit Beginn des Transformationsprozesses hat Russland wegen ungenügender Reformfortschritte nur einen geringen Kapitalzufluss aus dem Ausland zu verzeichnen. Die praktischen Folgen sind nicht nur eine Überalterung der Produktionsanlagen, von denen 2001 bereits 38 Prozent länger als 20 Jahre im Einsatz waren, sondern auch eine niedrige Produktivität der verarbeitenden Wirtschaft sowie eine ausgeprägte Schwäche bei der Entwicklung weltmarktfähiger Produkte und bei der Einführung neuer Technologien. Mit einer Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Steuer-, Gesellschafts- und Arbeitsrecht, Eigentum an Grund und Boden sowie Gerichtsbarkeit versucht die Putin-Administration, Russland als Investitionsstandort attraktiver zu gestalten, und kann erste Erfolge verzeichnen.

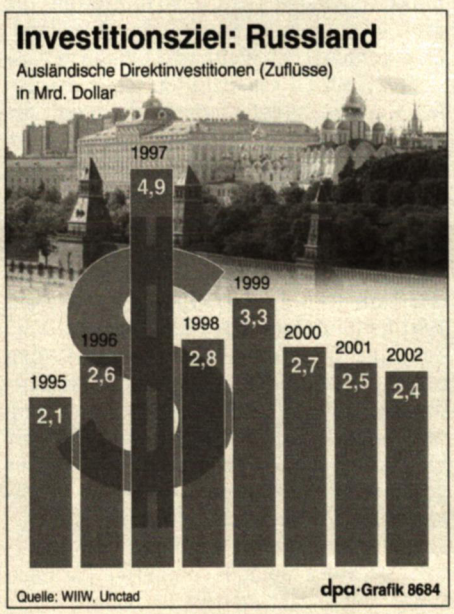
Gegenüber 2001 stieg das Auslandskapital 2002 um fast 39 Prozent, insgesamt betrug es 19,8 Milliarden US-Dollar. Doch die Struktur dieser Investitionen ist nicht zufriedenstellend. Das Gros der Zuflüsse (77,4 Prozent) bestand aus Handels- und anderen Krediten sowie Bankeinlagen, die gegenüber 2001 sogar einen Zuwachs von 55 Prozent verzeichneten. Doch Direktinvestitionen, die in den Aufbau neuer Produktionsstätten und Vertriebsnetze bzw. den Erwerb bestehender Unternehmen gehen sollen, hatten nur einen Anteil von 20,2 Prozent. Der Rest mit 2,4 Prozent waren Portfolioinvestitionen (Anteilpapiere, Schuldverschreibungen, Geldmarktpapiere).

Die Gründe für diese Zurückhaltung sind das immer noch unzureichende Vertrauen in die Nachhaltigkeit der Reformschritte sowie ordnungspolitische Defizite im Finanz- und Bankensystem. Zu den hauptsächlichen Herkunftsländern zählen seit Jahren Deutschland, Zypern (Rückführung von Fluchtgeld), die USA, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Italien, auf die ein Anteil von 74 Prozent der gesamten Kapitalzufuhr aus dem Ausland entfällt. Wenig erfreulich ist überdies die regionale Verteilung der Investitionen, von denen der Löwenanteil auf Moskau, St. Petersburg und die an Öl bzw. Gas reichen Regionen entfällt.

Nach Expertenmeinung ist in den kommenden Jahren aber mit einem Durchbruch bei den Auslandsinvestitionen zu rechnen. Als Signal für andere potenzielle Großinvestoren wird die Entscheidung von BP Mitte Februar 2003 gewertet, eine Summe von 6,75 Milliarden US-Dollar in die Gründung eines neuen Gemeinschaftsunternehmens mit den russischen Ölkonzernen TNK und Sindanco zu investieren und damit zum drittgrößten Ölproduzenten Russlands aufzurücken. Auch die Kapitalflucht aus Russland ist in den Jahren 2000 bis 2002 von 24 Milliarden US-Dollar (knapp 13 Prozent des BIP) auf 11,2 Milliarden US-Dollar zurückgegangen, und im zweiten Quartal 2003 floss erstmals seit 1991 mehr Kapital nach Russland hinein statt aus Russland ab.

Internationale Finanz- und Beratungshilfe

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im August 1998 konnte die russische Regierung neue Finanzhilfen nur noch über internationale Organisationen erhalten. So stellte der Internationale Währungsfonds (IWF) nach langem Zögern Ende Juli 1999 einen Kredit von 4,5 Milliarden US-Dollar



Investitionschancen und -risiken

[…] Der neue Charme der russischen Wirtschaft ist ein Erfolg für die Reformpolitik Putins, der sein Land im Windschatten eines unerwartet hohen Ölpreises vorläufig stabilisieren konnte. Seine Bilanz glänzt nach fünf Jahren ungebrochenen Wachstums mit voraussichtlich sechs Prozent in diesem Jahr. […] Pünktlicher Schuldendienst und weit reichende Reformen im Steuer-, Konkurs- und Bodenrecht, das Ausländern sogar den Erwerb von Grundbesitz erlaubt, greifen als vertrauensschaffende Maßnahmen des Staates. In der russischen Privatwirtschaft wächst die Zahl der Firmen, die […] internationalen Investitionen oder den Märkten zuliebe Transparenz anstreben und modernen Regeln der Unternehmensleitung folgen.

Die Belohnung folgte vergangene Woche, als die Ratingagentur Moody's die Bonitätsbewertung Russlands um zwei Stufen erstmals auf *investment grade* anhob und damit Regierungsobligationen auch für konservative Anleger adelte. Nun könnten auch Pensionsfonds Geld im Osten investieren. Den lautesten Startschuss hatte zuletzt BP mit seinem 6,75 Milliarden US-Dollar schweren Einstieg in ein Gemeinschaftsunternehmen mit der russischen Ölfirma TNK gegeben. […] Der Handelskonzern Metro denkt nach seinem Erfolg in Moskau an die Expansion in die Provinz. Siemens baut ein neues Hauptquartier in Moskau, die Alfred Ritter GmbH errichtet eine Schokoladenfabrik, und Osram übernahm einen Leuchtröhrenkonzern in Smolensk. […]

Doch allzu viel Enthusiasmus ist nach Meinung bedachtsamer Wirtschaftsexperten nicht angebracht. […] Ein ausländischer Investor braucht in Russland weiterhin Vorsicht und einen langen Atem. […]

In der Privatwirtschaft bleiben noch immer 70 Prozent der Eigentümer in den 45 größten russischen Firmen geheim. Zudem raten Analysten von einer Investition in Branchen ab, die noch nicht innerrussisch konsolidiert sind. Dem Krokodilsringen der Oligarchen fallen ausländische Geldgeber schnell zum Opfer. Erst in einem aufgeteilten Markt zählen langfristige Entwicklungsperspektiven.

Putins Wiederwahl im März nächsten Jahres gilt als sicher, und er scheint entschlossen, die wirtschaftliche Modernisierung voranzutreiben. Aber im internen Kreml-Machtkampf zwischen den Liberalen und der Fraktion ehemaliger Geheimdienstler, die Russlands Großunternehmen stärker unter Kontrolle nehmen möchten, hält sich der Präsident bedeckt. […]

Johannes Voswinkel, „Neuer Charme im Osten", in: Die Zeit Nr. 43 vom 16. Oktober 2003.

Exklave Kaliningrad

[…] Um aus der von Polen, Litauen und der Ostsee umgebenen „Exklave" Kaliningrad zum russländischen „Mutterland" zu gelangen, sind entweder lange Schiffsreisen, teure Flüge oder zu Lande die Überquerung von mindestens drei Staatsgrenzen in Kauf zu nehmen. […] Das Gebiet ist in hohem Maße von grenzüberschreitendem Handel abhängig. Dieser erfolgt einerseits mit den Nachbarstaaten Polen und Litauen, seit der Entwertung des Rubels 1998 aber verstärkt mit dem Hauptterritorium Russlands. Die jährlich mehr als acht Millionen Grenzübertritte zahlreicher Bewohner Kaliningrads erfolgen hauptsächlich, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

[…] Mit dem EU-Beitritt Polens und Litauens zeichnen sich zwei negative Entwicklungen für Kaliningrad ab: Die ohnehin starken politischen, wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen der Exklave und ihren Nachbarn werden noch deutlicher. […]

Polen und Litauen haben […] angekündigt, die Schengen-Bestimmungen zum 1. Juli 2003 umzusetzen. […] Es wird eine Visapflicht für Reisen in die „Umgebung" Kaliningrads und vor allem den Transit zum Hauptterritorium eingeführt.

[…] Die Konsequenzen […] wären damit eindeutig: Reisen in benachbarte Länder und nach Russland würden mit erheblichen Auflagen sowie Behinderungen versehen und somit eingeschränkt. Kaliningrad wäre nicht nur der Belastung als Exklave ausgesetzt, sondern würde sich in einer „doppelten Peripherie" befinden: von der direkten Nachbarschaft und der EU abgeschottet sowie vom Hauptterritorium Russlands zunehmend isoliert. […]

Auf dem Treffen der politischen Führungen der EU und Russlands am 10. und 11. November 2002 in Brüssel einigten sich beide Seiten auf einen Kompromiss, der den Zugang zu Kaliningrad in Zukunft lösen soll. […]

Eingeführt wird ein „Vereinfachtes Transitdokument" in zwei Varianten:

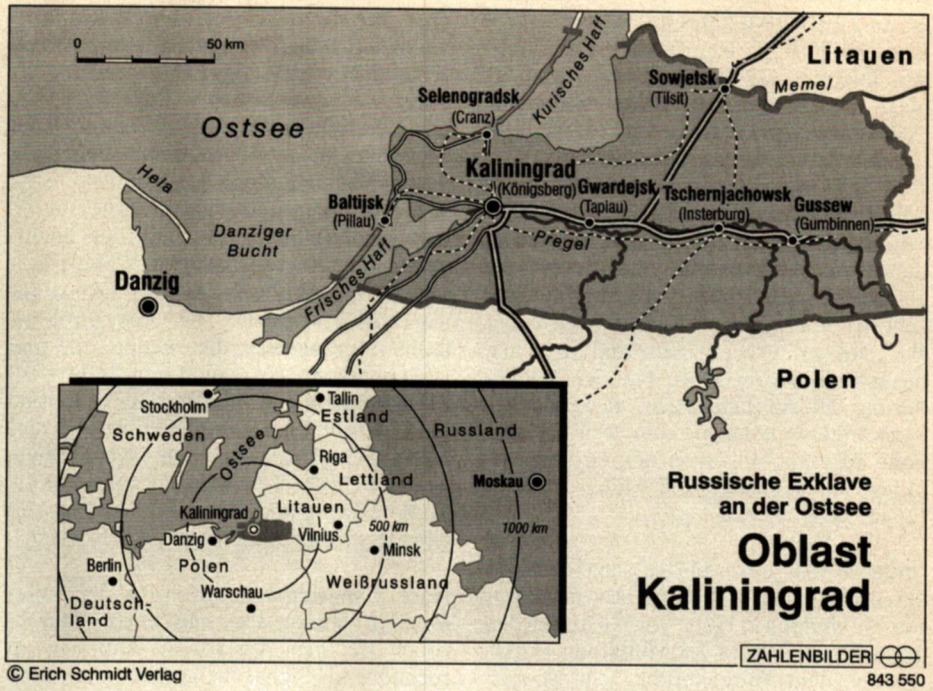
◇ ein bei litauischen Konsulaten zu beantragendes Dokument für mehrfachen Transit mit jeglichen Transportmitteln;

◇ ein „Vereinfachtes Bahnreisedokument" für eine einmalige Hin- und Rückreise mit dem Zug […].

Bei Grenzübertritten ist ein Reisepass vorzuweisen. Bis Ende 2004 akzeptiert Litauen auch den russländischen Binnenausweis. […]

Russland kann als größter Nutznießer der Vereinbarung gesehen werden. Dennoch kam diese nur zustande, weil alle Seiten ihre Ausgangsforderungen aufgaben und Zugeständnisse machten. […]

Guido Müntel, „Kaliningrads Weg aus der Isolation?", in: Osteuropa, 53. Jg., 2–3/2003, S. 249 ff.



© Erich Schmidt Verlag

bereit. Ausbezahlt wurde aber nur die erste von sieben geplanten Tranchen, weil keine Einigung über Umfang und Art der Kreditbedingungen erzielt werden konnte. Die Zusammenarbeit mit dem IWF beschränkt sich seither auf die Inanspruchnahme von technischer Unterstützung und Beratungsdienstleistungen, insbesondere bei der Reform des russischen Bankensystems. Parallel dazu erfolgt die fristgemäße Rückzahlung der bislang erhaltenen IWF-Kredite (Restschuld 6,1 Milliarden US-Dollar).

Im Unterschied zum IWF verliefen die Beziehungen Russlands zur Weltbank von Anbeginn viel reibungsloser. Im Zeitraum 1992 bis 2002 hat die Bank fast 50 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 11,4 Milliarden US-Dollar für Projekte bereitgestellt, die wichtige Zweige der russischen Wirtschaft restrukturieren, ein leistungsfähiges Management in zentralen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufbauen sowie diverse soziale und Umweltrisiken reduzieren sollen. Dies sind auch in Zukunft die drei strategischen Säulen des Russland-Engagements der Weltbank. Ob die in Aussicht gestellten Finanzhilfen auch abgerufen werden, hängt maßgeblich davon ab, dass die avisierten Projekte – anders als in der Vergangenheit – auch zeit- und planungsgerecht umgesetzt werden.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) haben sich seit 1991 fortlaufend verdichtet. Bis Ende 2002 hatte die Bank der Regierung in Moskau bereits Kredite im Umfang von 4,5 Milliarden Euro für 224 Projekte zur Förderung der öffentlichen Infrastruktur und zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur gewährt. Für 2003 und 2004 sollen die finanziellen Aufwendungen der EBRD ausgeweitet und stärker als bisher die Regionen, darunter auch Kaliningrad (Königsberg), einbezogen werden.

Mitte Dezember 2002 hat sich Russland eine neue Finanzquelle erschlossen. Ein Rahmenabkommen zwischen der russischen Regierung und der Europäischen Investitionsbank (EIB) schuf die Voraussetzung für eine Finanzhilfe der EIB von maximal 100 Millionen Euro zur Realisierung von Umweltschutzvorhaben in Nordwestrussland, die Bestandteil des EU-Aktionsplans der „Nördlichen Dimension" sind.

Handel und Kooperation

Seit Beginn des Jahres 2000 gibt es immer mehr Indizien für einen neuen Aufschwung von Handel und Kooperation. Klar erkennbar sind die außenwirtschaftspolitischen Konzepte und Ziele bezüglich der EU, den USA und China. Im Hinblick auf die GUS besteht eine unkoordinierte „Stopp-and-go-Politik".

Beziehungen zur EU

Die Regionalstruktur des russischen Außenhandels im Jahre 2001 zeigte, dass die EU bei Ausfuhr (36,9 Prozent) und Einfuhr (36,8 Prozent) die wichtigste Partnergruppe ist. Dabei nimmt Deutschland mit 9,2 bzw. 13,8 Prozent unter allen EU-Staaten die Spitzenposition ein. Nach einem EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder wird der EU-Anteil am russischen Warenexport wahrscheinlich auf über 50 Prozent und am Warenimport auf deutlich über 40 Prozent ansteigen. Außerdem sind Unternehmen aus dem EU-Bereich an den ausländischen Direktinvestitionen in Russland schon jetzt mit 64 Prozent beteiligt.

Deshalb würdigt Moskaus „Außenpolitische Konzeption" vom Juli 2000 die EU auch künftig als führende Kooperationspartnerin. Für Russland stehen drei Berei-

che politisch-ökonomischer Zusammenarbeit im Vordergrund:

◊ Die russische Regierung möchte in engem Zusammenwirken mit der EU ausschließen, dass an den Ostgrenzen der sich sukzessiv erweiternden EU neue Trennungslinien entstehen, die das normative und wirtschaftliche Gefälle zu den Staaten ohne EU-Beitrittsperspektive vergrößern. Ein besonderes Augenmerk ist hier auf die künftige russische Exklave Kaliningrad gerichtet.

◊ Das Know-how der EU und ihrer Mitglieder, insbesondere Deutschlands, soll genutzt werden, um in Schlüsselbereichen der Wirtschaft einschneidende Strukturreformen voranzutreiben, die Russland an die europäischen Normen und Standards heranführen sowie in die EU- und regionalen Kooperationsstrukturen einbeziehen.

◊ Damit hofft die russische Regierung, mehr Unterstützung von seiten der EU für eine zügige Einbindung in den institutionellen Mechanismus der Weltwirtschaft (WTO/OECD) zu erhalten. Von den Ergebnissen dieser vielseitigen Bemühungen wird es abhängen, ob es gelingt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken bzw. auch in neuen Formen, wie zum Beispiel in einer Freihandelszone EU-Russland oder in einem Gemeinsamen Europäischen Wirtschafts- und Sozialraum, wirkungsvoll zu organisieren.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Im neuen Konzept der russischen Außenpolitik wird die GUS als eine politisch-strategische Vorzugsregion bezeichnet. Doch diese Einstufung kontrastiert auffällig mit dem mangelhaften Zustand der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Der Anteil der GUS an den russischen Exporten und Importen ist im Zeitraum von 1991 bis 2001 von 58 auf 14,6 Prozent bzw. von 55 auf 24,3 Prozent zurückgegangen. Maßgeblich sind dafür gleichermaßen politische, wirtschaftliche, finanzielle und strukturelle Ursachen auf beiden Seiten. Gleichwohl nimmt die Russländische Föderation die Rolle der dominierenden Handelspartnerin innerhalb der GUS ein, weil vorrangig auf sie alle Warenströme der übrigen GUS-Staaten ausgerichtet sind. Russland fungiert seit 1998 außerdem als weitaus größter Investor in der GUS. Bis Ende 2001 bezifferten sich die Anlagen auf eine Summe von einer Milliarde US-Dollar, von der fast zwei Drittel aus politischen Gründen allein nach Belarus (Weißrussland) gingen. Deshalb unterstellen die Spitzen der GUS-Staaten der russischen Führung, sie instrumentalisiere Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mittel- bzw. langfristig für eine politische Neuordnung und die ökonomische Kontrolle des Raumes nach altem sowjetischen Muster. Die Union zwischen Russland und Belarus (1997) stellt derzeit die weitreichendste Integration innerhalb der GUS dar. Trotz starker ökonomischer Verflechtung gibt es bislang aber weder eine Freihandelszone noch eine Zollunion. Selbst die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes ist wegen der divergierenden Wirtschaftssysteme ausgeschlossen. Daran dürfte auch die für 2005 geplante Einführung einer gemeinsamen Währung scheitern.

Die Institutionalisierung der aus Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan bestehenden Zollunion als „Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft" nach dem Vorbild der EU im Jahre 2000 hat dem geplanten Integrationsprozess keinerlei Schubkraft vermittelt, weil sie über die Papierform nicht hinausgekommen ist. Als Mangel wird das Fernbleiben der Ukraine empfunden. Dies könnte der Grund dafür sein, dass Russland Ende Februar 2003 ein neues Projekt ins Auge gefasst hat: Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes aus Russland, Weißrussland, der Ukraine und Kasachstan, der zunächst auf der Grundlage eines einheitlichen Tarifsystems als Zollunion fungieren soll.

Strategische Partnerschaft mit den USA

Die neue strategische Sicherheitspartnerschaft zwischen Russland und den USA, die in erster Linie auf bilateralen Abrüstungsabkommen und gemeinsamer Terrorismusbekämpfung beruht, soll trotz zeitweiliger politischer Verstimmungen im Zuge der Irak-Krise von 2002/2003 zunehmend von einer breit gefächerten Wirtschaftspartnerschaft flankiert werden. Dafür sind in den Jahren 2001 bis 2003 eine Reihe wichtiger Abkommen getroffen worden. Im Juli 2001 vereinbarten die Präsidenten George W. Bush und Putin in Genua die Einrichtung eines „Russisch-Amerikanischen Business-Dialogs", der maßgebliche Wirtschaftsführer beider Länder zusammenbringen soll.

Knapp ein Jahr später folgte die Bush-Administration einer Empfehlung der US-Handelskammer und erkannte Russland den Status einer Marktwirtschaft zu. Von dieser Entscheidung, die fast zeitgleich auch die EU vollzog, erhofft sich Moskau eine erkennbare Belebung des Warenaustausches wegen der Aufhebung von Anti-Dumping-Maßnahmen gegen russische Produzenten. Noch nicht formell außer Kraft gesetzt wurde vom US-Kongress das seit zehn Jahren eingestaubte Jackson-Vanick-Amendment, das die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit der Sowjetunion vom Abbau restriktiver Bestimmungen für die Auswanderung sowjetischer Staatsbürgerinnen und -bürger, insbesondere jüdischer Herkunft, abhängig machte.

Der gegenseitige Warenaustausch ist sehr asymmetrisch. Mit einem Anteil von unter einem Prozent am gesamten US-Außenhandelsumsatz – vergleichbar mit dem Wert für Costa Rica – spielt der Warenverkehr mit der Russländischen Föderation für die USA so gut wie keine Rolle. Für Russland sind die USA dagegen ein bedeutender Handelspartner. Bei den russischen Exporten lagen sie 2001 auf dem achten Rang (4,2 Prozent), bei den Importen sogar auf dem vierten Rang (7,6 Prozent).

Bis zum Jahre 2001 waren die USA führend bei den Direktinvestitionen in die russische Wirtschaft, ehe sie von Deutschland abgelöst wurden. Ihre kumulierten Gesamtinvestitionen beliefen sich bis 2002 auf 6,3 Milliarden US-Dollar, mit Schwerpunkt auf der Nordwest-Region um St. Petersburg, wo US-Unternehmen wie Coca Cola, Philip Morris und Wrigley allein bis zum Jahre 2000 etwa 2,3 Milliarden US-Dollar in neue Fertigungsstätten investierten.

Foto: dpa

Im Januar 2000 präsentiert sich Putin in Moskau als neuer Vorsitzender des Rates der GUS-Staatschefs (v. l. n. r.): Eduard Schewardnadse (Georgien), Robert Kotscharian (Armenien), Gajdar Alijew (Aserbaidschan) und Alexander Lukaschenko (Weißrussland).

Chinesische Grenzgänger

[...] Blagoweschtschensk mit seinen heute 210 000 Einwohnern ist das Verwaltungszentrum des Amurgebietes, das eine 1255 Kilometer lange Grenze zu China hat. [...] Der Gouverneur des Gebietes, Leonid Korotkow, spielt Ängste herunter, die Chinesen könnten die bevölkerungsarmen Grenzregionen in russisch Fernost schleichend besetzen. Im Amurgebiet leben, sagt er, eine Million russische Bürger und nur knapp 8000 Chinesen. Andererseits seien aus Blagoweschtschensk in den vergangenen Jahren rund 20 000 Menschen nach Zentralrussland abgewandert. [...]

Gegenüber, am anderen Ufer des Amur, wuchs aus dem verarmten Dorf Heihe in nur sieben Jahren die moderne Großstadt Heihe mit 150 000 Einwohnern und einem Hinterland mit mehr als 3,5 Millionen Menschen. [...] Heihe mauserte sich zu einem der größten Handelsumschlagplätze an der Grenze zu Russland. [...] Ganz anders Blagoweschtschensk, das Tor Chinas zum russischen Nachbarn: Dort leben die meisten Menschen bis heute in verwitterten Holzhäuschen aus Zarenzeiten [...]. Junge Leute, die heute in Blagoweschtschensk ihr Geld mit Geschäften verdienen wollen, lernen notgedrungen Chinesisch. [...]

Seit sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen Ende der achtziger Jahre entspannten, boomen die bilateralen Kontakte: 1988 etwa gelangten über die drei Grenzübergänge im Amurgebiet 6233 Chinesen nach Russland, 1992 waren es nach offiziellen Angaben schon 287 215 Personen. [...] Der bis 1994 visafreie Grenzverkehr zog massenhaft chinesische Kleinhändler in die russischen Grenzregionen. Sie verkauften Salz, Zucker, Mehl, Grütze, Reis, Dosenmilch, Obst, Gemüse und Zigaretten. Im vergangenen Jahr wickelte das Amurgebiet 73,2 Prozent seines gesamten Außenhandels mit China ab, gefolgt von Japan mit 20 Prozent. [...]

Heute passieren täglich einige hundert Chinesen die Zollkontrolle in Blagoweschtschensk. Der visafreie Reiseverkehr für Touristen, nicht aber für Geschäftsleute, und die ihnen erlaubte zollfreie Einfuhr von 50 Kilogramm Gepäck haben dazu geführt, dass sich die Pendler-Händler als Besucher tarnen. [...]

So wie in Blagoweschtschensk verläuft der Handel mit China auch an anderen Orten entlang der gemeinsamen Grenze. Dem russischen Staatshaushalt gehen durch die Schattengeschäfte hohe Einkünfte verloren. Außerdem droht Moskau allmählich die Kontrolle über die chinesische Einwanderung zu verlieren [...].

Elfie Siegl, „An einer endlosen Grenze leben die Russen mit der Angst vor der Gelben Gefahr", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. April 2002.

Foto: dpa

Bemühungen um die Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen: US-Präsident George W. Bush (l.) zu Gast im Konstantin-Palast, St. Petersburg, am 1. Juni 2003.

Große Hoffnungen werden auf die Zusammenarbeit im Energiebereich gesetzt, für die von Putin und Bush im Mai 2002 eigens ein „Amerikanisch-Russischer Energie-Dialog" ins Leben gerufen wurde. Russische Ölkonzerne wie Jukos nehmen die Bemühungen um eine Diversifizierung der US-Ölimporte zum Anlass, sich als strategische Lieferanten zu empfehlen und bis 2020 einen Anteil von sieben Prozent am US-Verbrauch und von zwölf Prozent an den US-Importen anzupeilen, der im Jahr 2002 noch unter einem Prozent lag. Dies bleibt jedoch ganz wesentlich abhängig vom Vertrauen in die russische Politik und von der Bereitstellung einer entwickelten Transportinfrastruktur, also hohen US-Investitionen in russische Fördereinrichtungen, Pipelines, Tanker und Hafenanlagen.

Verhältnis zu China

In den russisch-chinesischen Beziehungen soll die bestehende strategische Partnerschaft weitergeführt und allenfalls neu akzentuiert werden, unter anderem durch die Erweiterung und Vertiefung der bilateralen Wirtschaftskooperation. Bisher bewegen sich die Geschäftsaktivitäten auf niedrigem Niveau, und die wechselseitigen Investitionen bezifferten sich bis 2001 nur auf 200 Millionen US-Dollar.

Ein aussichtsreicher Kooperationsbereich ist der Energiesektor. Im Vordergrund steht hier der Bau einer Erdölpipeline von Angarsk (bei Irkutsk) nach Daqing (Nordostchina), weil ab 2005 russische Ölliefe-rungen an China vorgesehen sind. Russland wünscht außerdem eine Beteiligung am Bau der Gaspipeline von Aksu (Tarim-Becken – Autonome Region Xinjiang-Uighur) nach Schanghai, die ein Schlüsselvorhaben des auf 60 Milliarden US-Dollar ausgelegten „Go-West"-Programms ist. Das dritte Großprojekt ist schließlich der Bau des Kernkraftwerks in Tianwan (Provinz Jiangsu), von dem die Reaktorblöcke eins und zwei durch das russische Unternehmen „Atombauexport" fertiggestellt werden.

Parallel dazu haben seit Putins Amtsantritt die bilateralen Handelsbeziehungen einen neuen Aufschwung genommen und die Grenze von zehn Milliarden US-Dollar deutlich überschritten. Weil die verschiedenen Formen von Grenzhandel schwer zu erfassen sind, ist das tatsächliche Volumen vermutlich bereits bei etwa 20 Milliarden US-Dollar anzusetzen und noch weiter ausbaufähig. China rangierte 2001 mit einem Anteil von 5,6 Prozent am russischen Gesamtexport bereits auf dem dritten Platz hinter Deutschland und der Ukraine, bei den Importen mit einer Quote von 3,9 Prozent auf Rang 7. Dagegen ist für China der Warenaustausch mit Russland gemessen an den Umsätzen mit den USA (2000: 190 Milliarden US-Dollar) und Europa (2000: circa 60 Milliarden US-Dollar) nicht mehr als eine Restgröße. Ein Aktivposten sind die russischen Waffenlieferungen nach China, die sich seit 1998 auf durchschnittlich eine Milliarde US-Dollar pro Jahr belaufen, aber noch für weiter ausbaufähig gehalten werden.

Einbindung in Weltwirtschaftsinstitutionen

Nach der Erweiterung der G7 zur G8 durch die volle Integration Russlands auf dem 25. Weltwirtschaftsgipfel in Okinawa, Japan, vom 21. bis 23. Juli 2000

konzentrieren sich die Bemühungen um eine Einbindung des Landes in weltwirtschaftliche Institutionen auf die Welthandelsorganisation (WTO) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dieser Prozess gestaltet sich nicht reibungslos, weil für die Aufnahme materielle Voraussetzungen erfüllt sein müssen, zu denen die russische Regierung aufgrund widerstreitender Interessen bislang nur unzureichend in der Lage war.

Schritte zur WTO-Mitgliedschaft

Das Interesse der Putin-Administration an einer WTO-Mitgliedschaft Russlands hat politische und wirtschaftliche Beweggründe:

◊ volles Mitspracherecht in allen wichtigen internationalen Handelsfragen,

◊ zusätzliche Impulse für eine raschere Umsetzung der neuen Wirtschaftsstrategie,

◊ schrittweise Erweiterung des internationalen Marktzugangs für russische Produkte, der immer noch wegen bestehender Systembarrieren erheblich eingeschränkt ist,

◊ schließlich Schaffung eines zuverlässigen Rahmens für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten, in die Russland wegen permanenter Dumpingvorwürfe verwickelt ist.

Im Juni 1993 reichte Russland einen Antrag auf WTO-Mitgliedschaft ein. Noch im gleichen Monat wurde eine Arbeitsgruppe aus 54 WTO-Mitgliedern, darunter die EU – sie zählt als ein Mitglied –, die USA, Kanada und Japan, eingesetzt, die nach einer Anhörung das Aufnahmeverfahren empfahl. Dieses wurde am 17. Juli 1995 offiziell eröffnet und sieht vier Phasen vor. Nach Abschluss der ersten, so genannten Erkundungsphase (*fact finding stage*) im Februar 1998 befindet sich Russland in der zweiten, der so genannten Arbeitsphase: In einer Arbeitsgruppe, die 64 WTO-Mitgliedstaaten umfasst, verhandelt Russland auf der Grundlage offizieller Sachstandsberichte im bi- und multilateralen Rahmen über das für seine Aufnahme geltende Regelwerk. Nach Auskunft der russischen Delegation stehen gegenwärtig vier in zahlreiche Einzelfragen aufgebrochene Komplexe auf der Verhandlungsagenda:

◊ der Zugang zum russischen Gütermarkt (Zolltarife);

◊ die Öffnung des Dienstleistungssektors (Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Transport);

◊ die Agrarpolitik (Agrarsubventionen, Exportförderung) und

◊ das Rechtssystem (Schutz des geistigen Eigentums, das heißt von Patenten und Markenzeichen).

Mit der Vorlage eines detaillierten Vertragswerks und seiner Billigung durch alle Teilnehmer, der dritten Phase, und der formellen Aufnahme Russlands in die WTO, der vierten Phase, dürfte kaum vor Ende 2004 oder vielleicht noch später zu rechnen sein. Russland drängt nicht mehr wie zu Anfang auf eine Beschleunigung der Verhandlungen, sondern setzt auf einen größeren Zeitrahmen, weil er mehr Chancen für vorteilhafte Einzelregelungen eröffnet und für den schwierigen internen Anpassungsprozess günstiger ist.

Angestrebte OECD-Aufnahme

Auch mit der Aufnahme in die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) möchte Russland seine internationale Anerkennung als eine vollfunktionierende Marktwirtschaft sicherstellen, weil es sich davon günstige Folgewirkungen für eine internationale Finanz- und Wirtschaftskooperation verspricht.

Als Moskau im Mai 1996 den Antrag auf Mitgliedschaft stellte, hoffte es auf diejenigen politischen Kräfte in der Organisation, die die OECD für Länder wie zum Beispiel Russland öffnen möchten, weil sie als wichtige Zukunftsmärkte für Produkte aus dem OECD-Bereich gelten. Doch bislang ist diese Vorgehensweise von den „Puristen" verhindert worden, die auf einer strikten Erfüllung der streng marktwirtschaftlich orientierten Aufnahmekriterien bestehen.

Deshalb wird die Zusammenarbeit zwischen Russland und der OECD von dem im Mai 1997 eingerichteten Liaison Committee gesteuert. Seine Aufgabe ist es, die Durchführung konkreter Jahresarbeitsprogramme für eine konsequent marktwirtschaftliche Umgestaltung des Landes zu überwachen und voranzutreiben. Außerdem ist es für die russische Regierung jederzeit möglich, in mehr als 20 OECD-Komitees mitzuwirken und deren Expertise zu nutzen.

Wie lange Russland auf dieser Stufe der Zusammenarbeit mit der OECD verharren muss, hängt zum einen davon ab, ob es gelingt, die vereinbarten Inhalte des Arbeitsprogrammes 2000 aus 25 Bereichen, darunter zum Beispiel Steuergesetzgebung und -verwaltung, Wettbewerbspolitik, Corporate Governance, Auslandsinvestitionen sowie Finanz- und Bankenreform, in der praktischen Regierungspolitik umzusetzen und somit die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der OECD sowie in ihren zwei Sonderorganisationen, der Internationalen Energieagentur (IEA) und der Kernenergieagentur (NEA), schrittweise zu erfüllen. Zum anderen könnte sich der Abschluss der Verhandlungen zwischen Russland und der WTO als Initialzündung für eine Aufnahme in die OECD erweisen.

Foto: dpa

An der Hauptverkehrsstraße Rubljowo in Moskau entstand ein modernes Wohn- und Einkaufszentrum, Symbol für das Streben des Landes nach marktwirtschaftlichen Standards.

Ausblick

Mit der Verbindung von neuer Außenpolitik und gezielter Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat Russland unter Putin nicht nur die August-Krise von 1998 endgültig überwunden, sondern sich auch unter veränderten Rahmenbedingungen einen erweiterten politischen Handlungsspielraum verschafft.

Nur auf dem jetzt eingeschlagenen Weg hat die Russländische Föderation dauerhaft eine Chance, der drohenden Marginalisierung in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft zu entgehen und zu einem verlässlichen und berechenbaren strategischen Partner in den internationalen Beziehungen zu avancieren.

Literaturverzeichnis und Internetadressen

Adomeit, Hannes: *Putins Militärpolitik* (SWP Studie Nr. S 16), Berlin April 2003, 43 S.

Knappe Skizze der Lage der russischen Streitkräfte im Jahre 2002.

Amnesty International: *Jahresbericht 2003*, Frankfurt/Main 2003, 656 S.

Systematische und aktuelle Bestandsaufnahme der Menschenrechtssituation im Länderbericht Russland.

Arzinger, Rainer / Galander, Tanja: *Russisches Wirtschaftsrecht*, 2.Aufl., Berlin 2002, 472 S.

Knappe, praxisorientierte Übersicht zum russischen Wirtschaftsrecht, insbesondere im Bereich des Privatrechts.

Bister, Anita: *Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Russland*, in: Gerhard Mangott (Hg.): *Zur Demokratisierung Russlands*, Band 2, Baden-Baden 2002, S. 117–168.

Systematische Analyse der Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen für die russische gesellschaftliche und politische Entwicklung.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.): *Internationale Politik Oktober 2002 – Neuer Partner Rußland*, Bielefeld 2002, 132 S.

Untersuchung der außenpolitischen Konzepte und der Schlüsselbereiche der russischen Außen- und Sicherheitspolitik mit wichtigen amtlichen Dokumenten.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hg.): *Osteuropa April/Mai 2001 – Rußlands Außenpolitik von El'cin zu Putin – Bestandsaufnahmen, Analysen, Prognosen*, Stuttgart 2001, S. 353–617.

Darlegung der Bestimmungsfaktoren und Akteure der russischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie ihrer Hauptrichtungen.

Dursthoff, Galina (Hg.): *Rußland. 21 neue Erzähler*, München 2003, 288 S.

21 Erzählungen russischer Autorinnen und Autoren der Gegenwart.

Engel, Christine (Hg.): *Geschichte des sowjetischen und russischen Films*, Stuttgart / Weimar 1999, 382 S.

Entwicklung des Films von den Anfängen in der Zarenzeit über mehr als siebzig Jahre Sowjetregime bis zum Filmschaffen des neuen Russland.

F.A.Z-Institut für Management, Markt und Medieninformation (Hg.): *Länderanalyse Russland*, Frankfurt/Main, Juli 2002, 25 S.

Dokumentation über Verlauf und Probleme der aktuellen Wirtschaftsentwicklung in Russland.

Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen (Hg): *Kommerz, Kunst, Unterhaltung. Die neue Popularkultur in Zentral- und Osteuropa*, Bremen 2002, 347 S.

Untersuchung u. a. in Russland über den Prozess der Entstehung einer allgegenwärtigen kommerzialisierten Massen- oder Popularkultur.

Gladkov, Sabine A.: *Macht und Ohnmacht der „Vierten Gewalt". Die Rolle der Massenmedien im russischen Transformationsprozeß*, Münster 2002, 400 S.

Detaillierte Erläuterung der politischen Rolle der Massenmedien.

Godel, Brigitta: *Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Frauenbewegung und Wertewandel in Russland*, Frankfurt/Main 2002, 458 S.

Feldstudie über die neu entstandenen russischen Frauenorganisationen und den Beitrag der Frauenbewegung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft.

Götz, Roland: *Wirtschaftstransformation in Rußland*, in: Hans-Hermann Höhmann / Heiko Pleines (Hg.): *Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten*, Bremen 2003, S. 68–85.

Historische, kulturelle und internationale Einbettung der russischen Wirtschaftspolitik und Systemtransformation.

Grävingholt, Jörn u. a.: *Geschäfte mit der Macht*, Bremen 2003, 383 S.

Überblick über zentrale Aspekte des sozialen Wandels im postsowjetischen Russland im Abschnitt 2.2.

Haumann, Heiko: *Geschichte Rußlands, München/Zürich 1996*, 736 S.

Knappe Darstellung der russischen Geschichte unter Einbeziehung literarischer Texte und Berichte aus dem Alltagsleben.

Hillenbrand, Olaf / Kempe, Iris (Hg.): *Der schwerfällige Riese*, Gütersloh 2003, 347 S.

Darstellung der russischen Entwicklung zwischen 1992 und 2003 mit Überlegungen zur möglichen westlichen Politik.

Höhmann Hans-Hermann / Schröder, Hans-Henning (Hg.): *Russland unter neuer Führung*, Münster 2001, 335 S.

Aspekte der russischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft auf der Grundlage umfangreichen Quellenmaterials.

Kappeler, Andreas: *Rußland als Vielvölkerreich*, München 2001, 400 S., 11 Karten.

Standardwerk der Geschichte Russlands unter dem Aspekt allmählicher Integration nichtrussischer ethnischer Gruppen.

Kosmehl, Miriam: *Rechtsgewalt oder Gewaltrecht*, in: Osteuropa Nr. 8/2003, S. 1066–1083.

Analyse der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien.

Kuebart, Friedrich: *Russland*, in: Oskar Anweiler u. a. (Hg.): *Bildungssysteme in Europa*, 4. Auflage, Weinheim/Basel 1996, S. 165–192.

Detaillierte und auf Vollständigkeit bedachte Darstellung des russischen Bildungswesens bis ca. 1995.

Kutter, J. Vivika / Schröder, Tim: *Die Rechtsprechung des russischen Verfassungsgerichts 1995–1999*, Berlin 2000, 393 S.

Vollständige, kommentierte Übersetzung der Entscheidungen des russischen Verfassungsgerichts zum Wirtschaftsrecht mit einer ausführlichen Einleitung.

Manager Magazin u.a. (Hg.): *Mittel- und Osteuropa Perspektiven, Jahrbuch 2002/2003*, Frankfurt/Main 2002, 381 S.

Darstellung der Wirtschaft Russlands und anderer Transformationsländer mit vielen Statistiken und Schaubildern.

Mommsen, Margareta: *Wer herrscht in Rußland. Der Kreml und die Schatten der Macht*, München 2003, 260 S.

Darstellung des Systems politischer Herrschaft im Russland der Ära Putin.

Pleines, Heiko: *Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära*, Münster 2003, 444 S.

Studie über die Einflussnahme von Wirtschaftsvertretern und Gewerkschaften auf die russische Politik mit einer Einführung in politische Entscheidungsprozesse.

Schmidt, Gerlind: *Russische Föderation*, in: Hans Döbert u. a. (Hg.): *Die Schulsysteme Europas*, Baltmannsweiler 2002, S. 430–450.

Darstellung des russischen Schulsystems von der Vorschulbildung bis zur schulischen Berufsausbildung.

Internetadressen

http://www.deutsch-russisches-forum.de

Deutsch-Russisches Forum.

www.dipf.de/publikationen/tibi/tibi.htm

Aktueller Überblick über die russischen PISA-Ergebnisse des Jahres 2000.

http://www.dipf.de/publikationen/tibi/tibi_russland_200309.pdf

Informationen über die Entwicklung des Internets und der Informationstechnologien im Bildungswesen Russlands.

http://www.dgo-online.org

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde.

http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

http://www.gks.ru/eng/

Statistisches Amt der Russländischen Föderation. Englisch.

http://www.russische-botschaft.de

Botschaft der Russländischen Föderation in Deutschland.

http://www.russland-news.de

Deutschsprachiges Internet-Fenster nach Russland.